Dienstag, 17. Mai 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 113 - 20.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

Stoltenberg zieht bei den Staatsausgaben die Bremse

21 Monate Besoldungsstopp / Einschränkungen beim Bauherrenmodell

HEINZ HECK, Bonn

Mit Abbau von Subventionen, einem Besoldungsstopp für Beamte 1984 und weiteren Sparmaßnahmen will Finanzminister Stoltenberg die Sanierung der öffentlichen Finanzen vorantreiben. Der im Herbst 1982 eingeschlagene Weg soll mit dem Haushalt 1984 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 1987 konsequent fortgesetzt werden, „um das Vertrauen in die Rückkehr zu geordneten Bundesfinanzen zu festigen, die Wiederbelebung der Wirtschaft zu fördern *und mittelfristig zur Überwindung der Arbeitslosigkeit beizutragen*".

Stoltenberg will die in den letzten Jahren sprunghaft gestiegene Neuverschuldung des Bundes von jetzt rund 41 (1983) bis 1987 auf etwa 25 Milliarden reduzieren. Im Haushaltsentwurf 1984 ist die Nettokreditaufnahme mit rund 39 Milliarden angesetzt. Die Bundesausgaben sollen gegenüber 1983 nur um 1,7 Prozent von 253,2 auf 257,5 Milliarden *steigen*. Der ohnehin rückläufige Bundesbankgewinn (1984: etwa 6 Milliarden) soll nicht mehr wie bisher in vollem Umfang zur Ausgabendeckung im Bundeshaushalt herangezogen werden.

Die Sparmaßnahmen der Bundesregierung werden heute der FDP- und morgen der Unionsfraktion erläutert, bevor das Kabinett in einer voraussichtlich ganztägigen Sitzung die Beschlüsse faßt.

Die Sparmaßnahmen sehen im einzelnen vor:

● Das Bauherrenmodell und andere Geschäfte mit Verlustzuweisungsgesellschaften, die für den *Fiskus zu hohen Steuerausfällen* führen, sollen in ihrer Wirkung stark eingeschränkt werden: Die Werbungskosten, die bisher im Anschaffungsjahr nicht selten zur Steuerbefreiung des „Bauherren" führten, sollen künftig auf fünf Jahre verteilt werden. Offen ist, ob die Wirkung dieses Beschlusses mit der Verkündung, also am 18. Mai, einsetzt oder erst 1984.

● Die Beamtengehälter und -pensionen sollen nach der zweiprozentigen Erhöhung zum 1. Juli 1983 bis zum 1. April 1985, also 21 Monate, nicht mehr erhöht werden. Allein beim Bund brächte dieser Besoldungsstopp gegenüber der Finanzplanung 1984 eine Einsparung von rund 750 Millionen Mark, 1985 bei voller Wirksamkeit aller Maßnahmen (also auch der Senkung der Eingangsstufe für den gehobenen und den höheren Dienst) etwa 1,3 Milliarden. Für Bund, Länder, Gemeinden, Bahn, Post und Sozialversicherungsträger wird die Ersparnis auf etwa 8,5 Milliarden Mark veranschlagt.

● Bei der Nürnberger Bundesanstalt *für Arbeit sind Einsparungen* von rund zwei Milliarden Mark 1984 geplant. Das Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld soll für Leistungsempfänger ohne Kinder von 68 auf 63 Prozent, die Arbeitslosenhilfe für diese Empfängergruppe von 58 auf 56 Prozent des letzten Nettoentgelts gesenkt werden – mit einem Spareffekt von gut einer Milliarde Mark. Hinzu kommt eine Vielzahl kleiner Maßnahmen, die sich ebenfalls auf rund eine Milliarde addie-

● Fortsetzung Seite 8

Bauern blockierten Grenze am Rhein

Deutsch-französisches Gipfeltreffen begann im Schatten von Demonstrationen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Im Schatten eines ersten „*heißen" Bauernkrieges zwischen* Deutschen und Franzosen trafen sich gestern Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand im Kreise von 20 deutschen und französischen Ministern zum 41. *deutsch-französischen* Gipfeltreffen in Paris. Am Morgen hatte der französische Bauernverband FNSEA seine Drohung wahrgemacht und mehrere Grenzübergänge am Oberrhein und in Lothringen mit Traktoren und Baggern blockiert. Deutsche Lastwagen mit Agrargütern wruden gestoppt oder über die Grenze zurückgeschickt. Auf dem badischen Ufer hatten daraufhin deutsche Landwirte zum ersten Mal ihrerseits französische Lastwagen angehalten.

Unter den Gesprächsthemen, die beide Delegationen auf dem Gipfel in Paris erörterten, stand der von Frankreich geforderte Abbau der Grenzausgleichszahlungen mit an erster Stelle. Andere Tagungsordnungspunkte betrafen die Finanzierung des Agrarbudgets, die Fortführung des europäischen Einigungswerkes, die Angleichung der Wirtschafts- und Geldpolitik beider Länder, der Abbau des hohen französischen Handelsdefizits mit der Bundesrepublik (1982: 12 Milliarden Dollar) sowie Fragen der Behandlung des Dollar-Problems. Zur Unterstreichung der französischen These, der Dollar sei zu stark bewertet und werde durch die Hochzinspolitik Washingtons künstlich hochgehalten, wurde die amerikanische Valuta gestern an der *Pariser Börse zum Rekordkurs* von 7,41 Franc für einen Dollar gehandelt. Auch die D-Mark hatte mit 3,015 Franc leicht angezogen.

In der französischen Presse wurde am Montag die Frage behandelt, ob Mitterrand seine Unterstützung für den NATO-Nachrüstungsbeschluß, wie er ihn am 20. Januar in Bonn feierlich bekräftigt hatte, zurückziehen könnte, wenn die Amerikaner nicht auf französische Forderungen zum Dollar-Kurs eingehen würden. Ein entsprechendes Gerücht war in der Vorwoche in Paris aufgekommen. Das Elysée-Palais hatte es jedoch dementiert.

Unabhängig von der Begegnung der beiden Staats- und Regierungschefs hatten am Vormittag die vier Außen- und Verteidigungsminister der beiden Länder im Quai d'Orsay über Fragen der gemeinsamen Sicherheit bei der Verteidigungs- und Rüstungspolitik gesprochen. *Im Mittelpunkt stand* der Plan des Baus eines deutsch-französischen Panzerabwehrhubschraubers.

Sowjets schirmen SAM-5-Raketen in Syrien ab

SAD/AFP, New York

Die Sowjetunion hat in Syrien nach einem Bericht des US-Magazins „TIME" zwei Raketenbatterien für den Abschuß hochmoderner SAM-5-Raketen installiert, die aber von sowjetischen Soldaten so hermetisch abgeschirmt werden, daß nicht einmal dem syrischen Verteidigungsminister Zutritt gewährt wird. Jeweils zwölf Abschußrampen seien in der Nähe der Städte Dumeir und Shimshar errichtet worden. „TIME" gibt die Gesamtzahl der gegenwärtig in Syrien stationierten SAM-5-Raketen mit etwa 50 an. Die Syrer sollen rund *zwei Milliarden Dollar* an Moskau für den Ersatz der Waffen bezahlt haben, die sie während der israelischen Libanon-Invasion verloren haben. Dazu gehören rund 100 Düsenjäger – zum größten Teil *MiG-23, 300 bis 400 Panzer des* Typs T-62 sowie Lkws und gepanzerte Mannschaftswagen. Zum Schutz der SAM-5-Raketen sind rund um die Abschußbasen Rampen für Raketen kürzerer Reichweite in Stellung gebracht worden. Die SAM-5-Raketen haben eine Reichweite von 240 Kilometer und können Einheiten der 6. US-Flotte im östlichen Mittelmeer erreichen.

Beirut billigt Vertrag

Aber Drohungen aus Syrien gegen Abkommen mit Israel

AFP/AP, Beirut

Das libanesische Parlament hat mit einem einstimmigen „Vertrauensvotum" gestern dem israelisch-libanesischen Truppenabzugs-Abkommen zugestimmt. Der Sunnitenchef und Abgeordnete Saed Salam hatte das Vertrauensvotum beantragt, nachdem Außenminister Elie Salom eine Regierungserklärung zum Vertragsentwurf abgegeben hatte. Der Chef der „libanesischen Streitkräfte" (christliche Milizen), Fady Frem, sprach von einem „ersten Schritt zum Friedensvertrag".

Die Parlamentarier hatten unter Ausschluß der Öffentlichkeit getagt. Das Parlamentsgebäude in der Beiruter Innenstadt wurde von Sicherheitskräften hermetisch abgeriegelt. In einem Treffen der einflußreichsten politischen Führer des Landes bei Parlamentspräsident Kamel Assad waren vorher letzte Fragen geklärt worden. Vier Parlamentarier nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Der syrische Außenminister Abdel Halim Chaddam warnte gestern die libanesische Regierung erneut nachdrücklich vor einer Unterzeichnung des Abkommens. Er drohte die Möglichkeit einer „dramatischen Änderung" der Beziehungen zu Libanon an. Die Ablehnung des Abkommens erfolge aus Gründen der „nationalen Einheit Libanons" und im Hinblick auf die Sicherheitsinteressen Syriens. „Ein Rückzug Syriens wäre gleichbedeutend mit der Übergabe Libanons an Israel." Bereits am Sonntag hatte Chaddam angekündigt, daß Syrien im Falle eines Krieges gegen Israel saudiarabische Militärhilfe erhalten würde.

Der israelische Rundfunk meldete gestern dennoch, daß das Abkommen bereits heute unterzeichnet werde, das unter anderem den Rückzug der rund 30 000 israelischen Soldaten, 50 000 Syrer und 10 000 PLO-Freischärler vorsieht. *Zeitgleich mit der Debatte in Beirut* stand die Billigung des Abkommens auch auf der Tagesordnung der Knesset in Jerusalem.

Die halbamtliche Kairoer Zeitung „Al Ahram" vertrat gestern die Auffassung, daß Syrien kein Recht habe, Einwände gegen ein Abkommen zu erheben, das ein souveränes Land geschlossen habe, um sich von ausländischer Besatzung zu befreien. Und das Argument der PLO, das Abkommen verletze Libanons territoriale Integrität, gebe dem Vorwurf Israels neue Nahrung, die PLO handele in Libanon wie ein Staat im Staate.

Sand in sibirischen Erdgas-Bohrern

F. H. NEUMANN, Moskau

Die Bohrarbeiten in den sibirischen Erdgasfeldern haben sich verzögert. Die „Sozialistitscheskaja Industrija" berichtet davon, daß der Planrückstand inzwischen beträchtlich angewachsen sei und das Tempo in *letzter* Zeit noch weiter nachlasse.

Mehr als eine Trillion Kubikmeter Gas ist in der Umgebung von Urengoj, von wo aus ab 1984 auch Westeuropa versorgt werden soll, bereits gefördert worden. Aber noch immer sind die Felder für die Förderung nicht voll erschlossen. Nach dem Bericht der sowjetischen Zeitung geht die durchschnittliche Bohrleistung der Brigaden noch weiter zurück, obwohl die reibungslose Belieferung der sowjetischen und ausländischen Abnehmer über insgesamt sechs Rohrleitungen – von denen drei noch im Bau sind – entscheidend vom planmäßigen Fortgang der *Bohrungen* abhängt.

Zwei Gründe werden für das Zurückbleiben hinter dem Plansoll genannt: Zum einen seien die Ursachen bei den Arbeitern zu suchen, „die keinen Anlaß haben, stolz zu sein". Zum anderen lägen sie aber überwiegend *in* der Arbeitsorganisation. So seien Bohranlagen zum Einsatz gekommen, die bereits an anderen Bohrstellen stark abgenutzt worden waren. Die Hälfte dieser Geräte sei längst abgeschrieben. Neues Material werde verspätet und in zu geringer Stückzahl geliefert.

Auch die weitere Auflistung von Mängeln fügt sich in das bekannte Bild der kommunistischen Planwirtschaft ein: Für Wartung und Reparatur der verschlissenen Anlagen arbeitet statt der drei vorgesehenen Service-Betriebe nur einer. Die für die Bohrungen benötigten *Kühlflüssigkeiten* werden *in offenen* Erdgruben aufbewahrt, so daß Sand in den Pumpen und Turbobohrern immer wieder zu erneuten Ausfällen führt. Die Industrie sieht sich nach dem Bericht der „Sozialistitscheskaja Industrija" nicht in der Lage, „ganz gewöhnliche Metalltanks" zur Lagerung der Flüssigkeiten zu liefern. Insgesamt könne auch nur weniger als die Hälfte der Arbeitszeit produktiv genutzt werden.

Bemängelt wird außerdem, daß im Bereich von Urengoj, wo mehr als ein Drittel des sowjetischen Erdgases gewonnen wird, auch wissenschaftlich-technische Unterlagen fehlen, die auf die spezifischen örtlichen Bedingungen zugeschnitten sind. Dabei soll gerade von hier aus der Vorstoß in noch weiter nördlich, auch jenseits des Polarkreises liegende Fördergebiete vorbereitet werden.

Über Beispiele, wie sich die Arbeiter vor Ort trotz aller Planungsmängel zu helfen wissen, berichtete jetzt die Moskauer „Sowjetskaja Rossija". So requirierte der Stationsleiter der Eisenbahn kurzerhand mehrere Dutzend Wohnwagen, die schon seit Monaten auf einem Abstellgleis standen: Er mußte die Fahrer von 60 Lastzügen unterbringen. Die eigentlich für sie bestimmten Baracken sowie weiteres Material für die Bohrstellen waren auf dem Bahntransport unterwegs hängengeblieben und – so die Erfahrungen der Beteiligten – wahrscheinlich ebenso entwendet worden. Die Siedlungsverwaltung *jedenfalls* sanktionierte den Zugriff des Stationsleiters und verfügte: Sollte noch jemand Anspruch auf die Wohnwagen erheben, so müßte er von den Verantwortlichen für den Gasleitungsbau abgefunden werden.

Entgegen den strikten Planauflagen entschied auch die Bauverwaltung Nr. 33, erst einmal angemessene Lebensverhältnisse für die Arbeiter einer der Erdgasleitungen und *ihre Familien zu schaffen*, ehe sie sich an die Errichtung der ihr zugewiesenen Kompressorstation machte.

TAGESSCHAU

POLITIK

CDU-Parteitag: Kein Kampf um Präsidium

hey, Bonn

Bei der Wahl der sieben Stellvertreter von CDU-Chef Helmut Kohl auf dem 31. CDU-Parteitag in der nächsten Woche in Köln wird es *nicht zu einer Kampfabstimmung* kommen. Nach einer Präsidiumssitzung teilte gestern Generalsekretär Heiner Geißler mit, der von seinem Amtsvorgänger Alfred Dregger als Bewerber ins Gespräch gebrachte hessische Landesvorsitzende Walter Wallmann werde nicht kandidieren. Damit steht die Wahl von Berlins Regierendem Bürgermeister Richard von Weizsäcker und des rheinischen CDU-Vorsitzenden Bernhard Worms als neue Kohl-Stellvertreter praktisch fest. Sie sollen für Dregger, der dem Präsidium aufgrund seines Amts als Leiter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angehört, und für den Chef der *CDU-Westfalen-Lippe*, Kurt Biedenkopf, nachrücken. Wallmann will aber weiter dem Bundesvorstand angehören, wobei es mehr Bewerber als Plätze gibt. Thematische Schwerpunkte des Parteitags *sollen die Jugendarbeitslosigkeit* und die Sicherung der Renten sein. Außerdem, so Geißler, werde die CDU beweisen, daß sie als Regierungspartei Bundeskanzler Helmut Kohl unterstützt und nicht in die Fehler der SPD verfalle, die Helmut Schmidt bekämpft habe.

ZITAT DES TAGES



„ Generalstreik, politischer Streik ist eigentlich von den Gewerkschaften immer nur dann diskutiert worden, wenn die Demokratie in Gefahr war; und diese Situation sehen wir im Herbst nicht gegeben. "

DGB-Vorstandsmitglied Ilse Brusis im Deutschlandfunk zur *Aufforderung* Oskar Lafontaines, gegen die eventuelle Mittelstrecken-Stationierung einen Generalstreik auszurufen.
FOTO: KLAUS MEHNER

Veränderung im Kreml

dpa, Moskau

Der sowjetische ZK-Sekretär Iwan Kapitonow ist nicht mehr Leiter der wichtigen Abteilung des Zentralkomitees für Personalfragen. Diese Funktion hat jetzt der bisherige Gebietsparteichef von Tomsk in Sibirien, Jegor Ligatschow übernommen. Beobachter in Moskau sprachen von einer der interessantesten Personalveränderungen seit dem Amtsantritt von Parteichef Jurij Andropow.

Türkei: Neue Partei

AP, Ankara

In der Türkei ist gestern die erste neue Partei seit Beginn der Militärherrschaft vor rund drei Jahren gegründet worden. Die Nationaldemokratische Partei, zu deren Gründungsmitgliedern pensionierte Offiziere, Kabinettsmitglieder und Geschäftsleute zählen, wurde gemäß den Bestimmungen des Parteiengesetzes beim Innenministerium registriert.

Heftige Kämpfe am Golf

AFP/AP, Nikosia

Die Kämpfe im Golfkrieg zwischen Iran und Irak haben am Wochenende an Heftigkeit zugenommen. In einem Bericht der irakischen Nachrichtenagentur INA hieß es, irakische Schiffe und Flugzeuge hätten einen iranischen Konvoi in der Nähe des Ölhafens Kharg *angegriffen* und dabei fünf iranische Schiffe versenkt.

WIRTSCHAFT

94 Milliarden im Ausland investiert

DW./dpa/VWD, Frankfurt

Die deutsche Wirtschaft hat seit 1952 im Ausland 94 Milliarden Mark direkt investiert. Im gleichen Zeitraum betrugen die ausländischen *Investitionen in der Bundesrepublik* Deutschland 66 Milliarden Mark. Der hohe Aktivsaldo zugunsten der Bundesrepublik ist allerdings erst seit Ende der 70er Jahre entstanden, heißt es in den von der Dresdner Bank herausgegebenen Merkblättern für den Außenhandel. Der Anteil der Bundesrepublik an den von den 13 wichtigen Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) pro Jahr bestätigten ausländischen Direktinvestitionen sei von sieben Prozent in den 60er Jahren auf rund 17 Prozent in der 2. Hälfte des letzten Jahrzehnts gestiegen. In den europäischen Ländern sei das deutsche *Engagement* auf inzwischen rund 45 Milliarden Mark angewachsen, wobei sich die jährlichen deutschen Direktinvestitionen in Großbritannien seit 1980 auf mehr als eine Milliarde Mark versechsfacht *hätten. Insgesamt 20 Prozent der seit 1952* getätigten deutschen Auslandsinvestitionen entfielen auf die Entwicklungsländer, wobei sich allerdings das Interesse auf wenige Schwellenländer konzentriert habe. Dabei falle vor allem der hohe Anteil der Opec-Staaten ins Auge.

Verträge verlängert

dpa/VWD, Moskau

Die 1973 und 1974 zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Abkommen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit sind um weitere zehn Jahre bis zum Mai 1993 verlängert worden. Die entsprechenden Noten dazu sind gestern in Moskau ausgetauscht worden.

Unterschiedliche Sicht

dpa/VWD, Bonn

Banken und Sparkassen beurteilen die Investitionsfreudigkeit der deutschen Wirtschaft unterschiedlich. Nach Ansicht des Bundesverbandes deutscher Banken wird die Investitionstätigkeit trotz der erreichten Kostendämpfung immer noch durch eine schlechte Ertragslage und ungelöste Strukturprobleme belastet. Dagegen geht der Deutsche Sparkassen- und Giroverband aufgrund von Umfragen von steigenden Investitionen der Unternehmen aus.

Seite 9

EG-Kredit für Paris

rtr, Brüssel

Die Finanzminister der EG haben einen Kredit in Höhe von vier Milliarden Europäischen Währungseinheiten (Ecu, etwa 3,7 Milliarden Dollar) für Frankreich gebilligt. Eine Sprecherin der französischen Regierung sagte dazu gestern, damit solle das Zahlungsbilanzdefizit Frankreichs finanziert werden.

Aktien schwächer

DW. Frankfurt

Die Aktienkurse schwächten sich zum Wochenbeginn deutlich ab. WELT-Aktienindex 135,2 (137,2). Auch am Rentenmarkt gaben die Kurse nach. Dollar-Mittelkurs 2,4593 (2,4483) Mark. Goldpreis je Feinunze 436,25 (441,25) Dollar.

KULTUR

Sperber geehrt

DW. Frankfurt

Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ist in diesem Jahr dem jüdischen, deutsch-französischen Schriftsteller Manès Sperber zuer*kannt worden. Sperber hat, wie es in* der Begründung des Stiftungsrates heißt, „mit seinen dichterischen und essayistischen Schriften die zentralen europäischen Erfahrungen seiner Generation aufgenommen und vertritt wie nur wenige ohne Leugnen der geschichtlichen Ereignisse einen kritischen, skeptischen Humanismus".

WETTER

Unbeständig

DW. Essen

Im gesamten Bundesgebiet meist stark bewölkt und zeitweise Regen. Tagestemperaturen zwischen 16 Grad im Nordwesten und 25 Grad im Südosten.

Heute in der WELT

Meinungen: Deutsche Optionen – Von Wilfried Hertz-Eichenrode S. 2
Anonyme Alkoholiker: „Aber du schaffst es nicht allein" S. 3
Bayern: Die CSU und die atomwaffenfreie Zone S. 4
Spanien: Furcht vor der Gleichmacherei S. 5
Sport: Finanzskandal um Fußball-Profis weitet sich aus S. 6
Forum: Personalien und die Meinung von WELT-Lesern S. 7
Wirtschaft: US-Senat will neuen Haushalt für '84 aufstellen S. 9
Fernsehen: TV-Wettbewerb um die „Goldene Rose von Montreux" S. 16
Kultur: B. Nilsson und die goldene Ära des Wagner-Gesangs S. 17
Aus aller Welt: In Bussen und Bahnen haben Türken zu leiden S. 18

DER KOMMENTAR

Schmerzhaft

HEINZ HECK

Gerhard Stoltenberg ist es ernst mit seinen Versprechungen. War unter früheren Regierungen immer wieder davon die Rede, daß im nächsten Jahr wirklich gespart werden müsse, so fängt er gleich damit an. Der '84er Haushalt ist Stoltenbergs erster „aus eigenem Recht". Den '83er Entwurf eines „stocksoliden" Haushalts seines Vorgängers Manfred Lahnstein mußte er in 17 Tagen um zweistellige Milliardenbeträge bereinigen; in Zukunft jedoch wird er an seiner Haushaltsführung gemessen.

Dem ehemaligen Regierungschef eines finanz- und strukturschwachen Bundeslandes ist klar, daß ihm eine ebenso schwierige Gratwanderung bevorsteht, wie er sie von Kiel her kennt: Er muß die Ansprüche der öffentlichen Hand (die sinnfälligen Ausdruck in der jährlichen Nettoverschuldung finden) stetig zurückschrauben, um zu erreichen, daß die Wirtschaft wieder Vertrauen in den Bonner Kurs faßt. *Mit der geplanten* Rückführung der Verschuldung des Bundes auf 25 Milliarden Mark im Jahr 1987 hat er sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Die Einsparungen dürfen aber weder zu Lasten der Länder und Gemeinden gehen, noch sind Gewaltkuren zulässig, welche die ohnehin labile Konjunktur dämpfen würden.

Zwar läßt Stoltenberg die soziale Symmetrie nicht aus dem Auge, wie die Schnitte beim Bauherrenmodell zeigen; es geht aber in erster Linie nicht um mehr Einnahmen, sondern um weniger Ausgaben – ein Grundsatz, gegen den ohnehin gleich nach dem Regierungswechsel gesündigt wurde. Es muß eine nachhaltige Dämpfung der Ausgabendynamik erreicht werden. Dazu gehört auch der Abbau sozialer Wohltaten, die sich nicht nur im haushaltstechnischen Sinne als unbezahlbar erweisen: Da sie wachsende Belastungen der Wirtschaft ausgelöst haben, verteuern sie die Produktion und gefährden Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze.

Soll dieser Teufelskreis durchbrochen werden, so sind schmerzhafte Eingriffe unvermeidbar. Was sein muß, tut man besser heute als morgen. Hierfür haben die Wähler dieser Regierung und vor allem dem Finanzminister ein Mandat und einen Vertrauensvorschuß gegeben. Mag sein, daß nicht alles, was bis Ende Juni im Kabinett beschlossen wird, auch die parlamentarischen – oder andere – Hürden nimmt. Sicher ist aber, daß Stoltenberg mit seinem Sparkonzept die in ihn gesetzten Erwartungen nicht enttäuscht hat.

Lambsdorff lehnt Handel als Waffe gegen Osten ab

DW. New York/Paris

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Europa und den USA, welche Rolle der Osthandel während des Weltwirtschaftsgipfels Ende Mai in Williamsburg spielen soll, halten noch an. Während Robert Lighthizer, der neue Stellvertreter des zum Kabinett gehörenden US-Handelsbeauftragten, ankündigte, daß die USA die Verschärfung der Bestimmungen für den Export strategischer Güter in den Ostblock in Williamsburg erwarten, bekräftigte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff den Willen der Europäer, diese Frage beim Gipfeltreffen an den Rand zu drängen.

In einem Interview des Nachrichtenmagazins „Newsweek" räumte Lambsdorff ein, daß dieses Problem noch nicht gelöst sei und der Weltwirtschaftsgipfel durch die fortbestehenden Meinungsverschiedenheiten belastet werden könnte. Er unterstrich aber das generelle Bekenntnis, daß der Handel nicht als politische Waffe gegen den Ostblock eingesetzt werden dürfe. In einem Interview der Pariser *Wirtschaftszeitung* „Les Echos" ergänzte er, daß die Bundesregierung für das Prinzip der Exportfreiheit sei, soweit sich aus dem Export hochtechnologischer Industriegüter keine militärischen Konsequenzen ergäben.

In Washington hatte der Unterausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses in der vergangenen Woche den Regierungsentwurf zum „Export Administration Act" in wesentlichen Teilen abgemildert. Heute wird sich der von den Demokraten beherrschte Auswärtige Ausschuß mit der Vorlage befassen.

Polen: Schüler starb nach Polizeiverhör

AFP, Warschau

Nach einem Polizeiverhör ist in Warschau der 19 Jahre alte Oberschüler Grzegorz Przemyk gestorben. Das teilten die Familienangehörigen gestern mit. Die Mutter des Toten ist die Schriftstellerin Barbara Sadowska, die in einem Komitee zur Unterstützung für die Opfer des Kriegsrechts arbeitet.

Nach den Angaben war Przemyk mit zwei seiner Freunde in der vergangenen Woche beim Verlassen einer Weinstube ohne ersichtlichen Grund von einer Milizstreife festgenommen worden. Auf einer Polizeistation sei Przemyk durch Schläge in Magen und Bauch schwer verletzt und bewußtlos in ein Krankenhaus geschafft worden. Seine von dem Vorfall benachrichtigte Mutter habe das Ansinnen eines Arztes, ihren Sohn in ein psychiatrisches Krankenhaus einzuliefern, abgelehnt und zu sich nach Hause geholt. *Dort soll sich* das Befinden verschlechtert haben. Am Freitag wurde er zu einer Notoperation in das Warschauer Solec-Krankenhaus gebracht. Die Ärzte stellten dabei unter anderem *einen Leberriß fest. Ohne das* Bewußtsein wiederzuerlangen, sei Przemyk am Samstag gestorben.

Zur Vorbereitung der Polen-Reise des Papstes ist der Primas der polnischen Kirche, Kardinal Jozef Glemp, gestern nach Rom abgereist. Vor seinem Abflug erklärte er, es seien nur noch liturgische Fragen zu klären. Bei seiner Ankunft in Rom sagte der Kardinal, er sehe keine Gefahr, daß die Papst-Reise nach Polen abgesagt wird. „Wenn die anderen den Besuch Johannes Pauls II. nicht behindern, werden wir den Papst mit großer Würde empfangen."

Italiens Radikale wollen Neuwahlen boykottieren

Sozialistische Partei könnte Nutzen daraus ziehen

AP, Rom

Mit der Begründung, den für den 26. und 27. Juni ausgeschriebenen vorgezogenen *Parlamentswahlen* in Italien fehlten „demokratische Merkmale", haben die Delegierten eines Parteitags der Radikalen Partei des Landes beschlossen, sich an dem Wahlgang nicht zu beteiligen.

Parteichef Marco Pannella erhielt für sein Anliegen die Zustimmung von 59 Prozent der Delegierten. Der Beschluß kann allerdings durch die Parteibasis noch umgestoßen werden. Er muß nämlich innerhalb einer Woche von den örtlichen Parteiorganisationen gutgeheißen werden, um rechtswirksam zu werden.

Die linksliberal orientierte, 1959 gegründete Radikale Partei hatte *ihre Mandate in der Abgeordnetenkammer* von vier bei den Wahlen von 1976 auf 18 Sitze bei den letzten allgemeinen Wahlen vom Juni 1979 steigern können. Politische Kommentatoren glauben jedoch, daß die Radikalen bei den Neuwahlen Federn lassen müßten. Falls es bei dem Wahlboykott bleibt, dürfte die Sozialistische Partei Italiens, die mit ihrem Auszug aus der Vierparteienkoalition des christdemokratischen Ministerpräsidenten Amintore Fanfani die Neuwahlen erzwang, den Hauptnutzen daraus ziehen.

Parteichef Pannella kündigte gestern den Beginn eines Hungerstreiks an, mit dem er offenbar gegen den neuen Wahlgang protestieren will. Eine Umfrage im April hatte ergeben, daß 80 Prozent der Italiener gegen eine neue Parlamentswahl waren. In der Öffentlichkeit wurden inzwischen Spekulationen darüber angestellt, daß Millionen von Wählern den Urnengang boykottieren oder die Wahlzettel leer abgeben könnten, weil sie den neuen Wahlgang als das Ergebnis zynischer politischer Manöver sehen. Politische Experten erwarten zudem vom Wahlausgang keine wesentliche Veränderung im Kräfteverhältnis der Parteien untereinander. Nur die Christdemokraten glauben an deutliche Gewinne, während die Sozialisten – nach den Kommunisten die drittstärkste Kraft – eher meinen, daß der Anstieg ihrer Popularität an Grenzen gestoßen sei.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Müde Marschierer

Von Ulrich Lüke

Selten hat sich ein Regierungschef in der EG so unter Erfolgzwang gesetzt wie Bundeskanzler Helmut Kohl im Blick auf den europäischen Gipfel Anfang Juni.

Kohl will in Stuttgart ein europäisches Programm im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aus der Taufe heben, die „feierliche Erklärung zur Europäischen Union" als das gemeinsame Ziel unterzeichnen lassen, Entscheidungen über die künftige Finanzierung der EG treffen, die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal voranbringen und gegen das Waldsterben rüsten lassen.

Das ist zuviel, das kann nicht gutgehen.

Wie langsam Europa marschiert, hat das Außenministertreffen vom Wochenende in Gymnich gezeigt. Genscher und seine EG-Partner konzentrierten ihre Vorgipfel-Gespräche auf zwei Themen: auf die feierliche Erklärung, früher „Europäische Akte" genannt, und auf die EG-Finanzen. Aber es gab kaum weiterführende Ergebnisse. Konnte es auch nicht geben.

Die Positionen zur „feierlichen Erklärung" sind seit Monaten festgezurrt. Die Widerstände vor allem aus Dänemark, Großbritannien und Frankreich sind von Anfang an groß gewesen. Dennoch lohnt sich das Bemühen um diese Erklärung, wenn außerdem mehr Rechte für das Europäische Parlament und ein weitgehender Verzicht auf das Vetorecht im Ministerrat erreicht werden könnten. Doch dazu werden sich die drei Hauptopponenten – wenn überhaupt – wohl nur bereitfinden, wenn es zu einem Tauschgeschäft nach alter EG-Moneten-Manier käme: Gibst du mir, so geb' ich dir.

Wenn Bonn endlich eine einheitliche Linie zum Problem der künftigen EG-Finanzierung fände, wenn nicht nur der Außenminister bereit wäre, mehr zu zahlen für das, was alle in Bonn wollen – die Erweiterung der Gemeinschaft nämlich –, dann käme vielleicht Bewegung in die Fronten. Im übrigen: Auch Margret Thatchers Teilnahme auf dem Stuttgarter Gipfel machte Entscheidungen in der Sache nicht wahrscheinlicher.

Minister Tempo

Von Heinz Heck

Innenminister Zimmermann schwimmt auf einer Woge des Erfolgs. Mit dem geplanten Abbau der Überversorgung im öffentlichen Dienst trifft er ins Schwarze: Wenn die Bundesregierung Sparsamkeit nicht nur predigen, sondern auch praktizieren will, muß sie genau dort ansetzen, wo in der Vergangenheit gesündigt und unbezahlbare Wohltaten verteilt wurden.

Auch im Umweltschutz legt Zimmermann ein unglaubliches Tempo vor. Entschlußfreudig hat er ein paar heiße Eisen angefaßt, die sein Vorgänger Baum lieber anderen Fingern überließ. Bei der Behandlung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung allerdings wird ihm gerade dieses Tempo als „populistisch" angekreidet.

Wenn es ums Waldsterben geht, können die Bestimmungen und Auflagen gar nicht scharf genug sein. Dies zumindest ist seit kurzem der Tenor der öffentlichen Meinung, und Zimmermann hat sich dem aufgeschlossen. Wie sonst sollte man es sich erklären, daß er die von der Länderkammer beschlossenen Verschärfungen im Handumdrehen übernehmen wollte: seinem „Schnellbrief" vom 5. Mai zufolge buchstäblich binnen acht Tagen.

Bei allem Respekt vor der wiedergewonnenen Entschlußfreude im Innenministierum: In nur einer Woche läßt sich die Tragweite der zahlreichen Belastungen, die die Länderkammer in einem Abstimmungseifer ohnegleichen auf den Regierungsentwurf gepackt hat, nicht genau genug einschätzen. Hier muß sorgfältig geprüft werden; immerhin ist die deutsche Steinkohle, durch die Stahlkrise bereits kräftig angeschlagen, akut betroffen.

Mag die SPD auch maulen. Ihre Position in dieser Frage ist schwach. Während sie über Jahre nach dem Vorbild der Gebetsmühle den Kohlevorrang predigte und sich viel auf diesen Slogan zugute hielt, unternahm der Umweltschützer der Fraktion, Volker Hauff, in seiner damaligen Eigenschaft als Forschungsminister nichts gegen die Gefahren des Sauren Regens – ganz wie es sich für weitschauende Politik gehört.

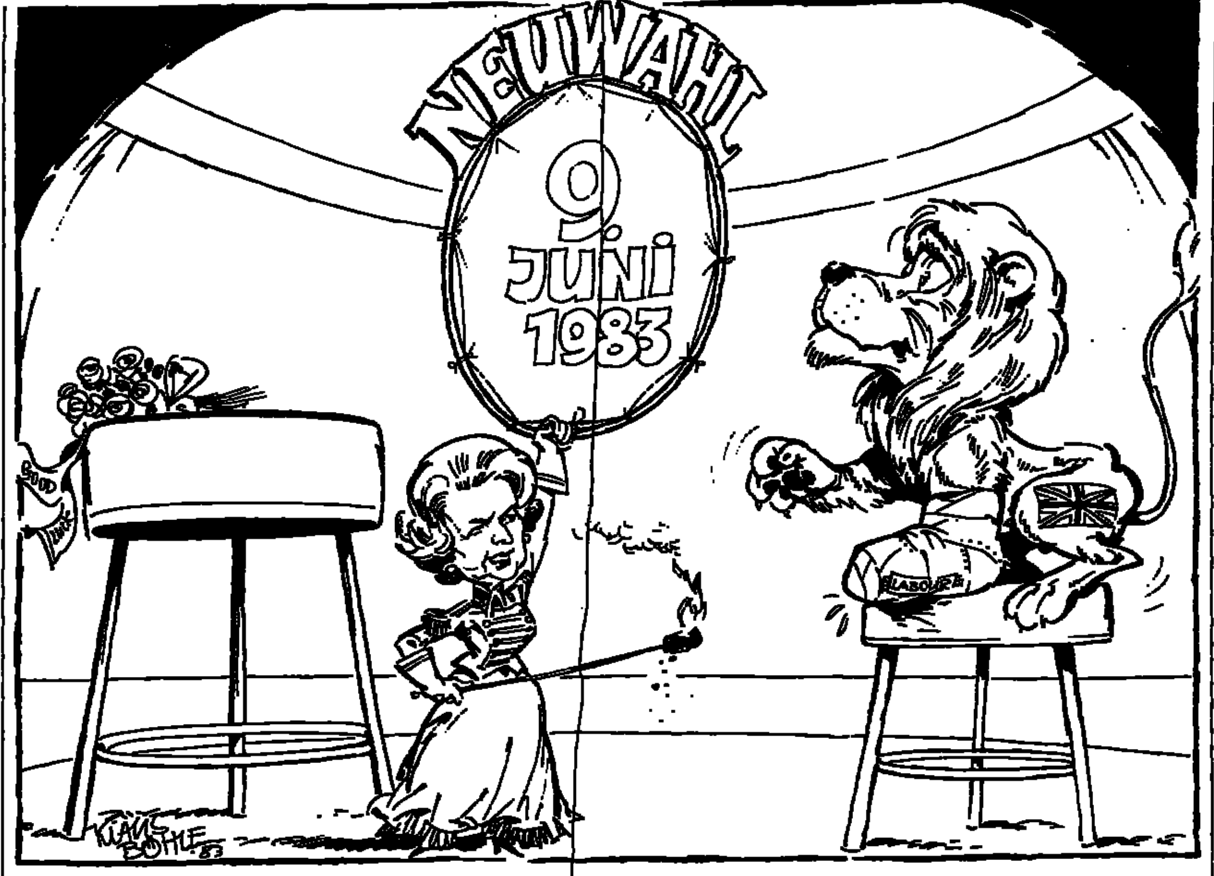
Ende der Idylle

Von Peter Jentsch

Die Situation des Haustieres", so stellte Ernst Jünger mit Blick auf den Sozialstaat fest, „hat konsequenterweise die des Schlachttieres zur Folge." In die Rolle des Schlachttieres gedrängt fühlen sich, so scheint es, Deutschlands Ärzte. Diesen Eindruck vermittelten jedenfalls die Diskussionen auf dem 86. Deutschen Ärztetag in Kassel, wo es um den Arztberuf im gesellschaftlichen Wandel ging. Wird nämlich die Idylle eines aus dem vollen schöpfenden Sozialstaates durch knapper werdende Ressourcen gestört, so bestimmt der Staat, wer „geschlachtet" und wo „abgespeckt" wird. Unter dieser Prämisse ist der Verteilungskampf um den Honorarkuchen unter den Ärzten ausgebrochen.

Der Kasseler Kompromiß über die Aus- und Weiterbildung der Ärzte hat zum Glück verhindert, daß die Qualität der Ausbildung diesem Verteilungskampf total geopfert wurde. Aber genau besehen haben die Ärzte ihre Verantwortung an den Staat weitergereicht. Das gilt für die geforderte Kapazitätsveränderung: Die Zahl der Studenten soll auf die Zahl der Patienten ausgerichtet werden und nicht mehr von den Hörsaalplätzen abhängig sein. Das gilt auch für die Änderung der Approbationsordnung: Der Approbation soll eine zweijährige Medizinalassistentenzeit vorgeschoben werden. Das gilt schließlich für den Wunsch, die EG-Richtlinien zu realisieren, wonach für die Allgemeinmedizin eine zweijährige Pflichtweiterbildung eingeführt werden soll.

In Kassel wurde, alles in allem, die Chance vertan, eine Ortsbestimmung der Medizin als Wissenschaft wie in ihrem Hineinwirken in die Gesellschaft vorzunehmen.



„Was heißt hier Handikap, allez hopp!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Deutsche Optionen

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Das Streitgespräch zwischen CSU und FDP über Kontinuität oder Wende in der Deutschlandpolitik wird zusehends sachlicher; jedoch, zur Wurzel des Zwistes stößt es nicht durch. Wenn Theo Waigel namens der CSU feststellt, die FDP sei ein „Promotor" der neuen Deutschlandpolitik gewesen, so ist das nicht falsch. Zur ganzen Wahrheit gehört aber, daß im Sturm und Drang der sozial-liberalen Koalition die konstituierenden Initiativen zur Vertragspolitik mit Moskau, Warschau und Ost-Berlin nicht von der FDP entfaltet und vollzogen wurden, sondern von Willy Brandt und seinem Vertrauten Egon Bahr. Zwar hat die FDP Brandts Vertragspolitik uneingeschränkt mitzuverantworten; man muß aber die deutschlandpolitischen Absichten der SPD ins Auge fassen, wenn man den Charakter dessen bestimmen will, was die FDP jetzt mehr schillernd als präzise Kontinuität nennt.

Halten wir uns zunächst an Peter Bender, Vordenker der sozial-liberalen Entspannungspolitik. Er hat befunden, das „ideologische Zeitalter" sei zu Ende. Wäre dem so, hätte man von Moskau nicht mehr die Weltrevolution, sondern klassische Großmachtpolitik zu erwarten.

Das zieht zweierlei nach sich. Erstens, von den Anhängern der Benderschen These werden die kommunistischen Regime, wie Alexander Schwan kritisch angemerkt hat, in ihrer Legitimität nicht mehr in Frage gestellt. Zweitens, den Staaten in West- und Osteuropa, so auch den beiden Staaten in Deutschland, wird angeraten, sich einen Freiraum eigener Interessen zu verschaffen, indem sie sich von der Großmachtpolitik Moskaus und Washingtons möglichst abkoppeln.

Diese Gedanken finden sich im Entwurf Bahrs für eine Sicherheitspolitik der SPD wieder. Bahr behauptet, die Entspannungspolitik habe erreicht, „daß die Ideologie eben nicht mehr an der ersten Stelle der Auseinandersetzung steht". Damit sei der Weg frei zu gemeinsamen Sicherheitsinteressen von Ost und West, zur „Sicherheitspartnerschaft". Dementsprechend sind für Bahr die Bündnisse – NATO und Warschauer Pakt – nur noch ideologisch wertfreie „Instrumente" einer bündnisüberwölbenden Friedenspolitik.

Das alles läuft darauf hinaus, die beiden Teile Deutschlands aus ihrer jeweiligen Lage am trennenden Rand der Systemblöcke zu befreien und die alte Mittellage Deutschlands in Europa wiederherzustellen, von der sich Adepten wie Bahr irgendwelche Möglichkeiten deutscher Einheit versprechen.

Solche Vorstellungen waren bei Helmut Schmidt Elemente der Kanzlerpolitik. Wie sonst wäre Schmidts entideologisierte Hochachtung für den Polen Gierek, wie sonst auch seine Vorstellung zu erklären, die Entspannung könne für das Vertragsgebiet Europa (Ostverträge, KSZE) gerettet werden, selbst wenn sie global zugrunde geht?

Unter den Vorzeichen angeblicher Entideologisierung des Ost-West-Konflikts und einer behutsamen Abkoppelung der Europäer von den Supermächten können engagierte Sozialdemokraten von der deutsch-deutschen, von der europäischen Konvergenz träumen: Der Osten übernimmt die Bürgerfreiheiten des Westens, und der Westen bequemt sich zu Formen östlicher Planwirtschaft. Vielleicht sind das antikommunistische, es sind aber keineswegs antisozialistische Vorstellungen; in der Tendenz sind sie antiamerikanisch.

Mit solchen Ideen im Hinterkopf läßt es sich leicht von der „politisch-psychologischen Bereitschaft, die DDR anzuerkennen" (Günter Gaus) reden, läßt es sich leicht fordern, „daß der westdeutsche Staat, der bei den Kommunisten etwas für die *Menschen ausrichten möchte*, immer etwas mehr zu bieten haben muß, als die anderen zu leisten bereit sind" (Klaus Bölling). Man kann sich dann auch allmählich der Linie anpassen, die in Ost-Berlin vorgezeichnet wird:



Schnittpunkte in der deutschen Frage: Theo Waigel, CSU FOTO: WOLFGANG MORELL

1. Bis 1955 sprach die „DDR" von der „Wiedervereinigung"; das heißt, sie betrachtete die deutsche Frage staatsrechtlich.
2. Von 1956/57 an stellte sich Ost-Berlin auf den Standpunkt, die deutsche Frage sei nur noch als völkerrechtliche Verbindung beider Staaten, als Konföderation, zu lösen.
3. Nach Abschluß des Grundvertrages erklärte die „DDR", es gebe keine offene deutsche Frage mehr.

Mit der Verlagerung der deutschen Frage von der staatsrechtlichen auf die völkerrechtliche Ebene sollte gesagt sein, daß es weder freie Wahlen (Selbstbestimmungsrecht) noch einen Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung geben werde. Und das Bestreiten der offenen deutschen Frage verlieh der Schmidt/Honecker-Formel, daß nie wieder vom deutschen Boden ein Krieg ausgehen dürfe, einen besonderen innerdeutschen Sinn; er ergibt sich aus der Aussage, es sei absurd zu glauben, „die sozialistische DDR würde jemals mit der kapitalistischen BRD über eine ‚friedliche' Aufhebung der bestehenden Grenzen verhandeln" (Otto Winzer am 13. Juni 1973 zum Grundvertrag). Von Entideologisierung keine Spur.

Es braucht nun nicht mehr lange begründet zu werden, warum das Bundesverfassungsgericht – und mit ihm die CSU – am Fortbestehen des Deutschen Reiches, am deutschen Staatsvolk, an der staatsrechtlichen Ebene der deutschen Frage festhält (auch wenn das Gericht Möglichkeiten einer Konföderation als Zwischenschritt nicht ausschließt).

Die FDP, die in der sozial-liberalen Koalition die Politik Brandts und Bahrs mitgetragen hat, kann sich dem Bundesverfassungsgericht nicht verweigern. Mit der CSU könnte sie sich sehr schnell einigen, wenn Genscher an seinen Briefwechsel vom Mai 1980 mit den Außenministern der drei Westmächte anknüpfte. Anlaß war der 25. Jahrestag des Deutschlandvertrages. In diesem Vertrag haben sich die Westmächte verpflichtet, auf ein „wiedervereinigtes Deutschland" hinzuwirken, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung besitzt. Dieses gemeinsame Ziel wurde in dem Briefwechsel bekräftigt.

Das heißt: Die Einheit Deutschlands wird nicht innerhalb eines sich von Amerika lösenden Europa angestrebt, sondern unverbrüchlich an der Seite des Westens. So will es die FDP, so will es die CSU.

IM GESPRÄCH David R. Lange

Wechsel bei den Antipoden

Von Manfred Neuber

Seit der 40 Jahre alte Rechtsanwalt David R. Lange die Labour-Führung in Neuseeland übernommen hat, hofft die Opposition in der „Pazifischen Schweiz" bei den nächsten Wahlen auf einen Regierungswechsel wie in Australien. Gerade die unliebsame Überraschung der vorherigen Regierung des großen Nachbarn, in den vorgezogenen Wahlen vom Wähler den Laufpaß bekommen zu haben, dürfte den neuseeländischen Premierminister Robert Muldoon aber veranlassen, einen späten Termin für die bis Ende 1984 fälligen Wahlen anzusetzen. Lange kann also keinen Wandel aus dem Stand bewirken, wie es der australische Labour-Führer Robert Hawke schon 14 Tage nach seiner Berufung als Oppositionschef Anfang März schaffte. In Neuseeland gehen die Uhren in der Politik ohnehin langsamer.



Oppositionschef in der „Pazifischen Schweiz": Labourführer Lange FOTO: CAMERA PRESS

Der bisherige Schatten-Außenminister Lange repräsentiert den rechten Flügel bei Labour. Er wurde von seiner Parlamentsfraktion mit überwältigender Mehrheit gewählt, nachdem der blasse William Rowling vom Posten des Oppositionsführers zurückgetreten war. Ausgebildet am Otahutu College und an der Auckland Unversity, unternahm Lange in den Jahren 1967 und 1968 ausgedehnte Auslandsreisen. Danach ließ er sich als Anwalt nieder. Im März 1977 zog er zum ersten Mal ins Parlament ein. Lange ist verheiratet und hat drei Kinder.

Ebenfalls Jahrgang 1942 ist der neue stellvertretende Oppositionsführer Geoffrey Palmer, mit dem Lange die zuweilen selbstgefällige Regierung Muldoons angreifen will. Dessen Partei ist seit 1949 mit Unterbrechungen von insgesamt nur sechs Jahren an der Macht.

Langes erster Versuch, die Nummer eins bei Labour zu werden, scheiterte 1980 äußerst knapp; der folgende interne Streit brachte die Opposition nach dem Urteil vieler Beobachter um den Wahlsieg im Jahr darauf. Jetzt haben sich die Reihen hinter Lange wieder geschlossen. Der Herausforderer gilt als brillanter Parlamentsredner. Er wird so Punkte gegen Muldoon sammeln können. Dem Premier seinerseits kommt die Publizität zweier großer Besuche kurz hintereinander am Antipoden zugute: des chinesischen Ministerpräsidenten und des britischen Kronprinzen-Paares. Lange ist jedoch selbst gefordert, in den Sachfragen ein überzeugendes Alternativprogramm zu entwickeln. Sogar bei den eigenen Genossen, vor allem dem Rowling-Anhang an den Hochschulen, gilt er darin als etwas oberflächlich. In Wellington wird mehr benötigt als die Empfehlung, ein „Anwalt der Armen" zu sein.

Ob der Stern des David R. Lange demnächst in Neuseeland noch strahlender aufgeht, wird von zwei Faktoren maßgeblich beeinflußt werden: Hat der alte Kämpe Robert Muldoon genug vom Regieren, zieht er sich aufs Altenteil zurück, und lassen sich die Gewerkschaften auf einen neuen Lohn- und Preisstopp festlegen?

DIE MEINUNG DER ANDEREN

CHARENTE LIBRE

Die Zeitung aus Angoulême merkt zu den deutsch-[illegible] Beziehungen an:

Der 41. deutsch-französische Gipfel wird schwieriger als die vorangegangenen sein. Seit der letzten Änderung der Wechselkurse ist zwischen Paris und Bonn eine gewisse Spannung entstanden. Paris ist der Auffassung, daß die europäische Solidarität es nicht erlaubt, daß ein Land im Vergleich zu den anderen und auf deren Kosten erfolgreich ist. So belagert man Bonn mit Bitten um Zusammenarbeit und sogar einseitige Akte der Großzügigkeit, die die deutsche Regierung keinesfalls allein auf sich nehmen will. Daher ist es noch gar nicht sicher, ob man auf diesem Gipfel zu einer vollständigen Einigung kommen wird. Jedenfalls wird man sehen, ob die Deutschen immer noch „arrogant" sind und ob sie sich zu einer Retourkutsche entschließen.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Im Zusammenhang mit dem 41. deutsch-französischen Gipfel in Paris weist das Blatt auf die Widersprüchlichkeit der Mitterrandschen Politik gegenüber Bonn hin:

Wenn man die französischen Regierungsverantwortlichen hört, hat man manchmal den Eindruck, daß die Deutschen für alle Zeiten dazu verurteilt sind, irgendeine Schuld zu begleichen. Man verlangt von ihnen gleichzeitig, daß sie einen durch eine unverantwortliche Politik geschwächten Franc unterstützen und daß sie es widerspruchslos hinnehmen, als Sündenbock für alle Probleme unseres Landes hingestellt zu werden. Jacques Delors und Pierre Mauroy finden es ganz normal, von der Bundesrepublik die Aufwertung der Mark zu fordern und gleichzeitig die jenseits des Rheins betriebene Wirtschaftspolitik zu kritisieren. Paradoxerweise fleht man die Deutschen auf der einen Seite im Namen der europäischen und westlichen Solidarität um Hilfe an und gestattet sich auf der anderen die Unverfrorenheit, Lektionen in Wirtschaftsführung zu erteilen. Unsere deutschen Nachbarn haben solche Reden langsam satt. Wenn Bundeskanzler Helmut Kohl auch nicht die unmißverständliche Unterstützung vergißt, die François Mitterrand ihm während des Wahlkampfes gewährt hat, so verlieren die westdeutschen Wirtschaftskreise langsam die Geduld. Ebenso dürften die großartigen Zielsetzungen auf dem Gebiet der deutsch-französischen Verteidigung fürs erste im Stadium der frommen Wünsche bleiben.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Hier heißt es über die Vorgänge beim „Stern":

In harter, teilweise auch unfairer Form ist der „Stern" immer wieder Kanzler Kohl vor allem vor dem 6. März oder den NATO-Doppelbeschluß angegangen. Man kann das auch Kampagne nennen. „Fortschrittlich-liberal" nennt die nun rebellierende Redaktion diesen ihren politischen Kurs. Und sie zieht mit diesem Argument gegen die neuernannten Chefredakteure Gross und Scholl-Latour zu Felde. Die Redakteure seien „entsetzt", heißt es da mit einer Vokabel, die eher dem Bauch und weniger dem Kopf entspringt. Arrogant auch die gönnerhafte Einlassung, Scholl-Latour und Gross verfügten über persönliches Ansehen und „handwerkliches Können". Wen wundert es, daß da die Redaktions-Rebellen auch gleich eilfertige Unterstützung von der IG Druck bekommen.

Genf ist für die Sowjets nur ein Vorhang aus Worten

Moskaus Hauptziele heißen Vorherrschaft und ein Europa ohne US-Präsenz / Von Cay Graf Brockdorff

Es wird zu viel vom Krieg geredet. Das entspricht nicht dem Inhalt der „Flexible Response", jener vom atlantischen Bündnis formal adaptierten Strategie, die ihre Lebenskraft aus der Kriegsverhinderung zieht. Über die Genfer Raketen-Verhandlungen, die heute in eine neue Runde gehen, wird ebenfalls viel gesprochen und geschrieben – meistens wenig Gescheites. In der Öffentlichkeit sieht man sie als Versuch, ein kniffliges rüstungstechnisches Problem zu lösen. Tatsächlich geht es in Genf um fundamentale politische Fragen, die in einem Rüstungsproblem nur ihren Ausdruck finden.

Zwischen der „Flexible Response" und den Genfer Gesprächen besteht ein tiefer innerer Zusammenhang. Die Bündnisstrategie ist nämlich nicht ein System „abgestufter Abschreckung", wie oft behauptet wird; vielmehr läßt sie den potentiellen Gegner bewußt darüber im unklaren, wie der Angegriffene reagieren würde. Es liegt auf der Hand, daß das amtliche Ausmalen verschiedenster Kriegsbilder dem Sinn der Strategie zuwiderlaufen müßte. Natürlich unterstellt die Strategie rationales Verhalten und gibt somit bestimmten Szenarios erhöhte Wahrscheinlichkeit. Aber festgeschrieben ist nichts – auch nicht in irgendwelchen Panzerschränken der NATO. Die Strategie verlangt allein, daß die Ausgangslage mit angemessenen Mitteln wiederhergestellt wird.

Diese Philosophie einer Allianz, die dem Griff zu den Waffen feierlich abgeschworen hat – jeder Form von Waffen –, es sei denn, sie würde angegriffen, besitzt für den Gegner etwas Unheimliches, Undurchsichtiges: Er kann das Risiko eines Waffenganges nicht kalkulieren. Wollte er die Oberhand erlangen, müßte er danach trachten, das Rätsel aufzulösen.

Das Unglück unserer Zeit ist, daß viele oberflächlich die Atomwaffen aus diesen Zusammenhängen herauslösen und vom Moralischen her beklagen, daß man mit solchen Mitteln den Frieden bewahren müsse. Niemandem unter den Kritikern ist es bisher jedoch gelungen, eine Friedensstrategie zu entwerfen, die auf einen Teil des Waffenspektrums verzichten könnte und die zugleich für unsere Gesellschaftsordnung akzeptabel ist, wie auch für jene Ordnung in der Sowjetunion, die den historisch vorausbestimmten Untergang der westlichen Demokratien doktrinär begreift. Kritiker meinen, diese Moskauer Maxime könnte und müßte im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen modifizierbar sein. Sie erfanden die „Sicherheitspartnerschaft". Aber sie übersahen, daß dies zur Selbstaufgabe des Moskauer Regimes führen müßte.

Als Philosophie zur Kriegsverhinderung ist die „Flexible Response" nur lebensfähig, wenn der potentielle Aggressor oder politische Erpresser erkennt, daß der Bedrohte über das Instrumentarium zur Durchsetzung seiner Strategie verfügt. Gemeint sind Streitkräfte und deren Ausrüstung – vom Infanteriegewehr bis zur Atomwaffe. In dieser Lage wäre die Erringung eines rüstungstechnischen und mithin politischen Vorteils davon abhängig, ob dem Bedrohten suggeriert werden kann, er brauche sich nicht zu ängstigen, weder sei man aggressiv noch sei ein Verlust des Gleichgewichts zu befürchten. Ist der Gegner mit dieser Methode erfolgreich, hat er den undurchdringlichen Schleier des Geheimnisses, der die „Flexible Response" umgibt, zerrissen.

Noch ist es nicht soweit, doch müssen wir erkennen, daß wir uns mitten in diesem Prozeß befinden. Sollte der Gegner damit durchkommen, könnte er sein Wohlverhalten ändern, er könnte andere Seiten aufziehen. Nach Belieben. Für den Betroffenen wäre das ein Akt der totalen Unterwerfung.

Für die NATO geht es in Genf um die Verhinderung eben dieses Weges, den Moskau mit einer Kampagne ohnegleichen zur Beseitigung der „Flexible Response" schon beschritten hat. Die Atomwaffen mittlerer Reichweite sind nur das Mittel, mit dem sich Moskau die regionale Überlegenheit erobern will, um sich als Hegemonialmacht zu etablieren. *Einen anderen Feldzug* betreibt es gegen die Verbesserung der konventionellen Bewaffnung der NATO, mit der die aus dem Hinterland anrükkende zweite strategische Welle der Truppen des Warschauer Pakts getroffen werden könnte. Der Gegner unterläßt nichts, um den Westen in seinem Kern zu treffen; in seiner Strategie.

Folgerichtig enthalten alle von Moskau in Genf bis heute auf den Tisch gelegten Vorschläge hinter dem Schleier rüstungstechnischer Argumente nur ein Ziel: die Vertreibung der Vereinigten Staaten aus Europa. Ohne US-Präsenz gäbe es keine „Flexible Response" mehr. Das Rätsel wäre gelöst.

Das Bild schließt sich für den Kreml, der täglich mit Genugtuung feststellen kann, wie der Westen mit der Entwicklung immer neuer Kriegsszenarios, die man in Moskau gar nicht mehr selbst entwerfen könnte, die „Flexible Response" in ihr Gegenteil verkehrt. Sicher ist dabei viel Gedankenlosigkeit, ohne Zweifel aber hier und dort kaltblütiger Vorsatz.





Die Armenier – unbewältigte Vergangenheit der Türken

Von HENK OHNESORGE

Wer spricht denn heute noch von den Armeniern?" soll Hitler zynisch einem Mitarbeiter geantwortet haben, als der ihn im Zusammenhang mit der Vorbereitung der „Endlösung" auf die mögliche empörte Reaktion der Weltöffentlichkeit hinwies.

Der Diktator sprach damit etwas an, was seit der Mitte des 19. Jahrhunderts das zaristische Rußland, Großbritannien und Frankreich beschäftigt hatte. In dem Maße, in dem das einst mächtige osmanische Reich zum „kranken Mann am Bosporus" wurde, hatten sich diese Staaten als Schutzmächte der unter türkischer Herrschaft lebenden Christen verstanden. Beim Berliner Kongreß 1878 war dieser Anspruch, der wohl vor allem als Vorwand eigener Machtinteressen diente, formell bestätigt worden. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs war es allen christlichen Völkern mit Ausnahme der Griechen in Kleinasien und der Armenier in Ostanatolien jedoch gelungen, ihre staatliche Selbständigkeit zu erringen.

Wer spricht denn heute noch von den Armeniern? – Die Türken tun es, denn Armenier ist bei ihnen derzeit ein Synonym für Terror. Dies erwies sich sehr bald auf einem zweitägigen Seminar, das die Föderation der Frauenverbände unter dem Vorsitz von Frau Professor *Sevinc Karol dieser Tage in* Ankara veranstaltete.

Während die ausländischen Referenten – darunter Experten wie der US-Botschafter Donald Heck, der im State Department lange Zeit die Terroristenbekämpfung koordiniert hatte, und Professor Yonah Alexander vom Institut zum Studium des internationalen Terrorismus an der Staatsuniversität von New York – über Terrorismus und die internationale Gemeinschaft, über die strategischen Dimensionen des internationalen Terrorismus sprachen, kamen die türkischen Referenten unter den über *20 Vortragenden gleich zu ihrer* eigentlichen Hauptsache: dem Problem der Armenier.

Seit 1975 sind nirgendwo in der Welt türkische Diplomaten vor Anschlägen armenischer Attentäter sicher. „In den letzten zehn Jahren sind über einhundert Diplomaten entweder entführt oder ermordet worden. Traurigerweise steht die Türkei mit über 25 getöteten Diplomaten oder Familienangehörigen, mit zumindest zehn weiteren Fällen, bei denen das vorgesehene Mordopfer überlebte, an der Spitze der Liste" (Donal Heck). Die Bilder von Anschlägen in Wien, Paris und Belgrad oder sonst irgendwo flimmern immer wieder über den Bildschirm – man hat sich an sie gewöhnt. Kaum jemand außerhalb der Türkei erinnert sich – um nur ein Beispiel zu nennen – jenes 8. August 1982, als bei einem Überfall von Armeniern auf das Hauptgebäude des Flughafens von Ankara neun Menschen starben und 72 verletzt wurden.

Die bürgerkriegsartigen Vorgänge bis zum 12. September 1980, als die Armee zum dritten Mal in der kurzen Geschichte der Republik mit harter Hand eingriff, sind verdrängt. Auf dem Kongreß wurden sie mit einem einzigen Satz der Vorsitzenden der Frauen-Föderation gestreift. Es geht um die vor nichts zurückschreckenden Taten einer kleinen Minderheit, meist im Ausland ansässige Armenier, die ihre Taten mit „gerechtfertigter Rache" erklärt, und um das von ihr verbreitete Bild der Türkei – und *es geht schließlich um etwas, was* während des Ersten Weltkriegs geschah und was als der erste systematische Völkermord des 20. Jahrhunderts gilt.

Nach der vor allem im Westen verbreiteten Lesart – zuletzt berichtete Yves Ternon in seinem 1981 bei Ullstein erschienenen Buch „Tabu Armenien. Geschichte eines Völkermordes" darüber – hatten sich die Armenier in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts bemüht, mehr innere Selbständigkeit zu erreichen. Später hatten sie sich zeitweilig mit den „Jungtürken" ge*nannten Offizieren verbündet, die* vom Sultan eine weitgehende Verfassung und Reformen wollten.

Im Verlauf des Ersten Weltkrieges, bei dem die zaristische Armee aus dem teilweise von Armeniern bewohnten Gebiet am Fuße des Kaukasus in das ebenfalls von Ar*meniern bewohnte Ostanatolien* vordrang, hatten die inzwischen an die Macht gekommenen Jungtürken die Armenier als „Kollaborateure" zum Teil deportiert, zum Teil ermordet. „Während des Ersten Weltkriegs wurden in der Türkei drei Viertel des armenischen Volkes aus politischen Gründen in den Tod getrieben", schreibt Yves Ternon. Dies bedeutet drei Viertel von etwa zwei Millionen Menschen, eineinhalb Millionen Opfer.

Überall, selbst im mit der Türkei verbündeten Deutschen Reich, erhob sich damals ein Schrei des Entsetzens. Im Deutschen Reichstag verlangte unter anderen der später von Rechtsradikalen ermordete Matthias Erzberger, Mitglied der Zentrumsfraktion, Auskunft. Doch rasch schlief die Empörung wieder ein. Lediglich ein Buch, „Die vierzig Tage des Musa Dagh" von Franz Werfel, erinnerte noch daran – und der Haß der teilweise schon früher in alle Welt zerstreuten Armenier, die durch ihre Konfession nie ihre Identität verloren.

Man könnte angesichts noch größerer Verbrechen, die sich inzwischen ereignet haben, schulterzukkend zur Tagesordnung übergehen, wäre da nicht der weltweite Terror der armenischen „Rächer" und der schlechte Ruf, gegen den jetzt die Türkei anzukämpfen versucht.

In ausführlichen Ausführungen machte ein türkischer Referent nach dem anderen deutlich, daß die Armenier zur Zeit der türkischen Eroberung Anatoliens schon längst keinen autonomen Staat mehr besessen hätten. Nicht die Osmanen hätten mit der Unterdrückung der Armenier begonnen, sondern die Armenier hätten, angestachelt von der zaristischen Regierung und ihren in Rußland lebenden Landsleuten, mit Übergriffen und Gewalttätigkeiten schon *während der 90er Jahre des* vergangenen Jahrhunderts begonnen. Tatsächlich spielten sich die Zusammenstöße hauptsächlich zwischen Kurden und Armeniern ab. Aber Kurden gibt es offiziell in der Türkei nicht mehr, seitdem Atatürk erklärte, es handle sich nur um „Bergtürken", nicht um ein eigenes Volk.

Schließlich habe die Gesamtzahl der Armenier im osmanischen Reich 1914 etwa 1,5 Millionen betragen, von denen 300 000 (nach Schätzungen des britischen Historikers Toynbee 600 000) umgekommen seien als Folge von Typhus *und Entbehrungen*, von Deportation und Kriegswirren, hieß es auf dem Kongreß. Gleichzeitig seien im Ersten Weltkrieg aber auch drei Millionen Türken gestorben – „was mehr oder weniger dem gleichen Anteil an der jeweiligen Gesamtbevölkerung entspricht".

Boghos Nubar Pascha, der Leiter der armenischen Delegation bei der Pariser Friedenskonferenz 1918, habe erklärt, 280 000 Armenier seien nach dem Krieg in der Türkei geblieben, während etwa 700 000 ausgewandert seien.

Dies klingt einleuchtend, aber kaum in den Ohren jener, die sich als Rächer ihrer Landsleute fühlen. Zudem ist es ihnen gelungen, in ihren Gastländern durch zahlreiche Künstler – erwähnt seien hier nur Charles Aznavour und William Saroyan – Sympathien für die „armenische Sache", für den Traum vom eigenen Staat, zu erwecken.

So bedrohlich die Attentate der armenischen Terroristen sind, so stellen sie – und schließlich zeigte dies auch der Kongreß in Ankara – für die Türkei letztlich einen positiven politischen Faktor dar. Zu einer Zeit, in der das Land nach Jahren der Militärherrschaft den Weg zurück in eine spezifische *Form der Demokratie sucht*, dienen die Leute, deren Namen meist auf -ian endet, unbeabsichtigt der Solidarisierung im Innern. Der Terror der Armenier trägt dazu bei, die noch vor wenigen Jahren innenpolitisch völlig zerstrittene Türkei zu einigen.



September 1981, Türkisches Konsulat in Paris: Ein Kommando der „Armenischen Geheimarmee" nimmt Geiseln, gibt später aber auf. FOTO: AP





Nur wer ganz unten gewesen ist, hat die Chance, von der Flasche loszukommen, lautet eine Hauptthese der Anonymen Alkoholiker. FOTOS: VISUM/HÖFT

„Aber du schaffst es nicht allein"

Von JOACHIM NEANDER

Ich heiße Johanna, ich bin Alkoholikerin." Die Stimme der jungen, gutaussehenden Frau zittert nicht, fast klingt sie sogar fröhlich, obwohl vor ihr an die 5000 Leute sitzen.

Aber „Alkoholiker", das ist hier bei den Anonymen Alkoholikern, die in der riesigen Frankfurter Festhalle das 30jährige Bestehen der AA in Deutschland feiern, eben kein Schimpf- und kein Angstwort. Es heißt nur: Dazugehörigkeit.

Sie tragen am Revers kleine Schildchen mit Vornamen und Wohnort. Sie duzen sich. Die meisten begrüßen einander mit einer Umarmung. Sie haben einander vielleicht nie vorher gesehen, aber sie kennen einander. Woran? Der eingeladene Fremdling schaut um sich und stellt ratlos fest: Alkoholiker könnte er von anderen nicht unterscheiden. Dies hier könnte ein Fußballpublikum sein, Besucher einer Wahlkundgebung oder Verbraucherausstellung.

Nein, doch nicht. Sie haben die Stühle selbst aufgestellt und werden alles nachher selbst wieder aufräumen. Sie lachen, sie sind fröhlich, manchmal erschrickt man vor so viel Euphorie. Sie nehmen – das gehört zu ihren wichtigsten Gesetzen – von niemandem einen Zuschuß, schon gar nicht vom Staat. Sie mengen sich nicht in öffentliche, vielleicht gar politische Debatten. Sie führen keine Mitgliederli*sten und keine Erfolgsstatistiken* (und sind damit vielleicht ehrlicher als alle anderen Organisationen). Es ist seit vielen, vielen Jahren die erste problembezogene Tagung, auf der ich das Wort „die Gesellschaft" nicht gehört habe.

Die AA, 1935 in den USA von zwei Alkoholkranken ins Leben gerufen, die erkannten, daß man nur gemeinsam eine Chance hat, dem Verderben zu entgehen, basiert auf Ansichten, die in der ärztlichen Wissenschaft und Praxis sicher nicht unumstritten sind. Der Alkoholismus sei eine lebenslange, im Grunde unheilbare Krankheit (deshalb wird man von einem AA auch nie hören, er sei ein „ehemaliger Alkoholiker"), aber jeder einzelne könne es schaffen, sich mit dieser Krankheit über Wasser zu halten, eisern trocken zu bleiben, indem er in der Gruppe „Erfahrung, Kraft und Hoffnung" mit den anderen teilt (so heißt es in der sogenannten AA-Präambel).

Neuere Forschungen, die darauf hindeuten, daß dem Alkoholismus eine Art nicht veränderbarer Stoffwechselprogrammierung zugrunde liegen könnte, bestätigen dies. Dennoch stößt die Ausschließlichkeit, mit der die AA zumindest in Teilen diese Anschauungen vertreten, bei Außenstehenden auch auf Skepsis. Vor allem jene These ist es, die da besagt, keiner habe eine Chance, der zuvor nicht ganz unten gewesen sei, seine völlige Machtlosigkeit vor dem Alkohol erkannt und „kapituliert" habe: Das Leben beginnt erst mit der Kapitulation, mit dem Verzicht auf alle Hilfen, Ausflüchte, Rettungsanker, Entschuldigungen. Der normale Alkoholiker, so formuliert es in Frankfurt fast brutal ein Experte aus einer Entziehungsklinik, sei zu lange von viel zu vielen „rettenden und helfenden Engeln", verständnisvollen Ehefrauen und Kollegen umgeben.

In den Berichten scheint sich die Hölle zu öffnen. So bei Christa, der Frau eines Schiffsingenieurs. Es fing ganz harmlos an, auf einer Silvesterfeier. Später war sie stolz, viele Männer unter den Tisch trinken zu können. Dann begann der Abstieg. Als alles kaputt war, die drei Kinder vom Jugendamt weggenommen, die Wohnung verwahrlost, sie selbst in der Stadt verfemt und verlacht, hat sie zu den Anonymen Alkoholikern gefunden. Aber auch das war noch ein langer, schmerzhafter Prozeß. Zum Schluß hat sie noch einmal sieben Tage lang getrunken, die letzte Stufe hinab. „Das war gut so", sagt sie durchs Mikrofon. Jetzt sei sie trokken, neugeboren, glücklich.

1400 AA-Gruppen, so steht es in den *Unterlagen, bestehen in der* Bundesrepublik. Zwei Drittel Männer, aber das kann man nur vage schätzen. In Frankfurt heißt es, es könnten inzwischen auch schon 1800 Gruppen sein. Die Größe schwankt zwischen 30 und 2. Die Fluktuation ist groß. 24 Kontaktstellen sorgen dafür, daß jeder Fragende überall eine Adresse bekommt.

Rückfälle? Natürlich, noch und noch. Aber der Rückfall des einen, über den er in der Gruppe oft in quälender Ausführlichkeit berichtet (weil der Rückfall ja nicht erst beim ersten Glas beginnt, sondern lange vorher, sozusagen im Kopf), hilft den anderen. Ein berühmter AA-Spruch lautet: „**Du** allein schaffst es, aber du schaffst es **nicht allein**."

Neben den AA-Gruppen und ihren sogenannten geschlossenen Meetings (meist einmal die Woche) gibt es auch Alanon-Gruppen (Familienangehörige) und Alateen-Gruppen (speziell Kinder von Alkoholkranken). Und vielleicht ist dies das am tiefsten bewegende Kapitel.

Chris, ein blasses junges Mädchen aus Hamburg, vielleicht 18, steht am Mikrofon. Ihr Vater ist die große Stimmungskanone auf allen Parties. Frau und Tochter sind immer die Spielverderber. „Ich kenne alle seine Witze", sagt Chris. „Und die Todesangst, wenn er mit uns betrunken mit 160 über die Landstraße heimfährt. Ich habe ihn gehaßt."

Sie ist vor dem Fegefeuer, das daheim mit dem tyrannischen Vater herrschte, der nur auf den Parties der lächelnde Charmeur war, nicht etwa weggelaufen. Sie hat, ein erstaunliches Menschenkind, Anschluß an die AA gesucht, nicht nur, um sich über sich selber und ihr Problem klarzuwerden, sondern auch als eine Art Vorreiterin, Fürsprecherin für den Vater, den sie doch nicht hassen, sondern lieben möchte.

Sie hat Klarheit gewonnen. Auch *der Vater ist bei den AA, aber noch* trinkt er, „experimentiert" er, wie sie sagt. Sie hat gelernt, seine Krankheit zu hassen, sie träumt nachts, sie schlüge auf ihn ein. Aber sie hat auch gelernt, ihn als Menschen anzunehmen. „So, das war es, was ich euch erzählen wollte", sagt sie am Schluß. Aber noch im Abgehen schluchzt sie los, es schüttelt sie richtig. Die anderen nehmen sie in den Arm. Vergleichbares an Intensität stummer gemeinsamer Empfindung in diesem steinernen Massenbehältnis, wo sonst Rockmusik alles mit Lärm zudeckt, ist nur schwer vorstellbar.

Zahlen spielen hier nur eine untergeordnete Rolle, etwa der Streit, ob zwei oder fünf Prozent der erwachsenen Bevölkerung alkoholkrank (behandlungsbedürftig) seien und wieviel Milliarden die Volkswirtschaft an Schäden und Folgekosten zu verkraften habe. Es fällt bei den Diskussionen auf, daß auch Fachleute oft rat- und hilflos vor dem Phänomen stehen. „Ärzte und Alkoholiker", sagt zum Beispiel ein Arzt, der das Problem als Leiter einer Spezialklinik wirklich kennt, „meiden einander oft wie die Pest." Die Alkoholiker, weil sie die Wahrheit scheuen, die Ärzte, weil sie die Lügen der Alkoholiker oder auch die Wahrheit über das eigene Trinken fürchten.

In zahlreichen Betrieben beginnt man, dem Alkoholproblem auch in Kooperation mit den AA zu Leibe zu gehen. Auf dem Frankfurter Flughafen z. B. hat die leitende Betriebsärztin eine AA-Betriebsgruppe initiiert. Gefährdet scheinende Kollegen werden angesprochen. In einigen Firmen gibt es neuerdings die „Kündigung auf Zeit": Der Alkoholiker wird zwar entlassen, zur Kur geschickt, aber garantiert wie*der eingestellt und unter Umstän*den sogar beruflich weitergefördert, wenn er ein Jahr lang trocken bleibt und Anschluß an eine AA-Gruppe hält.

Manchmal sind die Betriebsräte da eher ein Hindernis, berichtet ein Personalchef, weil sie zunächst automatisch gegen jede Kündigung sind, damit aber auch die „Rettung" verzögern oder verhindern.

Manches am Umgang der Anonymen Alkoholiker untereinander erinnert sicher an eine Sekte. Daß die Euphorie, die fast exzessive Freundlichkeit und Fröhlichkeit, die absolute Öffnung und *Ehrlichkeit untereinander lebens*notwendig zur Therapie gehören, sieht man erst nach einiger Zeit ein. Die Frage taucht dabei auf, ob dies als Modell für menschliches Zusammenleben überhaupt dienen könne. Professor Michael Lukas Möller, Psychiater in Frankfurt und in Fachkreisen wegen seiner intensiven Beschäftigung mit Selbsthilfegruppen aller Art auch „Selbsthilfe-Möller" genannt, bejaht diese Frage ohne Vorbehalt. Sich selber in der Gruppe zu entwickeln und damit auch die anderen in der Entwicklung zu fördern, sei das Beste, was der Mensch erreichen kann.

Dann wäre also der Mensch, der gar keine Hilfe braucht und nie kapitulieren mußte, in Wirklichkeit ein armer Mensch? Möller zögert. Das sei sehr weit gedacht, sagt er. Eine Frage, die nicht beantwortbar scheint.

Die CSU und die atomwaffenfreie Zone

Von PETER SCHMALZ

Das hätte sich Münchens Oberbürgermeister Erich Kiesl nicht träumen lassen: Ausgerechnet ihn, der als Bezirksvorsitzender die CSU in der *bayerischen Landeshauptstadt* führt und der früher als Staatssekretär im Innenministerium Recht und Ordnung verwaltete, bringt das CSU-Wochenblatt „Bayernkurier" in seiner jüngsten Ausgabe in die Nähe von Verfassungsfeinden. Seine Verwaltung habe einen „Mißbrauch kommunaler Selbständigkeit" begangen, ja sei sogar in die Nähe „handfester politischer Agitation" gerückt.

Für „Bayernkurier"-Leser Kiesl ist es ein schwacher Trost, daß weder sein noch der Name der Stadt in dem Bericht zitiert wird. Soweit wollte der Autor, Innenminister Karl Hillermeier, denn doch nicht gehen. Was er auch gar nicht mußte, mokiert sich die CSU doch seit geraumer Zeit über das CSU-regierte Münchner Rathaus, in dem es sogar unter Mithilfe des ansonsten unerbittlich konservativen CSU-Kreisverwaltungsreferenten Peter Gauweiler gelungen ist, die Landeshauptstadt zur atomwaffenfreien Zone zu erklären.

Im Rathaus versucht man sich zwar mit dem Argument zu verteidigen, der Münchner Beschluß spreche sich nur prophylaktisch gegen eine künftige Stationierung von ABC-Waffen auf den 310 Münchner Quadratkilometern aus, aber Minister Hillermeier schreibt Kiesl ins Parteiblatt, was er davon hält: „Wie auch immer diese ‚Antiatombeschlüsse' der Gemeinden im einzelnen formuliert sein mögen, eines ist ihnen jedenfalls gemeinsam: sie sind rechtswidrig und damit nicht zulässig." Nun ist allerdings auch Kiesl kein Verfechter atomwaffenfreier Gemeinden und empfindet den peinlichen Beschluß als einen ihm unterschobenen Bastard. Intern fand er wegen dieses politischen Fehltritts auch schon harsche Worte über seinen Kreisverwaltungsreferenten.

Daß ausgerechnet das CSU-regierte München in die Gesellschaft linker Anti-Atom-Kommunen geraten ist, gründet auf der in Bayern beliebten Mischung aus Politik und Emotion. Der CSU-Politiker Gauweiler fand bei der Amtsübernahme im Kreisverwaltungsreferat eine Vorlage seines dem linken SPD-Flügel angehörenden Vorgängers Klaus Hahnzog vor, in der aufgrund einiger Anträge aus Bürgerversammlungen die Stationierung von ABC-Waffen in München abgelehnt wurde. Gauweiler wagte nicht, *die* Behandlung dieser Anträge durch den Stadtrat abzulehnen, legte sie zur Beratung vor.



Landesbericht Bayern

Damit geriet er mit einem seiner schärfsten Widersacher, dem inzwischen zum FDP-Landesvorsitzenden aufgestiegenen liberalen Fraktionschef Manfred Brunner in eine Argumentationsschlacht, in der Gauweiler darauf beharrte, die Verwaltung dürfe die Behandlung dieser Anträge nicht ablehnen. Brunner vertrat die Meinung, hier gehe es nicht um eine Diskussion für oder gegen Atomwaffen, sondern um den Versuch linker Agitatoren, über Bürgerversammlungen die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik aufzurollen.

In dieser persönlichen Auseinandersetzung zwischen den beiden Jung-Politikern verlor Gauweiler wohl den politischen Aspekt aus den Augen und hatte offensichtlich nur noch das Ziel vor Augen, die Vorlage nicht zurückziehen zu müssen. Ein Bemühen, in dem er von seinen CSU-Parteifreunden so erfolgreich unterstützt wurde, daß schließlich eine frohlockende SPD mit der CSU zusammen den entsprechenden Beschluß faßte. Ungehört verhallten Brunners Warnungen, man solle sich nicht von „einer anerkannten europaweit angelegten kommunistischen Aktion aufs Kreuz legen lassen" und nicht mithelfen, „die außen- und sicherheitspolitische Situation der Bundesrepublik von unten anzuknacken".

Düpiert wurde das Münchner Rathaus nun durch eine Verfügung des bayerischen Innenministeriums an die Rechtsaufsichtsbehörden der bayerischen Kommunen, den Gemeinden von derartigen Beschlüssen abzuraten und bei Kommunen, die bereits entsprechend beschlossen haben, durch „nachdrückliche Aufklärung über die Rechtslage", so Ministeriums-Sprecher Alfons Metzger, auf eine Aufhebung hinzuwirken. Innenminister Hillermeier: „Unsere Verfassungsordnung läßt es nicht zu, daß Gemeinden Verteidigungs- oder Außenpolitik auf eigene Faust betreiben. Die Verfassung und das Kommunalrecht beschränken den Handlungsraum gemeindlicher Organe auf die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft." Sollten die bayerischen Städte und Gemeinden, die sich inzwischen zu atomwaffenfreien Zonen erklärt haben, nicht bis zum 1. Juli ihre Beschlüsse aufgehoben haben, wird gegen sie ein rechtsaufsichtliches Verfahren durchgeführt."

Bayern will damit für eine klare Linie sorgen, während andere Bundesländer das Problem konfliktlos zu umschiffen hoffen. Im hessischen Innenministerium ist man auch der Meinung, daß derartige Beschlüsse nicht zulässig sind, und rät daher den Körperschaftsvorstehern, entsprechende Anträge erst gar nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Doch gegen die zehn Gemeinden, die sich bisher für atomwaffenfrei erklärt haben, will man „aus Opportunitätsgründen" nicht vorgehen.

Nordrhein-Westfalens Innenminister Heinrich Schnoor geht sogar noch weiter: Er betrachtete die Anti-Atom-Beschlüsse zwar auch als rechtswidrig, akzeptiert sie aber als eine Willenskundgebung des Gemeindeparlaments und meint: „Gegen rechtswidrige Beschlüsse müssen die Aufsichtsbehörden nicht automatisch vorgehen." Von den 396 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen hat bisher ein Dutzend gegen Atomwaffen gestimmt.

Die politische Spitze des Münchner Rathauses hofft nun, den peinlichen Akt vermeiden zu können, einen eigenen Beschluß aufzuheben. Man wartet auf neue Anträge aus Bürgerversammlungen, um diese abzulehnen und im Nachsatz damit frühere, dieses Thema betreffende Beschlüsse für nichtig zu erklären. Nürnberg dagegen, das sich ebenfalls zur atomwaffenfreien Zone erklärt hatte, bleibt hart: Der Antrag des parteilosen Oberbürgermeisters Andreas Urschlechter (früher SPD), den Beschluß aufzuheben, wurde zwar von der CSU unterstützt, aber mit Stimmengleichheit abgelehnt. Die SPD erkennt die mangelnde Rechtsgrundlage für den Anti-Atom-Beschluß an, weigert sich aber, ihn zu revidieren.

Die Härte, mit der Minister Hillermeier gegen diese Gemeinden vorgeht, begründet er mit der Pflicht, das „kostbare Gut" der kommunalen Selbstverwaltung zu schützen: „So wie sich die Kommunen gegen Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung mit Recht verwahren, so dürfen sie selbst aber auch nicht in die Zuständigkeiten des Bundes und der Länder eingreifen."

Die „DDR"-Jugend stellt drängende Fragen

40 000 Menschen kamen zum Kirchentag in Erfurt

hrk./dpa, **Berlin**

Mit einem bisher in der „DDR" beispiellosen offenen Bekenntnis zu religiöser Freiheit, Alternativen zum staatlich verordneten Reglement, zu mehr Offenheit und Freimut in der „DDR"-Gesellschaft und der lebhaft applaudierten Forderung in einem „Wort vom Kirchentag", der „Phantasie für den Frieden mehr Raum und mehr Recht zu geben", ging am Wochenende in Erfurt die Premiere der sieben „DDR"-Kirchentage im Luther-Jahr zu Ende.

Etwa 40 000, vorwiegend junge Leute, beherrschten in der beeindruckenden – in der „DDR"-Presse aber nur am Rande gewürdigten Veranstaltung – die Szene. Beim Finale auf dem Erfurter Domplatz erhielt der Satz über mehr „Raum und Recht" für die eigenständige Friedensarbeit ebenso starken Beifall wie die Feststellung: „Herstellung, Bereitstellung und der Einsatz von Massenvernichtungswaffen sind gegen Gottes Wort und Gebot."

Nicht Abschreckung, „sondern Vertrauensbildung ist heute das Vernünftige". In seiner mehrfach von Beifall unterbrochenen Rede sagte der Erfurter Propst Heino Falcke unter anderem: „Frieden entsteht, wo man Vertrauen wagt und weckt. Darum können wir nicht mitmachen, wo Mißtrauen oder gar Haß gesät wird ... Wir können nicht mitmachen, wo Gewalt gesät wird, die doch nicht schützt, sondern zuletzt alles zerstört."

Unverbindliche Antworten

Die notwendigerweise lavierende und immer wieder auf den Einzelfall verweisende Haltung der evangelischen Bischöfe in der „DDR" erlebten rund 3000 junge Menschen bei einer „Fragestunde" im überfüllten Dom. Die Jugendlichen verlangten beispielsweise Antworten auf die mehrmals gestellte Frage: „Warum dürfen wir in der Schule keine Kreuze tragen? Es gibt doch Religionsfreiheit!"

Die Frage bezog sich auf die kleinen weinroten Kirchentags-Kreuze mit dem aufgedruckten Motto „Vertrauen wagen", die an verschiedenen „DDR"-Schulen nicht getragen werden dürfen.

Bischof Werner Leich, Vorsitzender des kirchlichen Luther-Komitees, riet den Schülern, sich „freundlich und bestimmt" nach den Verbotsgründen zu erkundigen, aber das Kreuz nicht zum Gegenstand von Auseinandersetzungen zu machen. Nach der Schulordnung sei jedenfalls das Tragen von Kreuzen nicht untersagt.

Eher unverbindliche als konkrete Antworten gab es auch bei verschiedenen Friedensforen, bei denen die jungen Leute unter anderem folgende Punkte zur Sprache brachten:

- „Gibt es ABC-Waffen in der DDR?"
- „Warum unterstützt unsere Regierung den Pazifismus in der Bundesrepublik und warum diskriminiert sie ihn in der DDR?"
- „Was kann man gegen die zunehmende Militarisierung in der Schule, in der Ausbildung und anderen Bereichen unternehmen?"
- „Gibt es Aussichten auf einen echten Wehrersatzdienst?"
- „Warum wird Wehrdienstverweigerung in der DDR so hart bestraft?"

Mal ganz was anderes

In einer Umfrage unter jungen Leuten, die ARD-Korrespondent Eckart Bethke (Ost-Berlin) machte und der Sender Freies Berlin gestern ausstrahlte, zeigte sich Stimmung und Denkweise der jungen „DDR"-Generation. Auf die Frage, was sie zum Kirchentag geführt habe, antworteten sie:

„Ja, es ist mal ganz interessant, hier mal so zu sein, was anderes als zu anderen Veranstaltungen, die es so gibt – Pfingsttreffen (der FDJ, d. Red.) oder was sonst noch so angeboten wird – Kirchentag ein bißchen bunter und auch ein Stück alternativ."

„Mich interessiert die Atmosphäre, wie die Leute reagieren – auf Veranstaltungen, die eben nicht angeordnet sind, sondern freiwillig."

„Daß die Kirche eben doch ein Angebot hat ... ja, daß es anders ist als das, was uns zehn Jahre lang auf einer allgemeinbildenden Schule geboten wird ..."

„Es wird soviel drumrum geredet. Also von der Kirche selbst wird kein klarer Standpunkt gegeben, den wir uns aber – wie soll ich es ausdrücken – die Angst sollen wir verlieren, aber die Kirche hat selber Angst."

„Daß die Kirche da einen großen Freiraum hat, eine innere Freiheit, und dadurch gezwungen ist, direkt neue Wege einzuschlagen in der Gemeindearbeit und das ist besonders doch auch eine Sache der Jugend ... für die Jugend ist es echt eine Aufgabe, und das interessiert mich am Kirchentag, weil sich das da doch stark demonstriert."

Die Zusammenkünfte evangelischer Christen werden mit ihren Treffen in Rostock (10. bis 12. Juni) fortgesetzt. Die aktivste Landeskirche – die sächsische – richtet ihr Treffen vom 7. bis 10. Juli in Dresden aus. Hier werden bis zu 100 000 Menschen erwartet.

Metall-Nachwuchs will den Widerstand proben

Schwerpunktthemen: Arbeitslosigkeit, Frieden, Raketen

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Arbeitslosigkeit, Frieden und Mittelstreckenraketen und schließlich Nicaragua sind die beherrschenden Themen in der internen Diskussion junger Gewerkschafter. Bei der 13. Jugendkonferenz der IG Metall in Böblingen ist das in diesen Tagen deutlich geworden. Hier wurden allerdings auch noch andere Töne laut. Die über 200 Delegierten faßten mit großen Mehrheiten Beschlüsse, die für ein Widerstandsrecht gegen den angeblich von der neuen Bundesregierung geplanten Sozialabbau bis hin zum politischen Streik und die auch „gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen" gegen die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik Deutschland vorsehen.

Gemäßigte Ansichten waren auf der IG-Metall-Jugendkonferenz von vornherein nicht zu erwarten gewesen. Denn hier gibt es den die DGB-Jugend insgesamt nach wie vor beherrschenden Streit zwischen linkem und gemäßigtem Flügel praktisch nicht. Der bedächtigere Flügel – in der DGB-Jugend etwa repräsentiert durch die IG Chemie – fehlt hier fast völlig.

Dennoch verlief die Diskussion zunächst weitgehend sachlich. Die Delegierten befaßten sich mit der Einbeziehung der Arbeitslosen, vor allem der nach der Schule arbeitslos und ohne Ausbildungsplatz gebliebenen Jugendlichen. Hier wollen sie – entgegen der bisher üblichen Praxis – diesen Personenkreis die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften ermöglichen. Dieser Ansatz ist auch schon von den „erwachsenen" Gewerkschaftern (die Jugendkonferenz führte Mitglieder bis zu 25 Jahren zusammen) diskutiert worden, etwa von der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV).

Benz: Unfähiges System

Die meist nahezu einstimmig gebilligten Anträge zur Verstaatlichung der Stahl- und der Werftindustrie liegen nur auf der konsequenten Linie der Diskussion innerhalb der IG-Metall-Jugend. Hier spiegelte sich wieder, was das für den Jugendbereich zuständige Vorstandsmitglied Georg Benz in seinem Grundsatzreferat über die soziale Marktwirtschaft gesagt hatte: „Dieses Wirtschaftssystem ist unfähig, die Interessen der abhängig Beschäftigten, Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt dauerhaft zu sichern."

Benz wurde noch deutlicher: „Das Grundübel, das Arbeitsplätze vernichtet und Massenarbeitslosigkeit produziert, das Massenelend mit sich bringt, ist die kapitalistische Wirtschaftsordnung." Benz wird auf dem ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober in München nicht erneut für den Vorstand kandidieren, er scheidet aus Altersgründen aus.

Daß „seine" IG-Metall-Jugend, für die er rund zwanzig Jahre lang im Vorstand verantwortlich war, allerdings treu auf der von ihm eingeschlagenen Linie bleiben wird, das wurde auch aus der Diskussion und den Beschlüssen zum Thema Frieden und Raketen deutlich.

Stoßrichtung der Kritik

Wenn auch Benz in seinem Vortrag die sowjetischen SS-20-Raketen ebenso erwähnte wie die amerikanischen Waffen Pershing 2 und Cruise Missile, wenn dies auch im einstimmig angenommenen Leitantrag der Gewerkschaftsjugend der Fall ist – die Stoßrichtung der Kritik – und der vorgeschlagenen Aktionen – ist stets gegen die NATO *und ihren Doppelbeschluß* gerichtet. So wird denn auch nur vom „NATO-Ratsbeschluß zur Bestükkung Westeuropas mit Mittelstrekkenraketen" gesprochen. Offensichtlich unbeeinflußt von dem Generalstreik-Aufruf des SPD-Linken Oskar Lafontaine nahmen die IG-Metall-Jugendlichen einen Antrag „M 11" an, in dem der Gewerkschaftsvorstand aufgerufen wird, gegen die angeblich „verfassungswidrige" Stationierung von Mittelstrecken – sollten Verhandlungserfolge in Genf ausbleiben – „auch die Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel, wie Streik, zu überprüfen und in Betracht zu ziehen". Der Antrag hatte längst vor der Lafontaineschen Äußerung vorgelegen Er wurde einstimmig angenommen.

Die jungen IG-Metall-Delegierten votierten auch dafür (Antrag B 7), daß der Vorstand zum politischen Streik aufrufen solle, wenn die Bundesregierung ihre geplanten „einschneidenden Kürzungen" im Sozialbereich verwirklichen sollte.

Das Thema Nicaragua wird in der Gewerkschaftsjugend sehr emotional behandelt. An allem, auch am Fortbestand der De-facto-Diktatur in diesem Land durch die Sandinistas, müßte die angebliche nordamerikanische Aggression gegen Nicaragua schuld sein, sollte man dieser Einschätzung folgen. Überrascht hat in Böblingen, daß sich auch der 2. Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, energisch antiamerikanisch einließ: „Dieses geschundene Land darf nicht durch ökonomische, politische und militärische Repressalien in neues Unheil gestürzt werden." Das müsse auch die Regierung Reagan begreifen.

EG-Parlament: Nachdruck auf Menschenrechte

AP, **Straßburg**

Das Europa-Parlament hat den Ministerrat und die Kommission der Gemeinschaft aufgefordert, bei dem Kampf für die Menschenrechte in der Welt eine Führungsrolle zu übernehmen.

In einem für die heutige Grundsatzdebatte ausgearbeiteten Bericht verlangen die Abgeordneten eine konsequentere Menschenrechtspolitik in der EG. Die Achtung der bürgerlichen und politischen Rechte sei Voraussetzung für gesellschaftlichen Konsens, stabile Regierungsverhältnisse und wirtschaftliche Entwicklung. Die EG-Staaten sollen vor allem anstreben, daß bei den anstehenden Lomé-III-Abkommen mit Staaten aus dem Raum Afrikas, des Stillen Ozeans und der Karibik „die Wahrung der Menschenrechte in den Vertragstext aufgenommen wird". In den Vereinten Nationen schließlich sollten sich die Zehn „zum Wortführer der Verteidiger der Menschenrechte" machen. Hauptziel in der UNO sollte es sein, eine Konvention gegen die Folter zu erarbeiten und ein Hochkommissariat für Menschenrechte zu schaffen, fordert das Parlament.

Genscher bekräftigt Namibia-Plan

AP, **Bonn**

Die Bundesrepublik Deutschland hält unverändert daran fest, daß Namibia auf der Basis der UNO-Resolutionen, also durch international überwachte freie Wahlen unter Beteiligung aller politischen Kräfte, seine Unabhängigkeit erhalten soll. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bekräftigte dies gestern vor den Mitgliedern der westlichen Kontaktgruppe für Namibia, die in Bonn zur Beratung weiterer Schritte vor der Debatte des Weltsicherheitsrates am 23. Mai zusammenkam. Genscher betonte vor den hohen Beamten der britischen, amerikanischen, französischen, kanadischen und deutschen Außenministerien, daß es darum gehe, die Arbeit der Kontaktgruppe fortzusetzen und zu stärken.

Waffenkooperation von MBB und Matra

AP, **Ottobrunn**

Die Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) in Ottobrunn bei München und die französische Firma S. A. Engine Matra in Velicy haben die gemeinsame Entwicklung zweier flugtechnischer Waffensysteme vereinbart. Wie MBB am Montag mitteilte, handelt es sich dabei um eine „Luft-Boden-Dispenser-Waffe" und um ein Aufklärungssystem.

Bei der Luft-Boden-Dispenser-Waffe „Apache-CWS" handelt es sich um einen Behälter, der am Flugzeug angebracht wird und aus dem während des Fluges kleinere Bomben und verschiedene Munitionsarten über eine große Fläche verteilt werden können. Das neue System, dessen erste Version bis 1988 serienreif sein soll, erlaube den Einsatz gegen Panzer, Flugplätze oder Bunker.

Das Aufklärungssystem „Brevel" besteht aus einem unbemannten Lenkflugkörper, der eine Reichweite von rund 50 Kilometern und eine Flugdauer von mehreren Stunden haben soll. Er soll wahlweise Fernsehen oder Infrarotortungsgeräte tragen können.

Festlicher Empfang für Strauß in Togo

PETER GILLIES, **Togo**

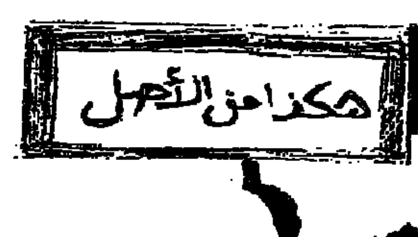
Mit dem protokollarischen Aufwand eines Staatsbesuches wurde der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß in Togo empfangen. Das farbenfrohe „Tamtam" westafrikanischer Folklore prägte den Empfang. Staatspräsident Gnassingbé Eyadema beschwor in einem ersten Gespräch im ehemaligen Gouverneurspalast in Lomé die traditionelle deutsch-togolesische Freundschaft.

Zu einer Triumphfahrt wurde bereits am Wochenende der Besuch von Entwicklungsminister Jürgen Warnke (CSU) in der nördlichen Zentralregion des Staates. Bereits im ostafrikanischen Kenia hatte Warnke bekräftigt, daß Bonn seine Entwicklungshilfe auf seine Freunde und Partner konzentrieren wolle. Dabei sollten vor allem private Investitionen in die Mittel- und Kleinindustrie verstärkt gefördert werden.

Togo erhielt bis 1982 rund 524 Millionen Mark an deutscher Entwicklungshilfe. Mehrere gescheiterte Großprojekte stürzten das Land jedoch in eine Finanzkrise. Der Ausbau des Tiefwasserhafens von Lomé, mit deutscher Hilfe gefördert, hat die Wirtschaftsstruktur des Landes aber entscheidend verbessert. Staatspräsident Eyadema, der die Opposition ausschaltete und sich als Identifikationsfigur des Landes feiern läßt, steuert einen gemäßigten prowestlichen Kurs.

In Westafrika mißt man Togo ein beträchtliches politisches Gewicht bei und erwartet von den Besuchen Strauß' und Warnkes deshalb auch Aufschlüsse über die Afrika-Politik Bonns nach dem Regierungswechsel.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.



Härtere Haft für Priester in Jugoslawien

KNA, Belgrad/Bonn

Priester sind in Jugoslawien offenbar nicht nur Bürger, sondern im Strafvollzug auch Gefangene zweiter Klasse. Die laut Hausordnung den Häftlingen zustehenden Rechte werden für Geistliche außer Kraft gesetzt. Dies geht aus einem Protest von drei Franziskaner-Patres aus der Strafvollzugsanstalt Foca hervor, der in den Westen gelangt ist.

Das Schreiben ist an das Sekretariat für Justiz- und Verwaltungsorganisationen in Sarajewo gerichtet und in Kopien an die Kommissionen für die Beziehungen mit den Religionsgemeinschaften in Sarajewo und Belgrad sowie an die Vatikanische Nuntiatur in Belgrad geschickt worden. Die Patres Ferdo Vlasic, Jozo Krizic, und Jozo Zovko verbüßen zum Teil langjährige Freiheitsstrafen. Der 62jährige Pater Vlasic war Chefredakteur der auflagenstarken katholischen Zeitschrift „Nasa Ognista" (Unser Herd) und wurde am 10. November 1981 wegen „feindlicher Propaganda, klero-nationalistischer Ideologie und Verbindung zur kroatischen Emigration" zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Sein 31jähriger Mitarbeiter Pater Krizic der in Königstein/Taunus ausgebildet und geweiht wurde, erhielt fünf Jahre, die später auf dreieinhalb Jahre reduziert wurden. Pater Zovko war bis zu seiner Verhaftung als Seelsorger in Medjugorje tätig, wo es wegen angeblicher Marienerscheinungen in den letzten Jahren zu Auseinandersetzungen mit dem Staat gekommen war. Er hat zwischenzeitlich seine Strafe verbüßt und ist nach Medjugorje zurückgekehrt, wo ihn die Pfarrgemeinde mit großem Jubel begrüßte.

In ihrer Beschwerde beklagen die Priester die Diskriminierungen, denen sie ständig ausgesetzt sind. So habe man ihnen bereits bei Antritt der Haft alle religiöse Literatur, auch die Bibel und das Brevier, aus dem jeder Priester täglich lesen soll, abgenommen. Weiterhin beklagen die Priester in ihrer Beschwerde, das es ihnen verboten ist, Messen zu feiern. Jegliche Verbindung zu ihrer Ordensgemeinschaft sei ihnen verwehrt. Auch die Korrespondenz werde unterschlagen.

Marchais mißbilligt offen die Politik Mitterrands

Vorrat an Gemeinsamkeiten in der Regierung schwindet

A. GRAF KAGENECK, Paris

Zum ersten Mal seit dem Eintritt der Kommunistischen Partei Frankreichs in eine Regierungskoalition mit den Sozialisten im Juni 1981 hat deren Generalsekretär Georges Marchais sich klar von einem Kernstück der gemeinsamen Regierungspolitik distanziert. Auf einer Tagung für 250 Funktionäre der Partei in Argenteuil bei Paris sagte Marchais, der Plan des Wirtschaftsministers Jacques Delors zur Sanierung der Wirtschaft und Finanzen sei „nicht der Plan der Kommunistischen Partei".

Wörtlich der Partei-Chef: „Tatsache ist, daß die Vorschläge, die wir zur Konjunkturankurbelung, zur Arbeitsplatzbeschaffung und zur Durchsetzung größerer sozialer Gerechtigkeit gemacht haben, nicht berücksichtigt wurden. Die Politik, die augenblicklich gemacht wird, ist nicht die unserer Partei."

Gleichzeitig allerdings versicherte Marchais zum wiederholten Male, daß die Partei loyaler Partner der Regierungskoalition (vier Minister sitzen im Kabinett des sozialistischen Premierministers Mauroy) und „im großen und ganzen mit den Zielen der neuen Politik auch einverstanden" sei. Aber er erinnerte daran, daß die Partei „einige Kritik und Reserve" (bei der Ausarbeitung des Sanierungsplans) angemeldet und auch einige Konzessionen gemacht bekommen habe, diese seien aber „mehr stilistischer als praktischer Natur" gewesen. Die Krise, wiederholte Marchais mit Nachdruck, sei nicht „fatal". Man könne sie mit anderen als den gewählten Mitteln überwinden.

Noch nie ist die Kritik der KPF an ihrem Regierungspartner so hart und unmißverständlich vorgetragen worden. Sie erhält noch mehr Gewicht durch den Umstand, daß Marchais sich an die Sekretäre der einzelnen Sektionen in den Departements wandte und ihnen formell die Anweisung gab, diese kritische Linie zur Regierungspolitik auf allen Sitzungen und in allen Wahlkämpfen bis zur nächsten Präsidentschaftswahl 1988 zu vertreten, bei der die KPF wieder einen eigenen Kandidaten aufstellen will.

Angesichts der Weigerung der Partei, einen wesentlichen Aspekt der Regierungspolitik, die Sanierung der Wirtschaft, nicht mehr mitzuvollziehen, kann man sich fragen, welche Gemeinsamkeiten es noch zwischen Kommunisten und Sozialisten gibt. Die KPF unterstützt global die Sicherheitspolitik Mitterrands einschließlich der Befürwortung der NATO-Nachrüstung und teilt Mitterrands Kritik an der amerikanischen Geld- und Entwicklungspolitik. Im gesamten Bereich der Innen- und Wirtschaftspolitik dagegen bezieht sie immer kritischere, ja gegensätzliche Positionen.

Spanien: Furcht vor Gleichmacherei

Piloten, Ärzte und Kapitäne wehren sich gegen Eingliederung in die Gewerkschaften

ROLF GÖRTZ, Madrid

Wenn am 21. Mai die Flugzeuge der „Iberia"-Luftverkehrsgesellschaft – eine der größten Europas – am Boden bleiben und die Schiffe der spanischen Handelsmarine ihre Häfen nicht verlassen, dann werden die Spanier wissen, was sie unter „Cambio" (Wechsel), dem Slogan der sozialistischen Regierungspartei (PSOE), zu verstehen haben: die gefürchtete Gleichmacherei. Nach den Ärzten und den Beamten des gehobenen Dienstes protestieren jetzt auch Piloten und Schiffskapitäne dagegen, daß ihnen eigene Berufsvertretungen verweigert werden. „Wir haben doch nicht die Diktatur des einen (General Franco) abgeschafft, damit wir nunmehr der Diktatur einer Partei unterworfen werden", heißt es in ihren Versammlungen.

Vor Wochen streikten Ärzte und hohe Staatsbeamte. Jetzt drohen auch die Piloten der Iberia sowie die Kapitäne, Steuerleute und Maschinisten der Handelsmarine mit einem ersten Streik. Sie wehren sich gegen die Zwangseingliederung in eine der bestehenden Gewerkschaften. Sie berufen sich bei ihrem Verlangen nach eigenen Berufsvertretungen auf die in der spanischen Verfassung garantierte Koalitions- und Versammlungsfreiheit.

Wenn er sich durchsetzt, wird der Streik den See- und Luftverkehr Spaniens für zunächst zehn Tage und Anfang Juni noch einmal für weitere vier Tage praktisch lahmlegen. Die angestellten Ärzte kündigten einen Sympathiestreik an. Da jedoch in den Krankenhäusern bei dem ersten Streik nur die Ambulanz und dort auch nur die ungefährlichen Fälle „bestreikt" wurden – Unfälle, Visiten und jeder dringende Ambulanzfall wurden normal behandelt –, blieb dem Protest der Ärzte bisher die Wirkung versagt. So konnten die Behörden behaupten: „Nur 20 Prozent sind im Ausstand", während die Ärzte-Komitees einen Ausfall von 80 Prozent registrierten.

Das gleiche gilt für die leitenden Staatsbeamten, deren Sekretärinnen – oft auf Weisungen ihrer Gewerkschaften – dem Anrufer mitteilten: „Don Carlos ist bei einer Besprechung", während der Ministerialdirigent Carlos X in Wirklichkeit zu Hause geblieben war.

Mit der Auflösung der vom Staat kontrollierten und mit den Arbeitgebern kurzgeschlossenen Arbeitnehmervertretungen innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation der Franco-Ära verschwand auch das Branchensystem, nach dem zum Beispiel der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) organisiert ist. Als dann im Zuge der Demokratisierung nach 1975 die Gewerkschaftsfreiheit verkündet wurde, rückten praktisch nur politisch organisierte Gewerkschaften an die Macht. An erster Stelle stand die von der spanischen kommunistischen Partei in Personalunion geführte „Comisiones Obreras" (CO), gefolgt von der Allgemeinen Arbeiterunion (UGT), die der sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens – jetzt Regierungspartei – organisatorisch angegliedert ist. Mit weitem Abstand kamen die anarchistische „CNT" und später die von der damals regierenden Union des Demokratischen Zentrums (UCD) ins Leben gerufene „USO"-Gewerkschaft.

Als erste erkannte die UGT die Chance, aber auch das Dilemma dieser Situation. Sie setzte sich von der kommunistischen „CO" ab und nahm mit den Unternehmerverbänden, die sich ebenfalls neu organisieren mußten, die Beziehungen einer normalen Tarifpartnerschaft auf. Zweifellos bemüht sich die UGT seither, einen von der Regierung unabhängigen Kurs zu steuern. Sie wird hierin von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung gestützt, deren Verdienste für eine Normalisierung der bis dahin vom Staat kontrollierten Sozialpartnerschaft auch von Arbeitgeberseite hoch eingeschätzt werden. Dennoch blieb die UGT bis heute eine politische Richtungsgewerkschaft – fest an die Partei gebunden.

Hier hakt der Protest jener Arbeitnehmer ein, die eine politische Bindung der ihnen zwangsweise zugeteilten Berufsvertretung selbstverständlich ablehnen. Außerdem wehrte man sich auch aus professionellen Gründen. Die Ärzte zum Beispiel wollen in medizinischen Fragen nicht von der Mehrzahl des Personals einschließlich Putzfrauen, Pflegern und Heizungspersonal – so ehrenwert sie sein mögen – bevormundet werden. (SAD)

Peking gibt Probleme bei Reformen zu

dpa, Peking

Die chinesische Führung hat Opposition im Funktionärsapparat der kommunistischen Partei und andere Schwierigkeiten bei der Verwirklichung ihrer Reformpolitik zugegeben. Die parteiamtliche Pekinger „Volkszeitung" verwies gestern in einem Kommentar auf Funktionäre, die an dem zur Zeit Mao Tsetungs verfolgten Kurs festhielten und die Reformen ablehnten oder ihnen skeptisch gegenüberstünden.

Das Blatt bezeichnete die Reformen der Regierungsorgane wie auch der Wirtschaft und anderer Bereiche des öffentlichen Lebens als einen Versuch, der nicht fehlerfrei verlaufen könne. Eine schrittweise Verwirklichung der Reformen und eine ständige Auswertung der Erfahrungen seien erforderlich. Der Entwicklung dürfe man nicht freien Lauf lassen, noch dürfe sie von sozialistischen Prinzipien abweichen.

Zu den wichtigsten Wirtschaftsreformen gehört die Einführung des sogenannten Selbstverantwortungssystems, das mit dem Anreiz erhöhter Prämienzahlungen an die Arbeiter zu erhöhter Produktivität und besserer Arbeitsmoral führen soll. In verschiedenen Bereichen hat dies jedoch zu Preissteigerungen und anderen negativen Auswirkungen geführt, weil Betriebe ohne Rücksicht auf die gesamtwirtschaftliche Situation ihre Gewinne und damit die Prämien steigern wollen.

‚Contras' bringen Managua in schwere Bedrängnis

Nicaraguas Wirtschaft droht der totale Zusammenbruch

WERNER THOMAS, Miami

Die Nachrichten aus Managua signalisieren wachsende Probleme für das Comandante-Regime. Seit Anfang Mai müssen die sandinistischen Sicherheitskräfte an zwei Fronten kämpfen. Nachdem die rechten konterrevolutionären Brigaden vor drei Monaten im Norden den Krieg eröffnet haben, wurden nun Eden Pastora („Comandante Cero") und seine Männer im Süden militärisch aktiv. Aus sporadischen Scharmützeln sind regelmäßige Gefechte geworden.

Der Guerrilla-Konflikt in Nicaragua verläuft heute verlustreicher als der salvadorianische Bürgerkrieg. Nicaragua steht wieder im Mittelpunkt der Ereignisse Mittelamerikas. Stürzen die Sandinisten? Diplomatische Beobachter in Managua sehen die Comandantes noch nicht in Gefahr. In der nicaraguanischen Hauptstadt herrscht keine Panikstimmung, trotz der alarmierenden Schlagzeilen und der vielen Beisetzungen gefallener Kämpfer. Niemand rechnet in naher Zukunft mit einem Volksaufstand wie während der Somoza-Ära. Den Rebellen, so wird erinnert, sei bisher noch kein spektakulärer Schlag gelungen, vergleichbar etwa mit der Geiselaktion Eden Pastoras im Sommer 1978, bei der mehr als 1000 Personen in dem besetzten Nationalpalast festgenommen wurden, darunter fast alle Parlamentsabgeordneten.

Jedoch: Die Partisanen-Verbände im Norden, die der „Demokratischen Front Nicaraguas" (FDN) und der Indianer-Organisation Misurasata unterstehen, werden heute ernster genommen als im Februar. Ihre Stärke ist von 4000 (Februar) auf 7000 Mann gestiegen. Pastora kommandiert im Süden zwischen 300 und 400 Mann.

Auf den Sandinisten lastet nicht nur der sich eskalierende militärische Druck. Der Wirtschaft droht der totale Zusammenbruch. Die Versorgungslage wird immer kritischer. Zucker, Reis, Bohnen, Seife und Waschmittel sind rar. Die Krankenhäuser klagen über akuten Medikamentenmangel. Seit dem vergangenen Jahr muß das Benzin rationiert werden. Vor den Tankstellen stauen sich lange Autoschlangen. Schließlich haben die Demonstrationen sandinistischer Aktivisten während der Papst-Messe Anfang April die Konfrontation zwischen der Regierung und der Amtskirche verschärft.

Die „Contra"-Brigaden, die seit Dezember vergangenen Jahres von nicaraguanischem Gebiet aus operieren, können sich kaum vor Zuläufern retten. Einige FDN-Vertreter in Honduras verkünden stolz, daß sie im Sommer bereits mehr als 10 000 Mann unter Waffen hätten. State-Department-Beamte reagieren irritiert auf solche Prognosen, obgleich Präsident Reagan die Rebellen letzte Woche zum ersten Mal „Freiheitskämpfer" nannte.

Der Geheimdienst-Ausschuß des Senats, von Reagans Parteifreund Barry Goldwater kontrolliert, genehmigte die weitere Verwendung von CIA-Mitteln, jedoch nur bis zum 30. September. In der Zwischenzeit muß der Präsident dem Ausschuß erläutern, „was er im Zusammenhang mit Nicaragua tun will" (Goldwater). Ein Sprecher der FDN-Rebellen in Honduras sieht „keine Probleme" mit der gesetzten Frist. „In fünf Monaten", sagte er, „werden wir sowieso in Managua sein".

Der FDN-Sprecher hat sich wahrscheinlich übernommen. Vermutlich wird der Kampf um Nicaragua wesentlich länger dauern und auch eine Rolle im nächsten amerikanischen Wahlkampf spielen. Präsident Reagan deutete bereits die Marschrichtung an: Die Demokraten sollen als heimliche Förderer der linken Interessen in Mittelamerika hingestellt werden. Der Präsident schloß seine Ansprache vor beiden Häusern des Kongresses am 27. April mit der Frage: „Wer unter uns will die Verantwortung dafür tragen, daß wir unsere gemeinsamen Verpflichtungen nicht erfüllt haben?" (SAD)

Nur Kriegsgeschrei eint die PLO

Von JÜRGEN LIMINSKI

Syrien droht unverbohlen mit einem „brutalen Bürgerkrieg in Libanon" für den Fall, daß das israelisch-libanesische Abkommen heute unterzeichnet wird. Die Drohgebärde hat System. Das herangekarrte Kriegsmaterial und die Mobilisierung der syrischen Truppenverbände in Libanon sind ein Element dieser Kulisse. Die prosyrischen Drusenmilizen des Walid Dschumblat, die schon seit Wochen den Bürgerkrieg mit Artilleriebeschuß auf christliche Wohngebiete im Großraum Beirut proben, sind ein zweites. Mehr als zehntausend PLO-Guerrillas, die in der Bekaa-Ebene auf ihren Einsatz warten, sind ein drittes. Und PLO-Sprecher Arafat vervollständigt das Bild, wenn er lauthals in Damaskus „Krieg als die einzige Lösung" propagiert.

Aber die Einheitsfassade der Friedensgegner ist brüchig. Vor allem die PLO ist von Zerfall bedroht. Für die PLO gibt es, acht Monate nach ihrer Vertreibung aus dem Exil-Paradies von Beirut, nur diese Alternative: Entweder die internen Grabenkämpfe brechen offen aus und jede Fraktion führt im Auftrag und mit dem Geld ihres Schutzstaates Krieg gegen eine oder die anderen Gruppen, oder die brüchige Einheit unter dem Dach der palästinensischen Revolution wird durch äußeren Druck und dem gemeinsamen Ziel der Wiedergewinnung Beiruts zusammengehalten.

Diese Alternative hat Arafat vor Augen, wenn er von der „Kriegslösung" spricht. Denn auch in seiner Hausmacht, der Fatah, scheint der Spaltungsprozeß schon weit fortgeschritten zu sein. Ein führendes Mitglied der Al Fatah soll bei der Tagung des Zentralkomitees Ende Februar in Kuwait offen den Rücktritt Arafats gefordert haben, und zwar noch vor dem Kongreß des Palästinensischen Nationalrats in Algier. Der Aufsässige heißt Nimer Saleh, genannt Abu Saleh. Er war in Algier nicht zugegen.

Abu Saleh schwor in diesen Tagen einige erste Getreue in der libanesischen Bekaa-Ebene auf unbedingte Gefolgschaft zu ihm und Syrien ein. Seit Monaten versucht er mit syrischer Hilfe, palästinensische Terroristen der Fatah um sich zu scharen. Denn syrische Sympathiebekundungen reichen nicht aus. Ohne militärische Abstützung sind Machtpositionen innerhalb der PLO weder denk- noch haltbar.

Abu Saleh ist heute schon mehr als nur ein Widersacher Arafats. Seit er das erste Attentat überlebt hat, dessen Urheberschaft Arafat zugeschrieben wird, ist er der Joker im PLO-Blatt der Syrer.

Drei Leibwächter wurden bei dem Attentat niedergestreckt. Die in Beirut erscheinende Tageszeitung „L'Orient-Le Jour" spricht offen von einem Machtkampf innerhalb der Fatah.

Westliche Diplomaten in Beirut führen für Arafats Machteinbuße vier Beobachtungen an:

1. Anfang Februar schlug der PLO-Chef dem Exekutivkomitee der Fatah in Aden vor, Gespräche mit Vertretern der israelischen Linken aufzunehmen. Der Vorschlag wurde abgelehnt.

DIE ANALYSE

2. Ebenso lehnte das Exekutivkomitee den von Arafat mit König Hussein ausgehandelten Kompromiß ab. Das war im April in Kuwait. Dem Vernehmen nach habe Arafat nach diesem weiteren Gesichtsverlust seine Demission angekündigt, sei aber von den verbliebenen Fatah-Getreuen überzeugt worden, daß es besser sei für die PLO, wenn er auf dem Posten bliebe.

3. Eine weitere Niederlage bereitete ihm der jordanische König Hussein selbst, als er das Ansinnen Arafats zurückwies, das Büro der palästinensischen Nachrichtenagentur Wafa von Zypern nach Amman zu verlegen. Als Trostpflaster bot Hussein dem mittlerweile abgehärteten PLO-Chef an, vier Briefmarken über Schatila und Sabra drucken zu lassen.

Der Hintergrund der königlichen Absage: Der jordanische Geheimdienst beobachtet mit Sorge, wie die PLO erneut versucht, mittels der Fatah-Vertretung in Amman und in den Palästinenserlagern auf jordanischem Boden neue Terrorkader heranzubilden. Einige Palästinenser sind von den jordanischen Behörden wegen der Verstrickung in diese Pläne bereits des Landes verwiesen worden.

4. Auch der vierte Rückschlag für Arafat kommt aus dem Hause Hussein. Indem der König jüngst per Gesetz den Einzugsbereich für den Militärdienst zur jordanischen Armee geographisch auf die Westbank und auf „alle Inhaber eines jordanischen Passes" ausdehnte, unterwarf er auch die Palästinenser in Cisjordanien seinem Militärgesetz und somit seiner militärischen Kontrolle.

Bei soviel Rückschlägen blieb dem amtsmüden, aber lebensfrohen Arafat nichts anderes übrig, als dem Ratschlag Andropows zu folgen. Dieser hatte ihm im Januar in Moskau empfohlen, sich mit den Syrern „auszusöhnen". Das Treffen zwischen Assad und Arafat in den ersten Maitagen markierte die derzeitige Interessenübereinstimmung mit der syrisch-sowjetischen Connection. Denn eine Verwirklichung des israelisch-libanesischen Abkommens würde nicht nur den Einfluß Moskaus in der Region schmälern, sondern auch die letzten Chancen und Hoffnungen der PLO auf Rückkehr in das libanesische Paradies zunichte machen – und zudem Arafats Schicksal als großer Verlierer besiegeln.

Für die Nachfolge des PLO-Chefs machen sich mehrere Kandidaten stark. Arafat selbst scheint Abu Dschihad, die Nummer zwei in der Fatah, zu begünstigen. Auch der Name der Nummer drei, Abu Iyad, wird genannt. Vorläufig jedoch ist niemand zu sehen, der wie Arafat die zerstrittenen Tendenzen innerhalb der PLO wenn nicht voll integrieren, so doch wenigstens symbolisch repräsentieren könnte.

Die Repräsentanz aber ist der letzte Zahn im Rachen des palästinensischen Löwen PLO. Wenn die angebliche Repräsentationsfähigkeit dieser Organisation für alle Palästinenser durch eine Spaltung des Terror-Multi auch vor aller Welt verlorengehen sollte, wird man weltweit nach Alternativen suchen. Diese sind vorhanden. Man denke nur an die Dorfgemeinschaften der Palästinenser in Judäa und Samaria im Staate Israel.

Reagan plant strengere Kontrolle

AP, Los Angeles

US-Präsident Ronald Reagan will nach einem Bericht der „Los Angeles Times" die Kontrolle über den seit zwei Jahren arbeitenden militärischen Geheimdienst Intelligence Support Activity (ISA) mit Hilfe eines Vorschriftenkatalogs straffen. Die Zeitung meldete gestern unter Berufung auf einen nicht genannten Beamten aus dem Weißen Haus, der Generalinspekteur der Armee habe festgestellt, daß die ISA im ersten Jahr kaum beaufsichtigt und für spontane Aktionen eingesetzt worden sei. Die neue Geheimdiensteinheit arbeitete angeblich sogar ohne die gesetzlich vorgeschriebene Feststellung des Präsidenten, daß sie zur Sicherung des Landes notwendig sei. Die „Los Angeles Times" berichtete, ursprünglich hätten weder der Auslandsnachrichtendienst CIA, noch der militärische Geheimdienst oder die Geheimdienstausschüsse des Kongresses etwas von dem Bestehen der ISA gewußt. Von der Existenz der Organisation erfuhr die amerikanische Öffentlichkeit erstmals 1981, als Oberstleutnant James Gritz vor einem Korngreßausschuß mitteilte, die ISA habe ihm bei seinem Versuch geholfen, amerikanische Kriegsgefangene in Vietnam zu finden.

Protest gegen US-Stützpunkte

AP/dpa, Athen

Rund 40 000 Griechen nahmen gestern an einem ganztägigen Friedensmarsch von Marathon und anderen Ausgangspunkten nach Athen teil, um gegen Kernwaffen und amerikanische Militärstützpunkte zu demonstrieren. Gleichzeitig wurde an den 20. Jahrestag des Todes des linksstehenden pazifistischen Parlamentsabgeordneten Grigoris Lambrakis am 14. Mai 1963 gedacht.

Zu dem Friedensmarsch hatte die Moskau-orientierte kommunistische Friedensbewegung aufgerufen. Die Friedensorganisationen, die der sozialistischen Regierungspartei und den Eurokommunisten in Griechenland nahestehen, hatten die Teilnahme abgelehnt.

BOXEN

Italien war die große Überraschung

dpa, Varna

Die Kämpfer aus der UdSSR schwingen ein Jahr vor den Olympischen Spielen in Los Angeles zumindest in den Boxringen Europas am besten die Fäuste. Bei den 25. Europameisterschaften in Varna gewannen acht von zwölf möglichen Goldmedaillen und unterstrichen mit vier Bronzeplaketten ihre Vormachtstellung.

Lediglich die Bulgaren Ismail Mustafow (Halbfliegen), Petar Lessow (Fliegen) und Emil Tchuprenski (Leicht) sowie der italienische Vize-Weltmeister Francesco Damiani verhinderten einen totalen sowjetischen Triumph. Damiani verteidigte seinen EM-Titel im Superschwergewicht gegen Ulli Kaden („DDR") kampflos, weil der dreifache „DDR"-Meister von der Ärztekommission Startverbot erhielt.

Außer dem Titel für Damiani gelang den Italienern mit drei Silbermedaillen die größte Überraschung dieser Titelkämpfe. Die vollzählig versammelten bundesdeutschen Boxer waren am Finaltag zum Zuschauen verurteilt. Der DABV blieb nach Kattowitz 1974 zum zweitenmal ohne EM-Medaille.

Die Endkämpfe standen auf einem nur durchschnittlichen Niveau. Auch der sowjetische Weltmeister im Fliegengewicht, Yuri Alexandrow, der im Bantamgewicht startete, konnte nicht an seine überragenden Leistungen in den Vorrundenkämpfen anknüpfen. Sein Sieg gegen Sami Buzoli (Jugoslawien) war dennoch ungefährdet. Den meisten Beifall der 3500 Zuschauer erhielt zu Recht Lokalmatador und Weltmeister Ismail Mustafow. Der Bulgare besiegte den Italiener Salvatore Todisko einstimmig nach Punkten.

Glück im Unglück hatte Fliegengewichts-Olympiasieger Petar Lessow (Bulgarien). Nach einer Augenbrauenverletzung wurde er gleich in der zweiten Runde aus dem Kampf genommen. Da es aber im Finale keinen Abbruchsieg gibt, wurde nur die erste Runde gewertet. Die Kampfrichter hatten den Ungarn Janos Varadi 3:2 vorn, die internationale Jury änderte das Urteil in einen 5:0-Sieg für Lessow um.

Wo die Europäer im Vergleich zur Weltspitze mit den Boxern aus den USA und Kuba stehen, wird schon beim Weltcup vom 17. bis 22. Oktober in Rom zu sehen sein. Der Europäische Verband (EABA) nominierte in Varna drei Mannschaften. Die Europameister bilden das erste, die Silbermedaillengewinner das zweite Team. Gastgeber Italien stellt eine eigene Vertretung. In den Gewichtsklassen, in denen Italiener im Finale standen, wurden Kämpfer aus der UdSSR, Irland, CSSR und der Türkei nominiert. DABV-Boxer sind in Rom nicht dabei.

Der Medaillenspiegel:

	Gold	Silber	Bronze
1. UdSSR	8	–	4
2. Bulgarien	3	1	3
3. Italien	1	3	–
4. DDR	–	2	4
5. Jugoslawien	–	2	2
6. Rumänien	–	1	4

FUSSBALL / Auch Darmstadts Wolfgang Trapp kaufte Immobilien bei Wolfgang Zenker: Jetzt wird ein Haus zwangsversteigert

Der Spieler sagt: „Es geht um meine Existenz"

MARTIN HÄGELE, Bonn

Immer wieder zuckt es in den Mundwinkeln der blonden Frau. Ilona Trapp greift immer wieder zu einer Zigarette. Auch Wolfgang Trapp (25) sucht dauernd die Zigarettenpackung, obwohl er eigentlich Nichtraucher ist. Das ist nicht mehr der Fußball-Profi, wie man ihn aus dem Stadion kennt. Wahrscheinlich läßt er sich auch deshalb einen Bart wachsen, damit man Angst und Sorgen nicht aus der blassen Farbe seines Gesichts ablesen kann. „Es geht um meine Existenz", sagt er.

Der Fall Wolfgang Trapp war der WELT bekannt gewesen. Wir berichteten in der Ausgabe v. 10. Mai: „Hat Frankfurts Vizepräsident Wolfgang Zenker einige Profis bei Immobiliengeschäften über den Tisch gezogen?"

Auch Wolfgang Trapp hat bei Zenker, dem Vertriebsdirektor der Südfinanz, zwei Bauherrenmodelle gezeichnet. Das erste Haus in Egelsbach bei Darmstadt kommt aber nächste Woche unter den Hammer. Seit dem 20. April läuft die Zwangsversteigerung. Aktenzeichen 7K 36/83, Amtsgericht Langen.

Bis zum Wochenende hatte Wolfgang Trapp noch gehofft, daß ihm der ehemalige Vizepräsident der Eintracht (Zenker trat gestern bei der Generalversammlung des Vereins nicht mehr zur Wahl an) noch einmal unter den Arm greifen könnte. Eine Umschuldung, irgend etwas, um die Zwangsversteigerung rückgängig zu machen.

Trapp: „Er wollte wohl helfen, aber wußte nicht wie." Zenker hat bei diesem Treffen am Samstag nicht einmal die Getränke der Trapps bezahlt.

Über On Mi, Gattin des Eintracht-Stars Bum Kun Cha, hatte sich Ilona Trapp an die WELT gewandt. Der Koreaner, ebenfalls bauherrengeschädigt, wird Zenker auf Schadenersatz verklagen. Auch im Hause Cha war die Frau mutiger gewesen als der Mann. On Mi forderte Ilona Trapp auf, gegen den mächtigen Immobilienmann zu kämpfen

Wolfgang Trapp hatte das Haus 1980 bei Zenker gekauft. Kaufpreis 499 000 DM. Zenker, zu dieser Zeit nocht nicht Vizepräsident, aber bei der Eintracht der große Freund der Spieler, hatte von Trapp eine Vollmacht erhalten, um die Darlehen mit der Westdeutschen Landesbank abzuwickeln.

Niemals, sagt Wolfgang Trapp, habe Zenker ihn auf die Gefahr der Bauherrenmodelle hingewiesen. Diese Abschreibungsprojekte lohnen sich nämlich nur, wenn die erworbenen Immobilien nicht überteuert sind und der Käufer auf lange Sicht in einer hohen Steuerprogression bleibt.

Daß Trapp kein Star und auch kein Topverdiener werden würde, war damals schon klar. Trapp war bei der Eintracht nie mehr als ein Ersatzmann. Sein Jahresverdienst schwankte zwischen 120 000 und 150 000 DM brutto, je nach Einsätzen.

Doch er vertraute Zenker blind. Der überredete den Spieler im Frühjahr 1981 sogar zum Kauf eines zweiten Hauses. Diesmal für 370 000 DM. Im Sommer 1982 wechselte Trapp zu Darmstadt 98, weil er das Reservistenleben bei der Eintracht nach fünf Jahren endgültig satt hatte. Als nun die Darmstädter vor Monaten die Gehälter der Spieler kürzen mußten, drehten Zins- und Tilgungsbelastungen der Familie Trapp finanziell die Luft ab. Die Trapps befürchten, daß auch das zweite Haus demnächst versteigert werden muß.



Weiß nicht, wie es weitergehen soll: Darmstadts Wolfgang Trapp FOTO: BONGARTS

Das erschütternde Bekenntnis eines 25jährigen: „Ich weiß nicht, wie wir jemals aus dem Schlamassel wieder herauskommen sollen." So wie es aussieht, hat Trapp eine halbe Million verloren.

Mit seinen Beinen allein wird er die Schulden kaum mehr hereinspielen können. Denn bei Verhandlungen mit neuen Arbeitgebern werden Trapp und sein Manager Rolf Otto immer wieder mit der Frage konfrontiert: „Haben auch Sie Geschäfte mit Zenker gemacht?"

Man braucht keine prophetischen Gaben: Der Fall Trapp wird nicht die letzte Pleite eines Zenker-Kunden bleiben. Am Freitag hat der Ex-Vize der Eintracht noch seine goldene Uhr vorgezeigt. In die Rückseite der Rolex ist die Anerkennung für 750 verkaufte Bauherrenmodelle eingraviert.

Da Zenker mit mindestens 80 Fußballprofis solche Geschäfte gemacht hat, kann man sich vorstellen, was einigen Bundesligaspielern demnächst blüht, denn in der Bundesliga werden die Arbeitsplätze weniger, und Gehalts- und Prämienkürzungen sind an der Tagesordnung. Und Zenker ist da nicht einmal der einzige, der auf diese Weise an die Provisionen und Gehälter gutgläubiger, unerfahrener und in finanziellen Dingen unmündiger Kicker gekommen sein soll.

Das ist ihm nicht einmal schwergefallen. Schließlich benutzte er eine Masche, auf die viele hereinfallen. Er umgarnte sich mit Stars, ließ diese für sich werben. Selbst Jürgen Grabowski, ein Jahrzehnt lang das Idol der Eintracht, knüpfte in den vergangenen Jahren gegen ein monatliches Fixum für Zenkers Südfinanz Kontakte mit Spielern. So berichtete gestern das Magazin „Der Spiegel". Grabowskis Nachfolge in der Umkleidekabine der Eintracht hat inzwischen Roland Borchers angetreten, der auf der Pressekonferenz am Freitag stolz davon berichtete, daß er schon drei Bauherrenmodelle verkauft habe.

LEICHTATHLETIK

Petranoff kratzte die 100-m-Grenze

sid/dpa, Los Angeles/Bukarest

Gleich mit zwei Weltrekorden haben die Leichtathleten endgültig ihre erste Weltmeisterschafts-Saison eingeläutet. In Westwood, an der Peripherie der künftigen Olympiastadt Los Angeles, vollzog sich die große Speerwurf-Sensation. Nur 28 Zentimeter trennen den 25 Jahre alten Amerikaner Tom Petranoff nach seinem 99,72-m-Wurf noch von der 100-m-Grenze. Die Rumänin Anisoara Cusmir begnügte sich dagegen in Bukarest mit der geringstmöglichen Steigerungsrate: Um einen Zentimeter übertraf sie im Weitsprung mit 7,21 m den Weltrekord ihrer Freundin Valy Ionescu.

„Hallo, das sieht aber gut aus", kommentierte der Stadionsprecher in Westwood den Flug des Speeres und verkündete, durch die Umrechnung von Fuß und Zoll auf Meter verwirrt, nach der Landung zunächst sogar 99,84 m. Doch auch die offizielle Weite von 99,72 m konnte der neue Weltrekordmann kaum fassen: „Das war der Wurf, von dem jeder Speerwerfer jahrelang träumt. Das war einfach perfekt." Wenn man seinem Trainer Bill Webb glauben kann, dürfte die Überraschung bei Petranoff jedoch nicht so groß gewesen sein. Webb erzählte von einem Telefongespräch am Sonntagvormittag: „Er rief an und wollte nur sagen: Ich fühle mich phantastisch, heute werfe ich über 98 Meter."

Bei seinem Wurf herrschte absolute Windstille. „Nicht auszudenken, wo der Speer bei günstigem Gegenwind gelandet wäre", meinte der Handelsstudent.

Der Aufstieg von Tom Petranoff gleicht einer amerikanischen Karriere. 1977 folgte er seinem Bruder aus Chicago nach Kalifornien, um Kälte und Schnee zu entgehen und um sein Glück als Baseballspieler zu versuchen. Eines Tages beobachtet er die Speerwerfer beim Training, half beim Einsammeln der Geräte und warf sie dabei weiter zurück, als die trainierten Athleten die Speere über den Platz hatten fliegen lassen. Der Wurf-Trainer des Palomar-College sah das und nahm Petranoff unter seine Fittiche – ein neuer Star war geboren.

Der 1,86 m große und 81 kg schwere Petranoff hat sein Studium unterbrochen. Er arbeitet täglich bei einer Brauerei und konzentriert sich ganz aufs Speerwerfen. Sein Ziel sind nicht die Olympischen Spiele, sondern die Weltmeisterschaften im August in Helsinki. Er sagt: „Hier in Amerika kennt mich als Speerwerfer niemand. Wenn ich in ein Restaurant gehe, fragen sie: ‚Ein Speer, ist das der Ball mit der Kette oder dieses dicke runde Ding?' Aber in Finnland, da ist das Speerwerfen eine nationale Angelegenheit."

Petranoff schlug auch seinen Landsmann Bob Roggy, dem am ehesten eine neue Bestmarke zugetraut wurde. Roggy war nicht enttäuscht, er sagte: „Das war nur der Anfang, bald fallen die hundert Meter."

STAND PUNKT

Magere Zeiten

Nie zuvor hat der 520 000 Mitglieder umfassende Deutsche Schwimm-Verband (DSV) so um seine Finanzkraft gerungen wie jetzt. 1982 tagelang illiquide, 1983 Deckung des Haushalts in letzter Minute – diese Alarmzeichen verhallten bei den Verbandstagsdelegierten ungehört.

Wie ist es sonst zu erklären, daß die 146 Frauen und Männer im Kronacher Schützenhaus scharf auf ihr Präsidium schossen und per Handstreich auf 400 000 Mark jährlich verzichteten? Genau den Betrag hätte die Einführung eines Wettkampfpasses gebracht, der die Vereine überhaupt nicht und die Aktiven nur minimal belastet hätte. *Genau 9,60 Mark im Jahr sollte* das umstrittene Papier die Schwimmer, Springer oder Wasserballer kosten – nicht mal eine Mark im Monat. Aber nein, die Delegierten wußten es wieder einmal besser. Sie verschließen die Augen vor dringenden Erfordernissen, für die sie nicht einmal einen Finger krümmen müßten. Nur der Sportler wäre in vertretbarem Rahmen gefordert worden – womit er den Verband vor mageren Jahren hätte bewahren können.

Die Schreckensvision der Zahlungsunfähigkeit bleibt dem Deutschen Schwimm-Verband also erhalten. Manche Funktionäre wachen halt erst dann auf, wenn es zu spät ist.

DIETMAR FUCHS

JUNIOREN-EM

Hoffen auf Schützenhilfe

dpa, Manchester

Um sich noch für das Halbfinale bei der Junioren-Europameisterschaft in England zu qualifizieren, benötigt die Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) unter 18 Jahren („U 18") Schützenhilfe von Schweden. Das Team von Jugendtrainer Dietrich Weise liegt nach der Auftakt-Niederlage gegen die CSSR (1:3) und dem 1:0-Sieg über Schweden in der Gruppe A mit 2:2 Punkten nur an dritter Stelle hinter der CSSR und Bulgarien (je 3:1 Punkte).

Das deutsche Team kann also den ersten Tabellenplatz, der allein zur Halbfinal-Teilnahme berechtigt, nur erreichen, wenn es heute in Everton gegen Bulgarien gewinnt und Schweden gleichzeitig die CSSR besiegt.

Weise, der den DFB mit Saisonende verläßt, hatte sich seinen Abschied nach fünf Jahren etwas erfolgreicher vorgestellt. Doch die Spieler des Jahrgangs 1964, die noch vor zwei Jahren im Wettbewerb „U 16" in Italien Vize-Europameister geworden waren, zeigen in England nicht das, was sie können.

„Sie spielen bei diesem Turnier viel zu verkrampft. Mit der Belastung, sich erfolgreich durchsetzen zu müssen, werden die meisten Spieler einfach nicht fertig", erklärt Weise die Gründe für das bislang schmale Abschneiden des deutschen Nachwuchses.

SPORT-NACHRICHTEN

Thül gewann Golftitel

Feldafing (GB) – Als amtierender Deutscher Golflehrer-Meister gewann Heinz-Peter Thül im bayerischen Feldafing erstmals auch die Nationale Offene Deutsche Golf-Meisterschaft. Von der 1. Runde an führend schaffte es der Hubbelrather mit 69+68+72+74=283 Schlägen erst nach spannendem Zweikampf vor dem ebenfalls 19 Jahre jungen Amateur-Nationalspieler Thomas Dekorsy (Stuttgart), der 70+69+73+73=285 Schläge bei Standard 70/Par 71 brauchte.

Boxtrainer erschossen

Mexico City (sid) – Der mexikanische Boxtrainer Roberto Jimenez wurde in Mexico City von einem Unbekannten im Boxring erschossen. Als der 72 Jahre alte Jimenez nach der zehnten Runde des Kampfes zwischen seinem Schützling Jaime Casas und Arturo Hernandez in den Ring geklettert war, fiel der tödliche Schuß.

Heese zu Fortuna Köln

Köln (sid) – Horst Heese wird ab der nächsten Saison neuer Trainer beim Fußball-Zweitligaklub Fortuna Köln. Der Nachfolger von Martin Luppen erhält einen Zwei-Jahres-Vertrag. Luppen trainiert in der nächsten Saison den Amateur-Oberligaklub Viktoria Köln.

Oberhausen muß bangen

***Oberhausen** (sid) – Rot-Weiß* Oberhausen, Meister der Amateur-Oberliga Nordrhein, muß um die Teilnahme an der Aufstiegsrunde zur zweiten Fußball-Bundesliga bangen. Die Oberhausener erhielten vom Deutschen Fußball-Bund (DFB) ein Schreiben, in dem die Voraussetzungen für die Erteilung *einer Lizenz angezweifelt* werden. Aus alten Bundesligazeiten drückt Oberhausen noch eine Schuldenlast von 1,3 Millionen Mark.

Gerz wurde 70 Jahre alt

Düsseldorf (sid) – Alfons Gerz, der Gründer und heutige Gesamtleiter der Unternehmensgruppe Sport-Informations-Dienst (sid), wurde gestern 70 Jahre alt.

ZAHLEN

FUSSBALL

EM-Qualifikation, Gruppe 3: In Budapest: Ungarn – Griechenland 2:3

1. England	5 3 2 0	16:2	8:2
2. Dänemark	3 2 1 0	5:3	5:1
3. Griechenland	5 2 1 2	5:6	5:5
4. Ungarn	4 2 0 2	14:9	4:4
5. Luxemburg	5 0 0 5	5:25	0:10

Das nächste Spiel: 1. Juni: Dänemark – Ungarn.

Gruppe 5: In Bukarest: Rumänien – CSSR 0:1, in Malmö: Schweden – Zypern 5:0

1. CSSR	5 2 3 0	12:5	7:3
2. Rumänien	5 3 1 1	6:2	7:3
3. Schweden	4 2 1 1	8:4	5:3
4. Italien	4 0 3 1	3:4	3:5
5. Zypern	6 0 2 4	3:17	2:10

Das nächste Spiel: 29. Mai: Schweden – Italien.

Gruppe 7: In La Valetta: Malta – Spanien 2:3

1. Spanien	5 4 1 0	10:5	9:1
2. Niederlande	4 2 1 1	8:2	5:3
3. Irland	4 1 1 2	5:6	3:5
4. Malta	3 1 0 2	4:10	2:4
5. Island	4 0 1 3	2:6	1:7

Das nächste Spiel: 29. Mai: Island – Spanien.

Junioren-EM (bis 18 Jahre): in England, 2. Spieltag: Gruppe A: CSSR – Bulgarien 0:0, Deutschland – Schweden 1:0.

1. CSSR	2 1 1 0	3:1	3:1
2. Bulgarien	2 1 1 0	1:0	3:1
3. Deutschland	2 1 0 1	2:3	2:2
4. Schweden	2 0 0 2	0:2	0:4

VOLLEYBALL

31. Internationales Turnier, Herren, in Bottrop: Finale: Bulgarien – Roter Stern Preßburg 2:0; Spiel um Platz 3: Holland – Gwardia Breslau 2:0; um Platz 5: Deutschland – Dukla Liberic 2:1; um Platz 7: TuS 04 Leverkusen – VBC Paderborn 2:0.

GOLF

Nationale Offene Deutsche Meisterschaft in Feldafing (Standard 70/Par 71); Endstand, Herren: 1. Thül (Hubbelrath) 69+68+72+74=283, 2. Dekorsy (Stuttgart) 70+69+73+73=285, 3. Knauss (München) 72+69+73+73=287, 4. Adamowicz (Gütersloh) 77+69+72+71=289, 5. Kilian (St. Eurach) 72+73+75+73=293, 6. – 7. Gögele (Augsburg) 75+68+79+72=294, Kessler (Kronberg) 75+72+71+76=294.

LEICHTATHLETIK

Internationales Meeting in Peking: Stabhochsprung: 1. Schmidt (Zweibrücken) 5,25 m, 2. Takahashi (Japan) 5,00 m.

Sportfest in Los Angeles: 200 m, Männer: 1. Quow (USA) 19,86 (wegen Defekt an der Zeitmessungsanlage nicht anerkannt). Weitsprung: 1. Lewis (USA) 8,56, 110 m Hürden: 1. Foster (USA) 13,11.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Hilfe für Lernschwache

„Leserbrief: Sonderschulskandal"; WELT vom 2. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Sie meine empirische Untersuchung über den Erfolg bzw. Mißerfolg der derzeitigen Fördermaßnahmen für Lernbehinderte in Ihrem Bericht „Eine Attacke gegen Sonderschulen" angesprochen haben, und verstärkt nach dem Leserbrief „Sonderschulskandal" vom 2. Mai erhalte ich immer wieder Anfragen zwecks ausführlicher Information.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf meine veröffentlichte Studie „Kinder mit Schulschwierigkeiten" im Beltz-Verlag, welche über jede Buchhandlung zu beziehen ist. Neben meiner Untersuchung sind dort die Ergebnisse aller mir bekannten in- und ausländischen Studien zusammengetragen und bewertet. Sie alle zeigen eine eindeutige Tendenz auf: Die Beschulung in Lernbehindertenschulen führt nicht zu leistungsfähigen Jugendlichen, welche optimal auf die Integration in unsere Lebens- und Arbeitswelt vorbereitet sind.

Die immer wiederkehrende Frage nach dem Warum möchte ich mit einem Vergleich aus dem Kfz-Bereich beantworten. Die Konstruktion des Käfer-Modells war unbestritten eine großartige Tat. Über Jahrzehnte gelang es zudem, das Modell dem technischen Fortschritt anzupassen. Schließlich aber war ein Entwicklungsstand erreicht, auf dem zeitgemäße Erfordernisse nicht mehr oder nur mit unangemessenem technischen Aufwand in das Modell einzubringen waren.

Die Frage war demnach

1. ein technisch veraltetes,
2. ein dem technischen Entwicklungsstand angemessenes, gleichwohl unwirtschaftliches Auto zu bauen oder
3. ein völlig neues Modell zu entwerfen.

Für die wirtschaftlich einzig vertretbare Alternative 3 entschied sich der betroffene Konzern gerade noch früh genug, um unter den Großen der Autobranche bleiben zu können und die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik stabilisieren zu helfen.

Im Bereich der Förderung der Kinder mit erheblichen Schulschwierigkeiten befinden wir uns heute in einer ähnlichen Situation. Die Zeit drängt, wenn wir uns in der Bundesrepublik nicht von zeitgemäßen Erfordernissen abkoppeln wollen, weil in zahlreichen Nachbarländern die neuen Fördermodelle bereits erprobt und – mit breiter Zustimmung der Öffentlichkeit – zur Regel geworden sind.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Karl Merz,
Hamburg 62

*

Hiermit beenden wir die Diskussion zu diesem Thema.

Die Redaktion

Simplicitas

Die Bischöfe in Amerika wollen den Generälen vorschreiben, welche Waffen sie nicht gebrauchen dürfen. Die Anwendung von Atomwaffen ist also unerlaubt, Sünde! Waren nun die Abwürfe der Atombomben auf Japan auch Sünden, sogar Todsünden, die Abwürfe der konventionellen Bomben auf Dresden dagegen kleinere, läßliche Sünden oder gar erlaubt?

Da die Verantwortlichen für den Einsatz von Nuklearwaffen nicht alle Mitglieder der römisch-katholischen Kirche und schon gar nicht Angehörige von Kolpingsvereinen sind, dürfte das Bischofswort bei den atheistischen Herren im Kreml nur ein listiges Lächeln bewirken.

O sancta simplicitas!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Paul Beckmann,
Münster / Westf.

Rechtsanspruch

Rente ist und war niemals eine Sozial-Leistung. Das muß man den jeweiligen Machthabern ins Gedächtnis rufen. Arbeiter und Angestellte haben ihr Arbeitsleben lang Beiträge bezahlt und diese Gelder dem jeweiligen Staat zinslos anvertraut. Es ist seit jeher ein Generationsvertrag gewesen. Nur wenn die Gelder zweckentfremdet wurden, geriet das Gebilde der Rentenversicherung ins Schwanken.

In der privaten Wirtschaft würde man so ein Handeln schlicht Betrug nennen. Aber die Politiker haben ja bekanntlich in vielen Dingen einen Freibrief und kommen ungeschoren über die Runden.

Es mutet gerade schwachsinnig und verbrecherisch an, wenn man die ewigen Rentendebatten der letzten Zeit sich mit anhören mußte, ohne daß die Betroffenen die Möglichkeit hatten, dagegen was zu unternehmen. Renten sind keine Almosen, möchte ich Herrn Blüm zurufen, falls er das noch nicht wissen sollte. Da hilft auch kein Hinweis, daß er aus einer Arbeiterfamilie stamme und Gewerkschaftler war und ist. Nur Taten und keine Sprüche sind entscheidend.

Mag auch über anderen Sozialleistungen manchmal zu Recht gestritten werden so handelt es sich bei der Normal-Rente um eine unverzinste Rückzahlung je nach Größe der geleisteten Beiträge. Alles andere ist staatlicher Betrug.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Rudi Baierle,
Hamburg 72

Im Tornister

„Maximins Offenbarung im Siebenten Ring": GEISTIGE WELT vom 7. Mai

Der Beitrag in der WELT über die Neuauflage der Werke Stefan Georges ist leider zwiespältig.

Es gab Zeiten, in denen man sich heftig an Schiller rieb (z. B. auch Otto Ludwig). Obwohl sich George „ihrem Werben immer wieder entzogen hat" und die Brüder Stauffenberg seine Jünger waren (die WELT bringt dankenswerterweise ein Bild), wird er deutlich in die Nähe der Nazis gerückt.

In den Primen und Lesevereinen haben wir uns seinerzeit mehr mit George als mit Rilke beschäftigt, dessen Ergriffenheit bei einer Lesung Georges der Verfasser sogar selbst erwähnt. Auch in den Tornistern der jungen Weltkrieg-I-Soldaten waren Werke von George reichlich vorhanden.

Das Unterfangen des Klett-Cotta-Verlages verdient daher jede Förderung und Empfehlung für die Jugend, damit sie die Vielfalt der deutschen Dichtung erfaßt.

Wo Rilke begraben liegt (obwohl abseits), wird oft erwähnt, aber welch Italienfahrer und Georgefreund, der über den Gotthard fährt, weiß, daß er bei der Durchfahrt durch Locarno dicht an der Grabstelle von Stefan George vorbeirollt. Sie liegt auf dem Friedhof von Minnsio direkt an seiner Mauer gleich hinter dem Gemeindehaus (Municifico) an der linken Seite der Vier san Gottardo (rechts eine Kirche). Sollte man Locarno nicht um ein Hinweisschild bitten können?

Mit freundlichen Grüßen
Leo Weber,
Herford

Wort des Tages

» Wenn auch die Freude eilig ist, so geht doch von ihr eine lange Hoffnung her, und ihr folgt eine längere Erinnerung nach. «

Jean Paul, dt. Dichter (1763–1825)

Personalien

GEBURTSTAGE

Prof. Dr. h. c. **Helmut Becker**, emeritierter Direktor des Berliner Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung und von 1956 bis 1974 Präsident des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, feiert am 17. Mai seinen 70. Geburtstag. Der gebürtige Hamburger, Sohn des Islamforschers und späteren preußischen Kultusministers **Carl Heinrich Becker**, war nach Studium und Kriegsdienst als Anwalt, unter anderem in den Nürnberger Prozessen als Verteidiger des Staatssekretärs **Ernst von Weizsäcker**, tätig. Seit 1949 diente seine Anwaltstätigkeit fast ausschließlich der rechtlichen und kulturpolitischen Beratung von kulturpolitischen Organisationen der verschiedensten Art, vor allem von Privatschulgruppen und wissenschaftlichen Einrichtungen. Nach seiner Ernennung zum Honorarprofessor für die Soziologie des Bildungswesens an der Freien Universität Berlin übernahm Becker (bis 1981) die Leitung des Berliner Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. Becker war u. a. neun Jahre lang Mitglied des Deutschen Bildungsrates, des Kulturbeirats des Auswärtigen Amtes und des Beirates für Innere Führung beim Verteidigungsministerium.

*

Sechzig Jahre alt wird am 17. Mai **Dr. Ing. Ulrich Domm**, Leiter des Vorstandsbereichs Pumpen und Armaturen der Klein, Schanzlin & Becker AG in Frankenthal (Pfalz).

EHRUNG

Das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht am 18. Mai Berlins Regierender Bürgermeister **Richard von Weizsäcker** dem Politikwissenschaftler Professor **Dr. Richard Löwenthal**. Der Sozialdemokrat, Autor zahlreicher Publikationen, darunter auch einer Biographie von **Ernst Reuter**, hat schon vor der letzten Bundestagswahl als stellvertretender Vorsitzender der Grundwerte-Kommission seine Partei davor gewarnt, ihr klassisches Wählerpotential unter den Facharbeitern zugunsten von Randgruppen zu vernachlässigen.

Mit dem mit 5000 Mark dotierten Kulturpreis der deutschen Freimaurer ist auf dem Deutschen Logentag in Hof der 1982 ausgebürgerte und jetzt in Köln lebende russische Regimekritiker und Germanist **Lew Kopelew**, 71, ausgezeichnet worden.

WAHL

Zu seinem neuen Vorsitzenden hat der Vorstand des Deutschen Anwaltvereins (DAV) **Ludwig Koch**, 48, langjährigen Vorsitzenden des Kölner Anwaltvereins, gewählt. Er löst **Dr. Hans-Jürgen Rabe**, Hamburg, ab, der nach fünfjähriger Amtszeit nicht mehr kandidierte.

Ein skandalöses Urteil

„BGH-Urteil zu ungeborenem Leben"; WELT vom 27. April

Das Urteil des 3. Senats des Bundesgerichtshof vom 27. 4. 83 ist mir unverständlich. Ich finde es ungeheuerlich, um nicht zu sagen skandalös! Diese Herren Richter entscheiden am grünen Tisch, wann ein Mensch rechtlich ein Mensch ist!

Dabei ist es bei den heftigen Diskussionen in den vergangenen 13 Jahren den Wissenschaftlern und den meisten Menschen unseres Landes klargeworden, daß das Leben eines neuen Menschen mit der Vereinigung der väterlichen Samenzelle und der mütterlichen Eizelle zu einer Zolle, sowie der danach einsetzenden Zellteilung beginnt.

Das ist der Beginn des menschlichen Lebens und nicht das Einsetzen der Eröffnungswehen. Diese Herren Richter sollten sich einmal in einer Abtreibungsklinik die abgetriebenen Föten mit ihren allzumenschlichen Zuckungen und Bewegungen ansehen. Dann würden sie eine solche Entscheidung nicht fällen. Sind denn die Kinder, die durch Kaiserschnitt entbunden werden, im strafrechtlichen Sinne keine Menschen?

Das Bundesverfassungsgericht ist nach einem Beschluß vom 22. 6. 77 (1 BvL 2/74) gegenteiliger Meinung wie der 3. Senat des Bundesgerichtshofs. Es entschied, daß es mit Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip nicht vereinbar sei, wenn ein Kind, das vor der Geburt durch einen Berufsunfall oder Berufskrankheit seiner unfallversicherten Mutter geschädigt worden ist, von den Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung ausgeschlossen bleibt.

Auch der Gesetzgeber hat in seiner Sozialgesetzgebung in Paragraph 555 RVO festgelegt: „Wer als Leibesfrucht durch einen Arbeitsunfall dor Mutter während der Schwangerschaft geschädigt wird, steht einem Versicherten gleich, der einen Arbeitsunfall erlitten hat. Also das Bundesverfassungsgericht und der Gesetzgeber haben dem Ungeborenen für die ganze Zeit der Schwangerschaft – und nicht erst ab Beginn der Eröffnungswehen – bei Schädigungen das volle Recht eines Versicherten zugestanden, sie gelten also auch vor den Eröffnungswehen als rechtlich vollwertige Menschen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. med. J. Vogel,
Berrenrath/Köln

Dank an Hesse

„Die Tragik einer unwahren Fassade": WELT vom 5. Mai

Als etwa fünfjähriges Flüchtlingskind war die erste Schokolade, die ich essen konnte, ein Geschenk von Hermann Hesse. H. H. sandte uns einen ganzen Karton davon.

Er schickte, was ich erst später begriff, etwas noch viel Wichtigeres; geistige Nahrung in Form von Briefen und Büchern. Durch solche Hilfe haben wir in bitterster Not nach der Flucht aus Breslau überlebt, und dafür danke ich Hermann Hesse noch heute.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhold Kiefer,
Hamm 1

Offene Fragen

„Zimmermann empört über „blasphemischen Film"": WELT vom 6. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

es verschlägt einem schier den Atem. Man muß nicht erst Gespenster bemühen, um das Fürchten zu lernen, bei dem Verhältnis bestimmter Kreise unserer Gesellschaft zu fundamentalen Begriffen der Moral und Ethik. In geradezu exemplarischer Form ist dies jedoch wieder einmal an dem Film-Machwerk „Das Gespenst" offenbar geworden.

Es sollten aber auch Konsequenzen gezogen werden. Wenn in den letzten Wochen so oft die Rede von einer Wende ist, dann sollte darunter auch vor allem eine geistige Neubesinnung verstanden werden, die sich in diesem Fall ganz konkret beweisen könnte.

Vorerst bleiben einige Fragen offen:

Wieso wurde das Drehbuch vom Innenministerium nicht abgelehnt?

Wie kann die Jury der evangelischen Filmarbeit eine Empfehlung aussprechen und welches Verständnis von Christus haben die *Jurymitglieder eigentlich?*

In welcher Verantwortung befindet sich der „Künstler" und wie können weitere Entgleisungen verhindert werden?

Leider ist es jetzt zu spät, um zu fordern „wehret den Anfängen". Man sollte wenigstens den Auswüchsen wehren.

Hochachtungsvoll
W. Gröninger,
Bad Homburg v. d. H.

Sinnlose Hilfe

„Leserbrief: Mißbrauch der Gelder"; WELT vom 6. Mai

Sehr geehrte Herren,

der Schreiber des Briefes irrt, wenn er meint, daß das Geld, welches Äthiopien durch die Entwicklungshilfe erhält, den Menschen in diesem Staat auf Dauer hilft.

Im ersten Augenblick werden sie wahrscheinlich mehr zu essen haben. Aber gerade dadurch wird die Möglichkeit des Mißbrauchs der Bevölkerung durch die äthiopische Regierung noch größer. Daß Äthiopien den größten Teil seiner Devisen für Waffenkäufe im Ausland verwendet, ist eine Tatsache. Nur blinde oder naive Leute können den Mißbrauch des Geldes nicht zur Kenntnis nehmen. Das kriegerische Abenteuer gegen Somalia ist ein Beweis dafür.

Wenn ein Land ein expansionistisches Ziel hat, obwohl die Bevölkerung *(auch dadurch)* hungert, so ist die Entwicklungshilfe in diesem Land fragwürdig. Es wäre sinnvoller, wenn die westlichen Länder einen massiven Druck auf die äthiopische Regierung ausüben würden, um die Militarisierung des Landes zu stoppen.

Mit freundlichen Grüßen
Lipo,
Bonn 3

Superkontrolle

Sehr geehrte Redaktion,

der Leserbrief des Herrn Vogelsänger von der AOK Dortmund in Ihrer Ausgabe vom 11. 5. 83 hat mir sehr zu denken gegeben: Was sind doch die Erfinder des Fragebogens zur Volkszählung, der durch höchstrichterliches Urteil zunächst zu den Akten gelegt wurde, für Stümper im Vergleich zu der perfekten Überwachung der Pflichtversicherten und der Ärzteschaft durch die Pflichtkrankenkassen!

Nicht, daß ich für die Überforderung der sozialen Einrichtungen unseres Staates kein Verständnis hätte, da das Anspruchsdenken der Sozialversicherten die Ärzteschaft zwangsläufig in Gewissenskonflikte bringt und daher auf Dauer erpreßbar macht, aber was werden die Grünen und die Rosaroten aller Schattierungen nun zu dieser ihre individuellen Grundrechte beeinträchtigenden Verhaltensweise ihres Lieblingskindes, der Zwangsversicherung, sagen?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. V. H. Pauls,
Solingen-Merscheid

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Gespräch bei Kohl über Waldsterben

dpa, Bonn

Bundesweite Maßnahmen zur Bekämpfung des Waldsterbens sind ein Thema des Gesprächs, das die Ministerpräsidenten der Länder am Donnerstag mit Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn führen werden. Dabei soll auch noch einmal über die Großfeuerungsanlagenverordnung gesprochen werden, in die auf Drängen des Bundesrates verschärfte Bestimmungen aufgenommen wurden.

Während der zuständige Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) bereits zu verstehen gab, daß er auch die verschärften Bestimmungen „mittragen" könne, sind dagegen Bedenken von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) laut geworden. Bei der Unterredung mit den Länderministerpräsidenten, an der auch Zimmermann teilnimmt, will der Kanzler offenbar klären, ob bei einzelnen Bestimmungen noch Kompromißmöglichkeiten gefunden werden können. Das Bundeskabinett wird sich in Kürze noch einmal mit der Verordnung beschäftigen müssen.

Das FDP-Präsidium hat gestern neben einem abgestimmten Vorgehen zwischen Bund und Ländern zugunsten der Luftreinhaltung erneut die Einberufung einer Konferenz zum Schutz des Waldes mit Vertretern aller europäischen Länder aus West und Ost gefordert.

Neue Lehrstellen durch Arbeitszeit-Änderung?

SPD bietet Regierung Zusammenarbeit an

GISELA REINERS, Bonn

Die SPD-Opposition ist bereit, an der Korrektur ausbildungshemmender Vorschriften mitzuarbeiten, „wenn es was bringt". Das hat der frühere Bundesbildungsminister Jürgen Schmude am Sonntag abend im ZDF angekündigt. In derselben Sendung („Bonner Perspektiven") forderte Handwerkspräsident Paul Schnitker, daß der Staat sofort die ausbildungshemmenden Vorschriften, besonders „die Grotesken bei der Arbeitszeitverordnung", vermindere. Neben der Beseitigung der „überzogenen Anforderungen" beim Jugendarbeitsschutzgesetz verlangte Schnitker von den Gewerkschaften Zurückhaltung bei den Ausbildungsvergütungen, um die Lehrstellen nicht unnötig zu verteuern.

Schmude schränkte seine Ankündigung mit dem Hinweis ein, daß deutlich werden müsse, welchen Nutzen der Abbau des Jugendarbeitsschutzes und die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit bringt. Seien es nur 25 Plätze mehr, stehe der Aufwand dazu in keinem Verhältnis. Er wandte auch ein, daß die 1976 fast einstimmig verabschiedeten Ausbildungsvorschriften „so ausbildungshemmend gar nicht sein" könnten, weil in den Berufen, um die es gehe, wie Bäcker und Fleischer, das Lehrstellenangebot in den vergangenen Jahren stark zugenommen habe.

Der FDP-Abgeordnete Dieter Julius Cronenberg nannte ebenfalls im ZDF den Tarifabschluß in der chemischen Industrie, der keine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen brachte, „vorbildlich". Dafür sei die Einstellung von mehr Lehrlingen zugesagt worden. Es komme nun darauf an, daß über Bedarf ausgebildet werde.

Im SPD-Pressedienst warf der Sozialpolitiker Egon Lutz Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) vor, mit seinem Entwurf einer „Verordnung zur Verbesserung der Ausbildung Jugendlicher" den Arbeitgebern erneut „zu Gefallen" zu sein. Nach dieser Verordnung sollen Jugendliche in Bäckereien und Fleischereien, in Krankenanstalten und Schichtbetrieben der Textilindustrie in den frühen Morgenstunden beschäftigt werden dürfen. Statt den jungen Leuten zu helfen, wolle Blüm „die Gunst der Stunde nutzen und den Arbeitsschutz amputieren".

Laut Schmude spielt in der SPD die einstige Absicht, die Ausbildung in staatliche Hände zu geben, keine Rolle mehr. IG-Metall-Vorstandsmitglied Preiss forderte dagegen die Ablösung der einzelbetrieblichen Ausbildungsfinanzierung durch ein Umlagesystem.

Sowjets im Luftraum von Hessen

„DDR"-Fallschirmjäger üben Einsatz in der Bundesrepublik Deutschland

WERNER KAHL, Bonn

Bei den in letzter Zeit verstärkten Aufklärungsflügen östlicher Hubschrauber an der innerdeutschen Demarkationslinie ist es am Wochenende zu einem Zwischenfall gekommen. Im hessisch-thüringischen Grenzgebiet beobachtete der Bundesgrenzschutz das Eindringen des modernsten sowjetischen Kampfhubschraubers „Mi 24" in den Luftraum der Bundesrepublik Deutschland.

Der mit Boden-Luft-Raketen ausgerüstete Hubschrauber, der seit der sowjetischen Invasion Afghanistans gegen hartnäckige *Widerstandsgruppen* eingesetzt wird, flog von Thüringen kommend etwa 200 Meter weit auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und sondierte das Terrain westlich der Sperranlagen. Bevor Jagdhubschrauber der in Fulda stationierten amerikanischen Streitkräfte aufstiegen, drehte der Helikopter Richtung Osten ab.

Welche Aufgaben die Aufklärungstätigkeit mit Hubschraubern der „Mi"-Klasse an der „Staatsgrenze West" des sowjetischen Machtbereiches hat, die unter anderem auf dem sowjetischen Militärflughafen Nora bei Weimar stationiert sind, machte die Ostberliner Militärzeitschrift „Volksarmee" (Nr. 15/83) deutlich. Darin heißt es: Transportiert von dem älteren Modell „Mi 8", erkundete eine Aufklärergruppe der „Nationalen Volksarmee" (NVA) im „gegnerischen Hinterland" Standorte mobiler US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik.

In dem vom Zensor freigegebenen Bericht, der das Feindbild Westdeutschland und seiner NATO-Partner vertiefen soll, wird die Übung des Truppenteils „Holland" unter dem Motto beschrieben: „NATO-Raketenbeschlüsse fordern Konsequenzen in politischer und Gefechtsausbildung."

Der Auftrag richtete sich an jeweils aus fünf Soldaten bestehende Aufklärer- und Diversionsgruppen der Fallschirmjägerbataillone 5 *und 40 unter dem Kommando von* Oberstleutnant Walter Holland. Im Gelände auf der Ostsee-Insel Rügen, das westdeutschen Landschaften gleicht, wurden sie unter Gefechtsbedingungen mit dem Hubschrauber im „feindlichen" Hinterland abgesetzt. Über Funk meldet der Spähtrupp chiffriert den Standort. Der Auftrag: „Durch Täler und über Berge" die Koordinaten einer im Planquadrat X vermuteten gegnerischen Startbatterie zu ermitteln.

Nach 24stündigem Aufenthalt im Westen, schoß die Gruppe dem Bericht zufolge das Erkennungszeichen zweimal „Rauch blau" als Signal für die Besatzung des „Mi"-Hubschraubers.

Während der supermoderne „Mi 24/Hind" – „Hind" (Hirschkuh) ist der NATO-Codename – bisher nur innerhalb des „DDR"-Luftraumes operierte, haben die leichten und mittleren Aufklärungshubschrauber die Grenze schon häufiger überflogen. Einzelne Luftfahrzeuge der „DDR" und UdSSR, so die westliche Luftraumüberwachung, sind sogar bis zu 40 Kilometern tief ins Bundesgebiet eingedrungen. Dabei handelt es sich vor allem um Flugzeuge. In der west-östlichen Konfliktterminologie wird jeder Protest der anderen Seite mit „bedauerlichem Irrtum" des Piloten beantwortet.

Nachrichtendienstliche Erkenntnisse besagten schon vor dem in *der „Volksarmee" erstmals* veröffentlichten Trainingsbericht über Einsätze im Hinterland der Bundesrepublik, daß sich an Bord der Aufklärungshelikopter „Kundschafter" befinden, die aus der Luft das Terrain sondieren, um Schleusen ausfindig zu machen, durch die später Kommandos über die Grenze gelotst werden können.

Diese Erkenntnisse werden durch den Einsatz von Grenzaufklärern der „DDR"-Grenztruppen verstärkt. Mindestens zweiundzwanzigmal überschritten sie im vergangenen Jahr nach Angaben zuständiger Stellen die Demarkationslinie von Ost nach West. Sie machten Filme und Fotos von Geländeabschnitten, die aus ihren Stellungen hinter dem Todesstreifen nicht eingesehen werden können.

Göring-Nachlaß Tagebücher aus einer Quelle?

WERNER KAHL, Bonn

Hat die gleiche Gruppe, die dem „Stern" gefälschte Tagebücher Adolf Hitlers als echte verkauft haben soll, vor dem Millionencoup versucht, ein ebenso lukratives Geschäft um angebliche Kunstschätze aus dem Nachlaß Hermann Görings mit „DDR"-Behörden einzufädeln? Das untersuchen jetzt die Sicherheitsbehörden. Bei diesem gescheiterten west-östlichen Handel war der ehemalige SED-Kronanwalt Friedrich Karl Kaul in Ost-Berlin als Vermittler aufgetreten.

In den Vernehmungen durch die Hamburger Staatsanwaltschaft wird der inhaftierte 44 Jahre alte Stuttgarter NS-Souvenirhändler Konrad Kujau alias Fischer auch zu diesem Komplex gehört werden.

Bei der Suche nach Beteiligten stießen die Behörden auf die Tätigkeit von Ost-Anwalt Kaul. Ein Mann namens Weber aus dem Badischen hatte dem Anwalt – zuständig für Rechtsangelegenheiten der „DDR" im Westen – Werte in Millionenhöhe angeboten. Die Kunstschätze hätte Reichsmarschall Hermann Göring, so der Anbieter, vor Kriegsende in der Mark Brandenburg vergraben lassen.

Das Wissen um die Erdverstecke hatte nach diesem Tip angeblich ein aus Südamerika zurückgekehrter Soldat mitgebracht, der 1945 beim Verbuddeln helfen mußte. Als Weber dem Anwalt einen Teilplan schickte, wurde 40 Kilometer nördlich von Berlin eine Kiste mit altem angeblich aus Kopenhagen stammenden Porzellan gefunden.

„Bei geheimen Treffs, etwa an einer Ausfahrt der Autobahn Frankfurt–Basel", so der „Spiegel" im Jahre 1981, seien Vermittler Weber und „DDR"-Unterhändler Kaul ins Geschäft gekommen. Einzelheiten der Schatzsuche hätten beide Seiten schließlich am 4. März 1981 im Düsseldorfer Hotel „An der Oper" schriftlich unter dem Vermerk „Bergung herrenloser Kunstgegenstände in der DDR" niedergelegt. Kaul damals: „Im Auftrage der zuständigen Dienststellen der DDR". Bei einem Gala-Diner zehn Tage später im Westberliner Schloßhotel Gehrhus sprach Notar Kaul von einer „Sensation", mit der er jetzt fündig geworden sei. Das Porzellan entpuppte sich jedoch als billige Ware. Am 16. April 1981 starb der Ostberliner Anwalt.

In der letzten April-Woche dieses Jahres bot nun ein Mann namens Weber dem „Spiegel" telefonisch acht Hitler-Tagebücher an. Der Anrufer, angeblich „Mediziner", erschien jedoch nicht wie angekündigt auf dem Hamburger Flughafen. Wer verbirgt sich hinter dem Pseudonym? Der Stuttgarter Hitler-Forscher Professor Eberhard Jaeckel hat entgegen Behauptungen des Tagebuchhändlers Kujau ein ihm bereits 1978 vorgelegtes erstes Tagebuch nicht als echt bestätigt. Die Ermittlungen konzentrieren sich auf die Frage, wo die vom „Stern"-Verlag zur Verfügung gestellten neun Millionen Mark geblieben sind.

In der Auseinandersetzung beim „Stern" hat sich gestern Reinhard Mohn, Aufsichtsratsvorsitzender von Bertelsmann und Gruner + Jahr eingeschaltet. Der Redaktionsbeirat hält an der Forderung nach Rücknahme der Bestellung der Publizisten Johannes Gross und Peter Scholl-Latour als künftige Chefredakteure und gleichzeitige Vorstandsmitglieder des Gruner + Jahr-Verlages fest. Mohn will in Hamburg mit Redaktionssprechern zusammenkommen.

Stoltenberg zieht die Bremse bei Staatsausgaben

● Fortsetzung von Seite 1

ren sollen; dazu gehört zum Beispiel der Einarbeitungszuschuß bei Tätigkeitswechsel, der nicht nur gesenkt, sondern auch bei Verbleib in demselben Betrieb ausgeschlossen werden soll.

● Der Mutterschaftsurlaub, der berufstätigen Müttern bisher vier Monate lang mit je 750 Mark bezahlt wurde, soll auf drei Monate gekürzt werden. Die Ersparnis beträgt rund 4300 Millionen Mark.

● Der Bundeszuschuß an die landwirtschaftliche Altershilfe soll um 115, der für die Knappschaft (Bergbau) um etwa 750 Mill. Mark gekürzt werden.

● Etwa 1,4 Milliarden Mark will Stoltenberg bei den Etatverhandlungen mit den Ressorts herausholen, die bis zum 10. Juni abgeschlossen sein sollen.

Ungeachtet der Einsparungen hat Stoltenberg im '84er Haushalt „zusätzliche wachstumsfördernde Maßnahmen" von etwa 1,5 Milliarden Mark veranschlagt, um „Wirtschaftsbelebung und Beschäftigung zu stützen". Außerdem steht 1984 die zweite Hälfte der Einnahmen aus der zum 1. Juli 1983 in Kraft tretenden Umsatzsteuererhöhung mit rund vier Milliarden Mark zu Verfügung.

Nach dem Grundsatzbeschluß über den materiellen Inhalt der gesetzlichen Maßnahmen und der Eckwerte zum Haushalt am Mittwoch will das Kabinett, wie berichtet, am 29. Juni über den Haushaltsentwurf 1984, den Finanzplan bis 1987, den Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes 1984 und den Entwurf eines Artikelgesetzes über die Maßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte und der Rentenversicherungsträger sowie über die Verlängerung der Investitionshilfeabgabe (Haushaltsbegleitgesetz 1984) Entscheidungen treffen.

Größere Abschreckung durch konventionelle Waffen

Von RÜDIGER MONIAC

Eine Gruppe unabhängiger Experten aus vier Ländern der NATO beiderseits des Atlantiks ist davon überzeut, einen Weg gefunden zu haben, wie das Bündnis seine konventionellen Verteidigungsfähigkeiten verbessern kann. Die Gruppe glaubt, die Nutzung neuer Technologien würde die Glaubwürdigkeit zur Abschreckung einer militärischen Aggression stärken und die Abhängigkeit der NATO von einem möglicherweise zu frühzeitigen Einsatz nuklearer Waffen verringern.

Ähnliche Vorstellungen wie die Gruppe vertritt seit einiger Zeit der NATO-Oberbefehlshaber in Europa, der amerikanische General Bernard W. Rogers. Danach sind für die Ausrüstung der in Mitteleuropa stehenden verbündeten Streitkräfte mit neuen konventionellen Waffen und elektronischen Systemen in etwa 20 Milliarden US-Dollar erforderlich. Dieser Betrag, der nach ihrer Meinung um zehn Milliarden nach oben oder unten schwanken könne, sei über die nächsten zehn Jahre mit einer realen Erhöhung der NATO-Verteidigungshaushalte um vier Prozent aufzubringen.

Zu diesem Ergebnis kommt eine Studiengruppe, die sich aus Politik-Fachleuten und hohen Militärs aus den USA, Großbritannien, Norwegen und der Bundesrepublik Deutschland zusammensetzte. Ihr Bericht mit dem Titel „European Security Study" (ESECS) wurde gestern veröffentlicht. Unter den amerikanischen Mitgliedern war auch McGeorge Bundy, der bislang als Verfechter einer vollständigen Abkehr der NATO von Atomwaffen zur Abschreckung und Verteidigung galt. Er wie die Gruppe insgesamt erkennen aber an, daß die Allianz an ihrer Strategie der flexiblen Reaktion festhalten müsse. Es heißt in der Studie: „Wir glauben nicht, daß die Allianz hoffen kann, der Notwendigkeit nuklearer Waffen zur Abschreckung eines nuklearen Angriffs zu entkommen. Überdies verkennen wir angesichts der Existenz von Nuklearwaffen nicht, daß jede bewaffnete Auseinandersetzung in Europa die Gefahr der Ausweitung zu einem Kernwaffenkrieg in sich birgt. Dieses Risiko allein bedeutet eine Abschreckung des Krieges in jeglicher Form." Dennoch, so heißt es in der Studie weiter, sei es nötig, daß die NATO versuchen müsse, den jetzigen Grad ihrer Abhängigkeit von einem möglichen frühzeitigen Einsatz nuklearer Waffen zu verringern.

Alternative Systeme

Von deutscher Seite gehörten zu den Mitgliedern der frühere Rüstungsdirektor im Verteidigungsministerium, Hans Eberhard, die Professoren Karl Kaiser und Klaus Ritter, der frühere NATO-Botschafter Rolf Pauls sowie die Generale a. D. Franz-Joseph Schulze und Johannes Steinhoff.

Die ESECS-Studie hat Möglichkeiten untersucht, wie künftig militärische Ziele durch die NATO mit konventionellen Waffen bekämpft werden können, für die bislang vornehmlich atomare Systeme vorgesehen sind. Als dafür geeignete Waffen empfiehlt die Studie die ballistische Raketen mit konventionellen Sprengköpfen, Mehrfachraketenwerfer und Abstandswaffen für Flugzeuge mit selbstzielsuchenden Köpfen. Daneben seien für das gesamte europäische NATO-Gebiet integrierte und umfassende Kapazitäten zur Informationsgewinnung und Zielerfassung mit Datenübertragungssystemen und Fernmeldeanlagen erforderlich, die gegen die elektronische Kampfführung des Warschauer Paktes resistent sind. Zur Erschwerung der Zielerfassung durch den Warschauer Pakt brauche die NATO überdies technische Einrichtungen auf elektronischer Basis zur Tarnung und Täuschung.

Alle derartigen Ausrüstungen würden es danach der NATO möglich machen, folgende Aufgaben zu erfüllen:

– Abwehr der vorderen Angriffsverbände des Warschauer Paktes,
– Abnutzen der gegnerischen Luftstreitkräfte,
– Abriegeln, Angreifen und Niederhalten der nachfolgenden Warschauer-Pakt-Verbände,
– Zerschlagen der Führungs- und Fernmeldeeinrichtungen der gegnerischen Streitkräfte sowie
– Gewährleistung sicherer, verläßlicher und effektiver Führung und Kontrolle im NATO-Bereich.

Die Kosten für die dafür erforderlichen Systeme schlüsselt die Studie wie folgt auf:

– Zur Bekämpfung der 30 bis 40 Hauptflugbasen der gegnerischen Luftstreitkräfte sowie für die Abriegelung von rund hundert Engpässen für die nachrückenden Landstreitkräfte (besonders an den Flüssen Elbe, Saale, Moldau, Oder und Neiße) sind etwa 900 nichtnukleare Raketen erforderlich. Die Kosten für die Raketen, bei einem geschätzten Stückpreis von 2 bis 6 Millionen Dollar, sowie die zusätzlichen Kosten für die Raketenschutzbauten auf vorhandenen Flugplätzen und für das Einsatzpersonal betragen über einen Zeitraum von zehn Jahren 3 bis 7 Milliarden Dollar.

– Für die Bekämpfung nachfolgender Staffeln der Landstreitkräfte wurde ein Bedarf von rund 5000 nichtnuklearen Raketen mit der dazugehörenden „intelligenten" Munition errechnet. Die Kosten für sie zusammen mit den Kosten für Aufklärung und Zielplanung im Bereich Europa Mitte schätzt die Studie auf 6 bis 18 Milliarden Dollar.

– Für andere Bereiche, vor allem für Aufgaben auf dem engeren Gefechtsfeld, veranschlagt die Studie einen Bedarf von 1000 Salven endphasengelenkter Gefechtsköpfe aus Mehrfachraketenwerfern mit geschätzten Kosten von 200 bis 600 Millionen Dollar.

– Zusätzlich dazu nennt die Studie den für die Waffenproduktion erforderlichen Kostenfaktor „Forschung und Entwicklung" in Höhe von ein bis drei Milliarden Dollar.

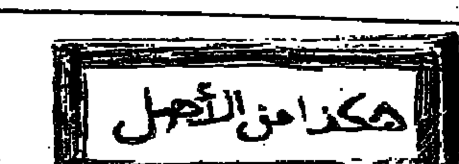
Die ESECS-Studie unterstreicht, was in anderem Zusammenhang häufig festgestellt wurde, daß der Warschauer Pakt mit konventionellen Streitkräften der NATO überlegen sei. Seine Strategie und operative Konzeption will das Moment der Überraschung ausnützen und mit Schnelligkeit, zahlenmäßiger Überlegenheit und massierter Feuerkraft rasche Geländegewinne erzielen. Die Studie betont, daß die Streitkräfte des Warschauer Paktes derzeit umfassend modernisiert und umstrukturiert werden. Das Ausmaß einer östlichen Offensive in Mitteleuropa hängt wesentlich davon ab, ob Moskau allein mit präsenten Verbänden angreifen würde, um so das Moment der Überraschung voll zu nutzen, oder versuchen würde, durch Mobilmachung seine Überlegenheit ins Spiel zu bringen.

„Erhebliche Ungewißheiten"

Wie die Studie ausführt, würde die Offensive im ersten Fall von zwei „Fronten" vorgetragen. Sie setzen sich zusammen aus 19 in Mitteleuropa stehenden sowjetischen Divisionen sowie elf weiteren der NVA und der tschechoslowakischen Armee. „Front" umfaßt nach sowjetischem Sprachgebrauch zwei Armeegruppen. Ein solcher Angriff würde eine wahrnehmbare Vorbereitungszeit von zwei bis vier Tagen erfordern. Im zweiten Fall mit vollständiger Mobilmachung könnte der Warschauer Pakt 90, möglicherweise bis zu 110 Divisionen in drei Fronten aufmarschieren lassen und zwei oder mehr Fronten als zweite Staffel bereitstellen. Von dieser Zahl wären 59 oder mehr Divisionen sowjetische Verbände. Ein derartiger Aufmarsch würde rund einen Monat dauern.

Die sowjetische Offensive wird als hochintegrierte Operation geplant. Ziel dabei ist ein gleichbleibender Angriffsschwung mit vorher festgelegten Marschleistungen. Im konventionellen Gefecht sind Tagesleistungen von 50 Kilometern vorgegeben, im Gefecht unter Einsatz von Atomwaffen sogar noch mehr. Die Offensive wird in Angriffswellen durch Verbände vorgetragen, die auf jeder taktischen Ebene (Bataillon, Regiment, Division) und operativen Ebene (Armee, Front) gestaffelt sind. Bei diesem Angriffsverfahren wird ein abgekämpfter Verband zur Wiederauffrischung zurückverlegt und vollständig durch einen frischen Verband ersetzt. Dadurch soll der Verteidiger einem gleichbleibend starken Druck ausgesetzt werden.

Die NATO-Experten sagen, daß trotz der beträchtlichen quantitativen und qualitativen Verbesserungen der Streitkräfte des Warschauer Paktes die sowjetischen Planer „erhebliche Ungewißheiten" bei der Vorbereitung eines Angriffs auf Mitteleuropa zu berücksichtigen haben. Deshalb, so schlußfolgert die ESECS-Studie, könne die NATO ihre Fähigkeit zur Abschreckung eines von Osten begonnenen Krieges dadurch verbessern, daß sie die Ungewißheiten der sowjetischen Führer über die Wirksamkeit der eigenen Strategie verstärken. Es sei erforderlich, daß die Sowjetunion „offenkundig ein unannehmbares Risiko" sehe. Diese Anforderungen glauben die westlichen Fachleute, mit ihren Vorschlägen zur Stärkung der konventionellen Kampfkraft der NATO zu erfüllen.



Spekulative Geldströme

cd. – Man sollte sich zwar davor hüten, die Zacken der Zinskurve an den amerikanischen Geld- und Kapitalmärkten als tendenzbestimmendes Moment an den hiesigen Zins- und Devisenmärkten überzubewerten. Doch ganz freimachen können wir uns vom amerikanischen Zinstrend immer noch nicht, auch wenn es zwischenzeitlich einmal so aussah. Gerade die letzten Tage haben wieder gezeigt, wie sehr wir mit unseren Zinsen an den amerikanischen kleben, die sich wieder leicht aufwärts bewegen, seit die Spekulation auf eine US-Diskontsenkung als Morgengabe für den Williamsburg-Gipfel zusammengebrochen ist.

Der Zinsvorsprung, den Geld- und Kapitalanlagen in Dollar gegenüber Anlagen in D-Mark genießen, – bei zehnjährigen Staatsanleihen sind es rund 2½ Prozent – saugt immer noch Gelder über den „großen Teich" ab. Und das um so mehr, als sich der Dollarkurs einer am Jahresanfang noch unerwarteten Stabilität erfreut, die ihrerseits wieder die Folge der hohen Zinsen ist, mit denen die USA Kapital zum Ausgleich ihres Leistungsbilanzdefizits anlocken.

Aber auch spekulative Verzerrungen in den Zahlungsströmen zwischen den USA und der Bundesrepublik – man hatte auf eine Dollarschwäche und eine Aufwertung der Mark auch gegenüber dem Dollar nach dem 6. März spekuliert – halten den Kurs der amerikanischen Währung auf hohem Niveau.

Erst wenn diese Verzerrungen beseitigt sind, besteht eine Chance, daß der Dollarkurs kippt. Und wenn dann das Dollarkursrisiko wieder höher eingeschätzt wird, lassen vielleicht auch die Geldabflüsse in die USA nach. Doch vorher wird sich unser Zinstrend kaum vom amerikanischen lösen.

Überkapazitäten

J. Sch. (Paris) – Die französische Regierung muß demnächst entscheiden, wie viele Kernkraftwerke bis zum Ende dieses Jahres von der staatlichen EDF bestellt werden sollen. Nachdem sie bereits die Zweijahrestranche 1984/85 von sechs auf drei Anlagen reduziert hatte, waren für die folgenden Jahre je zwei Kraftwerkstranchen geplant. Nunmehr ist die Rede von nur noch einer jährlichen Bestellung. Nach Berechnung einer Expertenkommission brauchte Frankreich zur Befriedigung seines Stromverbrauchs bis 1987, bei anhaltender Wirtschaftskrise sogar bis 1991, überhaupt kein neues Atomkraftwerk mehr. Andernfalls käme es zu Überkapazitäten, „welche die Nation sehr teuer zu stehen kommen würden", meinen die Experten. Aber gerade in Energiefragen haben sie sich mehr als einmal getäuscht. Bei der Internationalen Energie-Agentur (IEA) jedenfalls plädiert man für die weitere Entwicklung der Kernenergie. Andererseits könnte eine Unterbrechung des bereits sehr weit fortgeschrittenen Programms der Staatskasse Entlastung bringen.

USA / Der Senat unternimmt neuen Versuch, einen Haushalt für 1984 aufzustellen

Weiterer Mißerfolg hätte negative Auswirkungen auf die Finanzmärkte

HORST-ALEXANDER SIEBERT, Washington

Mitte dieser Woche entscheidet es sich, ob es dem Senat gelingt, einen Haushalt für das am 1. Oktober beginnende Finanzjahr 1984 auf die Beine zu stellen. Zweimal ist er schon gescheitert, und die Aussichten für einen Durchbruch sind auch diesmal gering. Von den 100 Senatoren sind 54 Republikaner. Aber fünf von ihnen haben sich mit den Demokraten verbündet, weil sie meinen, daß eine Defizitkatastrophe vermieden werden muß.

Die Konsequenzen eines Scheiterns lassen sich leicht ausmalen. Im Ausland würde der Eindruck entstehen, daß die USA nicht in der Lage sind, ihre gewaltigen Budgetprobleme zu lösen. Der Kongreß könnte zwar Einzeletats durch Zuweisungsbeschlüsse verabschieden; was jedoch fehlt, wären die in den Resolutionen enthaltenen genauen Haushaltsziele, die gewöhnlich einen disziplinierenden Effekt haben. Normalerweise führt eine solche Situation zu einer weiteren Aufblähung der Defizite; mögliche Vetos des Präsidenten komplizieren das Regierungsgeschäft erheblich.

Die Geister scheiden sich an der Frage, um wieviel die Steuereinnahmen angehoben werden müssen, damit die Rekordhaushaltsdefizite nachhaltig abgebaut werden. Hier gibt es auf dem Kapitol zwei Schulen. Die eine ist davon überzeugt, daß sich das Defizitproblem von selbst erledigt, wenn die Konjunktur genügend Fahrt aufgenommen hat. Außerdem wird die wirtschaftliche Erholung als noch zu anfällig angesehen, um die Nachfrage durch höhere Steuern zu belasten. Die Parole heißt abwarten. Präsident Reagan hat dieser Gruppe jetzt den Rücken gestärkt, als er nachdrücklich jedes Anziehen der Steuerschraube, den Verzicht auf die dritte Einkommensteuersenkung um zehn Prozent am 1. Juli und die Annullierung der 1985 in Kraft tretenden Indexierung der Einkommensteuer ablehnte.

Für die andere Schule ist Zeit kostbar; sie sieht in den riesigen Passivsalden die eigentliche Konjunkturbremse. Immerhin muß das US-Schatzamt in den nächsten drei Jahren rund 660 Milliarden Dollar (mehr als 1,61 Billionen Mark!) borgen, um die Haushaltsdefizite zu finanzieren. Verwiesen wird auf alle bisherigen Erfahrungen. Danach gilt als sicher, daß hohe Defizite letztlich immer zur Inflationierung und – zusammen mit der restriktiven Geldpolitik der Notenbank – Unterbeschäftigung führen. Allgemein wird an der Wall Street für etwa Mitte 1984 mit neuen Zinsschüben gerechnet, weil dann der öffentliche und nach der Rezession wieder normale private Kreditbedarf aufeinanderstoßen.

Reagan teilt im Einblick auf die Haushaltskrise das Schicksal seines demokratischen Vorgängers Jimmy Carter, dessen letztes Budget, obwohl in revidierter Form neu vorgelegt, in der Versenkung verschwand. Selbst die Republikaner haben Reagans Entwurf, der für 1984 ein „ordentliches" Minus in Höhe von 190,2 (1983: 210,2) Milliarden Dollar aufwies, wie eine heiße Kartoffel fallen lassen. Das Repräsentantenhaus handelte zuerst, indem es die jährliche Wachstumsrate des Verteidigungsetats von zehn auf vier Prozent zurücknahm und das Defizit auf 174,5 Milliarden Dollar reduzierte. Zugleich erhöhten die Abgeordneten die Steuern 1984 um 30, 1985 um 40 und 1986 um 50 Milliarden Dollar. Unters Fallbeil kamen die diesjährigen Steuergeschenke und die Steuerindexierung.

Bedenklich stimmt die Zerstrittenheit der Republikaner im Senat. Regelrecht abgeschmettert wurde der Vorschlag der Fraktionsführung, die Steuern um des lieben Friedens willen leicht heraufzusetzen. Es ging um – für die amerikanische Volkswirtschaft unerhebliche – 2,7 Milliarden Dollar, gekoppelt mit einer Steigerung der Militärausgaben um 7,5 Prozent und einer Anhebung anderer Aufwendungen um 11,4 Milliarden Dollar. Das Ergebnis war für 1984 ein Defizit von 192,4 Milliarden Dollar. Dagegen lief die Senatsmehrheit Sturm, die weitaus höhere Steuern forderte. Schließlich scheiterte auch der Vorschlag der republikanischen Senatoren Weicker und Gorton, die das Minus auf 184,4 Milliarden Dollar drücken wollten.

Im Senat herrscht die totale Konfusion – mit allen negativen Auswirkungen auf die Finanzmärkte. Nach den unzureichenden Schnitten 1981 und 1982 wird über weitere Ausgabenkürzungen überhaupt nicht gesprochen. Alles dreht sich um mehr Steuern.

PREISENTWICKLUNG

Banken halten eine Zwei vor dem Komma für möglich

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die im Herbst vergangenen Jahres begonnene konjunkturelle Erholung setzt sich nach übereinstimmender Meinung des Bundesverbands deutscher Banken und des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes zwar fort. Aber die Nachfragesituation bessere sich nur allmählich, so daß die Auswirkungen auf die Produktion zunächst noch gering bleiben. Das Fundament für eine Aufwärtsentwicklung sei jedoch fester geworden.

Der Bankenverband weist darauf hin, daß sich die Voraussetzungen für ein inflationsfreies Wachstum verbessert hätten. Durch billigere Importe, vor allem von Mineralöl, seien die Unternehmen entlastet und die Kaufkraft der Verbraucher gestärkt worden. Die Lohnstückkosten würden in diesem Jahr weniger steigen als im Vorjahr. Außer der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes Mitte dieses Jahres sei weder von der Kosten- noch der Nachfrageseite her eine wesentliche Veränderung des Preisklimas in Sicht. „Die Zwei vor dem Komma ist in Reichweite", prognostiziert der Bankenverband.

Die für höhere Investitionen notwendige Verbesserung der unternehmerischen Ertragssituation zeichnet sich nach Angaben der Sparkassen-Organisation angesichts stabiler Kosten und vorhandener Produktivitätsreserven bereits ab. Von der Staatsnachfrage und vom privaten Verbrauch würden dagegen, wenn überhaupt, nur geringe Impulse ausgehen. Da angesichts der schwachen Weltkonjunktur auch nicht mit einer raschen Ausweitung der Exportnachfrage zu rechnen sei, müsse der Aufschwung diesmal anders als in den vergleichbaren vorangegangenen Aufschwungphasen von der Binnenkonjunktur getragen werden.

Für den Bankenverband spricht vieles dafür, daß sich der eingeleitete wirtschaftliche Erholungsprozeß langsamer vollziehen wird als in früheren Aufschwungphasen. Um so wichtiger sei der Beitrag der künftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu besseren Investitionsbedingungen. Die Grundsätze der Koalitionsvereinbarungen und der Regierungserklärung müßten in konkrete Entscheidungen umgesetzt werden. Der angekündigte Kurs müßte in den kommenden Jahren klar und konsequent durchgehalten werden.

Der Zinssenkungspielraum am Geldmarkt ist nach Ansicht des Bankenverbandes derzeit ausgeschöpft. Auch am Rentenmarkt herrsche seit Wochen eine Konsolidierungsphase. Eine wichtige Voraussetzung, daß die Zinsen am deutschen Rentenmarkt nochmals nachgeben, wäre ein Zinsrückgang in den USA oder eine schwächere Einschätzung des Dollar. Aber auch überzeugende finanzpolitische Konsolidierungsbeschlüsse in der Bundesrepublik könnten die Zinssenkungsphantasie nochmals beflügeln. Alles in allem dürfte nach Ansicht des Bankenverbandes auch am Kapitalmarkt der Zinssenkungsspielraum nicht mehr sehr groß sein.

Im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels warnt die Sparkassen-Organisation vor einer Rückkehr zu festen Wechselkursen. Sie plädiert für Enthaltsamkeit bei Notenbankinterventionen.

Wunsch und Wirklichkeit

Von DOMINIK SCHMIDT

Die Diskrepanz zwischen der Stimmung in der Wirtschaft und dem tatsächlichen Zustand, ein in den letzten Wochen viel diskutiertes Phänomen, beginnt sich zu nivellieren. Der politische Wechsel in Bonn, der ursächlich die Klimaänderung bewirkte, ist Alltag geworden. Zahlen und Fakten dominieren wieder. Und diese Größen schärften nicht nur den Realitätssinn; sie zeigen zugleich, daß übertriebene Hoffnungen deplaciert sind, die wirtschaftliche Wende weiter auf sich warten läßt.

Dies gilt weltweit, folglich auch für die Bundesrepublik und erst recht für regionale Märkte. Sie, die Bundesländer, sind das schwächste Glied einer Kette von internationalen Einflüssen und Abhängigkeiten. Ihre Möglichkeiten, sich vom Gesamttrend abzukoppeln, sind – wenn überhaupt vorhanden – überaus gering einzuschätzen. Bestenfalls graduelle Korrekturen können angefügt werden. Deren Effizienz wiederum bleibt zumindest fraglich, wie das Beispiel Niedersachsen zeigt.

Der Jahresbericht, den Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel dieser Tage vorgelegt hat, macht den engen Handlungsspielraum landespolitischer Kompetenz deutlich. Der Versuch, aus dem tristen Zahlenmaterial des Jahres 1982 positive Entwicklungen abzuleiten, erweckt Mitleid, die Interpretation der Ergebnisse muß auf Unverständnis stoßen. Niedersachsen, so heißt es mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik, könne in Teilbereichen günstigere Ergebnisse präsentieren. Die Landesregierung werde ihre „klare Wirtschaftspolitik" beibehalten.

Aussagen dieser Art im Textteil des Jahresberichts stehen im Widerspruch zu den nackten Zahlen. Sie nämlich besagen, daß das reale Bruttoinlandsprodukt in Niedersachsen 1982 um 1,3 Prozent gesunken ist und damit stärker schrumpfte als im Bundesdurchschnitt (minus 1,0 Prozent). Auch andere Kennziffern werfen ein bezeichnendes Licht auf den wirtschaftlichen Zustand des Landes. So erhöhte sich der niedersächsische Anteil an den Insolvenzen in der Bundesrepublik auf 11 (1981: 9,51 Prozent. Die schlechtere Verfassung der Unternehmen wird in der Zunahme der Anträge auf Landesbürgschaft sichtbar. Wurden 1981 noch 57 Anträge mit einem Volumen von 163 Mill. DM gezählt, so stieg diese Zahl 1982 auf 78 Anträge über eine Summe von 256 Mill. DM.

Besorgniserregend ist die Differenz zwischen Niedersachsen und dem Bundesdurchschnitt auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote lag im Jahresmittel bei 9,5 Prozent und damit um genau zwei Prozentpunkte über der in der Bundesrepublik insgesamt.

Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes blieben in den letzten Jahren einige wichtige Branchen im Vergleich zum Bundesgebiet in der Beschäftigtenentwicklung zurück. Dazu gehören der Straßenfahrzeugbau, die Elektrotechnik, die Büromaschinenindustrie, die Gummiverarbeitung und die chemische Industrie. Lediglich die öffentliche Hand betrieb eine beschäftigungsstabilisierende Politik.

Niedersachsen gehört seit langem zu den Regionen im Bundesgebiet, die überdurchschnittlich von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Noch nie aber wurde das so deutlich wie gerade jetzt. Neben der Wirtschaftsstruktur ist es die demographische Belastung des niedersächsischen Arbeitsmarktes durch stärker besetzte Altersgruppen, die ins Arbeitsleben streben. Hinzu kommen strukturelle Besonderheiten: Aufgrund der Siedlungsstruktur eines Flächenstaates mit nur wenigen Ballungsgebieten mangelt es in weiten Teilen des Landes vom Potential her an großen, anpassungsfähigeren und differenzierten Arbeitsmärkten.

Diese Probleme haben sich in jüngster Zeit eher noch verschärft. Eine Sonderuntersuchung des Landesarbeitsamtes kommt zu dem erschreckenden Ergebnis, daß zunehmend Facharbeiter und Angestellte mit gehobenen Tätigkeiten arbeitslos werden. Im Erhebungszeitraum erhöhte sich der Anteil der beruflich Qualifizierten an der Gesamtzahl der Arbeitslosen von 39 Prozent auf 41 Prozent. Zugleich steigt die Zahl der Dauer-Arbeitslosen.

Vor diesem Hintergrund wäre die niedersächsische Landesregierung, die seit Jahren das Ziel artikuliert, Anschluß an den wirtschaftlichen Entwicklungsstand der Bundesrepublik zu finden, gut beraten, ihre Wünsche und Hoffnungen den Realitäten anzupassen. Das verfügbare Instrumentarium, vor allem aber fehlende finanzielle Mittel, bilden natürliche Grenzen für eine eigenständige Struktur- und Konjunkturpolitik.

AUF EIN WORT

»Wirtschaftlicher Erfolg ist dem einzelnen nur beschieden, wenn er in Verfolgung seiner eigenen Interessen anderen Nutzen bringt.«

Prof. Dr. med. Rudolf Kopf, Vorsitzender des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie e. V., Frankfurt. FOTO: DIE WELT

Geringe Erfolgschancen

Ha. Brüssel

Mit ungewissen Erfolgschancen haben die Landwirtschaftsminister der EG gestern ihre Beratungen über das diesjährige „Agrarpreispaket" wiederaufgenommen. Vor allem Frankreich stand unter starkem innenpolitischen Druck. Aber auch Italien hat bislang kein Anzeichen für eine Auflockerung seiner in diesem Jahr besonders harten Verhandlungsposition erkennen lassen. Rom fordert Zinsbonifikationen zugunsten seiner Landwirte für die im EG-Haushalt keine Mittel vorhanden sind. Umstritten war gestern außerdem auch noch der Abbau des Währungsausgleichs im Agrarhandel.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Ministerrat hat Kredit an Frankreich zugesagt

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft hat Frankreich gestern einen Zahlungsbilanzkredit in Höhe von 4 Milliarden Ecu (rund 9 Milliarden Mark) zugesagt und damit den Bemühungen von Finanzminister Jacques Delors um eine Stabilisierung von Wirtschaft und Staatsfinanzen politische Rückendeckung gegeben.

Erwartungsgemäß ermächtigte der Ministerrat die EG-Kommission, im Rahmen der sogenannten „Ölfazilität" der Gemeinschaft auf den internationalen Kapitalmärkten Anleihen im genannten Umfang aufzunehmen. Ihr Ertrag soll Frankreich Kredite zu günstigeren Bedingungen sichern als im Falle eigener Bemühungen. Als Laufzeit der Anleihe wurden vorläufig sechs Jahre in Aussicht genommen. Auch andere Einzelheiten, zum Beispiel die Frage, ob mehrere Tranchen aufgelegt werden sollen, sind bisher noch nicht entschieden.

Die Finanzminister der EG würdigten bei ihren Beratungen ausdrücklich die Anstrengungen Frankreichs zur Wiederherstellung seines wirtschaftlichen Gleichgewichts. Politische Beobachter sahen darin einen Versuch, Finanzminister Delors zur Fortsetzung seines europafreundlichen Kurses zu ermuntern.

Die 1975 geschaffene Anleihefazilität sollte den Mitgliedsstaaten ursprünglich ermöglichen, durch die Erhöhung der „Ölrechnung" entstandene Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu meistern. Nach einem früheren Grundsatzbeschluß bestand ein Anleiherahmen von 6 Milliarden Ecu (13,5 Milliarden Mark). Der Rat wird sich deshalb schon bald mit einer Aufstockung der durch den jüngsten Beschluß weitgehend ausgeschöpften Anleihemöglichkeiten beschäftigen. Wichtigster Interessent ist wie in der Vergangenheit Italien.

VEREINIGTE STAATEN

Kaufman: Der Zins hat die Talsohle erreicht

rtr, Washington

Der große Rückgang bei den Zinssätzen seit dem letzten Jahr ist nach Einschätzung des „Zins-Guru" der Wallstreet, Henry Kaufman, vorbei. In einem Fernseh-Interview sagte der Chefvolkswirt der Investmentbank Salomon Brothers am Sonntag, die Zinssätze würden für die absehbare Zukunft um einen halben bis einen Prozentpunkt nach oben und unten schwanken. Das Ende des Zinsrückgangs werde die Wirtschaftserholung in den USA aber nicht abwürgen, fügte Kaufmann hinzu. Der Aufschwung werde bescheiden und weit weniger kräftig ausfallen als frühere Erholungsphasen.

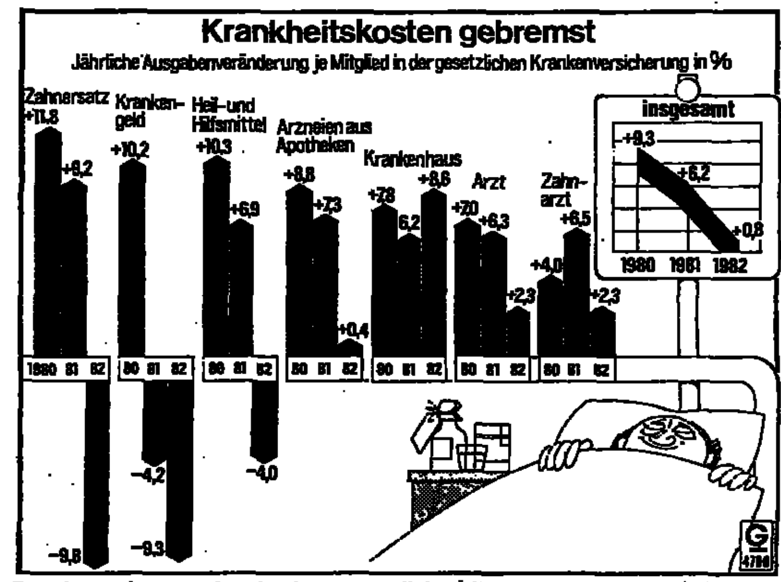
Weitere Zinssenkungen sieht Kaufman nur für den Bereich Wohnungsbau. Dort sorgten Geldzuflüsse zu Spar- und Bankinstituten aus Geldmarktkonten für eine wachsende Konkurrenz bei Hypothekenkrediten.

Zur Preisentwicklung sagte Kaufman, der Erfolg bei der Inflation im ersten Quartal dieses Jahres könne nicht aufrechterhalten werden. In der zweiten Jahreshälfte würde die Rate auf immer noch mäßige vier bis fünf Prozent anziehen.

Kaufman bezeichnete das Vorhaben von Präsident Reagan zur Steuersenkung um zehn Prozent ab 1. Juli angesichts hoher Haushaltsdefizite als nicht gerechtfertigt und schlug eine Senkung um nur fünf Prozent vor. Außerdem sollte der Plan für die Steuerindexierung aufgegeben werden.

Im übrigen bekräftigte Kaufman seine Ansicht, daß Paul Volcker, dessen Amtszeit als Vorsitzender des Federal Reserve Board im August abläuft, vom US-Präsidenten erneut nominiert werden sollte. Der Notenbankchef habe gute Arbeit geleistet, sagte Kaufman.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Der Ausgabenanstieg in der gesetzlichen Krankenversicherung hat sich spürbar verlangsamt. Erhöhten sich die Aufwendungen je Mitglied 1980 noch um 9,3 Prozent, waren es 1981 6,2 Prozent und 1982, nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitsministeriums, nur noch 0,8 Prozent. Dieser Trend ist erfreulich, vor allem für die Brieftaschen der Versicherten.
QUELLE: GLOBUS

Über EG-Richtlinie einig

Brüssel (Ha.) – Über die geplante EG-Richtlinie zur Harmonisierung der Konzernbilanzen hat sich der Ministerrat gestern nach fünfjährigen Vorberatungen verständigt. Sie verpflichtet die Mitgliedsstaaten, bis 1990 einheitliche Mindestregeln über Form und Inhalt von Konzernabschlüssen zu verlangen und soll vor allem eine größere Transparenz des europäischen Kapitalmarktes ermöglichen.

Wohnungsbau belebt

Bonn (Rei.) – In den ersten vier Monaten 1983 hat sich der Wohnungsbau deutlich belebt. Nach Mitteilung des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes (ZDB), waren auch im Gewerbebau leichte Verbesserungen zu verzeichnen, während der öffentliche Bau in seiner tiefen Krise steckengeblieben sei. Trotz der Nachfragebelebung seien die Baupreise jedoch nahezu unverändert geblieben. Im April habe etwa jeder zweite Betrieb Arbeitskräfte neu eingestellt.

Sechs Mark Dividende

Lübeck (dpa/VWD) – Die Drägerwerk AG, Lübeck, schlägt der Hauptversammlung am 27. Juni vor, für 1982 aus dem unveränderten Bilanzgewinn von 6,9 Millionen Mark wieder eine Dividende von sechs Mark je 50-DM-Stammaktie sowie sieben Mark je 50-DM-Vorzugsaktie auszuschütten. Ferner sollen von dem zu bildenden Genußkapital von 10,78 Millionen Mark 215 600 Genußscheine zu je 50 Mark Grundbetrag ausgegeben und den Aktionären im Verhältnis 5:1 zum Preis von 120 Mark je Schein angeboten werden.

Steinkohle vorn

Frankfurt (AP) – Der Anteil der Steinkohle lag 1982 erstmals höher als der Beitrag der Braunkohle zur Stromerzeugung der öffentlichen Versorgung. Während der Anteil der Braunkohle im Vergleich zum Vorjahr um zwei Prozent auf 29 Prozent fiel, stieg er bei der Steinkohle von 29 auf 30 Prozent. Dies teilte die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt mit. Der „energiepolitisch gewünschte Vorrang deutscher Steinkohle" sei 1982 vor allem durch die starke Verminderung des Einsatzes von Erdgas erreicht worden. Erdgas habe zehn Prozent der Erzeugung gestellt nach 13 Prozent im Jahr 1981. Der Einsatz von Heizöl sei weiter von 3,3 Prozent auf 2,9 Prozent Anteil gesunken. Hingegen sei der Beitrag der Kernkraftwerke aufgrund der hohen Verfügbarkeit und der starken Auslastung von 17 Prozent auf rund 20 Prozent gestiegen, hieß es ferner.

Schweiz: Mehr Konkurse

Zürich (rtr) – In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres haben die Konkurseröffnungen in der Schweiz im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen. Laut einer am Montag veröffentlichten Mitteilung der Wirtschaftsauskunftei Creditreform wurden im ersten Jahresdrittel 672 Konkurse (einschließlich mangels Aktiven eingestellte Verfahren) im Schweizerischen Handelsamtsblatt publiziert, gegenüber 502 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dies entspricht einer Zunahme von fast 34 Prozent.

Rekord-Inflationsrate

Jerusalem (rtr) – Die israelischen Verbraucherpreise sind im April dieses Jahres mit der Rekordrate von 13,3 Prozent gestiegen, nach einer Zunahme um 10,7 Prozent im April vergangenen Jahres. Wie das Zentrale Statistische Büro weiter mitteilte, haben sich die Preise in den ersten vier Monaten des Jahres damit um 37,7 Prozent erhöht. Sollte dieser Trend anhalten, dürfte die Inflationsrate nach Einschätzung von Wirtschaftswissenschaftlern Ende 1983 erstmals über 150 Prozent liegen, nachdem die Jahresrate 1982 schon 131,5 Prozent erreicht hatte.

Getreideexporte gesteigert

Buenos Aires (AFP) – Die argentinischen Getreideausfuhren stiegen im ersten Quartal 1983 im Vergleich zur Vorjahresperiode um 50 Prozent auf 6,58 Millionen Tonnen. Dies wurde offiziell in Buenos Aires bekanntgegeben. An erster Stelle der Abnehmerländer lag die Sowjetunion, die mit 4,01 Millionen Tonnen 61 Prozent der Gesamtausfuhren abnahm.

Kredite beantragt

Manila (dpa/VWD) – Die Philippinen bemühen sich zur Entlastung ihres Haushalts 1983/84 um zusätzliche Kredite der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank in Höhe von insgesamt 214 Millionen US-Dollar (rund 525 Millionen Mark). Daneben hat Manila seinen Wunsch auf einen weiteren Kredit von 1,2 Milliarden US-Dollar bei der Weltbank als offizielle Entwicklungshilfe für 1984 angemeldet. Die Weltbank wird über dieses Hilfeersuchen am 6. Juli in Paris beraten.

PARISER GIPFEL

Minister Lambsdorff lobt Frankreichs Austerity-Plan

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Bundesregierung beglückwünsche sich zu den jüngsten Maßnahmen, die Wirtschafts- und Finanzminister Delors auf Grund des Austerity-Planes der französischen Regierung von Ende März ergriffen hat. „Wir glauben, daß sie in die richtige Richtung gehen." Dies erklärte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff am Vorabend des 41. deutsch-französischen Gipfels in einem gestern von der Pariser Wirtschaftszeitung „Les Echos" veröffentlichten Interview.

Demgegenüber stellt der „Figaro" in einem Korrespondentenbericht aus Bonn fest, daß man dort – wie auch in Paris selbst – ein Scheitern des Austerity-Planes nicht ausschließt. In deutschen Wirtschaftskreisen rechne man noch vor Ende dieses Jahres mit einer neuen Franc-Abwertung oder mit dem Austritt Frankreichs aus dem Europäischen Währungssystem (EWS).

Dazu sagte Lambsdorff, er sei davon überzeugt, daß Paris einen EWS-Austritt nicht beabsichtige. Denn dieses System habe sich trotz seiner Unzulänglichkeiten für die Wirtschaft beider Länder als nützlich erwiesen. Es sei außerdem ein Faktor der politischen Zusammenarbeit in der EG. Dies gelte auch für die gemeinsame Forderung nach weiteren Zinssenkungen in den USA.

Lambsdorff räumte ein, daß es zu dem einen oder anderen Wirtschaftsproblem zwischen Bonn und Paris Divergenzen gebe. Aber dies sei auch unter den früheren Regierungen der beiden Länder so gewesen, ohne daß dadurch die deutsch-französische Freundschaft ernsthaft in Gefahr gebracht worden wäre.

KAFFEE / Weltmarktpreise und Dollarkurs erhöhten den Einstandspreis

Konsum stagnierte erstmals seit 1978

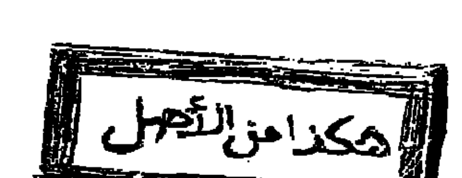
dpa/VWD, Hamburg

Der Kaffeekonsum in der Bundesrepublik ist im vergangenen Jahr erstmals seit 1978 nicht mehr gestiegen. Zugenommen haben nur noch Teilbereiche. Wie der Deutsche Kaffee-Verband (Hamburg) erklärte, wurden pro Kopf der Bevölkerung 5,88 (1981: 5,95) Kilogramm Röstkaffee verbraucht. Aber auch der Gesamtmarkt für Kaffeeprodukte stagnierte beziehungsweise wuchs nur geringfügig. Angesichts der wirtschaftlichen Rezession und hohen Arbeitslosigkeit kann nach Feststellung des Verbandes die Kaffeewirtschaft dennoch relativ zufrieden sein. Seit Jahren hält Kaffee mit Abstand die Spitzenposition im Getränkekonsum. Das Verbrauchspotential sei noch nicht einmal voll ausgeschöpft, meint die Branche.

Der deutsche Kaffeemarkt repräsentierte 1982 ein Umsatzvolumen von über sieben Milliarden Mark. Unter den Kaffeeprodukten dominierte Röstkaffee mit 90 Prozent, während Extraktkaffee mit zehn Prozent relativ stabil blieb. Aufgrund des gestiegenen Rohkaffee-Weltmarktpreises sowie des höheren Dollarkurses verteuerte sich für die deutsche Kaffeeindustrie der Einstandspreis von 6,57 Mark im Januar auf 7,19 Mark je Kilogramm im Dezember. Das hatte zur Folge, daß die Röster ihre Abgabepreise zweimal korrigierten.

Der Konzentrationsgrad in der deutschen Kaffeeindustrie – die sechs größten Röster bestreiten etwa 85 Prozent des Haushaltsmarktes – hat sich nach Mitteilung des Kaffee-Verbandes gegenüber 1981 kaum geändert. Der Markt ist nach wie vor von einem hohen Wettbewerbsdruck gekennzeichnet. Für die Verbraucherwerbung in den Medien wurden allein rund 160 Millionen Mark ausgegeben. Im Kampf um das Regal im Lebensmittel-Einzelhandel erreichten sogenannte „weiße" Kaffeeprodukte einen Anteil von rund drei Prozent. Sie trugen mit dazu bei, daß etwa 40 Prozent aller Röstkaffeekäufe im unteren Preisbereich von weniger als neun Mark je 500 Gramm getätigt wurden.

In die Bundesrepublik sind 1982 nach der Außenhandelsstatistik brutto 514 112 Tonnen koffeinhaltiger Rohkaffee mit einem Grenzübergangswert von 3,65 Milliarden Mark importiert worden. Der sich daraus errechnende Durchschnittspreis lag mit 7,11 (6,25) Mark je Kilogramm erheblich über dem Vorjahr. Nach Abzug von Einfuhren zur Eigenveredelung sowie Lohnveredelung für ausländische Rechnung sind netto 435 122 (440 108) Tonnen verzollt und versteuert worden. Größter Lieferant war wieder Kolumbien, das seinen Anteil mit 34,8 (33,9) Prozent nur geringfügig erhöhen konnte. Brasilien hat dagegen seinen Anteil kräftig auf 15,2 (10,6) Prozent ausgeweitet und damit El Salvador mit 9,1 (14) Prozent von seinem bisherigen zweiten Platz auf Rang drei verdrängt.



ITALIEN / Der Konsumgüterbereich erwartet Impulse von den privaten Haushalten

Industrieproduktion weiter schwach

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Industrieproduktion ist im ersten Quartal des Jahres gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 7,4 Prozent gesunken, wobei in jedem der drei Monate die Abnahme stärker war als im Vormonat. Gegenüber dem Vorquartal war der Rückgang dagegen nur gering, was Beobachter als Stagnation auf dem im Herbst vorigen Jahres erreichten niedrigen Stand interpretieren.

Mit Ausnahme der Schuhindustrie, die in der Dreimonatsspanne ein Produktionsplus von 4,7 Prozent verzeichnete, mußten alle Bereiche zum Teil empfindliche Einbußen hinnehmen. Am stärksten war der Produktionsrückgang in der Investitionsgüterindustrie mit minus 10,3 Prozent, am schwächsten bei den Konsumgütern mit minus 3,1 Prozent. In den Hilfs- und Grundstoffbereichen belief sich der Produktionsrückgang auf 9,8 Prozent.

Hält die derzeitige Schwächephase noch über die Sommermonate hinaus an, was von allen Wirtschaftsbeobachtern als wahrscheinlich angesehen wird, so dürfte sich das Produktionsminus im Durchschnitt dieses Jahres den Schätzungen zufolge bei um die fünf Prozent einpendeln.

1982 hatte die Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Prozent und im Jahr davor um 2,2 Prozent abgenommen. Das heißt, daß der italienische Produktionsapparat in drei Jahren etwa ein Viertel des Wachstums der vorangegangenen 10 Jahre eingebüßt hat.

Folgen hat dies nicht zuletzt für die Arbeitsproduktivität, die schon 1982 nicht mehr zugenommen hat und voraussichtlich trotz weiter nach unten gerichteter Beschäftigungstendenz auch im laufenden Jahr bestenfalls unverändert bleiben wird.

Eine besonders ausgeprägte Produktionsverminderung mußte im ersten Quartal 1983 der Grundstoff- und Investitionsgüterbereich hinnehmen, der Maschinenbau minus 10,9 Prozent und die Stahlindustrie minus 16,4 Prozent, die beide die Krise im In- und Ausland damit voll zu spüren bekamen. In diesen beiden Bereichen wird auch in den kommenden Monaten mit keiner entscheidenden Besserung gerechnet, da der Investitionstrend in beinahe allen Wirtschaftszweigen weiter nach unten gerichtet ist oder stagniert. Eine Besserung wird hier erst ab 1984 erwartet, wenn, wie die Unternehmen hoffen, der staatliche Energieplan voll anlaufen wird, der den Bau einer Serie von konventionellen und Kernkraftwerken vorsieht.

Impulse im Konsumgüterbereich erwarten die Unternehmen von Juni/Juli an, wenn alle Tarifabkommen unter Dach und Fach sein dürften. Dieser Einkommensstoß wird zwar von einer Preiserhöhung aller öffentlichen Versorgungs-, Dienst- und Verkehrsunternehmen zum Teil aufgefangen werden. Beobachter erwarten aber, daß trotz dieser Abschöpfungsmaßnahmen noch genügend verfügbares Einkommen übrigbleiben wird, um auch in diesem Jahr ein reales Konsumwachstum bei den privaten Haushalten herbeizuführen. Im vergangenen Jahr belief sich dieses Wachstum real auf 0,5 Prozent gegenüber beispielsweise einem Minus von zwei Prozent in der Bundesrepublik Deutschland.

Zusammen mit dem realen Zuwachs des privaten Verbrauchs erhoffen sich die Unternehmen in den nächsten Monaten konkrete Fortschritte in der Industriepolitik des Staates. Die Aufmerksamkeit ist in diesem Fall vor allem auf die verschiedenen Förderfonds gerichtet, mit denen der Industrie Zuschüsse für Strukturinvestitionen und Innovationen bereitgestellt, bisher aber noch nicht ausgezahlt wurden.

Es handelt sich hierbei um fünf Förderfonds, darunter der Forschungs- und Entwicklungsfonds, der Prämienfonds zur Kapazitätsausweitung in der privaten Stahlindustrie und der Sanierungsfonds zugunsten der Unterhaltungselektronik, aus denen im laufenden Jahr insgesamt mindestens 6000 Milliarden Lire (rund 3,4 Milliarden Mark) zu schöpfen wären, wenn die Anträge der Firmen rechtzeitig angenommen werden.

COMECON / Vorbereitungen für Wirtschaftsgipfel

Kein Konsens über Termin

dpa/VWD, Moskau

Die Sowjetunion ist westlichen Meldungen entgegengetreten, wonach der seit langem geplante östliche Wirtschaftsgipfel in Moskau angeblich im Mai stattfinden sollte und wegen weitreichender Interessengegensätze verschoben werden mußte. In einer nur für das Ausland bestimmten Stellungnahme erklärte die Nachrichtenagentur Tass die „strategischen Entscheidungen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit bis zum Ende des 20. Jahrhunderts", die auf dem Treffen der Parteichefs des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) getroffen werden sollten, bedürften gründlicher und langer Vorbereitungen". Sie liefen aber „planmäßig".

Unter den zehn Mitgliedsländern wird dabei die Einberufung der Konferenz offenbar nicht gleichermaßen als dringlich angesehen. Das rumänische Politbüro sprach sich auf einer Sitzung unter Leitung von Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu für eine Einberufung ohne weitere Verzögerungen aus. Der ungarische stellvertretende Ministerpräsident Jozsef Marjai meinte indes gegenüber der Nachrichtenagentur MTI, das Treffen werde stattfinden, wenn die Vorbereitungen dafür reif seien. Tass betonte, daß „das nicht existierende Problem der Erdölpreise von der antisozialistischen Propaganda aufgebläht" werde. Schließlich bezögen die osteuropäischen Partner das sowjetische Öl zu niedrigeren Preisen als auf dem Weltmarkt.

Das rumänische Politbüro erklärte, eine „bessere Zusammenarbeit" innerhalb des RGW müsse vor allem das Problem der Energie- und Rohstoffversorgung lösen helfen. Zugleich bestand es auf „Gleichberechtigung und Nichteinmischung".

Nach Angaben aus osteuropäischen Kreisen in Moskau sollen die Vorbereitungen in der ersten Juni-Hälfte in Moskau auf einer besonderen Sitzung des RGW-Exekutivkomitees – auf der Ebene ständiger Vertreter im Rang von stellvertretenden Ministerpräsidenten – fortgesetzt werden. Ein Zeitpunkt für den Gipfel vor Herbst sei zumindest nicht wahrscheinlich, hieß es.

Belgien: Streit um Cockerill-Sambre

SAD, Brüssel

Die von dem französischen Experten Jean Gandois im Auftrage der belgischen Regierung angefertigte Studie über die Rettungschancen des Stahlkonzerns Cockerill-Sambre ist seit dem Wochenanfang zum Thema erregter Diskussionen auf Sondersitzungen von Parteivorständen und Gewerkschaften geworden. Allgemein wird befürchtet, daß der – von Wallonen und Flamen unterschiedlich beurteilte – „Fall Cockerill-Sambre" eine neue Zerreißprobe für das Königreich Belgien zur Folge haben wird.

In seiner Analyse war Jean Gandois zu dem Ergebnis gekommen, daß zwei der vier Werke des Konzerns stillgelegt und der Personalbestand um 7900 Arbeitskräfte verringert werden sollten.

Cockerill-Sambre ist als Konzern aus mehreren früheren Fusionen hervorgegangen. Zur Zeit beschäftigt das Unternehmen rund 24 000 Menschen. Belgische Regierungen haben in den letzten Jahren insgesamt 200 Milliarden Francs für Rettungsversuche aufgebracht.

Salomon Brothers auf schwarzer Liste

VWD, London

Mit Bestürzung haben Bankiers in Europa, New York und am Persischen Golf übereinstimmend auf die Nachricht reagiert, daß das New Yorker Wertpapierhandelshaus Salomon Brothers auf die schwarze Liste des arabischen Boykott-Büros gesetzt worden ist. Bankiers dieser Region erklärten, Nahost-Länder und -Unternehmen seien künftig gezwungen, auch indirekte Verbindungen mit jenen Firmen zu meiden, die mit Salomon Brothers in Kontakt stehen.

Salomon Brothers ist aufgrund des Beschlusses des Boykott-Israel-Büros, das Rohstoffhandelshaus Philipp Brothers und mit diesem verbundene Unternehmen auf die schwarze Liste zu setzen, von dem Boykott betroffen: Salomon Brothers wurde 1981 im Zuge einer Fusion zum Investment Banking-Bereich von Phibro-Salomon In (Philipp Brothers). An Phibro-Salomon halten De Beers Consoliaeed Mines Ltd. und Anglo-American Corp. bedeutende Anteile. Arabische Banken, die im US-Wertpapiergeschäft tätig sind, müssen nunmehr aus Gemeinschaftsaktionen mit Salomon aussteigen. Dies hat bereits bei einer bedeutenden arabischen Bank zum Rückzug aus zwei Underwriter-Anleihe-Konsortien geführt, an denen Salomon Brothers beteiligt ist.

FRANKREICH / Schlechte Vorzeichen für Reisesaison

Subventionen für Touristik

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Um die französische Leistungsbilanz zu sanieren, hatte die Regierung in ihrem Austerity-Plan von Ende März unter anderem die Devisenbeschränkungen für Auslandsreisen drastisch verschärft. Nun kommt es ihr darauf an, das Ferienland Frankreich in- wie ausländischen Touristen schmackhaft zu machen. Hierfür werden 50 Millionen Franc zusätzlich an Staatsmitteln bereitgestellt.

Das Schwergewicht dieser Sonderaktion liegt auf der Einrichtung von neuen Campingplätzen, zum Teil in Staatswäldern und auf Militärterrains. Dadurch sollen Beherbergungskapazitäten für 1,7 Millionen Urlauber geschaffen werden. Die schätzungsweise 1,3 Millionen Franzosen, die auf ihre Auslandsreise verzichten, würden also genügend Platz vorfinden, heißt es.

Für die Subventionierung von Investitionen dieser Art sind allein 20 Millionen Franc vorgesehen. Die übrigen 30 Millionen betreffen eine großangelegte Werbekampagne, der sich jetzt auch verschiedene Reiseagenturen und Touristikunternehmen angeschlossen haben. Sie werden diese Woche 5 Millionen Ferienprospekte mit zum Teil stark ermäßigten Preisangeboten verteilen.

Der Grund dieser Initiative: Seit den Devisenmaßnahmen sind die Buchungen aus dem In- und Ausland gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 30 bis 40 Prozent zurückgegangen. Für Geschäftsreisen waren es sogar bis zu 60 Prozent, obwohl es fast keine Devisenbeschränkungen mehr gibt.

Im Ausland kämpfen die Veranstalter vor allem gegen das „Vorurteil", Frankreich werde in diesem Sommer voll von den Franzosen belegt sein. Andererseits aber wollen sie die Franzosen für Ferien in Frankreich mobilisieren. Zu diesem Zweck werden überall im Lande „Ferienmessen" mit Tombolas veranstaltet, deren Gewinne in attraktiven Gratisreisen bestehen.

Nicht zuletzt ist das französische Touristikgewerbe darüber besorgt, daß die zunächst bis Ende September befristeten Devisenbeschränkungen verlängert werden. Eine verbindliche Regierungsentscheidung liegt dazu noch nicht vor.

UNGARN / Anteil des privaten Sektors an Volkswirtschaft beträgt rund ein Fünftel

Wirtschaftsreformen bringen Erfolge

JONATHAN LYNN, Budapest

Die Entscheidung Ungarns zur Schaffung eines Kapitalmarktes ist nach Darstellung westlicher Wirtschaftsexperten das jüngste Beispiel für die Innovationskraft der Wirtschaft. Die erste Emission an dem bislang in einem Ostblockland einmaligen Markt wurde den Experten zufolge bereits im März dieses Jahres aufgelegt. Kurz darauf habe es zudem Berichte gegeben, wonach eine ungarische Bank Hartwährungskonten mit hohen Zinsen honorierte. Diese Vorgänge seien in der westlichen Presse vielfach als Rückkehr Ungarns zum Kapitalismus interpretiert worden.

Seit 1968 betreibe das Land eine Dezentralisierung der Wirtschaft und fördere private Initiativen. Der Erfolg dieser Politik habe nicht lange auf sich warten lassen. Ungarn gehöre heute zu den effektivsten und wettbewerbsfähigsten Exportnationen des Ostblocks.

Zu den Berichten in der westlichen Presse erklärte ein ungarischer Bankier: „Es wäre merkwürdig, wenn die Existenz eines Kapitalmarktes den Unterschied zwischen Kapitalismus und Kommunismus bedeutete." Und Parteichef Janos Kadar verteidigte die neue Maßnahme in einem Fernseh-Interview mit den Worten: „Wir verfolgen nicht kapitalistische, sondern sozialistische Methoden einer sozialistischen Gesellschaft." Wie er in dem Interview weiter erklärte, hatte der *private Sektor* 1982 lediglich mit 1,3 Prozent zur Industrie- und mit einem Prozent zur Agrarproduktion des Landes beigetragen. Im Einzelhandel habe er 1,1 Prozent erreicht.

Jedoch bestätigten die privaten Taxis auf den Straßen Budapests, die privat betriebenen Läden und Restaurants sowie der Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse kleiner landwirtschaftlicher Betriebe wohl mehr die Schätzung eines Bankiers, der den Beitrag des privaten Sektors mit rund einem Fünftel der ungarischen Volkswirtschaft annimmt.

Wenn auch die Schätzungen weit differieren, ist den Experten zufolge der Erfolg der ungarischen Wirtschaftspolitik dennoch nicht zu übersehen. Einen ersten Ansatz habe die Regierung vor 15 Jahren mit der Reform der Landwirtschaft geschaffen. Diese habe sich durch die teilweise Privatisierung zu den erfolgreichsten Wirtschaftszweigen entwickelt.

Gut entwickelt habe sich auch der Export. Die National Bank hatte für das erste Quartal 1983 von einem beträchtlichen Überschuß im Handel mit westlichen Staaten berichtet. Dies wurde nach Angaben der Experten offenbar ausschließlich durch eine Steigerung der Exporte und nicht etwa eine Kürzung der Importe erzielt.

In der Vergangenheit hatte die UdSSR die Wirtschaftsreformen Ungarns nach Darstellung von Bankiers mit Argwohn beobachtet. In jüngster Zeit habe die Sowjetunion, die ihrerseits oftmals mit Nahrungsmittelverknappungen zu kämpfen habe, Interesse an der neuen Landwirtschaftspolitik gezeigt. Auch andere Ostblockstaaten äußerten nicht mehr nur Interesse am ungarischen Wirtschaftssystem, sondern auch an dem neu geschaffenen Kapitalmarkt. Die erste „Unternehmensanleihe" im Volumen von 200 Millionen Forint (etwa fünf Millionen Dollar) der staatlichen Öl- und Gasgesellschaft sei so erfolgreich gewesen, daß bald eine weitere Emission über 200 Millionen Forint folgen solle. Die Mittel sollen zur Finanzierung einer Pipeline dienen.

HORNITEX / Fertigung wieder voll ausgelastet

Marktstellung ausgebaut

H. HILDEBRANDT, Horn

Trotz der im Vorjahr noch rückläufigen Baukonjunktur konnte die Hornitex Gebr. Künnemeyer GmbH & Co. KG, Horn-Bad Meinberg, ihre Marktstellung als Zulieferer für die Bau- und Möbelindustrie weiter ausbauen. Der Gesamtumsatz der Gruppe, zu dem die beiden Hauptwerke am Firmensitz und in Nidda/Oberhessen sowie die Gebrüder Cloos GmbH, Duisburg, beisteuerten, stieg 1982 um drei Prozent auf 445 Mill. DM.

Positiv wirkten sich dabei der Ausbau des Kunststoffbereichs und das erweiterte Angebot von Fertigteilen für die Möbelindustrie sowie das stärkere Vordringen im Baumarktgeschäft aus, das einen *Zuwachs von rund 16 Prozent* verzeichnete. Damit konnte die schrumpfende Nachfrage nach Spanplatten ausgeglichen werden, die in der Bundesrepublik bereits zu Betriebsaufgaben und bei den schwedischen und französischen Wettbewerbern zu staatlichen Beteiligungen führte. Erfolgreich erwiesen sich für die Hornitex-Gruppe auch die Exportaktivitäten, vor allem vom Standort Duisburg aus. Die Auslandsumsätze nahmen um 7 Prozent zu, ihr Anteil am gesamten Umsatzvolumen erreichte damit 15 Prozent.

Bewährt haben sich die Rationalisierungsinvestitionen der letzten Jahre, mit denen neue Verfahren der industriellen Wärmeerzeugung in den beiden Stammwerken eingeführt wurden. Die nächste dieser Investitionen ist mit einem Aufwand von 26 bis 28 Mill. DM für das Werk Duisburg vorgesehen.

Der schon im letzten Quartal 1982 erkennbare positive Trend bei der Nachfrage hat sich 1983 bisher fortgesetzt. Der Umsatzanstieg im ersten Quartal betrug 13 Prozent und führte zu einer vollen Auslastung der *Fertigung*. Inzwischen durchgesetzte leichte Preiserhöhungen haben „den dringendsten Nachholbedarf abgedeckt". Bei der erwarteten weiteren Verbesserung der Baukonjunktur und einer damit verbundenen Belebung der Möbelnachfrage rechnet die *Hornitex-Gruppe für 1983 mit einem* Umsatz von rund 500 Mill. DM.

SCHWEIZER UHRENINDUSTRIE / Fusion der beiden größten Unternehmen Asuag und SSIH

Banken geben zur Sanierung eine Milliarde Mark

IRENE ZÜCKER, Genf

Die Würfel sind gefallen: Unter dem Diktat inländischer Banken werden sich die beiden größten Schweizer Uhrenkonzerne, Asuag (Allgemeine schweizerische Uhrenindustrie AG) und SSIH (Société suisse pour l'industrie horlogère), zur Uhrenindustrie-Schweiz AG zusammenschließen. Dieser Vorschlag wurde vom Krisenausschuß der Asuag verabschiedet, die vom Schweizerischen Bankenverein und von der Schweizerischen Bankgesellschaft beherrscht werden.

Die Fusion bedeutet, daß sich die Banken dazu durchgerungen haben, eine Finanzspritze von rund 1 Mrd. DM bereitzustellen, ein Sanierungsbedarf, wie ihn die Schweiz bisher nicht gekannt hat. Durch den Zusammenschluß werden die beiden Konzerne zum Uhrentrust der Welt, der dem japanischen Konkurrenten Seiko die Spitze streitig macht.

Als mächtigste Uhrengruppe der Schweiz stellt die bisherige Asuag 9 von 10 Qualitätsuhren her und produziert unter den Marken Rado und Longines. Hauptaktionäre sind die Uhrenindustrieverbände mit über 35 Prozent der Aktien, Schweizer Banken mit weiteren 35 Prozent sowie die Eidgenossenschaft mit ihrer historisch bedingten Beteiligung von derzeit 8 Prozent. Die finanzielle Situation der Asuag ist seit Jahren prekär und wurde seit 1981 bedrohlich, nachdem sich in den letzten beiden Jahren ein Verlust von 240 Mill. DM anhäufte. Dies bei einem Umsatz von 1,3 Mrd. DM im vergangenen Jahr.

Die zweite notleidende Uhrengruppe, die SSIH mit rund 3600 Beschäftigten, produziert Uhren unter den Marken Omega und Tissot. Mit einem Aufwand von 360 Mill. DM mußte die SSIH 1981 saniert werden und befindet sich heute dank einer unerbittlichen Auswechslung des Managements, einer massiven Herabsetzung der Modellpalette, aber auch der Arbeitsplätze auf dem Weg der Gesundung.

1982 brachte der Schweizer Uhrenindustrie im Sog der weltweiten Konjunkturflaute große Absatzschwierigkeiten: Die Produktion sank um 40 Prozent auf 51,8 Mill. Stück. Entsprechend schrumpfte die Zahl der Beschäftigten um 16,9 Prozent auf 38 151 Personen. Stückmäßig beträgt der Anteil der Schweizer Fertiguhren derzeit rund 9 Prozent an der Weltproduktion. 1970 waren es noch über 30 Prozent. Wertmäßig hat sich der Anteil am Weltumsatz weniger drastisch reduziert, er liegt bei gut 30 Prozent. Während bekannte Marken, insbesondere Luxusuhren (85 Prozent der Weltproduktion), den Wechselfällen der Konjunktur weitgehend standhielten, sanken die Schweizer Produktion in der mittleren Preiskategorie auf 18 Prozent und die Herstellung der Billiguhren auf 5 Prozent der Weltproduktion.

Zur Sanierung haben sich die Banken nur mühsam und in Absprache mit der schweizerischen Regierung durchgerungen. Vorgesehen ist, einen Teil der erforderlichen Mittel auf dem Weg des Forderungsverzichts, der Forderungsumwandlung, der Einräumung zusätzlicher Kreditlinien sowie der Herabsetzung des Aktienkapitals zuzuführen. Der Kapitalschnitt (um 90 Prozent) wird alle Asuag-Aktionäre treffen. Wie ein Insider am Freitag erläuterte, dient der größte Teil der Finanzhilfe von rund 1 Mrd. DM nicht der Verlustdeckung, sondern als Risikokapital und Kredite, die in absehbarer Zeit Dividenden und Zinsen bringen sollen.

Die Fusion wird sich allem Anschein nach durch das Einbringen des in Bankenhand befindlichen Aktienkapitals der SSIH ins Portefeuille der Asuag vollziehen. Diese wird zur Finanzholding umfunktioniert und ist für die strategische Führung sowie die Koordination der operativen Tätigkeit der drei neuen Konzernbereiche Uhrwerke, Fertiguhren und Diversifikation verantwortlich. Peter Gross, Bankgesellschafts-Generaldirektor und SSIH-Verwaltungspräsident, definiert die gemeinsame Vorwärtsstrategie so: „In vielen Uhrenfirmen steckt ein beachtliches Rationalisierungspotential. Unvernünftige Mehrspurigkeiten müßten eliminiert werden."

ALLIANZ

Aktien-Rendite unterschätzt

dos. Hannover

Die Formel, wonach die Aktienrendite unter der vergleichbarer Anlagen liegt, ist nach Ansicht von Markus Bierich, Vorstandsmitglied der Allianz Versicherungs-AG, nicht richtig. Anläßlich der Einführung der Allianz-Aktie an der Niedersächsischen Börse zu Hannover verwies Bierich auf die Ergebnisse einer Rendite-Untersuchung, die einen Zeitraum von zehn Jahren zum Inhalt hatte. Unter Einbeziehung der Kapitalerhöhungen errechne sich für die Allianz-Aktie eine Rendite von 10,7 Prozent. Längerfristig verbessere sich diese Quote noch beträchtlich.

Die eigene Gesellschaft bevorzuge bei ihrer Kapitalanlagepolitik Substanzwerte. Dazu gehöre neben Wertpapieren die Beteiligung an Unternehmen und Anlagen in Grundbesitz.

Nach den Worten Bierichs sind die in Bewegung geratenen Börsenkurse ein wesentliches Stimulans für die Bemühungen, die Anlageform „Aktie" zu fördern, weil das Interesse der Anleger geweckt wird. Kritik übte Bierich an den Banken, die kapitalbedürftigen Unternehmen lieber maßgeschneiderte Finanzierungen anbieten, anstatt den Weg über die Börse zu empfehlen. Kleineren Versicherungsgesellschaften rät Bierich, über *einen Pool Aktienpakete* zu erwerben und sie dann wieder zu splitten. Die Allianz gehört nach der im Februar vorgenommenen Kapitalerhöhung auf gut 500 (417) Mill. DM volumenmäßig zur Spitzengruppe der deutschen Börsenwerte.

SÖHNLEIN / Deutlich in schwarzen Zahlen

Noch keine Absatzimpulse

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Hoffnung auf eine allmähliche Wiederbelebung des Absatzes an Sekt und Spirituosen bleibt vorerst noch ein Wunsch: Impulse sind noch nicht in Sicht, meint die Geschäftsleitung der Söhnlein Rheingold KG, Wiesbaden-Schierstein, die für die ersten vier Monate dieses Jahres *gut 60 Mill. DM* Umsatz meldet, knapp 8 Prozent weniger als in der gleichen Vorjahreszeit. Darin steckt ein um ein Viertel geringerer Sektabsatz im ersten Quartal gegenüber dem ersten Quartal 1982, das allerdings wegen der bevorstehenden Steuererhöhung bescheidene Vorratskäufe gebracht hatte.

Verglichen mit der Gesamtbranche, die unter Überkapazitäten und bröckendem Absatz leidet, hat *sich Söhnlein nach eigener Einschätzung* aber im schwierigen Jahr 1982 „achtbar geschlagen": Insgesamt wurden rund 28 Mill. Flaschen Sekt verkauft nach 30,2 Mill. Flaschen im Jahr zuvor. Davon entfallen auf die Hauptmarke „Söhnlein Brillant" 15 Mill. Flaschen, 6 Prozent weniger als im Vorjahr.

Auf den Sektbereich, in dem im vergangenen Jahr rund 3 Monate kurzgearbeitet wurden, entfallen 77 (78) Prozent des gesamten Söhnlein-Umsatzes von 220 Mill. DM. Das ist gegenüber 1982 eine Steigerung um ein Prozent. Den Rest bringen Spirituosen und Importe, die in diesem Jahr durch den Champagner Ruinart (aus der Firmengruppe Moët-Hennessy) und den weißen Rum „Ravana Club Rum" ergänzt werden. Mit dem Ertrag zeigt sich die zum Oetker-Bereich gehörende Kellerei „relativ zufrieden": Man sei deutlich in *den schwarzen Zahlen und* nicht nennenswert schlechter als im Vorjahr.

SÜTEX / Konsolidierung brachte Erfolg

Besseres Betriebsergebnis

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Für die Textilkonjunktur sieht die Sütex Textil-Verbund eG, Sindelfingen, die große Einkaufsgenossenschaft für den textilen Fachhandel, einen leichten Hoffnungsschimmer. In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres verbuchte das Unternehmen ein kleines Umsatzplus von 1,4 Prozent, wobei freilich das für den Ertrag wichtige Lagergeschäft um über 12 Prozent zunahm. Nachdem der Abverkauf in den vergangenen Wochen und Monaten durch die Witterung etwas gebremst worden sei, richte sich, wie Vorstandssprecher Siegfried Willeitner meinte, die Erwartung auf einen günstigeren Verlauf im Monat Mai.

Der positive Effekt der Kostensenkungsmaßnahmen zeige sich – so Willeitner – in einer deutlichen Verbesserung des Betriebsergebnisses. Auch im Jahre 1982 habe es keine Ertragsprobleme gegeben. In den Jahren davor hatte es freilich weniger rosig ausgesehen.

Der Umsatz der Sütex ist im Geschäftsjahr 1982 um 1 Prozent auf 704 *Mill. DM zurückgegangen*, nachdem er sich bereits im Vorjahr um 2 Prozent vermindert hatte. Auf die Zentralregulierung entfiel ein Umsatzanteil von 432 (436) Mill. DM, auf die Lager- und Vordisposition 265 (267) Mill. DM. Nach Willeitners Angaben sei es möglich, aus dem Jahresüberschuß erstmals wieder 0,25 Mill. DM den Rücklagen zuzuführen. Größere Bauprojekte stünden nach den kräftigen Investitionen früherer Jahre nicht an. Man sei dabei, den Konsolidierungskurs konsequent fortzusetzen. Zur Sütex-Organisation gehören rund 1000 Mitglieder, die zusammen rund 2,5 Mrd. DM umsetzen.

DWS-Rohstoffonds ein großer Erfolg

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Neue Ideen finden in der Investmentbranche einen Markt. Das zeigt der 362-Millionen-Absatzerfolg des Rohstoffonds der DWS von seinem Start am 21. März bis Ende April. Der Ausgabepreis stieg in dieser Zeit von 80 DM auf 81,50 DM. Anlageschwerpunkte sind die Branchen Aluminium, Kupfer sowie Holz- *und Papierproduktion*.

Das Aktienvermögen ist zu 48 Prozent in den USA, zu 15 Prozent in Kanada und zu 12 Prozent in Australien angelegt. Der Fonds ist zu gut 75 Prozent in Wertpapieren investiert.

Die übrigen Aktienfonds der DWS mußten in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres (31. 3.) abermals mehr Zertifikate zurücknehmen als sie gleichzeitig neu plazieren konnten. Die haussierende deutsche Aktienbörse, die dem praktisch voll investierten Fonds Investa eine Wertsteigerung von 25,6 Prozent brachte, lockte die Investmentsparer nicht aus der Reserve.

Auch der international mit Schwerpunkt in den USA anlegende Intervest (21,8 Prozent Wertsteigerung) und Akkumula (plus 19,8 Prozent) blieben Ladenhüter. Dafür engagierten sich die Sparer mit 666 Mill. DM in den weitaus weniger chancenreichen Rentenfonds, besonders im Inter-Renta, der auf US-Titel setzt.

Chemiepläne noch nicht perfekt

J. Sch. Paris

Die Restrukturierung der weitgehend verstaatlichten französischen *Chemieindustrie wurde jetzt* von der staatlichen Elf-Aquitaine abhängig gemacht von der Vollübernahme der – mit der privaten Total-Gruppe gemeinsam kontrollierten – Chemietöchter Ato und Chloé. Total verlangt dafür aber die sofortige Bezahlung des Kaufpreises von 500 *Mill. F. Mit den von Elf gewünschten Ratenzahlungen* wäre Total nur dann einverstanden, wenn ihr die ertragsreiche Ato-Tochter Rousselot (2,2 Mrd. F Umsatz, 30 Mill. F Gewinn) überlassen wird.

Dies aber lehnt Elf-Präsident Albin Chalandon kategorisch ab. Bei einer Nichteinigung würde der gesamte Restrukturierungsplan der französischen Chemie in Frage gestellt. Die Verhärtung der Positionen könnte sich daraus erklären, daß Elf ihr Geschäftsjahr 1982 wesentlich besser abgeschlossen hatte. Der konsolidierte Reingewinn des Konzerns blieb mit 3,35 (3,69) Mrd. F praktisch konstant. Demgegenüber verbuchte die Total-Gruppe einen konsolidierten Verlust von 1,07 Mrd. F nach 0,87 Mrd. F Reingewinn 1981.

Rekord-Schäden bei Leipziger Hagel

dos. Hannover

Die Leipziger Hagel-Versicherung, Hannover, verzeichnete im Geschäftsjahr 1982 zwar erneut eine günstige Neugeschäftsentwicklung; zugleich erreichte aber die Schadenbelastung das höchste Niveau in der Geschichte der Gesellschaft.

Die gesamte Entschädigungssumme wird mit 17,2 Mill. DM beziffert. Die Brutto-Schadenquote stieg für das selbst abgeschlossene Geschäft auf 104,2 (68,2) Prozent, die Netto-Schadenquote auf 80,6 (73,1) Prozent. Insgesamt wurden 4057 (2705) Schäden gemeldet.

Zufrieden äußert sich der Vorstand zum Neugeschäft. Ende 1982 weist die Leipziger Hagel einen Bestand von 43 196 (33 445) Verträgen mit einer Versicherungssumme von 1,11 (1,06) Mrd. DM aus.

Während in der Bundesrepublik insgesamt die landwirtschaftlich genutzte Fläche 1982 um 0,3 Prozent zurückging, erhöhte sich die von der Gesellschaft versicherte Fläche um 1,8 Prozent auf 398 588 ha.

Neuordnung des Baumarktes gefordert

sz. München

Um eine langfristige Konjunkturerholung in allen Sparten der Bauindustrie zu bewirken, ist nach Ansicht des Bayerischen Bauindustrieverbandes auch angesichts der leeren Kassen der öffentlichen Hand kein Beschäftigungsprogramm notwendig. Viel effektiver wäre, wie ihr Präsident Paul Bro*chier in München forderte, eine* Neuordnung des Baumarktes verbunden mit einer VOB-Reform, daß Bauaufträge zu einem „angemessenen und nicht zum billigsten" Preis vergeben werden können, eine Abschaffung des Verbots der Leiharbeit, Verzicht auf Arbeitszeitver*kürzungen und Abbau der Sozial*kosten-Belastung. Erst dann könne es auch wieder zu einem funktionsfähigen Wettbewerb auf dem Baumarkt kommen. Bei den derzeitigen Wettbewerbsbedingungen und der Sprunghaftigkeit in der Auftragsvergabe seien viele Unternehmen überfordert. Den Firmen, so Brochier, bleibe daher entweder nur die Pleite oder der Verstoß gegen Kartellgesetze. Angesichts der miserablen Ertragslage seien die Grenzen der Rentabilität erreicht.

NAMEN

Dr. Michael Hoffmann, stellvertretendes Mitglied des Vorstandes der Philips Kommunikations-Industrie AG und Leiter des Unternehmensbereichs Philips Data Systems Vertrieb, ist im gegenseitigen Einvernehmen aus dem Unternehmen ausgeschieden. Sein Nachfolger wird **Dr. Markus Rauh**.

Hans Maus, Geschäftsführender *Gesellschafter der Gretsch-Unitas* GmbH, Ditzingen, feierte am 11. Mai seinen 60. Geburtstag.

Josef Schwartmann wurde zum Vorsitzenden des REFA-Bundesverbandes, Darmstadt, gewählt.

Daus-Bank mit neuen Aktivitäten

cd. Frankfurt

Stärkere Aktivitäten in der internationalen Handelsfinanzierung prägen das Geschäft der Frankfurter Privatbankiers Richard Daus & Co., seit sich die Arab Banking Corporation (ABC), Bahrein, im letzten Jahr an dem auf 50 Mill. DM vervierfachten Kapital dieser Merchant Bank beteiligt hat.

Mit der Finanzkraft der ABC im Hintergrund bietet Daus seiner deutschen und internationalen Kundschaft nicht nur verstärkte Beratung, sondern auch Finanzierungen für Exporte in die arabische Welt und damit einen für Privatbankiers besonderen Service.

Der Erfolg dieser Verbindung zwischen arabischen Finanzen und Kontakten auf der einen Seite und dem Know-how der Daus-Bankiers hat 1982 bereits seinen Niederschlag im Ertrag gefunden, heißt es im Geschäftsbericht. Den neuen Aktivitäten wurde auch durch eine Personalerweiterung Rechnung getragen.

Die Bank, deren Bilanzsumme stichtagsbedingt um 50 auf 351 Mill. DM stieg, berichtet über eine positive Entwicklung auch in den bislang gepflegten Geschäftssparten, die weiter verstärkt werden *sollen. Zufriedenstellend verlief auch das* Geschäft der Töchter auf Cayman Islands und in Monaco, mit denen die Daus-Gruppe auf eine Bilanzsumme von 488 Mill. DM kommt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: „Konfektionsbetrieb F. u. K. Bünten", Stolberg-Zweifall; **Aschaffenburg:** SENATOR Hotel-Ges. mbH. i. L.; **Betzdorf:** Nachl. d. Willi Classen, Kaufmann, Horhausen; KAB Kunststoff-Außenbeschichtungsges. mbH, Herkersdorf; **Bielefeld:** ISO-Dämmstoffe Handels-GmbH, Steinhagen; **Dortmund:** Ch. Hoffmann-Wüstefeld GmbH u. Co. KG; **Essen:** MAE Maschinen- und Anlagenbau-Engineering Manfred Staubach; **Hamburg:** ITOC Internationale Transporte und Oelhandel GmbH; Heino Ahrens Verwaltungsges. KG; ADATO Zeitarbeit GmbH; **Hildesheim:** Nachl. d. Peter Horn, Bad Salzdetfurth; **Karlsruhe:** Per Donne Damen Moden GmbH; **Köln:** LEBA Hartpapier und Hartgewebebearbeitung; **Montabaur:** Fortuna Sportgeräte GmbH, Hachenburg-Gehlert; **München:** Hei-Fri-La Textilhandel GmbH, Lohhof-Unterschleißheim; Nachl. d. Franz Stockinger; Nachl. d. Friedrich Julius Hans Kagerah, Journalist; Nachl. d. Horst Günter Haschke, Kaufmann; **Nordenham:** Nachl. d. Werner Rohlfs, Kaufmann, Inh. d. Fa. Schuhhaus Rohlfs;

Anschlußkonkurs eröffnet: München: Hannelore Helge Junkert, Kauffrau, Inh. d. Fa. Modesalon „Charme Délle."

Vergleich eröffnet: Braunschweig: Peter Mosolf, Kaufmann, Inh. d. Fa. HiFi Novum; **Weilheim:** Beko-Warenverwertung GmbH, Gilching.

Vergleich beantragt: Baden-Baden: BAD-Wollkontor GmbH; **Bochum:** BOMIN *Handel GmbH und Co. KG*; BOMIN Bochumer Mineralöl-Ges. mbH u. Co; Bocher Erdöl GmbH; BOMIN HANDEL GmbH; **Hamburg:** KG in Fa. Hamburger Verlag für Bild und Form GmbH & Co.

LAMPEBANK / Wachstum mit weiteren mittelständischen Kunden

Glanzlichter in der Ertragsentwicklung

HARALD POSNY, Düsseldorf

Den 1982 nochmals nicht unbeträchtlich gestiegenen Ertrag des Bankhauses Hermann Lampe KG, Bielefeld, kommentiert der Sprecher der Geschäftsleitung Helmut Nieland mit Ironie und längst gewohntem Understatement: „Wir sind zur Demut erzogen." Der Jahresüberschuß von 13,5 (5,5) Mill. DM, das Wörtchen „spektakulär" kommt Nieland nur schwer von den Lippen, ließ mehr als die notwendige Vorsorge gegenüber allen erkennbaren Kreditrisiken nach „extrem konservativen Maßstäben" zu. Auch die Kommanditisten (das Haus Oetker 70, die DG-Bank 25 und C. A. Delius & Söhne 5 Prozent) werden sich über die nach Rücklagendotierung von 5 (2) Mill. DM erfolgte Ausschüttung von 8,5 (3,5) Mill. DM Reingewinn nicht beklagt haben.

„Zufrieden" zeigte sich Nieland auch mit dem verbesserten Betriebsergebnis und dem um 42 Prozent gestiegenen Zinsüberschuß, der die Personal- und Sachkosten um 46 Prozent überdeckt. Dies ist vor allem eine Folge des konsequenten Ausbaus bestehender Kundenengagements im Einlagen- und Kreditgeschäft und dem Fernhalten von (fast allen) unberechenbaren Risiken.

Im Kreditgeschäft bevorzugt Lampe Beträge zwischen 0,7 und etwa 4 Mill. DM, im Einlagenbereich liegen die Summen aus Sorge um zu große Abhängigkeiten etwas niedriger.

Aber auch neue Adressen aus dem Kreis der mittelständischen Kundschaft wurden gewonnen. Hier empfiehlt sich das Institut „unter Hervorhebung des persönlichen Moments" für Vermögensanlagen, Auslandsgeschäft und ausgesuchte Spezialprobleme von Beteiligungen bis hin zu Projektfinanzierungen.

Obwohl das Institut noch skeptisch hinsichtlich der Investitionsbereitschaft der Wirtschaft ist, hat der Ertragserfolg des Vorjahres auch im 1. Quartal 1983 angehalten. Dabei tendiert die Zinsmarge jedoch gegen drei Prozent, nachdem sie 1982 im Kreditgeschäft (ohne Avale) von 2,9 auf 3,3 Prozent geklettert war.

Ebenso wie das Mutterhaus hatte auch die Lampebank International S. A., Luxemburg ein gutes Jahr. Die Bilanzsumme erhöhte sich von 545 auf 651 Mill. DM. Die Kundenkredite waren mit 396 Mill. DM (plus 16 Prozent) daran zu 61 Prozent beteiligt. Die auf 130 Mill. DM (plus 13 Prozent) gestiegenen Kundeneinlagen machten 20 Prozent der Bilanzsumme aus. Der Zinsüberschuß wurde um 50 Prozent erhöht, das deutlich verbesserte Betriebsergebnis voll zur Reservestärkung verwandt. Die Eigenmittel machen nach Kapitalerhöhung *um 150 auf 500 Mill. lfrs 5,3 Prozent* der Bilanzsumme aus.

Lampebank	1982	± %
Gelder von Banken (Mill. DM)	1067	+ 4,2
Gelder v. Kunden	1100	+17,0
Forder. an Banken	767	+ 5,5
Forder. an Kunden	1070	+ 9,7
Kreditvolumen	1642	+ 3,7
Bilanzsumme	2448	+10,6
Geschäftsvolumen	2920	+ 7,4
Zinsüberschuß	48,7	+42,0
in % d. Bil.-Summe	2,0	(1,6)
Provisionsübersch.	11,7	– 2,6
Eigenkapital	90,0	+ 5,9
in % d. Bil.-Summe	3,7	(3,8)
in % der Ges.-Verbindl.	3,9	(4,1)
Liquide Mittel	617	+17,3
in % der Ges.-Verbindl.	26,8	(25,2)

FINANZANZEIGEN

Deutsche Hypothekenbank Frankfurt-Bremen



Aktiengesellschaft

Zusammengefaßte Bilanz zum 31. Dezember 1982

AKTIVSEITE	DM
Langfristige Ausleihungen	12 737 415 956,86
Ausgleichs- und Deckungsforderungen	26 557 597,20
Wertpapiere	9 752 183,69
Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben, Schecks	4 126 523,66
Kurz- und mittelfristige Forderungen	514 367 509,35
Eigene Schuldverschreibungen	71 350 426,92
Zinsen für langfristige Ausleihungen	236 504 141,35
Durchlaufende Kredite	80 428 889,47
Beteiligungen	83 501,—
Grundstücke und Gebäude	7 787 208,93
Betriebs- und Geschäftsausstattung	678 515,—
Sonstige Vermögensgegenstände	63 668,14
Rechnungsabgrenzungsposten	2 672 148,68
	13 691 788 270,25

PASSIVSEITE	DM
Begebene Schuldverschreibungen (einschl. Lieferverpflichtungen)	11 873 624 719,05
Aufgenommene langfristige Darlehen	462 108 720,42
Kurz- und mittelfristige Verbindlichkeiten	442 829 190,08
Zinsen für begebene Schuldverschreibungen und aufgenommene Darlehen	389 135 482,34
Durchlaufende Kredite	80 428 889,47
Rückstellungen	31 851 928,77
Sonstige Verbindlichkeiten	357 760,56
Rechnungsabgrenzungsposten	75 378 941,25
Sonderposten mit Rücklageanteil	455 000,—
Grundkapital	40 000 000,—
Offene Rücklagen	279 550 000,—
Bilanzgewinn	16 067 638,31
	13 691 788 270,25

Zusammengefaßte Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1982

AUFWENDUNGEN	DM
Zinsen für Schuldverschreibungen und Darlehen	968 331 624,28
Andere Zinsen	50 749 249,40
Einmalige Aufwendungen im Emissions- und Darlehensgeschäft	32 177 676,96
Abschreibungen und Wertberichtigungen	472 537,19
Personalaufwendungen	16 988 515,45
Steuern	42 318 031,30
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	455 000,—
Sonstige Aufwendungen	7 595 797,06
Einstellung in offene Rücklagen	15 600 000,—
Jahresüberschuß nach Rücklagenzuführung	16 037 720,72
	1 150 726 152,36

ERTRÄGE	DM
Zinsen von Hypotheken- und Kommunaldarlehen	953 673 291,21
Andere Zinsen	139 352 709,88
Einmalige Erträge aus dem Darlehensgeschäft	52 695 065,17
Sonstige Erträge	5 005 086,10
	1 150 726 152,36

Der vollständige, mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers versehene Jahresabschluß wird in den nächsten Tagen im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die ordentliche Hauptversammlung am 28. April 1983 beschloß für das Geschäftsjahr 1982 die Ausschüttung einer **Dividende von DM 10,—, eines Bonus von DM 2,50 je Aktie zu DM 50,—** (Wertpapier-Kenn-Nr. 807.800) und die weitere Dotierung der Rücklagen mit 4,15 Mio. DM sowie die Erhöhung des Grundkapitals aus Gesellschaftsmitteln im Verhältnis 10 : 1 von 40 Mio. DM auf 44 Mio. DM.

AUFSICHTSRAT: Dr. Wolfgang Röller (Vorsitzender), Dr. Wolfgang Leeb (stellv. Vorsitzender), Dr. Heinz Gerhardt, Dr. Friedhelm Gieske, Dr. Alfred Hetzel, Peter Hoffmeister, Hans-Joachim Kraus, Werner Rotermund, Dr. Wilhelm Scheider, Waltraud Scherer, Dr. Louis Storck, Prof. Dr. Friedrich Thomée, Dr. Hans-Otto Wieschermann, Dr. Gerd Wollburg, Eberhard Zeiger.

VORSTAND: Dr. Claus Bingold, Rudolf Fabian, Dr. Rainer Jaeckle, Paul-Ernst Penndorf, Hermann Schnüll.

Frankfurt am Main - Bremen, im Mai 1983

DER VORSTAND

DEUTSCHE SCHIFFAHRTSBANK

Aktiengesellschaft

DOMSHOF 17 · 2800 BREMEN · TELEFON: 0421/3609-0 · TELEX: 244870

KURZBILANZ 1982:

AKTIVA	Mio DM
Langfristige Schiffskredite	1.826,9
Ausleihungen bis 4 Jahre	157,1
Durchlaufende Kredite	26,8
Liquide Anlagen	80,5
Wertpapiere	19,2
Übrige Aktiva	38,9
Summe der Aktiva	2.149,4

PASSIVA	Mio DM
Schiffspfandbriefe u. Darlehen	1.846,9
Verbindlichkeiten bis 4 Jahre	126,8
Durchlaufende Kredite	26,8
Übrige Passiva	63,4
Eigenkapital	82,0
Bilanzgewinn	3,5
Summe der Passiva	2.149,4
Indossamentsverbindlichkeiten	26,8
Bürgschaften	123,0
Geschäftsvolumen	2.299,2

Der Geschäftsbericht 1982 kann von Interessenten bei uns angefordert werden.

Die ordentliche Hauptversammlung vom 16. Mai 1983 hat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1982 in Höhe von DM 3 500 000,– zur Ausschüttung einer Dividende von 10 % zu verwenden.

INTERNATIONALE SCHIFFSFINANZIERUNGEN

Einladung zur Hauptversammlung

Wir laden unsere Aktionäre zu der am Mittwoch, dem 29. Juni 1983, 10.00 Uhr, im Kuppelsaal des Congress-Centrums Stadtpark, Theodor-Heuss-Platz 1–3, Hannover 1, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31.12.1982, des Berichts des Aufsichtsrats und des Geschäftsberichts des Vorstands für das Geschäftsjahr 1982.

Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für des Geschäftsjahr 1982.

Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns.

2. Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1982.

3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1982.

4. Ermächtigung zur Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen und Schaffung bedingten Kapitals.

5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983.

Die vollständige Bekanntmachung der Tagesordnung mit Vorschlägen zur Beschlußfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 91 vom 17. Mai 1983 enthalten. Wir bitten, dieser Bekanntmachung Einzelheiten über die Tagesordnung und über die Hinterlegung von Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung zu entnehmen. Letzter Hinterlegungstag ist Mittwoch, der 22. Juni 1983.

Hannover, 6. Mai 1983

Continental Gummi-Werke Aktiengesellschaft
Hannover
Der Vorstand

Continental

Contigas

Deutsche Energie-Aktiengesellschaft
Düsseldorf
– Wertpapier-Kenn-Nr. 550 400 –

Die Veröffentlichung der Einladung zur

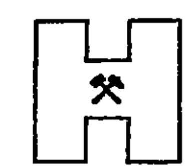
ordentlichen Hauptversammlung

wird dahin berichtigt, daß die Hauptversammlung nicht am Freitag, sondern

am Donnerstag, dem 23. Juni 1983, 11 Uhr,

stattfindet.

Düsseldorf, 17. Mai 1983 **Der Vorstand**



HARPENER AKTIENGESELLSCHAFT

Dortmund

Wir erlauben uns, die Aktionäre unserer Gesellschaft zu der

am Freitag, dem 1. Juli 1983, 11.00 Uhr,
im großen Saal des Restaurants „Krone",
Dortmund, Markt 10,

stattfindenden
ordentlichen Hauptversammlung
einzuladen.

Tagesordnung

1. a) Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. 12. 1982 mit dem Geschäftsbericht des Vorstands und dem Bericht des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1982
   b) Vorlage des Teilkonzernabschlusses und des Teilkonzerngeschäftsberichts zum 31. 12. 1982
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahres 1982
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1982
4. Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1982
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983

Die vollständige Einladung mit den Vorschlägen zur Beschlußfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 91 vom 17. Mai 1983 veröffentlicht worden. Außerdem verweisen wir auf die unseren Aktionären von ihren Depotbanken zugehenden Unterlagen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am **Montag, dem 27. Juni 1983**, bei der Gesellschaft, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einer der in der vollständigen Einladung aufgeführten Hinterlegungsstellen in den üblichen Geschäftsstunden hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen.

Die Hinterlegung ist auch in der Weise zulässig, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einer Bank bis zum Ende der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden.

Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank ist die von diesen hierüber auszustellende Bescheinigung spätestens am **Dienstag, dem 28. Juni 1983**, bei der Gesellschaft einzureichen.

Den zur Teilnahme berechtigten Personen werden Eintritts- und Stimmkarten erteilt.

Dortmund, im Mai 1983

Der Vorstand

Strom fürs Neckarland

Die Aktionäre unserer Gesellschaft laden wir ein zur

74. ORDENTLICHEN HAUPTVERSAMMLUNG

am Freitag, 24. Juni 1983, 10.00 Uhr,
im Saal der Stadthalle, Grabbrunnenstraße 21, Esslingen (Neckar)

Tagesordnung

1. Vorlage des zum 31. Dezember 1982 festgestellten Jahresabschlusses mit dem Geschäftsbericht des Vorstands und dem Bericht des Aufsichtsrats
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1982
3. Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats
4. Neuwahlen zum Aufsichtsrat
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983

Die Vorschläge zur Beschlußfassung über die einzelnen Tagesordnungspunkte gemäß § 124 AktG sind im Bundesanzeiger, Ausgabe Nr. 87, vom 7. Mai 1983 veröffentlicht worden.

Nach § 17 der Satzung sind zur Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens 16. Juni 1983 bei der Hauptkasse unserer Gesellschaft, bei einem deutschen Notar, bei einer deutschen Wertpapiersammelbank oder bei den nachstehend genannten Bankinstituten hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen:

Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale, Stuttgart
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft, Stuttgart
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft, Berlin
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft, München, Berlin, Frankfurt (Main), Hamburg und Stuttgart
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Frankfurt (Main), Berlin, Hamburg, München und Stuttgart
Commerzbank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, Berlin, Frankfurt (Main), Hamburg, München und Stuttgart
Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main), Hamburg, München und Stuttgart
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft, Berlin
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft, Saarbrücken
Deutsche Genossenschaftsbank, Frankfurt (Main)
Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main), Hamburg, München und Stuttgart
Landesgirokasse Öffentliche Bank und Landessparkasse, Stuttgart

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden. Die Ausübung des Stimmrechts ist in jedem Fall unter Vorlage der Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung bis spätestens 21. Juni 1983 bei der Gesellschaft anzumelden. Wird der Nachweis bei der Anmeldung in Abschrift eingereicht, so ist die Urschrift vor Beginn der Versammlung vorzulegen.

Esslingen am Neckar, im Mai 1983

Neckarwerke
Elektrizitätsversorgungs-AG
Der Vorstand

NECKARWERKE

Pflichtblatt für Deutschland

Die WELT ist Pflichtblatt für Finanzveröffentlichungen an allen acht deutschen Wertpapierbörsen in Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart.

W 3462

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Kakao konnte Gewinne verbuchen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	13. 5.	12. 5.
Mai	347,00	343,50
Juli	353,75	351,00
Sept.	363,50	360,25

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	13. 5.	12. 5.
St. Lawrence 1 CW	237,81	243,43
Amber Durum	239,91	245,70

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	118,70	118,00
Juli	121,40	121,40
Sept.	126,30	125,40

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	94,10	94,10
Juli	92,00	92,00
Sept.	93,50	93,80

Hafer Chicago (c/bush)	13. 5.	12. 5.
Mai	159,50	160,15
Juli	164,50	164,25
Sept.	168,00	168,50

Mais Chicago (c/bush)		
Mai	299,75	299,75
Juli	302,50	302,50
Sept.	294,50	294,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	13. 5.	12. 5.
Mai	104,60	106,90
Juli	106,90	104,70
Sept.	107,80	106,80

Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	13. 5.	12. 5.
Mai	10,30	9,95
Juli	10,59	10,25
Sept.	10,83	10,54
Nov.	11,06	10,75

Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Mai	–	–
Sept.	19,25	19,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	13. 5	12. 5.
Terminkontr. Mai	126,00	125,20
Juli	125,70	124,20
Sept.	123,90	122,42

Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	1890	1863
Juli	1900	1878
Sept.	1929	1905
Umsatz	3380	2468

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	9,24	8,97
Sept.	9,62	9,35
Okt.	9,85	9,67
Jan.	10,50	10,35
März	10,83	10,69
Umsatz	10 430	18 253

Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	13. 5.	12. 5.
	6,80	–

Kaffee London (£/t) Robusta-	13. 5.	12. 5.
Kontrakt Mai	1955–1958	1927–1930
Juli	1659–1660	1629–1630
Sept.	1586–1587	1571–1572
Umsatz	2009	2606

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1269–1272	1260–1261
Juli	1303–1304	1294–1295
Sept.	1315–1316	1307–1308
Umsatz	3431	1523

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Aug.	149,10–149,25	150,50–150,75
Okt.	158,70–158,75	160,25–160,50
Dez.	165,50–166,00	166,25–166,50
März	173,00–173,25	173,50–174,50
Mai	177,00–177,25	177,50–178,50
Aug.	–	–
Umsatz	5758	8613

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	13. 5.	12. 5.
schw. Sarawak spez.	250,00	250,00
weißer Sarawak	345,00	345,00
weißer Muntok	350,00	350,00

Orangensaft New York (c/lb)	13. 5.	12. 5.
Mai	117,50	116,75
Juli	115,40	144,00
Sept.	113,75	112,45
Nov	110,80	109,40
Jan.	103,90	103,70
Umsatz	700	250

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl	13. 5.	12. 5.
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	28,50	26,75
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	23,00	23,00

Sojaöl Chicago (c/lb)		
Mai	19,23	19,24
Juli	19,50	19,48
Aug.	19,62	19,56
Sept.	19,78	19,75
Okt.	19,85	19,88
Dez.	20,25	20,20
Jan.	20,44	20,40

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	23,50	23,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	17,50	17,50
Choise white hog 4% fr. F.	16,125	16,375

Talg New York (c/lb)		
top white	16,00	16,00
fancy	15,50	15,50
bleichfähig	15,25	15,25
yellow max. 10% fr. F.	13,25	13,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	50,45	50,55
Juli	50,35	50,60
Aug.	47,30	47,72

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	68,20	68,85
Juli	66,10	67,50
Aug.	63,70	64,70

Häute Chicago (c/lb)	13. 5.	12. 5.
Ochsen enth. schwere River Northern	51,50	51,00
Kühe enth. schwere River Northern	45,00	44,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	618,25	616,25
Juli	629,50	630,50
Aug.	637,50	636,00
Sept.	653,50	641,50
Nov.	668,00	654,00
Jan.	681,50	665,50
März	691,50	679,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	179,20	192,40
Juli	183,80	194,20
Aug.	185,40	195,60
Sept.	187,50	197,50
Okt.	189,00	198,80
Dez	194,00	202,00
Jan.	196,20	204,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	13. 5.	12. 5.
Mai	288,00	288,00
Juli	293,00	292,50
Okt.	303,20	302,90

Kokosöl New York (c/lb)	13. 5.	12. 5
Westküste fob Werk	28,50	28,75

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	16. 5.	13. 5.
jegl. Herk. cif	535,00	535,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	405,00	405,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	435,00	437,50

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	121,00	121,00

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	625,00	635,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	245,00	248,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	13. 5.	12. 5.
Juli	73,25	73,15
Okt.	74,05	74,00
Dez.	74,15	74,00
März	75,45	75,30
Mai	75,75	76,00
Juli	76,60	76,38

Kautschuk New York (c/lb), Händlerpreis		
loco RSS-1	57,25	57,00

Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	13. 5.	12. 5.
Mai	431–440	434
Aug.	447–450	445–447
Okt.	443–445	444–447
Umsatz	158	61

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	13. 5.	12. 5.
Mai	geschl.	–
Juli	geschl.	–
Okt.	geschl.	–
Dez.	geschl.	–
Umsatz	–	–
Tendenz: –		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	13. 5.	12. 5.
Mai	564,0–565,0	564,0–566,0
Juli	588,0–589,5	588,0–589,0
Okt.	576,0–577,5	575,0–577,0
Umsatz	90	79

Sisal London ($/t) cif aur. Haupthäfen	13. 5.	12. 5.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	13. 5.	12. 5.
Mai	14 105	14 110
Juni	14 134	14 150

Kautschuk London (p/kg)	13. 5.	12. 5.
Nr. 1 RSS loco	76,00–77,50	76,25–77,50
Juni	76,70–78,00	76,70–77,00
Juli	76,40–78,50	76,50–77,50
Juli/Sept.	76,40–76,50	76,80–76,80
Tendenz: leidlich ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	13. 5.	12. 5.
Nr. 1 RSS loco	240,50–241,50	243,50–244,50
Mai	243,00–244,00	246,50–247,50
Juni	245,00–246,00	248,50–249,50
Nr. 2 RSS Mai	238,00–236,00	238,00–240,00
Nr. 3 RSS Mai	234,50–235,50	237,00–238,00
Nr. 4 RSS Mai	228,00–229,00	230,50–231,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	13. 5.	12. 5.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Pf. = 76 WD – (–): BTC – (–): BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	16. 5.	13. 5.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	106,57–107,08	106,56–106,75
drittfolg. Monat	111,20–111,29	110,58–110,77
Zink: Basis London		
laufend. Monat	182,73–183,12	180,92–181,30
drittfolg. Monat	188,31–188,51	186,48–186,67
Produz.-Preis	184,75	183,37
Reinzinn 99,9%	3585–3620	3579–3614

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	16. 5.	13. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	445,517–447,48	443,25–445,55
Blei in Kabeln	114,50–115,50	115,00–116,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	16. 5.	13. 5.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	362–373	–
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	401–403	401
MS 63	408–411	407–410

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	13. 5.	11. 5.
ab Werk prompt (Ring. kg)	30,71	31,06

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	16. 5.	13. 5.
Leg. 225	311–318	311–318
Leg. 226	314–320	314–320
Leg. 231	350–351	350–351
Leg. 233	356–366	356–366

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	16. 5.	13. 5.
Platin (DM je g)	36,95	37,85
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 900	34 900
Rücknahmepr.	34 100	34 100
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	35 070	34 920
Rücknahmepr.	34 020	33 870
verarbeitet	36 810	36 650
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 800	34 570
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1042,30	1032,30
Rücknahmepr.	1005,80	996,20
Verarbeitet	1088,50	1078,10

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	16. 5.	13. 5.
London		
10.30	438,50	438,00
15.00	436,25	441,25
Zürich mittags	438,25–440,00	438,00–438,75
Paris (Fr/1-kg-Barren)		
mittags	104 850	103 950
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	829,30	823,65
3 Monate	849,70	843,50
6 Monate	870,35	863,80
12 Monate	907,75	900,70

Platin (£-Feinunze)	13. 5.	12. 5.
London fr. Markt	286,20	283,50
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	83,50	81,00

New Yorker Preise	13. 5.	12. 5.
Gold H & H Ankauf	441,25	439,75
Silber H & H Ankauf	1307,00	1290,00
Platin fr. Händlerpr.	454,00–457,00	454,00–459,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	127,00–129,00	130,50–132,50
Produz.-Preis	140,00	140,00

Silber (c/Feinunze)		
Mai	1317,00	1296,50
Juni	1321,00	1298,00
Juli	1333,00	1314,00
Sept.	1352,00	1335,00
Dez	1381,20	1364,00
Jan.	1391,30	1372,00
März	1411,50	1392,00
Umsatz	21 000	25 000

New Yorker Metallbörse

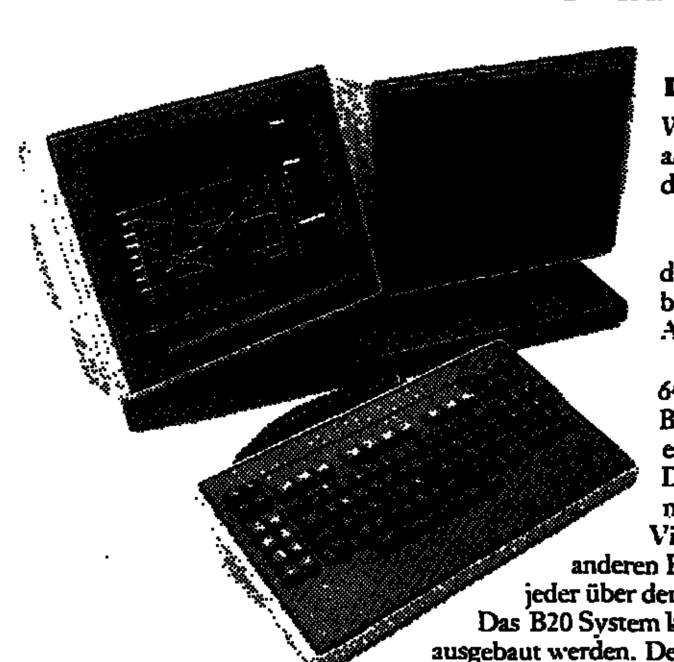
Kupfer (c/lb)	13. 5.	12. 5.
Mai	80,05	79,00
Juni	80,35	79,30
Juli	81,20	80,05
Sept	82,35	81,35
Dez.	84,10	83,06
Jan	84,65	83,60
März	85,70	84,60
Umsatz	–	12 000

Londoner Metallbörse

	16. 5.	13. 5.
Aluminium (£/t) Kasse	943,50–944,00	933,50–934,50
3 Monate	972,50–973,00	960,50–961,00
Blei (£/t) Kasse	277,50–278,00	280,00–281,00
3 Monate	288,75–289,00	290,50–291,00
Kupfer Higher grade (£/t)		
mittags Kasse	1143,5–1144,0	1141,5–1142,0
3 Monate	1174,0–1174,5	1169,5–1170,0
abends Kasse	–	1146,5–1147,5
3 Monate	–	1175,0–1175,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1109,0–1110,0	1109,0–1111,0
3 Monate	1138,0–1139,0	1139,0–1141,0
Zink (£/t) Kasse	474,50–475,50	476,50–477,50
3 Monate	489,00–489,50	490,00–490,50
Zinn (£/t) Kasse	8625–8630	8625–8630
3 Monate	8721–8725	8710–8715
Quecksilber ($/Fl.)	–	285–300
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	88–91

VERSTEIGERUNGEN





FINANZANZEIGE

GELSENWASSER AG

EINLADUNG AN DIE AKTIONÄRE ZUR ORDENTLICHEN HAUPTVERSAMMLUNG AM MITTWOCH, 29. JUNI 1983, 10.30 UHR, IM MUSIKTHEATER (KLEINES HAUS), GELSENKIRCHEN

TAGESORDNUNG

1. JAHRESABSCHLUSS 1982

Vorlage des von Vorstand und Aufsichtsrat *festgestellten Jahresabschlusses, des Geschäfts-* und Aufsichtsratsberichts für die GELSENWASSER AG sowie des konsolidierten Abschlusses und des Geschäftsberichts für die GELSENWASSER-Gruppe.

2. BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE VERWENDUNG DES BILANZGEWINNS

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn von 16.250.000 DM zur Ausschüttung einer Dividende von 6,00 DM zuzüglich 0,50 DM Bonus je 50-DM-Aktie – 12% Dividende + 1% Bonus – auf ein Grundkapital von 125.000.000 DM zu verwenden.

3. ENTLASTUNG DES VORSTANDS

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

4. ENTLASTUNG DES AUFSICHTSRATS

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

5. WAHL ZUM AUFSICHTSRAT

Die Amtszeit des Aufsichtsrats endet mit der Beendigung der Hauptversammlung am 29. Juni 1983.
Der Aufsichtsrat wird gebildet gemäß §§ 96 und 101 Aktiengesetz sowie § 76 Betriebsverfassungsgesetz 1952.
Er besteht aus 21 Mitgliedern.
Die 14 Vertreter der Aktionäre im Aufsichtsrat sind durch die Hauptversammlung zu wählen. Die Vertreter der Arbeitnehmer werden durch die Mitarbeiter gewählt.
Die Amtszeit der neu zu wählenden Mitglieder endet mit der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 1987 beschließt.
Die Hauptversammlung ist an Wahlvorschläge nicht gebunden.

Der Aufsichtsrat schlägt vor, folgende Herren zu Mitgliedern des Aufsichtsrats zu wählen:

Dr. Walter Griese, Gelsenkirchen, Mitglied des Aufsichtsrats der Flachglas AG

Hans-Diether Imhoff, Dortmund, Mitglied des Vorstands der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG

Herbert Jahofer, Bochum, Oberstadtdirektor

Hans Koch, Gelsenkirchen, Vorsitzender des Vorstands der VEBA Kraftwerke Ruhr AG

Prof. Dr. Carl Heinrich Krauch, Marl, Vorsitzender des Vorstands der Chemische Werke Hüls AG

Dr. Klaus Liesen, Essen, Vorsitzender des Vorstands der Ruhrgas AG

Dr. Theodor E. Pietzcker, Essen, Direktor der Deutsche Bank AG, Filiale Essen

Klaus Piltz, Düsseldorf, Mitglied des Vorstands der VEBA AG

Karlheinz Portugall, Dortmund, Mitglied des Vorstands der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG

Egon Rosse, Gelsenkirchen, Bürgermeister

Winfried Schulte, Warendorf, Oberkreisdirektor

Dr. Jürgen Terrahe, Frankfurt, Mitglied des Vorstands der Commerzbank AG

Walter Trux, Gelsenkirchen, Vorsitzender des Vorstands der Flachglas AG

Dr. Karl-Heinz Wessel, Köln, Mitinhaber des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie.

6. WAHL DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 1983

Der Aufsichtsrat schlägt vor, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1983 die Westdeutsche Industrie-Treuhandgesellschaft mbH, Mülheim (Ruhr), zu wählen.

Den Jahresabschluß und den Geschäftsbericht erhalten die Aktionäre auf Verlangen über ihre Depotbanken. Aktionäre, die ihre Aktien nicht bei einer Bank verwahren lassen, können die genannten Unterlagen bei der Gesellschaft anfordern.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien gemäß § 20 der Satzung unserer Gesellschaft spätestens am 21. 6. 1983 bei den nachfolgend genannten Banken bis zur Beendigung der Hauptversammlung hinterlegen:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Commerzbank AG
Berliner Commerzbank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank AG
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Trinkaus & Burkhardt
Deutsche Bank Saar AG
Commerz-Credit-Bank AG Europartner

soweit vertreten in:

Berlin
Bielefeld
Bochum
Dortmund
Düsseldorf
Essen
Frankfurt a. M.
Gelsenkirchen
Hamburg
Köln
Münster
Saarbrücken
Stuttgart

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden. Die Hinterlegung bis zur Beendigung der Hauptversammlung kann auch bei einem deutschen Notar, bei einer öffentlichen Behörde oder bei einer zur Entgegennahme der Aktien befugten Wertpapiersammelbank erfolgen; *in diesem Falle ist die von diesen Stellen* ausgestellte Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung spätestens am ersten Werktag – der Sonnabend gilt nicht als Werktag – nach Ablauf der Hinterlegungsfrist bei der Gesellschaft einzureichen.

Gelsenkirchen, im Mai 1983

GELSENWASSER AG

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffa (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich R. Markert; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anne Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Probst

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung; Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Viele Aktionäre machten Kasse

Technische Reaktion brachte einen kräftigen Kursrutsch

DW. – An den Aktienmärkten der Montagbörse kam es zu der seit längerem erwarteten technischen Reaktion. Der kurzfristig disponierende Berufshandel, aber auch viele mittelfristig anlegende Aktionäre stiegen nach den starken Kurssteigerungen der letzten Monate aus, so daß eine Reihe von Notierungen um etwa 8 DM und etliche auch um mehr als 10 DM nach unten gedrückt wurden. Die Optimisten auf dem Börsenparkett atmen auf, denn sie meinen, daß nur die weitgehende Befreiung des Marktes von spekulativen Beständen den Weg für eine neue *Phase* des Aufschwunges freimachen kann. Darum wartet man mit Spannung ab, wie weit der Kurseinbruch gehen wird und wie schnell er überwunden wird.

Deutlich unter Druck lagen Bankaktien, nicht zuletzt, weil die Hoffnung auf weitere Zinssenkungen schwindet, wenn Bundesfinanzminister Stoltenberg mit seinen Sparmaßnahmen im Bundeshaushalt nicht durchkommen sollte. BHF-Bank wurden bis um 11,50 DM zurückgenommen. Großbanken verloren bis etwa 6,50 DM. Unter den Elektropapieren gingen AEG um 5,50 DM auf 70,50 DM zurück. Bei den Farbennachfolgern reichten die Tagesverluste bis zu 3,50 DM (BASF und Hoechst).

Düsseldorf: Biewag erhöhten sich um 7 DM auf 215 DM, Küppersbusch zogen um 5 DM auf 275 DM an und Kromschröder verbesserten sich ebenfalls um 5 DM auf 198 DM. Neckermann verminderten sich um 2,50 DM auf 92,50 DM, Sternbräu gaben um 5 DM auf 134 DM nach und Allianz Vers. schlossen mit einem Minus von 12 DM auf 619 DM ab.

Frankfurt: Im Bereich der Standard- und Nebenwerte kam es zu uneinheitlichen Tendenzen, so konnten sich Steigenberger um 30 DM auf 1180 DM, Edelstahl-Hütten um 10 DM auf 220 DM sowie Stuttgarter Hofbräu um 10 DM auf 360 DM verbessern. Kursverluste hatten Allweiler Pumpenfabrik-Stämme mit 306 DM *minus* 13,80 DM, Stollwerk 385 DM minus 15 DM sowie Heidel-Zement um 14 DM auf 365 DM zu verzeichnen.

Hamburg: Die Versorgungswerte tendierten mit Abschlägen, HEW mit 115,10 DM *minus* 2,90 DM und NWK Vz. mit 161 DM minus 3,80 DM. Phönix Gummi gaben um 3,50 DM und Conti Gummi um 1 DM nach. Von den Verkehrswerten behaupteten sich Hapag mit 50 DM. Vereins- und Westbank gelangten mit 310 DM minus 1 DM zur Notiz.

München: Agrob St. verminderten sich um 6 DM auf 320 DM, Brau AG Nürnberg gaben um 2 DM auf 210 DM nach und Otto Stumpf St. sanken um 2 DM auf 32 DM. Deckel AG erhöhten sich um 3 DM auf 112 DM, Flachglas stiegen um 5 DM auf 315 DM und Leonische Draht konnten sich um 5 DM auf 317 DM verbessern.

Berlin: Hütte Kayser wurden um 5 DM höher, Concordia Chemie und Lehmann um je 5 DM niedriger taxiert. DoTeWe konnten 8,50 DM und Adca 3 DM zulegen. Schering schwächten sich um 12 DM, BHF-Bank um 11 DM, Siemens um 9 DM, AEG um 7,50 DM und DUB-Schultheiss um 6 DM ab.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Mailand

London

Wien

Brüssel

Kopenhagen

Hongkong

Singapur

Pioneer Fund $*	24,03	21,99	21,86
dgl. II $*	17,93	16,41	16,53
Schweizeraktien sfr	310,00	289,00	292,00
Siat-Imm. sfr.	1665,00B	1640,00G	1640,00G
Siat 63 sfr.	1260,00B	1250,00G	1255,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2535,00	2345,00	2345,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1285,00	1190,00	1190,00
Swissvalor sfr.	242,00	232,00	233,75
Technology $*	16,34	14,95	14,83
Templeton Growth $*	10,01	9,16	9,15
Universal B.S sfr.	72,25	69,00	69,25
Universal Fund sfr.	90,39	87,25	88,54
Ussec	785,00	734,00	729,08

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Junge Aktien

16. 5. 83: BMW 310T; Bavaria 205; Jute-Spinnerei 150G; Philips Komm. 288T; VEW 121; RWE St. 167; RWE Vz. 167,1; Reag 388G; Herlitz St. 250; Herlitz Vz. 227.

WELT-Aktienindex vom 16. 5.: 135,2 (137,2); WELT-Umsatzindex vom 16. 5.: 2698 (3898).

Paris

	16. 5.	13. 5.
Air Liquide	479	475
Alsthom Atlant.	168	170
Beghin-Say	257	257
BSN-Gerv.-Danone	1781	1760
Carrefour	1320	1400
Club Méditerranée	812	800
C. F. P	179	178
Elf-Aquitaine	174	172
Gal. Lafayette	147	149
Hachette	1070	1080
Imetal	53,9	54,95
Lafarge	274	274,3
Locafrance	257	259
Machines Bull	41,1	42,5
Michelin	758	745
Moët-Hennessy	1220	1201
Moulinex	80	81
L'Oréal	1665	1694
Penarroya	44	44,5
Pernod-Ricard	555	565
Perrier (Source)	300	305
Peugeot-Citroën	190,2	192
Printemps	118	117,1
Radio Techn.	348	346
Redoute à Roubaix	970	951
Schneider	110	110,8
Sommer Allibert	280	287
Thomson C. S. F	189	188,8
Usinor	1,43	1,49
Index: INSEE	–	–

Sydney

ACI	1,44	1,45
Ampol. Explor	2,02	2,05
Bk. New S. Wales	2,80	2,84
Brok. Hill. South	–	–
Brok. Hill. Prop.	8,10	8,42
Coles	2,92	3,00
CRA	4,92	5,06
CSR (Theiss)	3,34	3,52
Metals Expl.	0,68	0,68
MIM-Holdings	4,50	4,60
Myer Emporium	1,50	1,55
North Broken Hill	–	2,90
Oakbridge	1,47	1,45
Peko Wallsend	6,60	6,70
Poseidon	5,10	5,30
Thomas Nat. Tr.	1,80	1,80
Waltons	0,75	–
Western Mining	4,68	4,91

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 16. 5.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅝–9⅛	4¾–5	4 –4⅜
3 Monate	8⅞–9⅛	4⅞–5⅛	4¼–4½
6 Monate	9 –9¼	5 –5¼	4⅜–4⅝
12 Monate	9½–9⅝	5¼–5½	4½–4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 16. 5.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,15–5,3 Prozent; Dreimonatsgeld 5,2–5,35 Prozent.

Privatdiskontsätze am 16. 5.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 16. 5.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Ostmarktkurs am 16. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin. Ankauf 21,50; Verkauf 24,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 16. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1330,00	1615,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1018,00	1211,97
5 US-Dollar (Liberty)	418,00	568,39
1 £ Sovereign alt	247,00	301,71
1 £ Sovereign Elizabeth II	245,00	299,45
20 belgische Franken	187,00	245,21
10 Rubel Tscherwonez	259,00	320,92
2 südafrikanische Rand	244,00	298,32
Krüger Rand, neu	1085,00	1271,25
Maple Leaf	1084,00	1270,12
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	256,00	323,18
20 schweiz. Franken „Vreneli"	217,00	273,46
20 franz. Franken „Napoléon"	208,00	263,29
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1010,00	1203,45
20 österr. Kronen (Neuprägung)	203,00	251,99
10 österr. Kronen (Neuprägung)	106,00	136,73
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	466,00	566,13
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	111,00	148,03

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Der überraschende Anstieg der amerikanischen Geldmengenaggregate M1 und M2 um 4,2 bzw. 5,4 Mrd. Dollar ließ am 16. 5. die in der Vorwoche erwartete Diskontsatzsenkung wieder in den Hintergrund treten. Der Dollar-Kurs hatte jedoch bereits in New York und an den Fern-Ost-Märkten mit höheren Notierungen reagiert und eröffnete in Europa mit 2,4600. Bei ruhigen Umsätzen kam es zu keiner neuen Tendenzentwicklung und der Kurs bewegte sich zwischen 2,4570 und 2,4620. Ohne Mitwirkung der Bundesbank wurde ein amtlicher Mittelkurs von 2,4593 festgestellt. Das Britische Pfund bestätigte seine stabile Verfassung und konnte sich um 1 Pfg. auf 3,844 befestigen. Der Schweizer Franken notierte um 14 Pfg. fester mit 120,68. Mit einem Tagesgewinn von 0,55 Pfg. auf 1,0565 konnte der Japanische Yen wieder an die Höchstnotierung der Vorwoche anschließen. Bei den übrigen amtlich notierten Währungen überwogen leichte Kursverluste der D-Mark. US-Dollar in: Amsterdam 2,7680; Brüssel 49,145; Paris 7,4085; Mailand 1464,70; Wien 17,3090; Zürich 2,0379; Pfund/Dollar 1,5630.

Devisenterminmarkt

Der Geldmengenanstieg für M1 und M2 führte am 16. Mai zu festeren Dollar-Zinsen und entsprechend erweiterten Dollar-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,97/0,87	2,55/2,45	4,90/4,70
Pfund/Dollar	0,22/0,18	0,50/0,46	0,86/0,81
Pfund/DM	2,60/1,20	5,80/4,40	10,20/8,80
FF/DM	32/16	81/65	182/166

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/5 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,50 (5,29) – 7,50 (5,79) – 8,00 (6,18) – 8,50 (6,50) Ausgabe 1983/6 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,50 (5,33) – 7,50 (5,87) – 8,00 (6,29) – 8,50 (6,66) – 8,50 (6,92)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,10, 2 Jahre 6,00.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent) Zins 7,00, Kurs 99,20, Rendite 7,20.

Devisen und Sorten

16. 5. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankts.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,4553	2,4633	2,4350	2,40	2,49
London¹)	3,837	3,851	3,793	3,77	3,92
Dublin¹)	3,152	3,166	3,084	3,10	3,25
Montreal³)	1,9976	2,0056	1,9796	1,96	2,05
Amsterd.	88,720	88,940	88,74	88,00	90,00
Zürich	120,580	120,780	120,68	119,50	122,25
Brüssel	4,994	5,014	4,939	4,89	5,11
Paris	33,120	33,280	32,47	32,25	34,25
Kopenh.	28,005	28,125	27,683	27,25	29,25
Oslo	34,560	34,680	33,86	33,75	35,50
Stockh.**)	32,730	32,890	32,28	31,75	33,50
Mailand²) **)	1,674	1,694	1,633	1,65	1,74
Wien	14,184	14,224	14,204	14,10	14,33
Madrid**)	1,780	1,790	1,704	1,72	1,84
Lissabon**)	2,490	2,510	2,22	2,10	3,00
Tokio	1,0550	1,0580	——	1,01	1,07
Helsinki	45,170	45,370	44,28	44,25	46,00
Buen. Air.	——	——	——	——	0,01
Rio	——	——	——	0,25	1,10
Athen*) **)	2,903	2,957	——	2,25	3,25
Frankf.	——	——	——	——	——
Sydney*)	2,163	2,182	——	2,06	2,18
Johannesbg.*)	2,255	2,274	——	1,95	2,20

Alles in Hundert. ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 80 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Notierungen der Renten leichter

Am Rentenmarkt gaben die Kurse wie bei den Aktien – allerdings gemäßigter – nach. Bei noch recht lebhaftem Geschäft verloren öffentliche Anleihen bis etwa 0,6 Prozentpunkte. Wesentlich ruhiger verlief das Geschäft an den anderen Teilmärkten der Festverzinslichen: DM-Auslandsanleihen wurden bis um 0,25 Prozentpunkte zurückgenommen. Am Pfandbriefmarkt war die Haltung unsicher und abwartend, wobei die Kurse aber etwas abbröckelten.

Bundesanleihen

		16. 5.	13. 5.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,4	100,4G
8 Bond 75 I	6/83	–	100
8½ dgl. 75	6/83	–	100G
8 dgl. 75 II	7/83	100,3G	100,3G
6½ dgl. 78 I	1/84	100	100
6 dgl. 84 I	1/84	100,15G	100,15G
8 dgl. 78 I	2/84	101,7	101,7
7 dgl. 77	3/84	101,2	101,2
7½ dgl. 76 II	4/84	101,4	101,8
5 dgl. 78	5/84	99,55	99,55bG
6 dgl. 78 III	9/84	100,05	100,1
8¼ dgl. 76	9/84	102,95	102,95
6 dgl. 78 IV	12/84	100,05	100,05
6¼ dgl. 79	1/85	100,35	100,35
8½ dgl. 73 I	3/85	103,85	103,65
7 dgl. 79	4/85	101,35	101,45
7½ dgl. 79 II	6/85	101,7	101,7
7¾ dgl. 79 I	7/85	102,95	103,05G
8 dgl. 78 IV	10/85	103,6	103,7
5½ dgl. 78 II	3/86	97,1	97,3
5¾ dgl. 78	5/86	97,05	97,3
7¼ dgl. 76 I	12/86	100,55	100,85bG
6¾ dgl. 79	1/87	98,4	98,45
7¼ dgl. 78 II	1/87	100,79G	100,75
6¾ dgl. 77	4/87	98,65	98,75
6½ dgl. 77	7/87	97,85	97,85
6 dgl. 77	10/87	96,35	96,35
6 dgl. 78 I	1/88	95,35	95,45
6½ dgl. 78 I	9/88	97,4	97,6
6½ dgl. 78 II	12/88	97,05	97,25
6¾ dgl. 79	1/89	98,35	98,66
7¼ dgl. 79 I	4/89	99,3	99,5bG
10 dgl. 81	4/89	111,15	111,25
7½ dgl. 79 I	6/89	100,5	100,7
8 dgl. 79 I	7/89	102,6	102,8
8 dgl. 79 II	8/89	102,55	102,8
7½ dgl. 79 II	9/89	100,05	100,45
7¾ dgl. 79 II	11/89	100,55	100,9
7¾ dgl. 80 I	1/90	101	101,15
10 dgl. 80	4/90	111,35	111,5
5½ dgl. 78	5/90	93,65bG	93,85
8¼ dgl. 80 I	7/90	102,75	103
8½ dgl. 80 II	11/90	102,75	103
7¾ dgl. 82	11/90	100,25	100,6
9 dgl. 81	2/91	106,6	106,85
10¼ dgl. 81	7/91	113,7	113,9
10½ dgl. 81	9/91	117,15	117,4
10 dgl. 81 II	12/91	112,6	113,2
9¾ dgl. 82 I	1/92	111,3	111,45
9¾ dgl. 82 II	3/92	111,6	111,9
6 dgl. 78 II	3/93	93,2bG	93,2bG
9,5 dgl. 82	4/92	110	110,55
9 dgl. 82	5/92	107,2	107,6
8½ dgl. 82	6/92	103,8	104,35
9 dgl. 82	8/92	107,35	107,8
8¾ dgl. 82	9/92	105,75	106,3
7¾ dgl. 82	12/92	100,15	100,65
7½ dgl. 83	1/93	98,65	99
7½ dgl. 83 II	3/93	99	99,2
7½ dgl. 83 III	5/93	100	100
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	102,4	102,4
8 dgl. 80 S.2	2/85	103,05	103,05
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	103,4	103,4G
9¾ dgl. 80 S.4	3/85	104,8	105
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	104,05	104,3
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	103,45	103,6
8 dgl. 80 S.7	6/85	103,1	103,1
7½ dgl. 80 S.8	6/85	102,2	102,2
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	103,65	103,65
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	104,8	104,85G
9 dgl. 81 S.11	1/86	104,55	104,55
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	106,7	106,75G
10 dgl. 81 S.13	3/86	107,2	107,25
9½ dgl. 81 S.14	4/86	106,25	106,25
10 dgl. 81 S.15	4/86	107,45	107,5
10½ dgl. 81 S.16	6/86	109,05	109,1
11 dgl. 81 S.17	8/86	110,35	110,45
10½ dgl. 81 S.18	10/86	109,55	109,55
10 dgl. 81 S.19	10/86	108,3	108,3
9½ dgl. 81 S.20	11/86	107G	107
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	109,1	109,2
10 dgl. 81 S.22	11/86	108,3	108,4
9½ dgl. 81 S.23	12/86	106,8	106,9
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	107,15	107,55
9½ dgl. 82 S.25	3/87	108,6	108,9
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	105,85	106,1
9 dgl. 82 S.27	4/87	105,15	105,2
8½ dgl. 82 S.28	5/87	103,5	103,7
9½ dgl. 82 S.29	7/87	107,05	107,2
9 dgl. 82 S.30	9/87	105,05	105,35
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	104,2	104,85
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	102,5	102,9
8 dgl. 82 S.33	11/87	101,55	102,1
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	101,15	101,6
7½ dgl. 82 S.35	12/87	100,1	100,4
7¼ dgl. 83 S.36	3/88	99,50	99,50
6¾ dgl. 83 S.37	5/88	97,75	97,75
F 8 dgl. 77	9/87	95,95	96,25
6 dgl. 78 II	7/88	95,15	95,35
6½ dgl. 77	5/89	96,35	96,4
8 dgl. 79 I	7/89	102,85	102,85
6 dgl. 78 I	2/90	93,9	94
8 dgl. 80 II	7/90	102,05	102,4
9 dgl. 81	3/91	106,6	106,85
10½ dgl. 81	9/91	115,45	115,75
10¼ dgl. 81	11/1	114,25	114,55
8 dgl. 80 I	2/92	101,45	102
10 dgl. 82	2/92	113,3	113,65
9½ dgl. 82	7/92	110,3	110,55G
8 dgl. 82	11/92	101,5	101,85
7¾ dgl. 83	1/93	100,85	101,15

Bundesbahn

		16. 5.	13. 5.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,25G	100,25
10 dgl. 73 II	11/83	102,1	102,1
7½ dgl. 72	2/84	101,05	101,2G
8 dgl. 72	9/84	102,5	102,5
8¼ dgl. 76	9/84	102,7	102,7
6 dgl. 78 III	11/84	100,1	100,1
6½ dgl. 79	2/85	100,35	100,35
8½ dgl. 73	2/85	103,7G	103,7G
7 dgl. 77	2/87	99,45	99,7G

Bundespost

		16. 5.	13. 5.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,5G	100,5G
5½ Bdpost 58	10/83	100,25G	100,25G
6 dgl. 63 II	7/83	100,05	100,05G
8 dgl. 72 II	12/83	101,45G	101,55G
6½ dgl. 68	6/88	99,95	99,95G
8 dgl. 72 I	9/87	102,9	103
10 dgl. 81	3/89	111,35	111,5
10¼ dgl. 81	6/89	112,45	112,85
8 dgl. 80	3/90	102,15	102,4
7¾ dgl. 80	9/90	101,5	101,7
8¾ dgl. 80	12/90	105,85	106,15
10½ dgl. 81	10/91	115,7	115,9
9¾ dgl. 82	2/92	111,8	112
8¾ dgl. 82	6/92	105,9	106,3
8½ dgl. 82	10/92	104,3	104,9
7¾ dgl. 83	2/93	100,75	100,85

Länder – Städte

		16. 5.	13. 5.
S 5½ Bd.-Wttbg. 58	83	100G	100,25G
8 dgl. 71	83	100,5	100,75G
6½ dgl. 78	86	97,5	97,75
8¼ dgl. 82	92	102	102G
M 7 Bayern 66	86	101G	101
6½ dgl. 67	87	101G	101G
6 dgl. 68	85	–Zhg.	–Zhg.
7 dgl. 72	84	101G	101G
7½ dgl. 76	84	101,4G	101,4
6 dgl. 78	88	94,9	94,85
8¾ dgl. 80	90	104,5	104,75
8¾ dgl. 82	90	105G	105,2G
7½ dgl. 83	93	99,5	99,5G
B 8½ Berlin 70	85	102,75G	102,75G
8 dgl. 72	85	102,75G	102,75G
7½ dgl. 78	84	101,5G	101,5G
7 dgl. 77	85	101,5	101,5G
6½ dgl. 78	88	99,1	99,25
8¾ dgl. 80	88	106,25G	106,25G
Br 7¾ Bremen 71	87	101,75G	101,75G
8 dgl. 72	87	102,5G	102,5G
7½ dgl. 83	93	99G	99G
H 8½ Hamburg 70	85	-Zhg.	-Zhg.
6½ dgl. 77	92	96,2G	96,4
8 dgl. 80	92	101,3G	99,25
9¾ dgl. 82	92	111G	111,2G
F 8 Hessen 71	86	101,75	101,75
6½ dgl. 78	88	95,5	95,5
Hn6 Nieders. 69	84	100,15G	100,15G
8½ dgl. 70	85	102	102G
7½ dgl. 72	87	101G	101G
8 dgl. 72	87	102,3G	102,3G
7½ dgl. 79	87	100,25	100
7¾ dgl. 82	92	100G	100G
D 7½ NRW 71	83	101G	101G
8 dgl. 75	83	100,25bG	100,25bG
7½ dgl. 83	93	99	99
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,8G	99,8G
8 dgl. 71	86	101,25	101,5
F 8½ Saar 70	85	102,4G	102,5
7 dgl. 72	87	99,4G	99,5
6 dgl. 78	88	96	96,25
H 5½ Schl.-H. 58	84	99,8G	99,8G
6 dgl. 64 II	84	100G	100G
7¾ dgl. 72	87	100,75G	100,75
8½ dgl. 73	85	103,25G	102,25
D 7 Essen 72	85	100G	100G
D 7½ Köln 71	83	100	100
M 6 München 64	84	100,1G	100,1G
S 6 Stuttgart 63	83	100,15G	100,15bG
7½ dgl. 71	86	101,5G	101,75G
7¾ dgl. 72	87	101,5G	101,75G

Bankschuldverschreib.

	16. 5.	13. 5.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	86G	86G
6½ dgl. Pf 5	89,5G	100
7 dgl. Pf 2	100	100G
F 7¾ Bakola Pf 104	101,4G	101,4G
9 dgl. Pf 106	105,4G	105,4G
10 dgl. Pf 108	110,5G	110,5G
7 dgl. KS 132	96,6G	96,6G
8 dgl. KS 155	100,75T	100,75G
9 dgl. KS 169	104,2G	104,2G
M 5½ Bayer Hstbs Pf 14	92	92
6 dgl. Pf 20	91,5G	91,5bG
6½ dgl. Pf. 2	96G	96G
7 dgl. Pf 3	96,25G	96,25G
7 dgl. Pf 27	101,25G	101,25G
6½ dgl. KS 14	97,25G	97,25G
7 dgl. KS 19	100bG	100bG
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	121G	121G
5½ dgl. Pf 11	128,6G	127,5G
6 dgl. Pf 34	81G	81bG
8 dgl. KO Pf 50	100bG	100G
6½ dgl. Pf 10	86bG	86bG
6 dgl. KS 1	99,25G	99,25G
M 6 Lds. Anst. IS 15	97G	97G
6 dgl. IS 16	95,25G	95,25G
6 dgl. IS 17	94,3G	94,3G
8½ dgl. KO 49	103,25G	103,25G
8½ dgl. KO 48	103,25G	103,25G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	102G	102G
8½ dgl. Pf 105	103,8	103,8
10 dgl. KS 307	104G	104G
9½ dgl. IS 726	104,4G	104,4G
M 5 Bayer. Vereinsb. Pf 11	117G	117G
5½ dgl. Pf 28	77G	77G
6 dgl. Pf 4	93,5G	93,5bG
6½ dgl. Pf 3	89G	89G
6½ dgl. Pf 12	89G	89G
7 dgl. Pf 20	100G	100G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	–	–
7 dgl. Pf 31	100,5G	100,5G
6 dgl. Pf 34	96,5G	95,5G
6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5G
8 dgl. Pf 51	102,75G	102,75
Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1	115G	115G
7 dgl. Pf 80	89,2	88,75G
7½ dgl. Pf 87	94G	94G
6 dgl. KS 29	81G	81G
7 dgl. KS 30	98,75G	98,75G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	116G	116G
5 dgl. Pf 54	112,5G	112,5bG
6 dgl. Pf 109	83G	83G
6½ dgl. Pf 123	90G	90G
6½ dgl. Pf 141	89G	89G
7 dgl. Pf 143	97G	97G
8½ dgl. Pf 191	101,25G	101,25G
7 dgl. KO 113	101G	101G
9 dgl. KO 217	103G	103G
9 dgl. KO 215	103,5bG	103,5G
9½ dgl. KO 218	104G	104G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	115G	115G
5½ dgl. Pf 50	78G	78G
8 dgl. Pf 84	100,5G	100,5G
9 dgl. KS 139	104,8G	104,8G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	102,1G	102,1G
9 dgl. Pf 239	104,5G	104,5G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	110,2G	110,2G
7 dgl. KS 35	99,75G	99,75G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	92,65T	92,65T
6 dgl. IS 71	99,95G	99,95G
6¼ dgl. IS 73	97,5G	97,5G
8¾ dgl. IS 80	100,6G	100,6G
F 6 Dgz.Dt.Komm. KO 54	85G	85G
6 dgl. KO 46	82G	82G
7 dgl. KO 97	101,15G	101,15G
7½ dgl. KO 185	98,2G	98,2G
9 dgl. KO 129	103,95G	103,95G
10 dgl. KO 125	103,85G	103,85G
Hn5 Dt. Hyp. Hann. 48	99,75G	99,75G
6 dgl. Pf 91	83G	83G
7 dgl. KS 101	101,6G	101,6G
10 dgl. KS 134	105,5G	105,5G
8¾ dgl. KS 140	103,6G	103,6G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	83G	83G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	75,5G	75,5G
5½ dgl. Pf 59	83G	89G
6 dgl. Pf 162	83G	83G
S 9 Dt.Pf.Wi. Brf. 482	105,5G	105,5G
Br 7½ Dt. Schiffbk. Pf 33	100G	100G
8 dgl. Pf 46	101,5G	101,5G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	100G	100G
8 dgl. Pf 37	100,05G	100,05G
6¼ dgl. Pf 60	95,85G	95,85G
6¼ dgl. Pf 74	99,15G	99,15
6¼ dgl. Pf 76	96,7G	96,7G
Br 6½ dgl. Pf 77	94,85G	94,85G
8 dgl. Pf 42	99,9G	99,9G
8½ dgl. Pf 47	104G	104G
F 5 Ffl. Hypobk. Pf 66	71,5G	71,5
5½ dgl. Pf 53	77,5G	77,5G
6 dgl. Pf 79	82G	82G
6 dgl. Pf 130	93T	93T
6½ dgl. Pf 133	88	88
10 dgl. Pf 168	101,35G	101,35
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	116	116
6 dgl. 14	91,75G	91,75G
6 dgl. 47	82	82
9 dgl. IS 44	100,15G	100,15G
10 dgl. IS 46	100,6G	100,6G
F 5 Helaba Pf 8	112G	112G
6 dgl. Pf 80	94,2G	94,2G
8 dgl. Pf 70	100,05G	100,05G
8 dgl. Pf 73	102G	102G
4 dgl. KA 5	100G	100G
H 6 Hyp.l.Hbg. Pf 46	93,25	93,25
6½ dgl. Pf 80	91,25	91,25
9 dgl. Pf. 117	–	102
8 dgl. Pf. 248	102G	102
9 dgl. KO 125	101,15	101,15
8 dgl. KO 175	102,8	102,8
9 dgl. KO 259	104,5G	104,5G
9¾ dgl. KO 262	104,75	104,75
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	101,75	101,75
5 dgl. Pf 12	73G	72G
7 dgl. Pf 25	95,25G	95,25G
10 dgl. Pf 40	104,5G	104,5G
8 dgl. KO 30	99,75G	99,75G
9¾ dgl. K 84	104,5G	104,5G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	101G	101G
5½ dgl. Pf 11	89G	89G
6 dgl. Pf 21	100G	100G
7 dgl. Pf 12	93G	93G
4½ dgl. KO 6	101G	101G
5½ dgl. KO 4	101,75G	101,75G
7½ dgl. KO 80	101,75G	101,75G
8½ dgl. KO 81	101,4G	101,4G
S 8 Lkbk. Badw. Pf 3	–	–
8½ dgl. Pf 8	103,5G	103,5G
6 dgl. Pf 28	89G	89G
6 dgl. Pf 49	86,5G	86,5G
8 dgl. KS 1	100G	100G
8 dgl. KO 3	–	–
8¼ dgl. KS 8	102,75G	102,75G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	85,5G	85,5G
7 dgl. Pf 97	92,75	92,75
10 dgl. Pf 32	102,5G	102,5G
10 dgl. Pf 33	106,1G	106,1G
6½ dgl. KS 78	99,25G	99,25G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 5½ Münch.Hypo Pf 100	88,5G	88,5G
8 dgl. Pf 118	100,25G	100,25G
H 4½ NordbypWBK Pf 24	102,6G	102,5G
6½ dgl. Pf 42	99,5G	99,5G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	95,9G	95,9G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8½ dgl. Pf 7	100,15G	100,15G
8 dgl. Pf 10	102,65G	102,65G
9 dgl. KO 53	104,3G	104,3G
7½ dgl. IS 6	101,6G	101,6G
10 dgl. IS 37	104,5G	104,5G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	108G	108G
6 dgl. Pf 58	85,35G	85,35G
6 dgl. Pf 85	83G	83G
7 dgl. Pf 114	101G	101G
D 5 RW Bodencr. Pf C	120bG	120bG
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	100G	100G
6 dgl. Pf 28	93,25T	93,25T
6½ dgl. Pf 67	86,5G	86G
5½ dgl. KO J+E	– Zhg	– Zhg
9½ dgl. KO 58	103,75G	103,75G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	110G	110G
5¼ dgl. Pf 109	74G	74G
7 dgl. Pf 125	97G	97G
7 dgl. Pf 128	91G	91G
8 dgl. Pf 177	106G	106G
9 dgl. Pf 167	102G	102G
6 dgl. KS 77	82G	82G
6½ dgl. KS 80/1	100G	100G
8½ dgl. KS 110	102,5G	102,5G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	109G	109G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	84,5G	84,5G
5½ dgl. Pf 43	84,7G	84,7G
6 dgl. Pf 56	80,75G	80,75G
7 dgl. Pf 61	90,15G	90,15G
7½ dgl. Pf 66	100,1G	100,1G
8 dgl. Pf 70	102,5G	102,5G
8 dgl. Pf 68	103,9G	103,9G
H 5 Schiffshyp. Pf 23	99G	99G
7½ dgl. Pf 45	101,25G	101,25G
M 6 Südboden Pf 41	90,5G	90,5G
5½ dgl. Pf 57	78,75G	78,75G
6½ dgl. Pf 143	96,75G	96,75G
7 dgl. Pf 87	95,5bG	95,75G
7½ dgl. Pf 104	98,5G	98,5G
7 dgl. KS 49	94,5G	94,5G
7¼ dgl. KS 81	101G	101G
6 dgl. KS 133	100,75	100,75
8½ dgl. KS 132	103,5G	103,5G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
9½ dgl. KS 171	107,25G	107,25G
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	105G	105G
6 dgl. Pf 95	82bG	82G
7 dgl. Pf 100	100G	100G
D 8 WestLB Pf 350	102,25G	102,25G
6½ dgl. Pf 403	97,5G	97,5G
9½ dgl. Pf 1007	108,5G	108,5G
8 dgl. Pf 1015	100,45G	100,45G
7 dgl. KO 556	100,5bG	100,55G
8¼ dgl. KS 420	95,9G	95,9G
9¼ dgl. KO 1301	107,45G	107,45G
8½ dgl. KS 1276	103,45G	103,45G
8 dgl. IS 1512	101,6G	101,6G
8 dgl. IS 1520	104,45G	104,45G
6½ dgl. IS 679	95G	95G
7½ dgl. IS 1503	101,9G	101,9G
D 4 Westf. Land. Pf 4	-Zhg.	-Zhg
6 dgl. Pf 15	-Zhg.	-Zhg.
6½ dgl. Pf 19	91G	91G
7 dgl. Pf 20	93,5G	93,5G
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	102,75G	102,75G
9 dgl. Pf 564	105,65G	105,65G
8¼ dgl. KS 294	105,35G	105,35G
10 dgl. KS 326	–	–
S 6 Würt. Hypo. Pf 84	81	81
7 dgl. KS 58	100G	100G
S 8¾ Würt. KoLa Pf 1	89,7G	89,7G
7 dgl. Pf 5	101,15G	101,15G
8 dgl. IS 146	–	–

Sonderinstitute

	16. 5.	13. 5.
D 6 DSLB Pf 28	86,5G	86,5G
6 dgl. Pf 47	83G	83G
7 dgl. Pf 63	92,5G	92,5G
5½ dgl. Pf 99	97G	97G
8 dgl. Pf 104	101,5G	101,5G
8 dgl. Pf 165	102G	102G
5½ dgl. RS 45	98,75G	98,75G
6 dgl. RS 73	97,5G	97,5G
8 dgl. RS 120	103G	103G
8½ dgl. RS 153	104,5G	104,5G
7 dgl. RS 162	98G	98G
9¼ dgl. RS 172	106,5bG	106,5G
9 dgl. RS 186	105,5G	105,5G
10 dgl. RS 193	108G	108G
11¼ dgl. RS 195	111,5G	111,5G
D 6 IKB Abl. 68	100G	100G
6½ dgl. 69	100,5G	100,5G
F 7½ KfW 70	101	101,1
8 dgl. 70	102,1G	102,1G
8 dgl. 76	101,5	101,5
7¼ dgl. 79	99,9	99,9
10 Kredit 81	112,1	112,2
F 8¼ Kre.Wied aufb. 82	103,8G	103,9
F 6 Lann.Rentbk. RS 13	100,15G	100,15G
6 dgl. RS 14	100,25G	100,25G
8 dgl. RS 15	98G	98G
6 dgl. RS 16	97,75G	97,75G
6 dgl. RS 18	100G	100G
8 dgl. RS 19	98,25	98,25
8 dgl. RS 20	99,75G	99,75G
6 dgl. RS 21	99,5G	99,5G
6 dgl. RS 26	99,75G	99,75G
7½ dgl. RS 27	101,25G	101,25G
8 dgl. RS 29	100,15	100,15
6½ dgl. RS 60	97,5T	97,5T
7 dgl. 94	97,25T	97,25T
7 dgl. 99	100,75G	100,75G
8 dgl. 101	102,25G	102,25
7½ dgl. 102	99,7G	99,7
8½ dgl. 126	106,75G	106,75G
D 7¾ LAG TS 76	101,45	101,5
8 dgl. TS 78	103,1	103,2
6½ dgl. TS 77	97,3G	97,8G
5½ dgl. 78	93,8	93,8G
7 dgl. 79	99,1	93bG

Industrieanleihen

	16. 5.	13. 5.
F 6 Badenwerk 64	100G	100G
6 dgl. 78	95,5	95,75G
5 BASF 59	98T	98T
5 Bayernw. 59	98G	98G
F 8 Chem. Hüls 71	101,25	101G
7¾ Cont. Gum. 71	100,5T	100,5T
6 Dt. Texaco 64	99,50G	99,5
6 Gelsenb. 64	99,6G	99,6G
6 HEW 58	99,8	99,8
5¾ dgl. 62	97,4G	97,5G
6 dgl. 63	99,8G	99,8G
7½ dgl. 71	101,7	101,4G
7¾ dgl. 71	101,5G	101,6G
4½ Harpen 59	1820G	1820G
6 Hoechst 63	–	100G
6 dgl. 64	99,75	100,25T
6 Hoesch 64	99,35	99,35
7½ dgl. 71	100,65T	100,4T
7½ Karstadt 71	100,25	100,7G
7½ Kaufhof 71	100,25	100,35
7¾ dgl. 71	100,2G	100,2
7½ dgl. 78	100,25G	100,5G
6 Klöckner W. 63	99,75G	99,75
7½ dgl. 71	99T	99,5T
8 dgl. 72	100,5T	100,5T
6 Krupp 64	99,75G	99,75G
6 Linde 64	99,35G	99,35G
5 Mannesmann 59	97,5	98G
6 Moselkraft 63	98G	98G
6 NWK 58	99,8G	99,8G
6 dgl. 61	99,25	99,3G
6 dgl. 62	96,2G	96,2
6 OlDon. Krwk. 64	96T	96T
5½ Öst.BayK. 58	99,5G	99,5G
D 6 Rat Vdb. Stk. 68	98,5T	98,5T
F 5½ Rh.Brkw. 58	98,25T	98,25T
6 dgl. 63	96,75T	96,75T
6 dgl. 65	96,75G	96,75G
5½ RWE 59	99G	99
6 dgl. 63	96,75T	96,75T
6 dgl. 65	96,5T	96,5T
7¾ dgl. 71	100,25G	100,25
7 dgl. 72	99,5G	99,5
6 Rh.-M.-Don. 62	–Zhg	–Zhg
6½ dgl. 68	99,75G	100G
8 Schleswag 71	101G	101bG
5 STEAG 59	99G	99G
6 Thyssen 63	99,5G	99,5G
7½ dgl. 71	100T	100G
8 dgl. 72	–Zhg	–Zhg
7¾ dgl. 77	99,5G	99,5
5 Veba 59	99G	99T
8 VEW 71	100,75T	100,75T
6¾ dgl. 77	97,6G	97,5G
7 VW 72	99,75G	99,75G
5½ Wintersh. 58	99,5G	99,5G

Wandelanleihen

	16. 5.	13. 5.
F 4¾ AKZO 69	86,5G	86,5G
3½ All Nippon 78	92,5	93
3½ Asahi Opt. 78	109,5	113G
4¾ Canon Inc. 77	322G	325G
3½ Cas. Comp. 78	212,5G	210
5 D Bk. Lux. 77	99,7	99,7
5¾ Daiei Inc. 80	113,75	113
4¼ Fujitsu Lim. 78	422T	426T
5 dgl. 79	281G	284G
5¼ Hoogovens 68	83G	83G
3½ Izumiya Co 78	93,5	93G
3½ Jusco Co. 78	96	95,3
4 Kansai El. 79	101	101
6 Konishiroku Pho. 81	112,5G	114G
6¾ dgl. 82	112	112
6 Komatsu 76	150,5	152G
3½ Korakuen 78	93,75	94G
7½ Kraft Inc. 70	111,35G	111G
3½ Marudai F 78	93	93,25
6 Michelin Int. 70	94G	94G
5¾ Minolta 77	155G	155G
4 dgl. 79	119G	119G
6¼ Mitsub. Ch. 76	178G	175,5G
5,75 Mitsub. H 81	125	126G
5 dgl. 81	108	107,75
6 Nichii Co Ltd 80	113,75G	113,75G
7 Nippon Sh. Gl. 82	121,5G	120,5
3¾ Nippon Sh. 78	160G	163G
3½ Nissan Mot. 78	93,25	93,5G
4 Nisshin Steel 78	137G	137G
6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
3½ Olympus 78	210	213G
3¾ Onoda Tat 79	234G	234G
4¾ Orient Fin 79	237,5G	235G
3½ Ricoh Comp. 78	137	137T
6½ Rothm. Int. 72	94	93,6
3¾ SankyoElec. 78	101bG	100,5bG
3½ Sanyo Elec. 78	158T	162T
3½ Seiyu Stores 78	95	95G
6¼ Sekisui 78	158G	157G
3½ Stanley 78	98,75G	98,75G
6 Taiyo Yuden Co. 82	115	115T
5 Texaco Int. 66	98,55	98,25
3½ Tok. Elec. 78	316,5T	313T
4¾ Tok. Sanyo 77	260G	285G
4 Tokyu Land 79	103,5T	103,5T
3½ Trio Kenw. 78	99,25G	99,5G
6½ Uny Ltd. 79	121G	120T

Optionsscheine

	16. 5.	13. 5.
F 11 BASF 82	37,1	38,8
7¼ Bayer Fin 73	35,3	36,5
10½ Bayer Fin 82	42	44,5
6¾ Ciba-Geigy 75	770	790
3¼ Commerzbk. 78	43	46
4½ Dt. Bk. Comp 77	129,8	136
10 Hoechst 75	158,5bG	156
6¾ dg. 79	37	38,9
8 Hoechst 83	53,2	56,3
7½ Jap Syn Rubber 82	785	765
Mitsui 82	363	375
7¾ Siemens 83	135	143
6½ Wells F 73	260	270

Optionsanleihen

	16. 5.	13. 5.
F 8½ BASF 74 m O	141	140,5
8½ BASF 74 oO	102,6	102,75
M 3½ Stumpf 88 mO	146	146
M 3½ Stumpf oO	78	78G

Währungsanleihen

	16. 5.	13. 5.
F 8 Brasilien 72	99G	99G
6¾ Kopenhagen 72	95,25G	95,25
7,875 Norwegen 78	100,25	100,25
9½ dgl 79	100,5	100,25G

Optionsanleihen

	16. 5.	13. 5.
F 3½ ComBk. Inc 78 mO DM	108G	108
F 3½ dgl. 78 oO DM	89G	89,5
4½ C F DT Bk. 77 mO $	126	130T
4½ dgl. 77 oO $	86,5	86,5
7½ Jap. Synth. 82	129,75	129,75G
7½ dgl. 82 oO	99,5G	99,75
F 6½ Wells F 73 mO DM	124T	124T
6½ dgl. 73 oO DM	95,75	97

Optionsscheine

	16. 5.	13. 5.
F 8½ BASF 74	50,5	52
Stumpf 78	64,8	65bG

Wandelanleihen

	16. 5.	13. 5.
F 5 Bayer 69	101,3bG	101,5
5 Bay Wa 75	123G	123G
H 8 Beiersdorf 82	166	166bG
F 4½ Commerzbk. 78	99,4	99,45
D 9 Garnes 74	325	335

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	16. 5.	13. 5.
F 7¾ AKZO 83	100G	100G
6 dgl. 84	98G	98G
6½ dgl. 86	99,5G	99,5G
7¾ Arbed 83	97,5G	97,5G
7½ dgl. 86	86G	86G
9 dgl. 87	93T	93T
F 6¾ Ardal 89	96G	95G
10 dgl. 88	104,5G	104,5G
8 Apstr. 87	104,75G	104,75G
8¼ dgl. 87	105,75G	105,75G
F 7½ BEC 83	100,25G	100,25G
4¾ CFDB 83	99,7/100	99,7/100
5 dgl. 84	99,6/100	99,6/100
6½ Estel 84	94,75G	94,75G
6¼ dgl. 85	94,5	94,5
8¾ dgl. 87	94,25G	94,25G
6¼ Euratom 91	93G	93G
F 6¾ Eurofima 87	99,5G	99,5G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	92G	92G
6½ Lufthansa 86	99,5G	99,5G
6 Montanunion 90	94,5G	94,5G
6½ Ö. Ko. Bk. 84	99,5G	99,5G
7½ Parker-H. 87	98G	98G
8 S A R 83 I	100G	100G
8 dgl. 83 II	99,9G	99,9G
7½ Schweden 89	97,5G	97,5G
F 6¾ Weltbank 83	100,15G	100,15G
6½ dgl. 85	99,5G	99,5G
7½ dgl. 87	100,25G	100,25G
7¾ dgl. 90	100	100
9 dgl. 88	104	104
8½ dgl. 88	103G	103G
7¾ dgl. 88	101/2,5	101/2,5
9½ dgl. 89	105G	105G
8 dgl. 90	101,25G	101,25G
11 dgl. 91	113,5G	113,5G

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
- Pf = Pfandbriefe
- KO = Kommunalobligationen
- KS = Kommunalschatzanweisungen
- IS = Inhaberschuldverschreibungen
- RS = Rentenschuldverschreibungen
- S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	16. 5.	13. 5.
F L'Air Liquide	–	–
D Akzo	59bG	57,7
F Alcan	78,5	79bG
F Alcoa	87	86
F Alg. Bk. Nedld	330	330
F All Nippon Air	3,5T	3,5T
F Amax	72,4	71,8
F Am. Cyanamid	112	115
D American Expr	167G	165G
D Am Motors	25	25
F Am T & T	166,9	168
F Amro Bank	52	52,3
M Anglo Am.-Gold	312,5	311
F Anglo Am.m.O	58	57,4
F dgl. o O	59,8	59,9
F Arbed	55,6	57
F Asahi Chem.	3,35	3,35
M Atl. Richfield	113,5	114,3
H Atlas Copco	438	440
M Avon	79,4	81,1
F Bar Canada	21bG	20,9
F Banco Central	26,9	27,2
F Banco de Bilbao	21,1	21,3
F Banco de Santander	18,05	18,1
F Banco de Vizcaya	32	32,1
F Banco Hisp. Americ.	20,2	20,2
D Beatrice Foods	69G	67G
D Bell Canada	55bG	55G
F Black & Decker	55	55G
F Boeing	90,3	90
F Bowater	7,2	7,25
D BP	14,2	14,35
M Broken Hill	17,85	18,28
F Bull	13,8	13,9
F Can. Pacific	93,8	94,5
F Canon	14	14,4
F Casio Comp	12,3T	12,5
F Caterpillar	115,1	118
D Ch. Manhattan	148	148
F Chrysler	68	83,5
M Citicorp	107,9	109,5
F City Investing	85	84G
F Coca-Cola	133	135
D Colgate	57,5	57,5G
F Cons. Gold F.	21,1	20,9
D Cont. Group	102exD	102T
F Control Data	134,5	135,5
M CRA	10,9	11,1exD
M CSR	7,4	7,68
F Dart & Kraft	172G	174,5
M De Beers Cons.	22,8	22,9
F Deere Comp.	96,5	84G
F Diam. Sharer	60exD	60
M Digital Equipm.	281	278,4
M Disney Prod	186,5	183,9
M Dome Petroleum	12	11,35G
D Dow Chemical	79	80,5
D Dresser	47,5	47,9
D DuPont	115,5	114,5
M East Drief. Gold	88,2G	86,8
D East Air Lines	20,5	20,7
F Eastman Kodak	183	185
F Elf Aquitaine	57,9	57,4
F Enstar	134T	136G
D Ericsson	153G	153G
D Esmark	161G	162G
D Exxon	84,7	84,5
D Fst St.	4,7T	4,75
D dgl. Vz.	3,45T	3,5TG
F Finsider	–	–
D Fisons	23T	22G
M Fluor	55	56,8
D Ford	125	122,5
F Fosecc Minsep	5,5G	5,5G
F Fujitsu	10,2	10,25
F General Electric	267,5	268
F General Mining	68bB	67,9
D General Motors	170	166,5
D Gen. Shopping	815G	815G
M Getty Oil	165G	161,9
D Gevaert	108	108T
F Goodyear	80,5	82,4
H Grace	113	113G
D GKN	5,1bB	5,6
F Gulf	87,5	87
F Highveld m. St.	12,7G	12,7G
F dgl. o St.	13	12,9
F Hitachi	831	840
M Holiday Inns	115,6	118,5
F Homestake	83,5exD	82
D Hoogovens	23	23,3
F IBM	283	281,5
F ICI	17,1	17,6
M Impala Plat. Hold.	33,1	32,2
M Imperial Oil	72	70,4
F Inco	38,1	39
F Int. T & T	86,2	95
D Istituto Fin.	86	86
F Italcementi	69	69G
F Izumiya	6,86	6,86
F Japan Line	2,2bB	2,2T
D Jusco	6,5G	6,5G
F Kawasaki Kisen	1,6G	1,6G
F Kawasaki Steel	1,6T	1,65T
M Kloof Gold Min.	129,8	128G
F Komatsu	5,35	5,3T
D KLM	133,5G	133G
F Kubota	3,5G	3,5G
D Lafarge	–	–
D Litton Ind.	159	159
F Lone Star	73G	75
D LTV	38	38,3
M M.I.M. Hold.	19,85	19,7
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3,25G	3,25G
F Marudai Food	6G	6G
D Matsushita El	15G	15,5
M McDonald's	160,4	159
M Merrill Lynch	230	232,2
F McDonnell D.	146,5	150
D Minnesota M	209exD	211T
D Minolta Camera	5,2G	5,2G
F Mitsubishi Chem.	2,45	2,5T
F Mitsubishi El	3,95	3,9bB
F Mitsui Bk	4,5T	4,58
F Mitsui & Co	4	4,26
F Mitsui Engin.	1,95	1,95T
F Mitsui O S K	2,1G	2,1G
F Misawa El.	5,8	6,05
H Mobil Oil	74,7	75G
F Monsanto	205	210
F Montedison	0,22	0,22
F Morana	19,5G	19,5G
M Nat. Semicond.	89,45	87,2
D Nat. Westminster	23T	21,5T
F Nestle	5010	5005
D Nikko Sec.	4,4G	4,4G
F Nippon El.	10,5	10,6
F Nippon Kokan	1,55T	1,55T
F Nippon Shinpan	8,5T	8,55T
F Nippon Yusen	2,8G	2,8G
F Nissan Motor	7,8	7,8B
F Nissho Steel	1,75	1,65T
F Nissho - Iwai	3,2G	3,2G
F Norsk Hydro	138	139,5
F Norton Simon	63G	61,5
H Occ. Petroleum	51,5	51G
D Oce v. d. Grint.	160T	160T
F Olivetti Vz	4,55	4,65
F Olympus Optical	11,3	11,7
H v. Ommeren	22,8	–
F Onoda Tatesu	13T	13,3
F Pakhoed	45,2	46,5
M PanAm	16,35	16,7
M Pepsi	91	94,7
F Pernod-Ricard	185T	182G
F Peugeot	62	63
F Philip Morris	157	160
H Philips	41,5	41,5
D Phoenix Ass	12T	12,5T
F Pirelli	2,85	–
M Polaroid	78,5G	79,2
M Prime Computer	70G	71,9
F Procter & G	142	144
D Ramada Inns	25,5	24G
F Rank Org	6,3	6,35
F Ricoh	7,8G	7,8G
F Rio Tinto NA-St	22	22,5
H Robeco	256,5	256,2
F Rockwell	140	140
H Rolinco	254,2	251,5
F Rorento	170G	171,5
F Rothmans Int.	4,2	4,2
H Royal Dutch	107	106,6
M Rustenberg Plat. Hold	23,5	23,1
F Sanko Steamship	3,1G	3,1
F Sankyo Electric	5,7G	5,7G
M Santos	12,8B	12,85
F Sanyo Elec.	5,15G	5,2
F Sanwa Bk.	5,2G	5,2G
M SASOL	8,7	9,65
F Schlumberger	113,5	113,8
F Schw. Alum	810	825
F Schw. Bankverein	322,5	323
M Sears, Roebuck	96,8	97,2
F Seiyu Stores	6,6	6,7T
F Sekisui Prefab	7,3T	7,5T
F Selected Risk	32G	32G
H Shell T & T	19G	19G
D Singer	72	74,5
F Snia Viscosa	1,78	1,6
D Solvay	137T	137T
D Sony Corp	39,8	40,3
D Sperry Corp	92	92,8
F Squibb	115G	114G
F Stanley Elec	5,7G	5,7G
F Steyr-Daimler-P.	24,4	24,1
F Sumitomo Heavy	1,65T	1,6T
D Sumitomo Metal	1,65G	1,65G
F Sumitomo Shoy	4,7G	4,9
D Sun	96,8	96,8
M Sunshine Mining	45,45	45
F Swissair	956	953
F Taisei Kens.	2,65G	2,65G
M Tandy	151,8	152,7
F Tenneco	92	93
D Texaco	86,1	86,1
D Thomson-CSF	62,7G	63,5
D Thorn Emi	19,9T	19,8T
D Tokyo Pac	228G	228G
F Tokyo Sanyo El.	5,5G	5,5
F Trio Kenwood	6,3G	6,3G
F TRW Inc.	178	177G
D Toray	3,95G	3,85G
D Toshiba	3,55T	3,7G
D UAL	90B	88G
H Unilever	183	177G
F Union Carbide	160	158G
D Uniroyal	34,5	34
F United Techn.	181	178,1
F US Steel	61,6	61,5
M Vaal Reefs Expl.	304	299
D Vredestein	59T	60T
D Volvo A	170G	170G
D dgl. Nam B	170G	170T
F Warner Commun.	69,8	70
F Warner Lambert	78	76,1
F Wells Fargo	90	89,5
M Western Deep L.	159B	155,1
M Western Mining	10,3	10,6B
F Wesz.-Utrecht H.	107,5	108,9
D Xerox Corp.	113,5	112,5

TV-Festival: „Die Goldene Rose von Montreux"

Ein schlaffes Blümchen

Mit Festivals ist es anscheinend wie mit Ernten: Es gibt reiche, und es gibt karge Jahre. Doch während das Gedeihen von Feldfrüchten den Unwägbarkeiten der Natur unterworfen ist, könnten Festspiele immerhin mit durchaus steuerbaren menschlichen Fähigkeiten wie Professionalismus, Fleiß, Qualitätsgefühl und Engagement zu schöner Blüte reifen.

Die Veranstaltung, von der hier die Rede ist, der Fernsehwettbewerb für Unterhaltungssendungen um die „Goldene Rose von Montreux", hinterließ Anno 1983 leider einen dürftigen Eindruck. Unverhohlen Vergrätzte nannten ihn denn auch schonungslos einen Flop – wenn auch nicht den ersten in mittlerweile 23 „Rose"-Jahren.

Woran lag's? Zum einen wohl an einer deprimierenden Fülle unterdurchschnittlicher Programme, die Augen und Ohren der rund 500 angereisten Fachleute bisweilen arg malträtierten. Zum zweiten an einer schon atmosphärisch spürbaren Unlust, die sich in organisatorischer Nachlässigkeit und dem offensichtlichen Desinteresse der Veranstalter niederschlugen, branchenkundige Menschen zusammenzuführen, die einander über das populärste Massenmedium ja einiges zu fragen und mitzuteilen hätten. Show-Stars, Regisseure, Drehbuchautoren und Produzenten waren so gut wie gar nicht erschienen und wenn, dann hätte man Mühe, sie auf eigene Faust aus der Menge der Besucher herauszupicken.

31 Beiträge bewarben sich in Montreux, für zwei Drittel davon trifft wohl zu, daß man sie mit beinahe heroischer Anstrengung über sich ergehen ließ. Die Amerikaner hatten, scheint's, Montreux in diesem Jahr überhaupt nicht auf der Palette, also sandten sie auch keinen Beitrag ein. Wohingegen die Ostblockstaaten geschlossen angetreten waren und mit zum Teil kecker Übertreibung – in ihren Pressetexten – hausbackene Langeweile anzupreisen wagten. Da erinnerten sich manche voller Wehmut, mit welch pfiffigen Einfällen beispielsweise die Polen, Tschechoslowaken oder Jugoslawen in früheren Jahren perfektionsverwöhnte Profis noch durch entwaffnende Unbeschwertheit zu entzücken vermochten.

Dem vielgepriesenen deutschen Fernsehen war das Glück, gottlob, insofern hold, als das Los die Sendungen von ZDF und ARD – pikanterweise auch der „DDR" – gleich am ersten Tag über die Monitore laufen ließ; damit waren sie gnädigerweise bald vergessen.

Denn die Mainzer hielten doch tatsächlich den motorradfahrenden, auf Waldwegen joggenden und dabei mit faszinierend-ausdrucksloser Mimik schmetternden Tenor Peter Hofmann („Hofmanns Träumereien") für wettbewerbswürdig. Die ARD trat dazu mit einem leidlich komischen Zusammenschnitt des Ulk-Oldtimers „Bananas" fast in Ideal-Konkurrenz.

Ein wahrlich müder Auftakt also, dem erst die Schweden am zweiten Tag mit der halb ironisch, halb melancholischen Ehe-Story einer 40jährigen Frau (souverän gespielt von Lill Lindfors) farbigen Schwung verliehen. Dieser Beitrag – „The life of a handbag" – erhielt zu Recht die lobende Anerkennung der Pressejury. Und am Tag drauf stand dann eigentlich unausgesprochen fest, wem die „Goldene" diesmal zufallen würde, den Italienern nämlich. In einer opulenten Mixtur aus Zirkus, Musik-Show, Varieté, Dialog-Witz, Tanz und Gags boten sie die hinreißende Milva und den tanzenden Wirbelwind Heather Parisi auf. „Al Paradise", so heißt das TV-Ereignis, lockt jeden Samstag rund 20 Millionen Italiener vor die Bildschirme – eine Sehbeteiligung von fast 50 Prozent. Kein Wunder, allerdings auch kein billiges Vergnügen, wenn man sich 50 Minuten pralles Entertainment 600 000 Mark kosten läßt.

Ganz anders das Genre, mit dem die Engländer – genauer die BBC – eine Silberne Rose und zugleich auch den Preis der Pressejury einheimsen konnten: drei junge, fast unbekannte Allround-Talente präsentierten – mit Hilfe von 14 Gag-Schreibern – ein 26minütiges Kaleidoskop optisch und verbal herrlich komischer Sketche in rasantem Tempo. „Three of a kind" bewies wieder einmal, daß ausgefeilter Einfallsreichtum gegen opulente Mittel und publikumsträchtige Namen allemal bestehen kann.

Weshalb jedoch Norwegens Beitrag „Happy New Century", die Geschichte eines Junggesellen, der einen trostlosen Silvesterabend vor dem Jahr 2000 in einer total computerisierten und vide(i)odisierten Wohnung erlebt, mit der Bronzenen prämiert wurde, blieb manchem unerfindlich. Monsieur Hulot ließ – noch immer unerreicht – grüßen. Daß die Russen für ihre gekonnt gefilmte Folklore-Show lobend erwähnt wurden, sei ihnen gegönnt.

Hoffen wir nur eins nach Montreux '83: daß eine Goldene Rose eine Goldene Rose, eine Goldene Rose bleiben möge.

BRIGITTE HELFER

KRITIK

Nur klischierte Typen

Daß sich der Zuschauer am Ende noch immer fragen mag, was diese Studenten damals eigentlich gewollt hätten, enthüllt nicht unbedingt eine Lücke in der fünfteiligen ZDF-Reihe **„Die Zeiten ändern sich"**. „Was wollen die?" haben sich auch damals die Bürger nicht minder gefragt, ohne je konkrete Antworten zu erhalten. Diese Studentenbewegung war weniger eine politische Strömung als ein psychologisches und gesellschaftliches Phänomen. Die Autoren der Serie haben ihr selbst angehört, sie wollten sich erinnern und mit der Erinnerung Verständnis wecken: für ihr moralisches Anliegen – etwa im Blick auf Vietnam und die Dritte Welt. Aber die Erinnerung brachte eben auch das wieder an den Tag, was diese Studenten damals in ihrem Versuch, die Arbeiterschaft zu überzeugen, scheitern ließ: daß sie ihr Anliegen mit dem großen Faschismus-Verdacht gegenüber der ersten gelungenen Demokratie in der deutschen Geschichte zudeckten, wolkig fern von der Wirklichkeit, aber mit unerbittlicher Arroganz.

Und ist es so falsch, wenn sich die Studenten in dieser Serie nicht selten lieb, infantil und lächerlich ausnehmen? Kaum – mag es auch manchem nicht passen, wenn er die einstigen Diskussionen mit den Ohren von heute vernimmt. Damals freilich waren auch die hanebüchensten Thesen noch vom Respekt überlagert, den eine von den Medien tausendfach verstärkte Massenstimmung trug.

Eben diese Massenstimmung aber fehlte in dem Film weithin. Man hat sich keine rechte Mühe gemacht, die Gewalt der Massensuggestion – oder besser: der Massen-Selbstsuggestion – mit der Kamera abzuleuchten und sie in die kleinen Gruppen hinein zu verlängern. Was Autoren und Regisseur wiederum dazu verleitete, alle möglichen Typen-Varianten in den bekannten Kreis der Hauptfigur hineinzukonstruieren, so daß schließlich klischierte Figuren die echten Charaktere ebenso wie den großen Zusammenhang verdrängten.

HERMANN A. GRIESSER

Das Thema der heutigen Quizsendung: Katzen

Einst samtpfotige Götter

Wenige Geschöpfe haben die Phantasie ähnlich beflügelt, in der Mythologie und Religion eine so große Rolle gespielt wie die Katze. Im alten Ägypten, wo die Nubische Falbkatze spätestens 2000 v. Chr. domestiziert war, wurde sie bekanntlich als Gottheit verehrt; Katzenmord wurde mit dem Tode bestraft. Auch die Japaner,

Alles oder Nichts – ARD, 20.15 Uhr

denen knapp 2000 Jahre später Katzen als heilige Wesen galten, verfluchten deren Mörder samt ihren Familien bis ins siebente Glied. Die Germanen verehrten die samtpfotigen kleinen Raubtiere zeitweise als göttliche Wesen. Sie wurden der Göttin Freya als Begleiterinnen zur Seite gestellt. Um die Katzenliebe des Propheten Mohammed schließlich haben sich zahlreiche Legenden gebildet.

Der Leidensweg der Katze begann in Europa zur Zeit der Karolinger; man dämonisierte sie als Attribut von Hexen und Teufeln. Vor allem im 14. und 15. Jahrhundert ertränkte oder verbrannte man sie. Oft war dem qualvollen Ende eine regelrechte gerichtliche Verurteilung vorausgegangen. Nur auf dem Lande blieben Katzen vor Verfolgung verschont und hatten sogar einen gewissen Marktwert.

Erst im 16. Jahrhundert setzte sich im Abendland so etwas wie eine Rehabilitierung der abergläubisch verfemten Tiere durch. Italiener hatten schon früher die Katze zu neuen Ehren kommenlassen. Dante teilte Jahre des Exils, Petrarca seinen Lebensabend mit einer Katze. Und später waren Amerikas berühmteste Präsidenten – Washington, Jefferson und Lincoln – dem Zauber der eigensinnigen Vierbeiner ebenso erlegen wie Kardinal Wolsey oder Disraeli. (Allen Behauptungen zum Trotz, denen zufolge Diktatoren oder „Machtmenschen" Katzen grundsätzlich verabscheuen, sei der Ehrlichkeit halber vermerkt, daß auch Lenin ihnen zugetan war.)

Und Eugen Skasa-Weiß übertreibt nur gelinde, wenn er feststellt, daß sich die Engländer seit Jahrhunderten „mit unverwüstlichem Humor bemühen, die Katzen als gleichberechtigte Angelsachsen anzusprechen".

CORNELIA GERSTENMAIER





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Na so was!
11.10 2 x Sambia
11.55 Umschau
12.10 Gesundheitsmagazin Praxis
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau

16.15 Arbeit unter Palmen
Wie sinnvoll ist Entwicklungshilfe? Film von Luc Jochimsen und Lucas Maria Böhmer
Tansania, seit 1961 unabhängig, heute eines der ärmsten Länder der Welt und Tummelplatz von Entwicklungshelfern der verschiedensten Staaten und Organisationen. Auch der DED ist vertreten, *der Deutsche Entwicklungsdienst.* Sein Beauftragter ist Dieter Biallas, bis 1978 Senator für Wissenschaft und Kunst in Hamburg.

17.00 Stadt, Land, Fluß
Unterhaltungssendung für Kinder

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer

21.00 Report
Baden-Baden
Themen: Die CDU zwischen bischöflichen Friedensworten und Realpolitik – Fragen an Heiner Geißler / Problematische Zusammenarbeit zwischen dem Bundesnachrichtendienst und dem türkischen Geheimdienst / Baden-Württembergs Datenschutzbeauftragter kritisiert: 100 000 Hotelgäste durch Verfassungsschutz überprüft
Moderation: Franz Alt

21.45 Der Aufpasser
Gut gezinkt ist halb gewonnen

22.30 Tagesthemen

23.00 Heut' abend
Talkshow mit Joachim Fuchsberger
Zu Gast: Erhard Keller

23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute

16.04 Mosaik
Musik im Alter / Bequeme Sommerschuhe
Anschl. heute-Schlagzeilen

16.35 Strandpiraten
Der Giftzahn

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Marcia Hines

17.50 Ein Wort aus Musik
Spiel und Spaß mit Heinz Eckner
Anschl. heute-Schlagzeilen

18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny

19.00 heute

19.30 Ein Mord liegt auf der Hand
Eine fast unglaubliche Geschichte nach Motiven von Oscar Wilde
Mit Uwe Friedrichsen, Eva Astor u. a.
Regie: Ralf Gregan
Einige Motive aus der Novelle „Lord Saviles Verbrechen" von Oscar Wilde nimmt der Autor zum Ausgangspunkt, um daraus eine in der Gegenwart angesiedelte Groteske über Adel und Bürgermoral zu machen. So entsteht eine Farce mit schwarzem Humor und überraschenden Gags

21.00 heute-journal

21.20 Spätere Rückkehr nicht ausgeschlossen
Türkische Jugendliche in der Bundesrepublik
Filmbericht von Arno Schmuckler *und Feridun Yücedinc*

22.05 Der besondere Film
Alexandria ... warum?
Ägyptisch-algerischer Spielfilm, 1978
Mit Mohsen Mohiedine, Naglaa Fathi u. a.
Regie: Yousef Chahine

00.15 heute



Rudolf Platte als Diener Wenzel in einer fast unglaublichen Geschichte nach Oscar Wilde: „Ein Mord liegt auf der Hand", um 19.30 Uhr im ZDF

FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Sport-Platz
21.00 Formel Eins – Hitparade
21.45 Landesspiegel
22.15 Drei vor Mitternacht
Zivilcourage als Breitensport
23.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Cowboys der Luft
19.15 Science Report (14)
19.30 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 Die Sprechstunde
Herpes
21.00 Liebesleid und Gruselkrimi
21.45 Juristen-Stammtisch
22.30 Science-fiction
Der Mann der tausend Eigenschaften
00.05 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Durchs wilde Kurdistan (2)
19.00 Formel Eins – Hitparade
19.45 Herrchen gesucht
20.00 Tagesschau
20.15 *Das Verbrechen auf der Post*
Tschechosl. Fernsehspiel
21.00 Drei aktuell
21.15 Der Prozeß des Herrn Havlena
21.50 Ein Schwejk namens Hasek
Zum 100. Geburtstag des Schriftstellers
22.35 Nationalsozialismus im Alltag
3. Stadt im Krieg

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Algebra (19)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Die Sprechstunde
Herpes
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Forum Südwest
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Mark(t) und Pfennig
21.00 *Landesspiegel*
Nur für das Saarland
20.15 Magazin Saar 3
Gesamt Südwest 3
21.15 Fluchtweg St. Pauli
Dt. Spielfilm, 1971
22.40 Les Gammas! Les Gammas!

BAYERN
18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Worte der Versöhnung
19.30 Formel Eins – Hitparade
20.15 Bergauf – bergab
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
Herpes
21.45 Z. E. N.
21.50 Im Gespräch
22.35 Dallas
23.20 Rundschau

Mit tiefer Erschütterung geben wir Nachricht vom Tode des langjährigen Mitglieds der Geschäftsleitung der Fürstlich Fürstenbergischen Brauerei KG, Herrn

Dr. Erhard Franz

Wir verlieren in ihm einen von uns allen hochgeschätzten Menschen, der bei Gesellschaftern und Beiratsmitgliedern stets hohes Ansehen und große Sympathie genossen hat.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Im Namen der Gesellschafter und des Beirates der
Fürstlich Fürstenbergischen Brauerei KG
Joachim Fürst zu Fürstenberg

Wir haben die traurige Pflicht, Ihnen mitzuteilen, daß am 15. Mai 1983 Herr

Dr. Erhard Franz

Stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsleitung unserer Brauerei

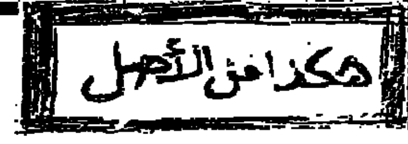
nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 54 Jahren verstorben ist.

Herr Dr. Franz übernahm mit dem Eintritt im Jahre 1967 die Verantwortung für den gesamten technischen Bereich. Er hat in all den Jahren die Entwicklung des Unternehmens entscheidend mitgestaltet. Wir verlieren in ihm einen Kollegen und Vorgesetzten, der sich intern wie extern großer sachlicher und menschlicher Anerkennung erfreute. Sein Engagement für unser Unternehmen wird uns stets Vorbild bleiben.

Donaueschingen, den 16. Mai 1983

Geschäftsleitung, Betriebsrat und Mitarbeiter der
Fürstlich Fürstenbergischen Brauerei KG

Die Beisetzung findet am Donnerstag, dem 19. Mai 1983, um 14.00 Uhr auf dem Friedhof in Donaueschingen-Aufen statt.



Künstlers Kassensturz

mar – Der arme Poet soll der Vergangenheit angehören, und der Maler, der in der kargen Dachkammer darbend Werke für die Ewigkeit schafft, auch. So wollte es die sozial-liberale Koalition. Also hat sie das Künstlersozialversicherungsgesetz durchgesetzt. Seit dem 1. Januar dieses Jahres ist es in Kraft. Aber die rechte Freude darüber will nicht aufkommen. Vielmehr bilden sich immer neue Koalitionen, die etwas daran auszusetzen haben. So vereinte dieser Tage der Unmut über dieses Gesetz den Verlag der Autoren mit dem Deutschen Museumbund, zwei Institutionen also, die eigentlich keinerlei Gemeinsamkeiten haben.

Die Museumsleute stellten bei ihrer Jahrestagung in Münster fest: „Die jetzige Regelung, wonach fünf Prozent der Ankaufssummen von Kunstobjekten lebender deutscher Künstler an den Sozialfonds abzuführen sind, verkürzt die ohnehin knappen Mittel für den Kunstankauf nochmals." Das hat „große Nachteile insbesondere für noch junge unbekannte Künstler. Diese Tatsache steht in genauem Gegensatz zu den vom Gesetzgeber mit der Künstlersozialversicherung angestrebten Zielen". Die Museumsdirektoren wollen deshalb jedoch nicht gleich das ganze Gesetz umstürzen. Ihnen genügt es, wenn „die öffentlichen Haushalte unsere Ankaufsetats entsprechend aufstocken".

Der Verlag der Autoren, von Schriftstellern gegründet, um das „Ende der Bescheidenheit" gegenüber den angeblich nur profitgierigen Verlegern zu markieren, gibt sich auch hier weniger bescheiden. Er mußte nämlich seiner Bilanz entnehmen, „daß rund ein Drittel aller Erlöse des Verlages von der neuen Künstlersozialabgabe in Anspruch genommen werden". Dabei erweist sich als besonders nachteilig, daß die Autoren als Eigentümer des Verlages zugleich ihre eigenen Arbeitgeber sind: „Die Autoren verwahren sich dagegen, daß sie – jeweils zu ihrem Schaden – von den Finanzbehörden als selbständige Unternehmer, von der Künstlersozialkasse aber als Lohnabhängige behandelt werden und daß ihnen selbst dort, wo ihnen gegeben werden soll, noch genommen wird."

Das soll – so wird energisch gefordert – von der neuen Bundesregierung sofort geändert werden; noch ehe die anstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über dieses Gesetz vorliegt. Allerdings – und da geben sich die Autoren auf einmal bescheiden – genügen ihnen „Lösungen für Härtefälle wie den Verlag der Autoren". Stoff zum Nachdenken also – über den Unterschied *zwischen sozial und sozialistisch.*

Stimmbänder aus Schwedenstahl: Birgit Nilsson und das goldene Zeitalter des Wagner-Gesangs

Mozart zur Erholung vom Hojotohoh

Mörderisch, wie man ihnen nachsagt, sind die hochdramatischen Sopranpartien Wagners und Strauss', die Isolde, die Brünnhilde, die Elektra, eben doch nicht. Diesen Beweis kann die Schwedin Birgit Nilsson antreten, die heute ihren 65. Geburtstag feiert, diese Partien dreißig Jahre lang gesungen hat – und immer noch singt, ohne daß ihre Stimme davon Schaden genommen hätte. Natürlich ist die Stimme im Laufe der Jahre gealtert, schwerer und auch schwerfälliger geworden, neigt einem weit schwingenden Vibrato zu, aber gelitten hat sie unter den vielen Hojotohos und Liebestoden hörbar nicht.

Die Nilsson steht nicht allein. Vor einigen Wochen konnte Astrid Varnay ihren 65. Geburtstag feiern, und auch sie herrscht, nach über vierzigjähriger Karriere im hochdramatischen Fach, noch unangefochten auf der Bühne, wenn auch inzwischen in den dramatisch exponierten Partien des Mezzofachs. Zu guter Dritt: Auch Martha Mödl, sechs Jahre älter als ihre beiden Kolleginnen, ist noch aktiv. Sie kann dieses Jahr ihr vierzigjähriges Bühnenjubiläum feiern.

In einer Zeit, in der gerade im Sopranfach die kurzen, steilen Karrieren mit dem plötzlichen Absturz in den Totalverlust der Stimme zur Regel geworden sind, hört sich das an wie ein Märchen. Schlagworte wie Phänomen oder Naturwunder sind da schnell zur Hand. Aber eigentlich ist das Märchen die Regel und das Wunder der Normalfall. *Auch die Flagstad hat einst* erst mit sechzig ihren Abschied genommen, noch im Zenit ihrer stimmlichen Möglichkeiten.



Geprägt von Wieland Wagner und Karl Böhm: Birgit Nilsson, die heute ihren 65. Geburtstag feiert FOTO: RAUCH

Man hat diese Robustheit der Stimmen, vor allem in Hinblick auf Flagstad und Nilsson, aber auch auf die mütterlicherseits schwedische *und in Stockholm geborene* Varnay (mancher mag sich auch noch an die Schwedin Nanny Larsen-Todsen erinnern), mit Spekulationen über nordische Eigenheiten der Physis zu erklären versucht. Das ist Unsinn. Skandinavische Kehlköpfe sind auch nicht anders konstruiert *als deutsche. Die* Gründe müssen anderswo liegen.

Als hochdramatischer Sopran wird man nicht geboren. Nur eine langsame und stetige Entwicklung führt in dieses anspruchsvollste aller Stimmfächer. Die Nilsson hat 1946 als Jugendlich-Dramatische begonnen. Ihre erste größere Partie war Agathe im „Freischütz". Sie sang Mozart: Elektra im „Idomeneo" und Donna Anna. Immer wieder kehrte sie später aus dem deutschen Fach ins schlankere italienische zurück: Zu Verdis Amelia, Leonore, zu Puccinis Tosca und Turandot. Das gab der Stimme Flexibilität und Kantilene wieder, Tugenden, die vom Wagner-Gesang nicht gerade kultiviert werden. Schon Shaw spottete, daß das Singen in Bayreuth wohl nicht zu den *schönen Künsten* gerechnet würde.

Ähnliche Erholungspausen legte auch die Varnay in ihren jungen Jahren immer wieder ein, sang an ihren kleineren Heimatbühnen wie Düsseldorf sogar dramatisches Koloraturfach wie die „Troubadour"-Leonore oder die *Lady Macbeth.* Die Flagstad hatte gar als Soubrette begonnen, widmete sich zeitlebens auch dem Liedgesang und hielt Händel und Gluck in Ehren. Nicht Wagner und Strauss sind mörderisch, sondern die vokale Monokultur von heute, in der von den Spezialistinnen immer wieder die Heroinen-Partien und nichts als diese verlangt werden, getrennt nur durch die Flugreisen von einer Opernmetropole in die nächste.

Ein anderer Weg ins hochdramatische Wagnerfach geht vom Mezzosopran aus. Die Stimmlage, die Tessitura, ist fast dieselbe, lediglich bleiben dem Mezzosopran die exponierten Höhen erspart, die Wagner gelegentlich verlangt. Diesen Weg ist zum Beispiel Martha Mödl gegangen, in der Vorkriegs*generation auch Marta Fuchs.* Die Sopranhöhen lassen sich der Stimme aber wohl nur für eine Zeitlang abtrotzen.

Mödl-Varnay-Nilsson: Man denkt mit Wehmut an die große Zeit dieses Heroinentrios zurück, die fünfziger und sechziger Jahre, die wir *heute als die letzte* große Epoche des Wagner-Gesangs begreifen lernen. Nachgekommen ist jedenfalls nichts Vergleichbares mehr. Das üppige Volumen dieser Stimmen muß von den heutigen Interpretinnen durch forcierte Dramatik ersetzt werden. Das geht an die Substanz, verhindert aber vor allem jede Art von Gesangskultur, ohne die es eben auch bei einer Isolde, einer Brünnhilde nicht abgehen sollte.

Die schönste Stimme, von der Rundheit, Fülle und Wärme des Tons beurteilt, hatte fraglos Martha Mödl. Sie war noch Furtwänglers Favoritin. Über den geradezu belcantistischen Gesang hinaus war sie zugleich eine Gestalterin von höchsten Graden. Die Varnay, darstellerisch ein Geschöpf Wieland Wagners und des Neuen Bayreuth, beherrschte hingegen gleichsam die Abstraktion des klassischen Faltenwurfs: eine Tragödin der gebieterischen, kontrollierten Gestik, des scharf profilierten Mienenspiels. Ihr Sopran hatte eine Art von kühler, marmorner Härte, war vom Timbre her alles andere als schmeichelnd. Auf der Schallplatte ist sie deutlich zu kurz gekommen. Keine ihrer großen Partien ist da dokumentiert. Sie brauchte die szenische und musikalische Totale der Bühne.

Im Vergleich zu Varnay und Mödl galt die Nilsson lange als eine Art Stimmaschine: ein gleißendes, jedes Orchester sieghaft und mühelos überstrahlendes Organ, dem es freilich an Farbe, an Eigenart, an Empfindung mangelte. Das änderte sich erst bei der legendären Bayreuther „Tristan"-Produktion von 1962, als die Nilsson, ein Präzedenzfall, aus der Sängerequipe Wolfgang Wagners in die Wielands überwechselte und zugleich Karl Böhm als Wagner-Dirigent begegnete. War es Böhm, der diese monumentale Stimme nun plötzlich in ein Instrument von kammermusikalischer Flexibilität verwandelte, so formte Wieland Wagner die Nilsson zu einem wilden und wehen Geschöpf, das seinen Leiden auch darstellerisch Ausdruck verleihen konnte. Diese beispielhafte Partnerschaft wiederholte sich 1965 beim Bayreuther „Ring" und an der Wiener Staatsoper in Strausssens „Elektra".

Die Nilsson hat Maßstäbe gesetzt – und verdorben. Leichthin sang sie das Schwerste. Die schiere Größe *der Stimme kam in den* höchsten Lagen nahe an die Schmerzschwelle des Publikums. Sie zwang jeden nieder, der sich dieser Stimme aussetzte. Wer sie hörte in dieser Zeit, begegnete Vollendung. Die wird nicht wieder leicht zu haben sein.

REINHARD BEUTH

Die deutsch-französische Sprachbarriere wächst

Des Botschafters Zorn

Auch im zwanzigsten Jahr des Elysée-Vertrages ist die deutsch-französische Freundschaft noch weitgehend „stumm". Nur zwei Prozent der Deutschen können gut Französisch; gut Deutsch gelernt hat nur ein Prozent der Franzosen. Dies ist das Ergebnis von „Sondierungen", die beide Regierungen angestellt haben. Die „Sprachbarriere" wird heute auch die Spitzenpolitiker beider Länder *beim deutsch-französischen Gipfel* in Paris beschäftigen.

In einem Gespräch mit der WELT weist Axel Herbst, der deutsche Botschafter in Paris, noch einmal auf die Gründe für die deprimierende Sprachen-Bilanz hin: „Wenn nicht in Zukunft von der Schule her ein ganz starker Anstoß für das Erlernen der französischen Sprache gegeben wird, dann wird daraus nichts. Das aber ist, auf eine Kurzformel gebracht, die wirkliche Crux. Denn bei uns wird fast überall das Abitur nur noch mit einer Fremdsprache gemacht. Das hat die Oberstufenreform mit sich gebracht. Und da die jungen Menschen heute sehr in der Form von Input-Output denken, sagen sie, es sei leichter, Englisch zu lernen. Und damit ist das Französische gefallen."

Der Botschafter vertritt die Meinung, der entscheidende Schritt wäre wieder eine zweite obligatorische Fremdsprache im Abitur. Da dies wohl in neun von zehn Fällen das Französische sei, würde sich vieles grundlegend ändern. „Die letzte Bundesregierung hatte dazu schon *Anläufe genommen. Die* jetzige Regierung wird versuchen müssen, die Dinge weiter voranzubringen." Botschafter Herbst bezweifelt jedoch, ob das gelingt angesichts der „Reformmüdigkeit" an unseren Schulen und den ungewöhnlich schwierigen Bedingungen in einem *föderalen* Staat, in dem die Länder die Zuständigkeit im Unterrichtswesen haben.

Glatt gescheitert ist aus all diesen Gründen auch ein anderes Programm der Regierungen, „das sehr großzügig geschneidert war". Es ging um den intensiven Austausch von Gymnasial- und Hochschullehrern. Gedacht war zunächst an den jährlichen Austausch von 200 Lehrern. Aber nur 24 Lehrer fanden sich hierzu bereit. „Diese Zahl ist lächerlich gering. Wir haben die Plätze nicht besetzen können." Auch *hier nennt Botschafter* Herbst als Gründe einmal mangelnde Sprachkenntnisse der Betroffenen, zum anderen fehlende Mobilität, „obwohl alles unter dem Schirm des Staates vor sich geht und gar keine wirklichen Risiken beinhaltet". Die Lehrer gaben an, „sie fürchteten um ihren bisherigen Arbeitsplatz", und erklärten, „sie erwarteten Nachteile in ihrer Karriere". Ein weiteres Argument: „Sie müßten auf berufstätige Ehefrauen Rücksicht nehmen."

Nachgelassen hat in den letzten *Jahren auch das Interesse an ei*nem Studium in Frankreich. Zur Zeit studieren dort 2900 Deutsche. 73 Prozent von ihnen „berufsbedingt", weil es Romanisten sind. Auf die Naturwissenschaften fallen weitere 5,8 Prozent, auf die Rechtswissenschaften 5,8 Prozent, auf die Wirtschaftswissenschaften 3,7 Prozent und auf die Medizin 9,1 Prozent.

Einigermaßen zufrieden zeigt sich Herbst nur über den kulturellen Austausch. „Den großen Durchbruch schaffte hier die Ausstellung Paris–Berlin", meint er. „Sie hat tief ins Land hineingewirkt. Für die meisten Franzosen kam es einer Enthüllung gleich zu erfahren, daß bis 1933 auch etwas war in Deutschland, in der Malerei, in der Skulptur, bis hin zum Bauhaus, und daß es bis 1933 viele *kulturelle* Weberschiffchen zwischen beiden Ländern gab."

EVI KEIL

Richtungskämpfe um Kindertheater der „DDR"

Pelikan im Winterwald

Die SED ist unzufrieden mit dem „DDR"-Kinder- und Jugendtheater, vor allem mit den in jüngster Zeit entstandenen Märchenstücken, aber auch den älteren, neuinszenierten Bühnenwerken für Kinder. So verdammte die Ostberliner Zeitschrift „Theater der Zeit" das von dem jungen „DDR"-Autor Peter Madei erarbeitete Stück „Ein Silverstertag" als „eine kaum verkappte stinkbürgerliche kitschige Märchenrevue ohne Fabel, ohne ernsthaften Konflikt, ohne konkrete Figuren, obwohl es von Rehen, Fuchs, Dachs, Hase, Pelikan (im Winterwald!) nur so wimmelt". Fazit: „Hier wird versucht, einen völlig falschen Phantasiebegriff auf dem Theater wieder zu legalisieren." Kaum weniger scharf wurden Aufführungen älterer Märchenstücke in Cottbus, Eisenach und Wittenberg gebrandmarkt.

Was sich hinter diesen Attacken verbirgt, verriet Gisela Holan im Rahmen der vor einiger Zeit in Halle stattgefundenen IV. Werkstatt des Kinder- und Jugendtheaters der „DDR": „Die Gegenwartsdramatik ist noch nicht das Kernstück unserer Theaterarbeit geworden."

In diesem Zusammenhang sprach die SED-Kulturfunktionärin Ilse Rodenberg, Präsidentin der ASSITEJ und des Nationalen Zentrums „DDR" der ASSITEJ, zum wiederholten Male von der Notwendigkeit, „mit den Mitteln der Theaterkunst teilzunehmen an den entscheidenden Kämpfen unserer Zeit und bei der kommunistischen Erziehung unserer Jugend in der DDR". Deshalb müsse man die „dringliche Frage" stellen, ob „der junge Zuschauer heute noch als politischer Partner ernst genug genommen" werde.

Auch das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" drückte seinen Unwillen aus: „Wir brauchen mehr Stücke mit Themen aus der unmittelbaren Gegenwart unserer Kinder und Jugendlichen, vor allem *solche,* die sie an den entscheidenden Kämpfen unserer Zeit für die Stärkung des Sozialismus und die Erhaltung des Friedens teilnehmen lassen". Das „dramatische Angebot" auf diesem Gebiet sei viel „zu schmal". Es sei „eine altbekannte Tatsache", so schrieb Christel Hoffmann im „Sonntag", „daß das Theater nur durch seine Beziehung zur Wirklichkeit, durch die lebendige Auseinandersetzung mit den Problemen der Zeit, zu einer künstlerischen Sprache findet, die seinem Publikum etwas mitzuteilen hat". Das Kinder- und Jugendtheater verliere seinen Sinn, „wenn das junge Publikum nicht spürt, daß seine Sache auf der Bühne vertreten wird".

Die Klagen der SED-Kulturfunktionäre über den mangelnden „Wirklichkeitsbezug" des „DDR"-Kinder- und Jugendtheaters sind pure Augenwischerei. Denn wenn die Autoren einen vorsichtigen Schritt in Richtung einer kritischen Auseinandersetzung mit dem real existierenden Sozialismus und damit mit den Problemen der Zeit wagen, schreiten sofort die Zensoren ein. Oder es droht Berufsverbot. Stücke, in denen die Probleme junger Menschen realistisch und somit nicht im Sinne der Partei behandelt werden, sind bei der SED ganz und gar nicht erwünscht. Dafür gibt es Beispiele, so u. a. die von den Funktionären heftig kritisierten Bühnenwerke „Frech wie Oskar" und „Pellkartoffel".

Die Mehrheit der „DDR"-Autoren und -Theaterkünstler weigert sich weiterhin beharrlich, den ideologischen Forderungen der SED nachzugeben, oder sie ziehen es vor, „simple" Märchenstücke zu schreiben, zu inszenieren und zu spielen.

HARALD BUDDE

Hannover entdeckt den Maler Ch. Crodel neu

Ein Orpheus der Farben

Im Mai 1933 entdeckte der kommissarische Landeshauptmann der Provinz Sachsen sein Interesse für artgemäße Kultur. Das hatte Folgen. „Mit Empörung habe ich in dem altehrwürdigen Goethetheater in Lauchstädt feststellen müssen, daß dieser durch unsern großen deutschen Dichter geheiligte Raum in abscheulicher Weise durch Schmierereien verschandelt worden ist", teilte er dem Magdeburger Landtag mit. „Ich habe angeordnet, daß die Kulturschande sofort ausgelöscht wird. Die Arbeiten sind bereits im Gange."

Ausgelöscht wurden die erst zwei Jahre zuvor fertiggestellten Wandbilder des Lehrers für Malerei und Graphik an der Kunstgewerbeschule Burg Giebichenstein, Charles Crodel. Grabbes „Scherz, Satire, Ironie"-Spiel als Motivkatalog nutzend, hatte Crodel Schauspieler mit Masken auf die Bühnenwand gemalt und über dem Vorhang Orpheus als mythischen Ahnherr der Dichtung beschworen. Doch weniger der Inhalt der Darstellung als ihr Stil muß die nationalsozialistischen Kunstrichter schockiert haben. In Crodels burlesker Einfalt, in der Unbefangenheit seiner raschen Pinselführung und dem spontanen Fabulieren in Licht und Farbe spürten die Ideologen jene geistige Freiheit, die unter totalitärer Herrschaft nicht willkommen sein kann.

Ein Gesamtüberblick über Crodels Werk, den das Kulturamt Hannover gegenwärtig im Kubus an der Ägidienkirche zeigt, macht den Stellenwert von Crodels Wandbildern (er schuf andere mit gleichem Schicksal für Jena und Halle) erstmals im Zusammenhang deutlich: Sie bedeuten eine Zäsur in seinem Schaffen. In der Folge ihrer Zerstörung wurde Crodel denn auch aus dem Lehramt an der Kunstgewerbeschule entlassen.

In Marseille 1894 geboren, hatte Crodel in Jena zunächst Kunstgeschichte und Archäologie studiert, 1921 seine Gesellenprüfung im Lithographen- und Druckerhandwerk gemacht, vier Jahre später sein erstes Wandbild (für die Universität) fertiggestellt und war daraufhin an die Werkstätten der Stadt Halle (seit 1922 auf der Burg Giebichenstein) berufen worden. Von 1933 an mußte er sich verändern. Das Kunsthandwerk wurde zur Domäne. Er bemalte Porzellan für die Staatliche Manufaktur in Berlin, entwarf Dekors für Industrieglas von Wilhelm Wagenfeld, schuf Kirchenfenster mit der Berliner Glas- und Mosaikwerkstatt August Wagner.

Die einzelnen Gattungen chronologisch ordnend, gibt die Hannoveraner Ausstellung in dichter Hängung und prächtig gefüllten Vitrinen eine bislang einmalige Einführung in die Vielfalt des Crodelschen Werkes. Was ihm bei seinem Tod 1973 Eberhard Roters nachrühmte, „Christentum und heidnische Antike" seien „in seiner Kunst schwesterlich versöhnt", wird angesichts des Reichtums der stets diesseitig erzählenden Phantasie relativiert. Noch die Kirchenfenster sind märchen- und mythosverliebt, und der Charme der Unmittelbarkeit, der allen gegenständlichen Werken Crodels eigen ist, scheint seine Maxime in jenen Stichworten zu haben, die er aufgrund früher Griechenland-Erfahrung notierte: „Da ist kein Verzeihen, keine Auferstehung, keine ‚*andere Backe dem Feind*'; *an sich* schon paradiesisch, ohne Hoffnung auf das bessere Jenseits. Eurydike durfte nicht zurückkehren." (Bis 23. Mai, Katalog 20 Mark).

DIETMAR BITTRICH



„Forstwerderbrücke in Halle", Kaltnadelradierung von Ch. Crodel, 1928, aus der Hannoveraner Ausstellung FOTO: KATALOG

Rainer Söhnleins Film „Marianne und Sophie"

Alte Schachteln reisen

Bei manchen Filmen faßt man sich nach ihrer Besichtigung an den Kopf: Was haben sich seine Autoren da bloß gedacht? Hier offenbar, daß man einem „Seniorentrend" folgen wollte. Aufmüpfige alte Damen sind lustig. Also läßt man hier zwei Großmütter ihren ehrwürdigen Familienstand hinschmeißen. Sie spucken auf die spießige Verwandtschaft, kaufen mit dem Geld aus dem Sparstrumpf einen Mercedes nebst Wohnanhänger. Und nun reisen sie in die weite Welt wie einst der liebe Taugenichts bei Eichendorff, zwei Uralt-Aussteigerinnen von heute.

Ausführliche Fahrten auf diversen Autobahnen werden verfolgt, Zement in Landschaft. Die dusseligen alten Damen kampieren auf verschiedenen Campingplätzen. Der Film führt sie (man muß wohl vermuten mit Hilfe örtlicher Verkehrsvereine) von Bad Wörishofen bis ins liebe Bad Husum und dann ins Ruhrrevier, wo sie (so fort*schrittlich sind die beiden Omas!*) einer regelrechten Hausbesetzung schnell mal ihre Hilfe leisten.

Die eine der beiden Damen hat schon in Wörishofen einen ziemlich dämlichen „Kurschatten" an sich geheftet. Er verfolgt sie mit seinem Kleinstwagen quer durch ganz Deutschland. Wieso er sie immer wiederfindet und mit welchem Spürsinn, ist nicht zu erkennen. Tut ja nichts! Am Ende steigen sie, nachdem sie die Verfolgungen ihrer schrecklich tölpelhaften und besorgten Familien abgeschlagen und unterlaufen haben, direkt nach Paris. Zwei alte Schachteln, immer noch auf Achse.

Das ist durchweg hilflos zusammengeschustert. Rainer Söhnlein führt schusterhaft Reiseregie, immer nur Landschaftsprospekte aneinanderreihend. Fitzgerald Kusz, dem doch immerhin ein paar griffige Volksstücke aus dem Fränkischen bisher zu verdanken waren, hat das triste Drehbuch geschrieben, derartig, daß die mühsamen Klebestellen der handlungslosen Handlung nur immer wieder aufbrechen.

Marianne Hoppe (und da wird der Filmanlaß ganz traurig!) muß die aufgeregte Lustigkeit einer der beiden Dollbrägen-Greisinnen in permanenter Hektik markieren. Sofie Kessler, vom Nürnberger Stadttheater, *ist ihre Freundin* und Reisegefährtin auf der langen, immer wieder peinlich ereignislosen Ausreißertour.

Manche Unterhaltungsfilme sind aufgrund ihres Mankos an Unterhaltungswert und wegen ihres inszenatorischen Ungemachs eher doch beleidigend. Dies ist so einer.

FRIEDRICH LUFT

Nach 20 Jahren ein Platz für Heiligers Kruzifix

Dahlems eisernes Kreuz

Vor kurzem fand ein vor mehr als zwanzig Jahren entstandener und nun durch Zufall wiederentdeckter Kruzifixus des Berliner Bildhauers Bernhard Heiliger in der Dahlemer Dorfkirche St. Annen, einer der ältesten Kirchen Berlins aus gotischer Zeit, den ihm gemäßen endgültigen Aufstellungsort. Heiliger hatte das Werk ursprünglich auf Anregung des Architekten Egon Eiermann für dessen 1959/61 errichteten oktogonalen Neubau der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche geschaffen, aus dem es jedoch aufgrund der Ablehnung durch die Kirchenleitung und die Gemeindemitglieder bald wieder entfernt werden mußte. Auch ein zweiter Versuch, den Kruzifixus in einem Kirchenraum unterzubringen, und zwar in der neuen Lietzenseekirche des Architekten Paul Baumgarten, scheiterte zehn Jahre später wiederum am Widerspruch der Gemeinde.

Jetzt entdeckte Berend Wellmann, ein kunstverständiger junger Pastor, das Werk während eines Besuches bei Heiliger in einer Ecke des Ateliers. Wellmann war von der neuartigen Gestaltung des Gekreuzigten so gefesselt, daß er den Bildhauer bat, sein Werk für St. Annen in Dahlem zur Verfügung zu stellen. Heiliger ließ daraufhin die im ersten Entwurf nur aus Gips, Draht und anderen Materialien hergestellte Figur nunmehr aus zusammengeschweißten Eisenteilen neu anfertigen und schenkte sie der Kirche, wo sie unter dem gotischen Kreuzrippengewölbe über dem Seitenportal im Inneren einen wirkungsvollen Platz erhielt.

Heiligers drei Meter hoher Kruzifixus zählt zu den originellsten Schöpfungen unter den modernen Christusdarstellungen. In seiner weit vorausgreifenden plastischen Konzeption markiert er den damaligen Übergang des Bildhauers von der figurativen zur abstrakten Ge*staltungsweise. Wie schon in den* Eisenskulpturen von Gargallo und Gonzales wird der Raum als plastischer Wert aufgefaßt. Gleichzeitig sind Kreuz und Korpus zu einer unlöslichen Einheit verschmolzen. Aus zusammengefügten Eisenstäben und Eisenstücken, deren *scharfkantige und stachelige For*men das Schmerzhafte der Kreuzigung ausdrücken, ist ein Kruzifixus entstanden, von dem bei aller Abstraktion eine durchaus sakrale Wirkung ausgeht.

HANNS THEODOR FLEMMING

JOURNAL

Gropius-Ausstellungen zum 100. Geburtstag

dpa, **Dessau/Berlin**

Zum morgigen 100. Geburtstag von Walter Gropius ist in Dessau eine Ausstellung mit Exponaten des wissenschaftlich-kulturellen Zentrums des Bauhauses eröffnet worden. Im Bauhaus-Archiv in West-Berlin wird eine kleine biographische Ausstellung gezeigt. Eine ursprünglich geplante Gropius-Retrospektive muß, wie das Bauhaus-Archiv mitteilte, aus konservatorischen Gründen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden, da wertvolle Originale aus dem Busch-Reisinger-Museum, Cambridge (USA), bis auf weiteres nicht zu beschaffen sind.

Hochschulassistenten auf Portiers-Stellen

JGG. **Warschau**

Die neue polnische Wirtschaftsreform, die von drastischen Sparmaßnahmen begleitet wird, hat jetzt auch den Hochschulbereich erreicht. So müssen jetzt die Professoren ihre Assistenten mit Planstellen für Sekretärinnen, Hausmeister und Portiers, „technisches" und „Hilfspersonal" versorgen, da ihnen die meisten Assistentenstellen gestrichen wurden. Die Höhe des Gehalts spielt da keine Rolle, denn die Monatslöhne von Assistenten und der vorgenannten Berufe sind gleich und bewegen sich am Rande des Existenzminimums.

Absagen beim Festival von Nancy

Schw. **Nancy**

Die internationalen Theaterfestspiele von Nancy finden in diesem Jahr vom 21. Mai bis 2. Juni statt. Dreißig Theatergruppen aus 19 Ländern wurden eingeladen, von denen das Theater Bulandra (Bukarest) aus politischen Gründen und das Citizens' Theatre (Glasgow) mit seiner Dramatisierung des Romanwerks von Marcel Proust aus finanziellen Gründen haben absagen müssen. Künstlerische Leiterin der diesjährigen Festspiele ist die Jugoslawin Nira Trailovic, die Direktorin des Avantgarde-Theaters „Atelier 212" in Belgrad (Auskunft und Kartenbestellung: Festival Mondial du Théâtre, B. P. 704, F-54 008 Nancy Cedex. Tel. 00 338/3 - 370 021).

Schweizerische Emails in der Eremitage

AP, **Leningrad**

In der Zwölf-Säulen-Halle der Leningrader Eremitage ist eine Ausstellung schweizerischer Emails eröffnet worden. Mehr als 160 Miniaturen mehrerer Jahrhunderte aus dem Genfer Museum Arts et Histoire werden zusammen mit Zeichnungen zeitgenössischer Künstler gezeigt. Die wertvollsten Exponate stammen aus der Zeit zwischen 1650 und 1850 und sind mit Juwelen besetzt. Sie zeigen Landschaften, Genreszenen oder Porträts auf Uhren, Broschen, Schnupftabakdosen und Medaillons.

Herder-Dokumente wiederaufgefunden

dpa, **Krakau**

Wesentliche Teile des für verschollen gehaltenen Bestandes von Herder-Handschriften wurden in der Jagiellonen-Universität in Krakau wiederaufgefunden. Die Handschriften waren während des Zweiten Weltkrieges ausgelagert worden. Zu dem Fund gehören, wie die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN am Freitag berichtete, 600 Briefe von Johann Gottfried Herder und seiner Frau Karoline, die bisher nicht oder nur spärlich gedruckt vorlagen. Das Konvolut macht einen Ergänzungsband des jetzt erscheinenden Bandes sieben der Herder-Briefe erforderlich.

„Die Fastnachtsbeichte" als Oper von Klebe

Reg. **Darmstadt**

Die Opernspielpläne des Staatstheaters Darmstadt stehen bis Ende des Geschäftsjahres 1984 fest. Außer Mozarts „Idomeneo" (musikalische Leitung: Hans Drewanz/Regie: Hans Hartleb) und „Undine" (Christian Fröhlich/Fred Hartmann) versprechen insbesondere zwei Inszenierungen interessant zu werden: Herbert Wernicke will Rossinis „Barbier von Sevilla" einstudieren, der scheidende Generalintendant Kurt Horres betreut die Uraufführung der Oper „Die Fastnachtsbeichte", die Giselher Klebe nach der gleichnamigen Novelle von Carl Zuckmayer geschrieben hat.

Erna Sellmer †

dpa, **München**

Die Schauspielerin Erna Sellmer, vor allem als Partnerin von Freddy Quinn im Musical „Heimweh nach St. Pauli" und neben Gerd Fröbe im „Raub der Sabinerinnen" bekannt geworden, ist im Alter von 77 Jahren gestorben. Die in Hamburg geborene Erna Sellmer spielte nach ihrer Ausbildung in Berlin Ende der vierziger Jahre an zahlreichen Theatern vorwiegend in Berlin. *Seit 1950 wirkte sie* in einer großen Zahl deutscher Filme mit. Erna Sellmer war vor sechs Wochen nach einem Schlaganfall in eine Münchner Klinik eingeliefert worden.

In Bussen und Bahnen haben die Türken am meisten zu leiden

Per Umfrage ließ der Berliner Senat erkunden, was die Gastarbeiter über Deutsche denken

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die türkischen Mitbürger in der Bundesrepublik müssen sich die meisten abfälligen und beleidigenden Äußerungen in Bussen oder Bahnen (41 Prozent), beim Einkauf (32 Prozent) und am Arbeitsplatz (34 Prozent) anhören. Nur 17 Prozent von 500 repräsentativ befragten Türken gaben jetzt in der ersten derartigen Umfrage in Deutschland an, noch keine ausländerfeindlichen Erfahrungen gemacht zu haben.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse einer Umfrage, die Berlins Sozialsenator Ulf Fink (CDU) in Auftrag gab, nachdem Berlin schon 1979 erforscht hatte „Wie denken Türken über die Deutschen?". „Es handelt sich hier um eine Pilotstudie, der im Herbst eine Befragung von weit mehr als tausend repräsentativen Gastarbeitern folgt", erläuterte Finks Sprecherin Christiane Gilles. Die aktuelle Umfrage war in den vergangenen Monaten von speziell für diesen Einsatz vom Emnid-Institut (Bielefeld) geschulten türkischen Interviewern bei einem Querschnitt aus den 120 000 Türken in Berlin vorgenommen worden.

Die Furcht vieler Gastarbeiter, selbst in Deutschland von den politischen Verhältnissen in der Türkei *eingeholt* zu werden, schlug sich an einem Punkt nieder: Gut ein Drittel der Befragten paßte auf die Fragestellung, ob sie – wären sie in der Heimat gewesen – für oder gegen den Verfassungsentwurf der Militärs in Ankara gestimmt hätten.

Andere wichtige Ergebnisse:

- Zum Problem der „Ausländerfeindlichkeit" gibt es eine positive Entwicklung an den Schulen. Denn nur neun Prozent der türkischen Kinder haben nach Angaben ihrer Eltern in dieser Beziehung von schlechten Erfahrungen berichtet.
- Nur etwa jeder zweite Türke gab an, er habe „häufigen" Kontakt zu Deutschen. In der Altersgruppe der 18- bis 24jährigen stieg diese Zahl jedoch auf 65 Prozent.
- Als besonders bedrückende Probleme nannten 24 Prozent der Befragten die Arbeitslosigkeit, 21 Prozent hielten Schritte gegen die Diskriminierung für wichtig, 15 Prozent wünschten sich mehr und bessere Wohnungen.
- Etwa drei Viertel aller Interviewten machten nur sehr vage Angaben auf die Frage, wie lange sie in Deutschland bleiben wollten. „Für immer", erklärten lediglich vier Prozent. Sechs von zehn Befragten meinten: „Weiß noch nicht, will aber langfristig zurück."
- Als Hauptgründe für eine eventuelle Rückkehr erklärten 28 Prozent der Türken, sie hätten „genug gespart". *1979 sich dieser Wert bei* einer ähnlichen, aber wesentlich kleiner angelegten Frageaktion nur auf 14 Prozent. „Meine Kinder sollen in heimatlicher Umgebung aufwachsen", führten 20 Prozent der Befragten als Rückkehr-Motiv an. Vor vier Jahren sagten dies aber noch 34 Prozent – ein Zeichen für den Integrationsprozeß.
- Ein unsicheres Gefühl bei der Aufenthaltserlaubnis und wegen seines Arbeitsplatzes äußert nur jeder fünfte Türke.
- 50 Prozent der Befragten kreuzten bei der Aktion die Rubrik „eigenes Haus" an, als es um die Frage nach dem Eigentum in der Heimat ging.
- Türkische Gastarbeiter reisen weniger häufig als allgemein vermutet nach Hause: 63 Prozent fahren einmal pro Jahr in Richtung Heimat. Lediglich jeder 20. Türke startet zweimal pro Jahr zur Fahrt an den Bosporus.
- Im Gegensatz zu der verschwindend geringen Zahl von Einbürgerungen in Berlin (etwa 100 pro Jahr) steht die Frage zu diesem Punkt: Jeder zehnte Türke bekundete sein grundsätzliches Interesse daran, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben.

Unterdessen begann die Ausländerbeauftragte des Senats, Barbara John (CDU), in den Lokalzeitungen eine Anzeigenaktion für die Berliner. Wer einen Coupon *zurückschickt, bekommt Material* zu diesem *nicht* nur an der Spree so emotional „geladenen" Thema.



Auch Ziegenherden sind schuld an dem Chaos auf Kalkuttas Straßen. FOTO: WALTER VOGEL

Millionen fließen unter die Erde von Kalkutta

dpa, Kalkutta

In der ostindischen Metropole Kalkutta, in der der Straßenverkehr mehrmals täglich zusammenbricht – Durchschnittsgeschwindigkeit im Zentrum 1,5 Kilometer pro Stunde –, klammert man sich voller Ungeduld an ein Projekt, das sich allerdings seit Jahren nur noch hinschleppt: den Bau der Untergrundbahn.

In Trauben hängen die Neugierigen über Bretterzäunen, die die Riesenbaustelle absichern. Immer aggressiver verfolgen sie die Arbeiten tief unter ihnen. Indiens erste Untergrundbahn will und will nicht fertig werden.

„Beeilt euch", rufen die Leute den Arbeitern zu, „unsere Geduld ist bald zu Ende!" Die neue U-Bahn beherrscht das Stadtgespräch. Kalkutta, diese Stadt mit ihren zehn Millionen Menschen, ist ein Alptraum. Dabei ist es noch nicht einmal ein Jahrhundert her, daß das Leben in den Straßen gemächlich, fast beschaulich verlief. Sänften und Kutschen beherrschten das Bild. Damals hatte die Stadt weniger als eine Million Einwohner. Nur 50 Jahre später, ausgelöst durch die Teilung des Subkontinents in Indien und Pakistan, hatte sich die Stadt in einen Hexenkessel verwandelt.

Millionen heimatlos gewordener Menschen kamen über die Grenze und hofften, in Kalkutta ein neues Zuhause zu finden. Diese plötzliche Bevölkerungsexplosion ließ das einst prächtige Kalkutta zu einer Stadt erbärmlicher Slums werden. Anfang der 70er Jahre war das Chaos auf den Straßen perfekt.

Nur sechs Prozent des Stadtgebiets von Kalkutta sind durch Straßen erschlossen. Kein Wunder also, daß heute im Straßenverkehr der absolute Sättigungsgrad erreicht ist.

Angesichts dieser Situation ließ sich die indische Regierung 1973 auf das gewagte städtebauliche Projekt einer U-Bahn ein, von dessen Erfolg oder Fehlschlag vermutlich die Zukunft von Indiens größter Stadt abhängt. Ende der 70er Jahre werde die Untergrundbahn fertig sein, verhießen damals die Politiker. Ein leeres Versprechen. In der Zwischenzeit sind die Kosten von 1,4 Milliarden Rupien, umgerechnet 350 Millionen Mark, auf mehr als das Vierfache gestiegen.

Jahrelang lag die Baustelle still, die Straßen blieben aufgerissen, bis schließlich die Weltbank Hilfe anbot. Aber auch sie ist nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Allein im ersten Jahr des Betriebs liegen die laufenden Unterhaltungskosten bei rund 15 Millionen Mark. Nicht einmal diese Summe wird die Stadt aufbringen können.

Die erste Teilstrecke von 16 Kilometern soll dennoch in diesem Jahr fertiggestellt werden. Doch daran glaubt in Kalkutta schon kaum noch jemand.

1984 wird auch Frankfurt „dreistellig"

dpa, Frankfurt

Frankfurt erhält vom 5. August des kommenden Jahres an eine neue dreistellige Vorwahlnummer: 069. Damit ist die Mainmetropole neben West-Berlin (030), Hamburg (040) und München (089) die vierte Großstadt mit dreistelliger Vorwahl. Die Umstellung ist notwendig geworden, weil die Technik ausländischer Vermittlungssysteme für den nationalen Telefonbereich nur Nummern mit maximal zehn Ziffern erlaubt. In Frankfurt gebe es aber schon zahlreiche achtstellige Telefonnummern, vor allem bei Nebenanschlüssen von Behörden, die mit der alten Vorwahl 0611 nicht direkt aus dem Ausland angewählt werden könnten, erklärte der Präsident der Frankfurter Oberpostdirektion. Jeder Telefonkunde in Frankfurt und Offenbach wird in der nächsten Zeit mit einem Informationsschreiben der Post auf die neue Nummer hingewiesen. Die Kosten der Umstellung für die Frankfurter Post wurden auf etwa 700 000 Mark beziffert. Gleichzeitig hieß es bei der Post, daß vom 17. September 1983 an in Frankfurt Anschlüsse an das neue Bildschirmtext-System (Btx) möglich sind.

Ruhe am Pferdskopf

dg. Frankfurt

Das erste „Ruhegebiet für die Erholung" in der Bundesrepublik wird vom Umlandverband Frank*furt im* Gebiet um den Pferdskopf in der Gemeinde Schmitten/Hochtaunus eingerichtet. Ruhegebiete sind Bereiche von mehreren Quadratkilometern Fläche, in die keine „technischen Geräusche" oder sonstige „Unruhe und Hektik verbreitenden Aktivitäten" einwirken.

Tod nach 20 Jahren Koma

dpa, Reims

Der 31 Jahre alte Christian Murcia aus Reims in Nordfrankreich ist nach 20jährigem Koma gestorben. Am 15. August 1963 war der damals 11jährige von einem Auto überfahren worden. Dabei hatte er schwere Hirnverletzungen erlitten.

Urteil gegen Goldbach

AP, Bochum

Wegen Betrugs hat das Bochumer Landgericht gestern den früheren Inhaber der 1979 zusammengebrochenen Herner Mineralölgruppe Goldin, Erhard Goldbach, zu einer Haftstrafe von sechs Jahren und sechs Monaten verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß der heute 54 Jahre alte Goldbach einen Blinden als „Strohmann" zum Chef seiner Treibstoff-Lieferfirma gemacht hatte, um das Blindenprivileg des Umsatzsteuergesetzes auszunutzen. Nach Aufhebung dieser Steuervergünstigung habe Goldbach das Unternehmen in Konkurs getrieben und den Fiskus damit um rund 8,5 Millionen Mark geschädigt.

Wetten auf das Wetter

AP, London

In London, wo es am Sonntag schon den 29. Tag ununterbrochen regnete, werden jetzt Wetten auf das Wetter angenommen. Eine Buchmacherfirma bietet eine Wettquote von 1:5 für den Glückspilz, der die ersten beiden trockenen Tage richtig voraussagt.

Heißes Wochenende

AP, München

Die erste größere Reisewelle in diesem Jahr wird nach Einschätzung des ADAC am kommenden *Pfingstwochenende über die* Straßen vor allem im süddeutschen Raum rollen. Der Automobilclub wies gestern in München daraufhin, daß schon am Freitagnachmittag und dann am Samstagvormittag (20. und 21. Mai) mit erheblichen Behinderungen zu rechnen sei.

Insekten-Invasion

K. R. Venedig

Die kostbarste und älteste Bibliothek Italiens, die 1362 in Venedig gegründete Biblioteca Marciana, wird von einer Invasion von Holzwürmern, Zecken, Flöhen, Mistkäfern und Mäusen bedroht. Fachleute rechnen mit unübersehbaren Schäden, wenn nicht bald etwas dagegen unternommen wird. Die Mittel aber fehlen. Die letzte Generalreinigung fand vor 20 Jahren statt.

ZU GUTER LETZT

„Wer treffen will, muß zielen lernen." Schlagzeile in der Ostberliner „Volksarmee".

Hongkongs „Schlangenköpfe" machen mit kleinen Kindern das große Geschäft

Menschenschmuggler spezialisierten sich auf neuen Zweig der illegalen Einwanderung

RALF PETER LAUCK, Hongkong

Eines der größten Probleme Hongkongs ist die Flut der illegalen Einwanderer, die auch heute noch in die hoffnungslos übervölkerte britische Kronkolonie strömt. Längst sind die Zeiten vorbei, in denen man das Problem mit britisch sportlicher Fairneß handhabte: Wer es bis auf die Insel schaffte, durfte bleiben. Inzwischen weht ein rauherer Wind. Für die Illegalen gibt es kein Pardon mehr. Aus diesem Grunde tauchen viele, die den beschwerlichen und auch gefährlichen Weg über die Grenze schaffen, gleich unter und schließen sich einer der zahlreichen Banden an. Ein dramatischer Anstieg der Kriminalität war die Folge. In der letzten Zeit aber wurde die Polizei in Hongkong mit einer ganz neuen Welle illegaler Einwanderer konfrontiert. Heimlich wie die Eltern kamen nun auch deren Kinder.

In den letzten 18 Monaten, so heißt es, wurden rund 5000 Kinder nach Hongkong geschmuggelt. Sie kamen über den gleichen Weg, über den meist ihre Eltern vor ihnen ihr Glück gesucht hatten. Die Behörden sind einiges an Fluchtgeschichten, nicht nur durch die Chinesen vom Festland, sondern vor allem von den vietnamesischen „Boat People" gewöhnt. Die Art und Weise, wie die Kinder, oft nicht älter als zwei, zu ihren Eltern transportiert werden, verschlägt aber auch den abgebrühten Polizeibeamten die Sprache.

Die zweifelhafte Form der „Familienzusammenführung" wird von Gangs organisiert, die sich regelrecht auf den Menschenschmuggel spezialisiert haben. Genannt werden sie die „Schlangenköpfe". Vor der Reise über See setzen sie die Kinder meist unter Drogen, damit sie auf der Fahrt ruhig sind. Dann werden sie auf kleinen engen Booten, die oft kaum noch seetüchtig sind, zusammengepfercht und unter Fischen, Gemüse oder anderer Ladung versteckt. Völlig steif, durchnäßt und frierend kommen die Kleinen dann in Hongkong an. „Es ist ein schreckliches und gemeines Geschäft", sagt Honkongs Polizeichef Roy Henry.

Und ein Geschäft ist es mit Sicherheit. Für ein Kind nehmen die Transportgangster den Eltern bis zu 4000 Mark ab. Im Moment, so schätzt Henry, sind es mehr als 25 Kinder pro Tag: „Auf einen Transport, den wir erwischen, gehen uns mindestens sieben durch die Lappen." Die Möglichkeiten auch solcher Eltern, die inzwischen legal in Hongkong wohnen, auf anständige Weise an ihre Kinder zu kommen, sind allerdings gering. Es gebe zwar, so gesteht Henry ein, den offiziellen Weg, die Kinder nachkommen zu lassen, aber das könne mehrere Jahre dauern.

Auf die Kinder lauern aber abgesehen von dem unmenschlichen Transport noch größere Gefahren. So kommt es immer wieder vor, daß Kinder tot aus dem Meer gezogen werden. Sie wurden von den „Schlangenköpfen" einfach „vergessen", weil die Eltern nicht bezahlen konnten oder nicht aufzutreiben waren. Wie viele Kinder dabei schon mit dem *Leben* bezahlten, ist kaum auszumachen.

LEUTE HEUTE

Päpstliches Panzerhemd

Papst **Johannes Paul II.** geht nach menschlichem Ermessen auf seiner bevorstehenden Polenreise keine Gefahr mehr für sein Leben ein. Er wird unter der weißen päpstlichen Tunika ein Panzerhemd aus den USA tragen. Es besteht aus einem Metall- und Plastiknetz und wiegt knapp ein Kilo. Die Maßarbeit für den Heiligen Vater kostet umgerechnet 3000 Mark.

Häßlicher Erster

Marco Bresolin konnte sich seines Titels als Sieger eines Radrennens in Bologna nicht recht freuen. Pokal und Siegerkuß der Miß Bologna bekam für ihn der Zweite. Der Grund: Die Organisatoren der Sportveranstaltung hielten Bresolin für so häßlich, daß er nicht auf den Zeitungsfotos erscheinen sollte.

Dritter Anlauf?

Den ältesten Ägypter hat die Kairoer Tageszeitung „Al Ahram" jetzt entdeckt. Der angeblich 160jährige **Ibrahim Al Karimi** lebt als Schäfer bei Ismailia. Er hat 88 Enkelkinder, ist bei guter Gesundheit und hegt nur einen Wunsch: zum dritten Mal zu heiraten. Einer dritten Ehe widersetze sich jetzt jedoch seine Familie, schrieb das Blatt.

Durch Moskau rollt der Welt rentabelste U-Bahn

Gewinn erwirtschaftet / Subvention in Mexiko: 86 Prozent

S. HELM, London

Auf der Moskauer Metro kann man für einen Fahrpreis von rund 20 Pfennig beliebig weit fahren. Dennoch vermag die Metro alle ihre Kosten durch die Einnahmen aus Fahrpreisen zu decken und erwirtschaftet sogar noch einen Gewinn von 2,9 Prozent. Die Hamburger U-Bahn erreicht eine Rentabilität von rund 75 Prozent, die Pariser Metro sogar nur 37 Prozent. Die vergleichenden Angaben sind in der jüngsten Ausgabe des Nachschlagewerkes „Jane's Urban Transport Systems" enthalten, das im angesehenen Londoner Jahrbuchverlag „Jane's" herauskam.

Die rentabelsten U-Bahnen der Welt nach Moskau haben Großstädte im Fernen Osten. So deckt die noch junge U-Bahn von Hongkong 95 Prozent ihrer Kosten. Die Bahn von Hiroshima fährt immerhin 93,9 Prozent ihrer Kosten selbst ein. Die Untergrundbahn von Tokio dagegen wird nur zu 43 Prozent durch die Fahrpreise finanziert.

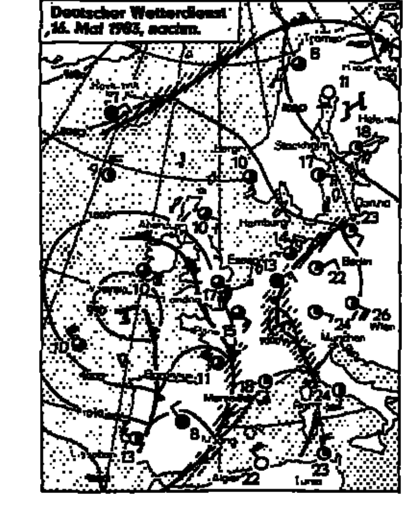
Gegen solche Ertragszahlen landen die westlichen Systeme geradezu abgeschlagen auf den hinteren Plätzen. Das rentabelste U-Bahn-System hat da noch Philadelphia, das seine Bahn zu 79 Prozent auslastet.

Das U-Bahn-Netz Moskaus ist mit einer Gesamtlänge von etwa 185 Kilometern zwar nur rund halb so lang wie das Londons oder New Yorks. Die Moskauer Metro befördert jedoch doppelt so viele Fahrgäste wie die New Yorker U-Bahn und das Vierfache der Londoner. Bei diesen Zahlenvergleichen blieb freilich unberücksichtigt, wie viele Pendler in Moskau im Vergleich zu westlichen U-Bahn-Städten nicht mit dem Auto zur Arbeit fahren, weil sie sich ein Auto nicht leisten können. Londons Verkehrsbetriebe legten nur Zahlen über U-Bahn und Autobus kombiniert vor. Danach werden die Gesamtkosten nur zu 73 Prozent durch Fahrpreise gedeckt, 27 Prozent kommen aus Subventionen.

In Washington etwa liegt der Subventionsanteil mit 58 Prozent noch wesentlich höher, während er *in Turin und Mexico City* sogar auf 86 Prozent klettert. (SAD)

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: An der Ostflanke eines ortsfesten Tiefs bei Irland ziehen Randstörungen über Deutschland hinweg.



Vorhersage für Dienstag:

Bundesgebiet und Berlin: Veränderlich, vielfach stark bewölkt und besonders in der zweiten Tageshälfte zeitweise Regen. Im Südosten auch gelegentlich Aufheiterungen und kaum Niederschlag. Tageshöchsttemperaturen zwischen 16 Grad im Nordwesten und 25 Grad im Südosten. Nachts Abkühlung auf 13 bis 9 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:
Weiterhin unbeständig.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	22°	Kairo	28°
Bonn	14°	Kopenh.	14°
Dresden	24°	Las Palmas	19°
Essen	13°	London	17°
Frankfurt	17°	Madrid	8°
Hamburg	14°	Mailand	16°
List/Sylt	14°	Mallorca	21°
München	24°	Moskau	17°
Stuttgart	18°	Nizza	18°
Algier	22°	Oslo	10°
Amsterdam	13°	Paris	15°
Athen	26°	Prag	26°
Barcelona	19°	Rom	24°
Brüssel	11°	Stockholm	17°
Budapest	30°	Tel Aviv	27°
Bukarest	27°	Tunis	23°
Helsinki	18°	Wien	26°
Istanbul	24°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* **am Mittwoch:** 5.28 Uhr, Untergang: 21.10 Uhr, **Mondaufgang:** 10.41 Uhr, Untergang: 2.17 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Die Affäre Boulin schlägt wieder neue Wellen

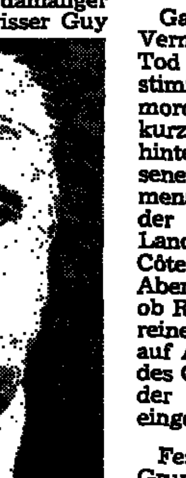
Drei Jahre nach dem Selbstmord des französischen Arbeitsministers behauptet die Witwe: Es war Mord

A. GRAF KAGENECK, Paris

Im Oktober des Jahres 1979 wurde die so sittsame Republik des Valéry Giscard d'Estaing durch einen spektakulären Selbstmord aus ihrem politischen Dornröschenschlaf geweckt. Robert Boulin, der völlig unbescholtene, glücklich verheiratete, seine Ämter mit äußerstem Fleiß versehende Minister für das Arbeitswesen, wurde am Morgen des 30. Oktober tot am Rande eines Teiches im Wald von Rambouillet aufgefunden. Seine Leiche lag im flachen Wasser, unweit seines Dienstwagens, und eine klaffende Schußwunde am Kopf ließ aus der Sicht der Polizeibeamten von vornherein nicht den geringsten Zweifel daran, daß sich der Minister selbst in den Kopf geschossen hatte. Die in der Nähe gefundene Pistole und ein hastig gekritzelter, kaum lesbarer Abschiedszettel an seine Frau hinter der Windschutzscheibe des Autos sprachen außerdem für diese Überzeugung der Polizei.

Heute, drei Jahre nach der ergreifenden Staatsbeisetzung des getreuen Dieners der Republik, behauptet die Witwe Colette Boulin *plötzlich, ihr Mann habe sich nicht* selbst umgebracht, sondern sei ermordet worden. Warum um alles in der Welt, fragt die verblüffte Öffentlichkeit. Madame Boulin hat für ihre These drei Erklärungen bereit: Ihr Mann war überzeugter Katholik und als solcher einem Selbstmord abhold, sein damaliger Kabinetts-Chef, ein gewisser Guy Aubert, habe ihr bereits 15 Stunden vor der Auffindung der Leiche „in aufgelöstem Zustand" mitgeteilt, ihr Mann sei ermordet worden, und schließlich entspreche die Schrift auf dem Abschiedszettel nicht der ihres Mannes.





Wurde in den Augen der Franzosen längst zum tragischen Helden: Robert Boulin FOTO: AP

Ganz unwahrscheinlich ist die Vermutung, daß irgend etwas am Tod des Robert Boulin nicht stimmt, nie gewesen. Ob Selbstmord oder nicht: Der Minister war kurz vor seinem Tode, wie man erst hinterher erfuhr, Opfer eines gerissenen Immobilienhändlers namens Henry Tournet geworden, der ihn mit dem Verkauf eines Landhauses in Ramatuelle an der Côte d'Azur hereingelegt hatte. Aber es ist nie ganz klar geworden, ob Robert Boulin dabei eine völlig reine Weste hatte oder ob er sich auf Amtsmißbrauch beim Erwerb des Grundstücks, Bestechungsgelder und Begünstigung aller Art eingelassen hatte.

Fest steht, daß Henri Tournet das Grundstück zweimal verkauft hatte und daß der erste Käufer von den beiden Kontrahenten übers Ohr gehauen wurde. Tournet wich *vor dem Prozeß nach Ibiza aus*, von wo er bisher nicht zurückkehrte. Bertrand Boulin, der einzige Sohn des Opfers, hat seinen Vater 1980 in einem Buch „Meine Wahrheit über meinen Vater" zu rehabilitieren gesucht. Aber ein Schatten blieb.

Die Öffentlichkeit vermutet nun, daß Colette Boulin die These von einem Mord an ihrem Mann verbreitet, um seine endgültige Rehabilitierung zu erzwingen. Motto: Wenn er umgebracht wurde, war er unschuldig, solange aber die Selbstmordthese gilt, bleibt ein Verdacht. Das Verfahren ehrt die Witwe. Aber es hat wenig Aussicht auf Erfolg, weil es kein wirkliches Mordmotiv sieht. Die späte Erstattung einer Anzeige gegen Unbekannt mutet zumindest merkwürdig an. Alle Zeugen bestätigen, daß der Minister seit der Aufdeckung des Immobilien-Skandals in quälende Selbstzweifel verfallen war. Der Zeuge Guy Aubert hat damals, wie er nachweisen konnte, der Frau des Opfers gegenüber nur von der Vermutung eines Verbrechens gesprochen, weil der Minister seit 12 Stunden unauffindbar gewesen war. In den Augen der Franzosen ist Robert Boulin längst zu einem *tragischen Helden geworden.*